



MÜNSTER-MACHEN.DE

# MÜNSTER WIRD GRÜN

## Wahlprogramm 2020

Jetzt machen wir.



Im Jahr 2019 ist Münster für die von uns GRÜNEN vorangetriebene Nachhaltigkeitsstrategie „Münster 2030“ mit dem **Deutschen Nachhaltigkeitspreis** ausgezeichnet worden. In der Begründung wird Münster als besonders fahrradfreundliche Stadt gewürdigt, ohne zu verschweigen, dass es weiterhin verkehrspolitisch noch viel zu tun gibt. Vorbildlich ist, dass in Münster seit 2016 bei jeder Finanzanlage der Stadt ethische und ökologische Aspekte berücksichtigt werden und keine Anteile an Fonds mit Beteiligung an Kohlekraftwerken, Atomindustrie, Kinderarbeit, Rüstung oder Ähnlichem erworben werden („Divestment“). Der Nachhaltigkeitspreis orientiert sich darüber hinaus an sozialen Kriterien. So wurde Münster auch für die „sozialgerechte Bodennutzung“ ausgezeichnet, die dafür sorgt, dass Bauland an die Investor\*innen vergeben wird, die die geringste Kaltmiete garantieren. Wir wollen an diese Erfolge anknüpfen und Münster in den kommenden Jahren noch mehr auf Nachhaltigkeit, Enkeltauglichkeit und soziale Gerechtigkeit ausrichten.

Herausgeber: Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Münster (GAL), Windthorststraße 7, 48143 Münster

Redaktion: Sonja Völker (ViSdP) und Tobias Koch

Juli 2020

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Münster und die Corona- Pandemie.....	5
3. Münster als Vorreiter-Stadt im Klimaschutz und bei der Energiewende.....	9
4. Naturschutz und Ökologie: Mehr Natur wagen.....	16
5. Stadtentwicklung: Münster nachhaltig und klimaneutral bis 2030.....	24
6. Verkehrswende: Sicher, schnell und umweltfreundlich in Münster unterwegs .....	31
7. Nachhaltige, lebendige und inklusive Quartiere für die Zukunft.....	45
8. Wohnen in Münster: Bezahlbar, gemeinschaftlich und sozial.....	51
9. Grüne Baupolitik: Chance für eine klimafreundliche und lebenswerte Stadt.....	56
10. Soziale und inklusive Stadt: Auch in Zukunft gerecht gestalten .....	62
11. Gleichstellung und Genderpolitik: Für Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung.....	74
12. Digitalisierung: Rückstand endlich aufholen!.....	82
13. Demokratie, Partizipation, Transparenz .....	89
14. Migration und Flucht: Für eine Stadt, die Brücken baut.....	98
15. Münster zeigt Haltung gegen Rassismus und Faschismus.....	106
16. Internationales und Städtepartnerschaften.....	112
17. Bildung und Schule: Selbstbestimmt lernen und leben im 21. Jahrhundert.....	116
18. Die Kleinsten in den Fokus rücken: Ein kinder- und familienfreundliches Münster.....	121
19. Gesunde Stadt: Gute Gesundheit für alle präventiv und ortsnah.....	127
20. Sport: Bewegtes Münster .....	139
21. Münster: Eine Kulturstadt für alle .....	142
22. Münsters Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten.....	147
23. Der Arbeitsmarkt in Münster – fair, sozial, geschlechtergerecht und inklusiv.....	153
24. Kommunale Finanzen: Verlässlich haushalten.....	163

---

# 1. Einleitung

Münster wächst! Damit gehen auch besondere Herausforderungen einher. Wir brauchen neuen und bezahlbaren Wohnraum. Der Zugewinn an Einwohner\*innen darf nicht mit einem Verlust an Lebensqualität erkaufte werden, und die soziale Balance muss gewahrt bleiben. Ein Schwerpunkt unseres Wahlprogramms liegt daher im Bereich der sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung, vor allem in der Quartiersplanung und -entwicklung. Mit einer ideenreichen und praktischen Gestaltung bestehender und neuer Quartiere wollen wir viele aktuelle und zukünftige Herausforderungen angehen.

Die Corona-Krise drängt die Klimakatastrophe in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund. Doch der Klimawandel ist nicht verschwunden! Auch in diesem Jahr haben wir die Berichte über Dürreschäden in den Wäldern, über Waldbrände und Ernteaussfälle gesehen und gehört. Wer Landwirtschaft betreibt oder einen Garten hat, weiß, dass es auch in diesem Jahr wieder viel zu trocken ist. Die Folgen des Klimawandels für unsere Gesellschaft und Wirtschaft werden immer deutlicher spürbar.

Die Corona-Krise lässt uns erahnen, welche Folgen drohen, wenn der Klimawandel ungebremst weiter fortschreitet. Der Schutz vor der Pandemie darf deshalb nicht dazu führen, dass der Klimaschutz beiseitegelegt wird. Die Klimakrise werden wir nicht mit einem Impfstoff beenden können, wir müssen langfristige Veränderungen erreichen.

Münster hat bereits mehrfach heftige Folgen des Klimawandels erfahren müssen: den Sturm „Kyrill“ 2011, den Starkregen 2014, das Umkippen des Aasees 2018. Dass der Rat 2019 den Klimanotstand ausgerufen hat, war nicht bloß Symbolpolitik. Münster muss trotz der Corona-Krise alles für den Klimaschutz und für die Abwehr der Folgen des Klimawandels tun.

Um den Klimaschutz voranzubringen und auch die Lebensqualität in Münster zu erhöhen, ist eines unserer zentralen Anliegen, die veralteten Verkehrsstrukturen für die Zukunft fit zu machen. Wir müssen weg von einer an Autos ausgerichteten Stadt und hin zu viel mehr Fuß- und Radverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln.

Bis 2025 wollen wir die autofreie Altstadt umsetzen. Damit wird die Altstadt attraktiver: wir haben mehr Platz, den wir gestalten und beleben können, Lärm und Luftverschmutzung gehen zurück. Parkplätze verbrauchen Platz, den wir besser nutzen können.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden wir noch lange spüren. Die Finanzlage der Stadt wird sich verschlechtern. Doch wir müssen weiter in die Zukunft investieren. Dabei wollen wir uns auf Projekte konzentrieren, die Münster nachhaltiger machen und langfristig gut für die Einwohner\*innen der Stadt sind.

Die Corona-Pandemie zeigt uns, an welchen Stellen unser Gesundheits- und Sozialsystem besser werden muss. Nicht nur die finanzielle Lage der Stadt, auch die individuelle

---

Situation vieler Menschen wird sich durch Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder andere soziale Probleme verschlechtern. Umso wichtiger ist, dass wir uns weiter für soziale Projekte und Hilfsangebote einsetzen.

In den nächsten Jahren wird es vor allem darum gehen, den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken. Wir GRÜNE stehen für eine demokratische und inklusive Stadt- und Quartiersentwicklung, die Selbstbestimmung, Teilhabe und Sicherung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Partizipation aller Bürger\*innen an der Gesundheitsversorgung.

Für eine blühende Zukunft kommt es auf unsere Kinder und Jugendlichen an. Deshalb kommt der Kinder-, Jugend-, Familien- und Schulpolitik besondere Bedeutung zu. Wir wollen Schulen zu Orten mit Aufenthaltsqualität machen. Die Digitalisierung ist hier am nötigsten. Die Ausstattung mit technischer Infrastruktur ist dabei nur der Anfang, der Fokus liegt auf Bildung für eine digitalisierte Welt.

Kunst und Kultur sind kein schmückendes Beiwerk für gute Zeiten, sondern wir brauchen sie auch in Krisenzeiten. Deshalb setzen wir uns für eine vielfältige, krisenfeste Kulturlandschaft ein, die es Künstler\*innen auch während und nach der Corona-Krise ermöglicht, in unserer Stadt zu leben und zu arbeiten.

Krisen bergen die Gefahr, Gesellschaften zu spalten. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir mehr Partizipation an politischen Prozessen ermöglichen. Hetze und Verschwörungstheorien treten wir mit klarer Ansage entgegen. Für umstrittene Projekte wollen wir zum Beispiel Bürger\*innenräte einführen. So hat in Irland ein solcher Rat in der enorm strittige Frage, ob die Ehe für alle geöffnet werden sollte, eine allgemein akzeptierte Lösung herbeigeführt.

Die aktuelle Krise hat gezeigt, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Wenn jede\*r für sich allein agiert hätte, hätten wir die Ausbreitung des Corona-Virus im März und April nicht so effektiv einhegen können. Das muss uns ein Vorbild für weitere Krisen sein und uns die Bedeutung einer integrativen und solidarischen Gesellschaft vor Augen führen. Wir wollen eine Stadt und eine Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt leben kann. Rassistische und menschenfeindliche Haltungen haben keinen Platz in Münster!

---

## 2. Münster und die Corona-Pandemie

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Solidarität mit den besonders verletzlichen sozialen Gruppen in unserer Stadtgesellschaft**
- **Vorsorgende Sozialpolitik und intensiven Austausch mit Betroffenen, Vertreter\*innen und Expert\*innen**
- **eine Politik, die trotz der Pandemie den Kampf gegen den Klimawandel nicht aus dem Blick verliert**

Seit März dieses Jahres bestimmt ein Thema unseren Alltag. Anfangs bestand noch die irrationale Hoffnung, dass das Virus an Deutschland vorbeizieht. Mit den Ereignissen im Kreis Heinsberg bestätigte sich aber, dass auch das Virus, wie jede globale Krise, nicht an menschengemachten Grenzen haltmacht. Seitdem leben wir damit; anfangs stark beschränkt und heute mit Maske und Abstand.

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie verletzlich wir sind. Wir als Gesellschaft und jede\*r Einzelne. Aber auch wie viel möglich ist, wie solidarisch wir sein können – und auch, wo diese neue Solidarität ihre Grenzen hat. Bezogen auf die Kommunalwahl und mit Blick in die nächsten fünf Jahre steht nun die Frage im Raum, wie wir in Münster reagieren, um die Stadt krisenfester und zugleich zu einer Stadt der Möglichkeiten zu machen.

### Die Corona-Pandemie trifft nicht alle gleich

Wir haben erlebt, dass in der Stadt Münster viele Menschen in der Krise Enormes geleistet haben. Dabei ist eines überdeutlich: Die Corona-Krise ist weiblich. Frauen\* waren in der Hochphase der Pandemie dramatisch benachteiligt. 70 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen sind weiblich und waren damit einer höheren Arbeitsbelastung und mehr Infektionsrisiken ausgesetzt. Auch im häuslichen Bereich trugen und tragen Frauen\* die größeren Lasten durch unbezahlte Sorgearbeit und ein höheres Infektionsrisiko, indem sie Alte und Kranke pflegen. Teilzeitkräfte und prekär Beschäftigte haben ihre Jobs verloren – darunter überdurchschnittlich viele Frauen\* in der Gastronomie und in Serviceberufen.

Viele Münsteraner Unternehmen müssen wegen der Corona-Krise um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen. Wie viele Unternehmen schließen müssen, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen, welche Kultur-, Kunst- und Freizeitangebote wir aufgeben müssen, ist noch nicht abzusehen. Es ist noch zu früh, um Bilanz zu ziehen. Gewiss ist gleich-

---

wohl, dass die Bewältigung der Krisenfolgen lange Zeit in Anspruch nehmen und die Stadt finanziell und organisatorisch stark fordern wird. Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer von bis zu 100 Mio. Euro, starke Verluste der städtischen Gesellschaften und weitere einschneidende Folgen sind zu befürchten. Es ist absehbar, dass für 2020 ein Nachtragshaushalt notwendig wird.

Auch Kinder und ihre Angehörigen sind durch die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen viel stärker in ihren Rechten betroffen, als vielen bewusst ist. Besonders viele Kinder und Jugendliche, die in prekären Situationen aufwachsen, mit familiärer Gewalt konfrontiert sind oder in Geflüchtetenunterkünften leben, sind Verlierer\*innen der Corona-Krise. Umso wichtiger ist es, diesen Umstand im weiteren Verlauf der Pandemie besonders in den Fokus zu nehmen und die Situation so kindergerecht wie möglich zu gestalten. Es darf kein Kind ausgeschlossen werden, und diejenigen mit Förderbedarf müssen speziell in den Blick genommen werden. Während der Pandemieschutzmaßnahmen bis zu den Sommerferien ist dies zu kurz gekommen.

Gerade Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen und Familien mit Angehörigen, die zu den besonders durch die Pandemie gefährdeten Personen gehören, mussten erleben, dass für sie die Welt sehr eng wurde und viele von Kontakten zu ihren Lieben ausgeschlossen waren. Was als Schutz gedacht war, wurde für viele Menschen in Einrichtungen zu einer massiven Einschränkung und Verarmung an Kontakten.

Die Corona-Pandemie hat zwar alle Münsteraner\*innen getroffen, aber nicht alle sind gleich betroffen. Vielmehr hat die Corona-Krise die schon bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten verstärkt und die benachteiligten sozialen Gruppen der Stadtgesellschaft vor besonders große Probleme gestellt. Die Stärke einer Kommune erweist sich jedoch darin, wie sehr sie ihre besonders verletzlichen sozialen Gruppen schützen kann. Deshalb sollten wir unsere Solidarität als wichtige Ressource für ein gutes Zusammenleben auch in der Zukunft verstehen.

## Münster muss aus der Krise lernen

Es kommt nun darauf an, dass wir für die Zukunft lernen. Eine starke soziale Kommune ist krisenfester, und alle Münsteraner\*innen würden davon profitieren. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie notwendig der vorsorgende Sozialstaat, ein gut ausgestattetes Gesundheits- und Pflegesystem und öffentliche Räume wie Schulen und Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken, städtische Plätze sind: zum Lernen, Spielen, um Freund\*innen zu treffen, für Networking und zum Wohlergehen. Wir brauchen mehr und bessere Betreuung für Kinder, für alte und pflegebedürftige Menschen, mehr soziale Sicherung und mehr Unterstützung für soziale Netzwerke in den Quartieren, um nur einige Punkte zu nennen.

Insbesondere müssen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und dauerhaft fit machen, damit Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung auch außerhalb einer

---

Pandemie dazu beitragen, dass alle Menschen in Münster gesund aufwachsen, leben und arbeiten und älter werden können.

Auch müssen wir in Münster den Stellenwert der Care-Arbeit insgesamt mehr in den Blick nehmen und gezielte Maßnahmen ergreifen, um sie aufzuwerten und zu stärken. Besonders wichtig ist für uns die Aufwertung und bessere Bezahlung von Beschäftigten in der Pflege. Dazu sollte in der kommenden Ratsperiode ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, wie die Attraktivität dieser Berufe in der Stadt Münster und bei den vielen Akteur\*innen in der Stadt durch Maßnahmen der Wirtschafts- und Fachkräfteförderung sowie der Personalentwicklung verbessert werden kann.

Das Wohl und die Interessen von Kindern müssen auch in Pandemie- und Krisenzeiten eine zentrale Rolle spielen. Deshalb sollten in der Stadt Münster Foren geschaffen werden, in denen Eltern, Kinderschutzverbände, Familienverbände und die Jugendvertretungen systematisch in die Entscheidungen der Krisenstäbe einbezogen werden.

Wir brauchen ebenfalls einen intensiven Austausch mit Betroffenen, Vertreter\*innen und Expert\*innen. Schutzkonzepte in epidemischen Notlagen müssen mit den besonders gefährdeten Personengruppen gemeinsam entwickelt werden, dürfen nicht systematisch ausschließen und diskriminieren, sondern müssen individuell und risikoangepasst sein. Es muss sichergestellt werden, dass den Betroffenen, ihren Familien und den besonders wichtigen Berufsgruppen alle nötigen Schutzmaterialien zur Verfügung stehen und sie vorrangigen Zugang zu Tests und Impfungen erhalten.

## Münster entwickelt Zukunft

Die Corona-Krise birgt nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für einen Neustart. Münster sollte sie nutzen und sich in allen Politikfeldern den bleibenden Herausforderungen von Klimawandel und Klimagerechtigkeit stellen; denn wenn wir so weitermachen wie vor der Corona-Krise, kommen weit verheerendere Probleme auf uns zu. Die Klimakrise darf nicht zu einem Thema unter „ferner liefen“ werden. Sie ist nach wie vor eine akute Bedrohung für Millionen Menschen weltweit. Daher setzen wir GRÜNE die ökologische Transformation (Stichwort „Klimaneutralität 2030“) ganz oben auf die Agenda. Doch wir machen zugleich deutlich, wie wir die dazu notwendigen – zum Teil radikalen – Veränderungen umsetzen wollen, ohne die Offenheit der Stadt, ihren sozialen Zusammenhalt und ihre partizipativen Strukturen zu vernachlässigen.

Für das Corona-Virus wird hoffentlich in baldiger Zukunft ein Impfstoff zur Verfügung stehen. Für die Gestaltung eines demokratischen Zusammenlebens in der Kommune, das an Nachhaltigkeit, Verwirklichungschancen für alle, geteilter Belastung und der Unverzichtbarkeit jeder\*jedes Einzelnen, an lokaler Sorge und globaler Verantwortung füreinander orientiert ist, braucht es dagegen mehr als ein Medikament. Es verlangt den Mut und den politischen Willen für radikale Veränderungen und es braucht die Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, Vereine und sozialen Bewegungen. Wir

---

GRÜNE unterstützen Zukunftsbündnisse oder Räte, in denen Bürger\*innen eingeladen sind, mit Experimentierfreude über die Zukunft der Stadt zu diskutieren und Konsequenzen aus den Corona-Erfahrungen zu beraten.

---

# 3. Münster als Vorreiter-Stadt im Klimaschutz und bei der Energiewende

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **eine klimaneutrale Energieerzeugung durch die Stadtwerke Münster: 100 Prozent Ökostrom bis 2030**
- **Windstrom aus der Region durch neue Windenergieanlagen mit Bürger\*innenbeteiligung in Energiegenossenschaften**
- **mehr Solaranlagen auf städtischen Gebäuden und privaten Hausdächern**
- **Verankerung der Klimaverträglichkeit als Leitkriterium bei jeder städtischen Entscheidung**
- **Investitionen in die energetische Modernisierung im Gebäudesektor**

Der Schutz des Weltklimas ist die Schicksalsaufgabe der heute lebenden Generationen. Er ist eine moralische Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern und an seinem Erfolg wird unsere Politik später gemessen werden. Das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C, besser 1,5 °C, zu begrenzen, kann nur dann erreicht werden, wenn die Klimaschutzaktivitäten weltweit auf allen gesellschaftlichen Ebenen deutlich verstärkt werden. Münster muss dabei entschlossen vorangehen, gemeinsam mit anderen Städten den Takt vorgeben und demonstrieren, wie ein klimagerechtes Zusammenleben funktionieren kann. Wir setzen uns daher mit ganzer Kraft dafür ein, dass Münster bis zum Jahr 2030 klimaneutral wird, wohl wissend, dass es dafür auch in der Bundes- und Landespolitik deutlicher Veränderungen bedarf. Damit ist es für uns selbstverständlich, dass Münsters „Masterplan 100 % Klimaschutz“, der Klimaneutralität erst bis 2050 vorsieht, nachgeschärft werden muss.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Im vergangenen Jahr hat der Rat der Stadt Münster den Klimanotstand ausgerufen und beschlossen, dass Münster sich dem Ziel verschreibt, bis 2030 klimaneutral zu werden. Um den „Masterplan 100 % Klimaschutz“ und das Handlungsprogramm Klimaschutz 2030 umzusetzen, haben wir im städtischen Haushalt zusätzliche 40 Mio. Euro für klimaschutzrelevante Investitionen und Ausgaben durchgesetzt.

Durch die Festsetzung einer Vielzahl von Windvorrangzonen im Flächennutzungsplan haben wir, im Einklang mit dem Naturschutz, die installierte Windenergie-Leistung seit 2015 auf 48 MW nahezu verdoppelt. Mit unserer Unterstützung haben die Stadtwerke

---

eine Wind-Energiegenossenschaft zur Beteiligung der Bürger\*innen an der Energiewende aufgelegt. Der Ausbauplan sowie eine städtische Selbstverpflichtung für Solarenergieanlagen auf Schulen, Kitas und anderen städtischen Gebäuden sind beschlossen und in die Umsetzung gegangen.

Wir haben das Förderprogramm „Klimafreundliche Wohngebäude“ neu aufgelegt und das Fördervolumen mit 4,5 Mio Euro pro Jahr gegenüber dem bisherigen Programm verneunfacht.

Damit das Geld der Stadt nicht klimaschädliche Industrien mitfinanziert, haben wir als erste Großstadt in Deutschland die klimapolitische Umschichtung der städtischen Finanzanlagen („Divestment“) beschlossen und in der städtischen Anlagerichtlinie verankert. Andere Institutionen sind uns gefolgt oder diskutieren darüber.

Um die Kreislaufwirtschaft zu stärken, haben wir die Wertstofftonne eingeführt. Damit soll die ökologisch orientierte Abfallentsorgung im Entsorgungszentrum in Coerde weiter optimiert werden.

## Die Stadtwerke Münster als Motor einer klimafreundlichen Energieversorgung

Als hundertprozentiges Tochterunternehmen der Stadt sind die Stadtwerke für uns Dreh- und Angelpunkt für die Gestaltung der Energiewende in Münster. Dank ihrem hohen Marktanteil von ca. 80 Prozent in Münsters Strom- und Wärmemarkt bieten sie zudem ein erhebliches Potential für eine klimafreundliche Energieversorgung von Münsters Haushalten.

## Wärmeerzeugung am Hafen: Heute klimafreundlich, in Zukunft klimaneutral

Durch die Inbetriebnahme des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (GuD) am Hafen und die damit verbundene Stilllegung des benachbarten Kohlekraftwerks konnten wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Münsters Strom- und Wärmemix vor 15 Jahren erheblich senken. Mittlerweile ist die GuD jedoch an die Grenzen ihrer technischen Leistungsfähigkeit gekommen, so dass wir mittelfristig eine neue Lösung für die Erzeugung klimaschonender Fernwärme in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung finden müssen. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass ein neues Kraftwerk oder eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgung nicht zu einer späteren fossilen Altlast wird sondern die Perspektive einer klimaneutralen Energieerzeugung bereits heute in die konkrete Planung einbezieht. So könnte im Rahmen der Sektorenkopplung mit Hilfe von Power-to-X-Technologien die Decarbonisierung auch in der Wärmeversorgung vorangetrieben werden, zum Beispiel durch die Nutzung von regenerativ erzeugtem Gas oder Wasserstoff. Zudem wollen wir durch eine

---

Anpassung der Lieferverträge sicherstellen, dass die Stadtwerke ihren Kund\*innen kein Gas aus klimaschädlichem Fracking liefern.

## 100 Prozent Ökostrom für alle – auch von den Stadtwerken

Wir GRÜNE haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Münster den Klimanotstand ausgerufen hat, und werden alles daransetzen, ihm gerecht zu werden. Unser Ziel ist es daher, bis 2030 allen Kund\*innen der Stadtwerke 100 Prozent erneuerbaren Strom anzubieten. Hierfür braucht es wettbewerbsfähige Strompreise, mit denen sich die Stadtwerke am Markt behaupten und so ihre Gestaltungskraft bewahren können. Dass dies auch in Zukunft gelingen kann, ist nicht zuletzt einer vorausschauenden Unternehmensstrategie zu verdanken, die sich schon früh von der Beteiligung an Kohlekraftwerken verabschiedet und stattdessen auf Investitionen in erneuerbare Energien und Netze gesetzt hat.

Während die Stadtwerke zuletzt am Ausbau der Windenergie in Münster stark beteiligt waren, wollen wir für die Zukunft insbesondere das Engagement in der Solarenergie durch gezielte Projektentwicklung deutlich ausbauen. Um die Investitionskraft zu erhöhen und die Bürger\*innen an der Energiewende zu beteiligen, sollen neue Anlagen bevorzugt an Genossenschaften übergeben werden, die für die finanzielle Beteiligung aller Bürger\*innen offenstehen.

Beim Abschluss neuer Stromverträge bei den Stadtwerken Münster wird den Verbraucher\*innen bereits vorrangig der Ökostromtarif „Münster:natürlich“ angeboten. Wir wollen, dass dieser Münster-weit und somit auch für Bestandsverträge zum Standard wird. Deshalb soll bei den Kund\*innen aktiv für einen Vertragswechsel geworben und aus dem städtischen Klimaschutzetat Anreize dafür gesetzt werden.

## Stadtwerke als Dienstleisterin

In einem sich verändernden Energiemarkt müssen die Stadtwerke viel stärker als bisher ihre Rolle als Energiedienstleisterin wahrnehmen. Neben einer Fortführung der persönlichen Energieberatung für Haushalts- und Gewerbekund\*innen sollen zukünftig auch Mieter\*innenstrommodelle und andere innovative Produkte, wie eine aufsuchende Energieberatung, angeboten werden, so dass sich möglichst viele Menschen auch ohne besondere Fachkenntnisse unmittelbar an der Energiewende beteiligen können.

## Potential Erneuerbarer Energien ausschöpfen - mit Beteiligung der Bürger\*innen

Um den Ökostrom in Münster voran zu bringen, müssen vor allem die Wind- und Solar-energiegewinnung ausgebaut werden. Wir verfolgen daher das Ziel, jährlich zusätzliche

---

zehn Prozent des Erneuerbare Energien-Potentials Münsters auszuschöpfen, um bis 2030 das gesamte Potential zu nutzen.

## Windenergie: an Erfolge anknüpfen

Windenergie ist einer der Grundpfeiler für eine zukunftsweisende Klima- und Energiepolitik – auch in einer Großstadt wie Münster. Durch Ausweisung großzügiger Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan und engagierte Investitionen durch Stadtwerke und Münsters Bürger\*innen konnten wir die installierte Leistung seit 2015 von 27 MW auf 48 MW steigern und damit nahezu verdoppeln, womit Münster unter den Großstädten in NRW Spitzenreiterin ist.

An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und dafür sorgen, dass das gesamte Potential für die Windenergie im Einklang mit dem Naturschutz voll ausgeschöpft wird. Derzeit steht diesem Vorhaben zwar noch die windkraftfeindliche Politik der schwarz-gelben Landesregierung entgegen. Doch sobald sich diese Politik ändert, werden wir durch eine neue Potentialanalyse weitere geeignete Flächen für die Windenergie in Münster ermitteln, um diese planerisch verfügbar zu machen und endlich auch die Industrie- und Gewerbegebiete für Windkraftnutzungen mit einzubeziehen. Denn hier würde der Strom genau dort produziert, wo er gebraucht wird und wo in der Regel keine Konflikte durch Emissionen und Schattenwurf bestehen.

Durch Kooperation mit anderen Stadtwerken und Gemeinden im Münsterland wollen wir zudem in die regionale Windenergie-Erzeugung investieren und eine neue Marke "Strom aus der Region" schaffen. Dabei wollen wir auch weiterhin die Bürger\*innen durch Windenergiegenossenschaften finanziell an den Projekten beteiligen. Denn Energiegenossenschaften bieten die Chance, dass Bürger\*innen die Energiewende selbst in die Hand nehmen. Daher sollten neue Vorrangzonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet nur noch für Genossenschaften und Bürger\*innenwindgesellschaften zur Verfügung stehen.

## Solarenergie: Den schlafenden Riesen wecken

Photovoltaik ist die Energiequelle der Wahl, wenn es um preiswerten regenerativen Strom im dezentralen und flächensparenden Maßstab geht, und birgt in einer Großstadt wie Münster das größte Potential für klimafreundliche Energie. Im „Masterplan 100 % Klimaschutz“ wird ein nutzbares Potential von ca. 696 MWp geschätzt, wovon heute erst 58 MWp, also rund acht Prozent, genutzt werden. Daher geben wir uns nicht damit zufrieden, dass der Ausbau durch die unattraktiven Rahmenbedingungen der Bundespolitik seit 2012 deutlich erschwert wird und zwischenzeitlich fast zum Stillstand gekommen war.

In den letzten Jahren konnten wir bereits erreichen, dass städtische Gebäude zukünftig nur noch mit Solaranlage auf dem Dach errichtet und bestehende Schulen und Kitas

---

kontinuierlich mit Photovoltaik nachgerüstet werden. Diesen Ausbau wollen wir beschleunigen, auf die städtischen Tochterunternehmen ausweiten sowie durch eine Überarbeitung des rechtlichen Rahmens, wie der Altstadtsatzung, erleichtern. Dazu gehört, zukünftig neben den Dächern auch den Einbau von Solarfassaden prüfen zu lassen. Auch bei Solaranlagen setzen wir auf das genossenschaftliche Engagement der Münsteraner\*innen: Daher haben wir die Gründung einer Solar-Energiegenossenschaft im Rat beantragt und unterstützen die Stadtwerke Münster bei deren Realisierung, um die für eine Solaroffensive benötigten Investitionsmittel aufzubringen.

In neuen Bau- und Gewerbegebieten wollen wir – zum Beispiel durch aktive Berücksichtigung bei der Grundstücksvergabe und in Kaufverträgen – die Nutzung von Hausdächern für die Solarenergie zum Münster-Standard machen. Die Bauherr\*innen unterstützen wir bei der Umsetzung. Auch Freiflächen entlang von Bahntrassen und Bundesstraßen sowie auf Deponien bieten noch viel Potential für die Photovoltaik-Nutzung. Daher wollen wir dort, wo es keine Konflikte mit dem Landschafts- und Naturschutz gibt, das Planungsrecht zugunsten von Freiflächen-Solaranlagen ändern.

## Energieeffizienz stärken - Energieverbrauch senken

Nicht nur Solaranlagen und Windräder bringen die Energiewende voran. Besonders wichtig ist auch die Einsparung von Strom und Wärme. Denn Energie, die nicht gebraucht wird, muss auch nicht erzeugt werden.

Über die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Münster entfallen auf Wärme und damit auf den Gebäudesektor. In Münsters Gebäudebestand liegt daher ein gewaltiges Potential, CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen. Konsequente Sanierung und hohe Standards für Neubauten helfen dem Klima und fördern die regionale Wertschöpfung für kleine und mittelständische Unternehmen. Bereits mit dem Haushalt 2020 ist uns eine sehr deutliche Aufstockung des Förderprogramms zur Altbausanierung von 0,5 auf über 4,3 Mio. Euro pro Jahr gelungen, wobei jeder eingesetzte Euro Fördermittel ca. zehn weitere Euro an privaten Investitionen auslöst und somit auch viele Arbeitsplätze schafft. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen. Durch einen Ausbau der Förderung und aktive Ansprache der Immobilienbesitzer\*innen auf Quartiersebene wollen wir die Sanierungsquote bei Gebäuden auf die klimapolitisch notwendigen fünf Prozent pro Jahr anheben. Dazu muss auch die städtische Energieberatung weiter ausgebaut werden, um Eigentümer\*innen zu informieren und sie zu befähigen, ihre Immobilien klimaschützend, umweltschonend und mieter\*innenfreundlich zu sanieren. Ebenfalls werden wir die Unterstützung für Privathaushalte, die von fossiler auf regenerative Wärmeerzeugung umsteigen wollen, erheblich erhöhen. Für Neubauten wollen wir den bisherigen Münster-Standard zum Passiv- und Plusenergiehausstandard weiterentwickeln, damit die Gebäude, die wir heute neu bauen, auch in zwanzig Jahren klimapolitisch noch zukunftsfähig sind.

Auch bei Unternehmen und Gewerbebetrieben lassen sich noch große Energieeinsparpotentiale finden. Wir GRÜNE wollen durch gezielte Beratung und Information die Un-

---

ternehmer\*innen befähigen und dabei unterstützen, Klimaschutz mit der Modernisierung des eigenen Unternehmens und der Senkung der Energiekosten zu verbinden. Erfolgreiche Programme wie „Münsters Allianz für Klimaschutz“ als Netzwerk für den Klimaschutz in Unternehmen, sowie das Zertifizierungsverfahrens „Ökoprofit“, an dem sich bislang mehr als 200 Unternehmen aus Münster erfolgreich beteiligt haben, werden wir daher ausbauen und zukünftig auch die Wirtschaftsförderung Münster stärker daran beteiligen.

Stromspar-Initiativen für Verbraucher\*innen, wie die Stromsparer der Caritas, der Verbraucherzentrale oder des Umweltforums werden wir stärker finanziell fördern, so dass mehr Münsteraner\*innen Zugang zu diesen Energieberatungs-Angeboten haben.

## Klimaschutz im Alltag von Politik und Stadtverwaltung verankern

Spätestens mit der Ausrufung des Klimanotstands muss der Klimaschutz zum Alltag und zur Grundlage jeder kommunalpolitischen Entscheidung werden. Um sicherzustellen, dass Rat und Verwaltung sich die Klimarelevanz ihres Handelns immer wieder bewusst machen, wollen wir ein Prüfverfahren installieren, mit dem die bisher übliche Zweiteilung politischer Entscheidungen nach „Sachentscheidung“ und „Finanzentscheidung“ um das Kriterium „Klimarelevanz“ erweitert wird. Beschlussvorlagen für den Rat und die Ausschüsse sollen deshalb regelmäßig Auskunft darüber geben, ob die zu beschließenden Maßnahmen klimarelevant und ob sie klimaverträglich sind. Auch Verfahren der Bauleitplanung sollen durch ein Checklisten-Prinzip auf Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung verpflichtet werden. Durch eine Bilanzierung klimarelevanter Entscheidungen wollen wir zudem die Basis dafür legen, dass die Stadt Münster die von ihr selbst verantworteten Klimafolgen zukünftig finanziell kompensieren oder durch Investitionen in den Klimaschutz ausgleichen kann.

## Klimapotential städtischer Gebäude nutzen

Mit ihren mehr als 1.000 Gebäuden (Schulen und Kitas, Schwimmbäder, Verwaltungsgebäuden und weiteren Gebäuden) hat die Stadt Münster zudem selbst einen großen Anteil am Energieverbrauch. Durch konsequente energetische Gebäudesanierung, durch Anschluss an Fernwärme und Bau von Photovoltaikanlagen auf Gebäudedächern und Fassaden kann die Stadt nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Nutzungsqualität erhöhen und durch die sinkenden Energiekosten viel Geld einsparen. Mit dem Haushalt 2020 haben wir daher ca. 4 Mio. Euro pro Jahr und Personal für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen in städtischen Gebäuden zur Verfügung gestellt. Diese Investitionen in die Zukunft wollen wir ausbauen, bis tatsächlich jedes städtische Gebäude saniert ist und alle geeigneten Gebäude auch zur Energieerzeugung genutzt werden.

---

Doch Klimaschutz fängt (auch) im Kleinen an: Im Rahmen des Projekts „Klimaschutz macht Schule“ werden Schüler\*innen aktiv an die Themen Energieeinsparung, Klimaschutz und regenerative Energien herangeführt. Wir wollen, dass die teilnehmenden Schulen und Kindergärten auch weiterhin einen Teil der eingesparten Energiekosten für ihre Zwecke als Bonus erhalten, denn so profitieren am Ende alle vom sparsamen Umgang mit Energie.

## Klimafreundliche Ernährung

Weite Transportwege in globalen Lieferketten sowie die Art der Herstellung von Lebensmitteln tragen ebenfalls in einem erheblichen Maße zum Klimawandel bei. Als Großstadt mit einem überdurchschnittlich hohen Lebensmittelbedarf sieht sich Münster auch mit der Herausforderung konfrontiert, dort, wo es möglich ist, nachhaltige Konsumstrukturen zu unterstützen. Dazu zählen öffentlichkeitswirksame Kampagnen und städtische Bildungsprogramme für eine klimafreundliche, regionale und pflanzenbasierte Ernährung in der Stadt. Münster sollte zudem den Anteil sowie die Qualität von Lebensmitteln regionalen Ursprungs am Gesamtverbrauch der Stadt nach dem Vorbild Freiburgs in einer Studie untersuchen lassen. In einem zweiten Schritt sollte die Erhöhung dieses Anteils im Austausch mit dem Münsterland, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft in und um Münster systematisch angestrebt werden.

## Klare Kante gegen Atomtransporte

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, dass der Atomausstieg konsequent und vollständig umgesetzt wird. Atomenergie ist keine sichere und emissionsfreie Alternative zu fossilen Energien! Auch wenn 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz geht, wird in Gronau, fast vor unserer Haustür, eine der größten Urananreicherungsanlagen (UAA) Europas weiterlaufen. Im Münsterland befindet sich ebenso das Atommüllzwischenlager Ahaus. Im Schnitt verlassen alle ein bis zwei Tage ein LKW und pro Monat zwei Züge mit Urantransporten diese Anlagen und viele dieser Atomtransporte führen durch Münster bzw. direkt an Münster vorbei.

Wir GRÜNE fordern weiterhin die Schließung der UAA Gronau, stärkere Sicherheitsmaßnahmen bei Transporten und die längst überfällige Entwicklung von Notfallszenarien für Feuerwehr und Katastrophenschutz. Im Hinblick auf die Stadtwerke Münster setzen wir zudem auf die schnellstmögliche Umstellung auf atomstromfreie Energie - ein Ziel, das eigentlich bereits für 2020 gelten sollte.

---

## 4. Naturschutz und Ökologie: Mehr Natur wagen

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Begrünung öffentlicher Räume und Förderung naturnaher Gärten**
- **Einführung einer Baumschutzsatzung für Münster**
- **Schutz von Freiräumen, Biotopen und Frischluftschneisen**
- **Anreize und Förderung für ökologische Landwirtschaft**
- **starken Gewässerschutz und ein Netz öffentlicher Wasserspender**

Durch den Eingriff der Menschen in die Natur schreitet der Verlust der Artenvielfalt weltweit immer schneller voran. Wenn wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen, wird das Artensterben so zum Zusammenbruch von ganzen Ökosystemen führen. Die Versiegelung in Folge der Ausdehnung von urbanen Räumen, aber auch die Art der landwirtschaftlichen Praxis tragen immens zu diesem Problem bei. Gleichzeitig können Städte aber auch als Schutzraum für Tiere und Pflanzen dienen und zu naturnahen und artenreichen Lebensräumen werden.

### Erfolge der letzten Ratsperiode

In der auslaufenden Amtszeit des Rates haben wir mehr als 1 Mio. Euro zusätzliche Mittel für neue Bäume sowie Fassaden- und Dachbegrünung bereitgestellt. Leider konnten wir nicht verhindern, dass im Zuge des Fernwärmeleitungsbaus zwei Platanen am Hansaring gefällt wurden, die bei anderer Planung nicht hätten weichen müssen. Der weitere Baumbestand am östlichen Innenstadtring, der ebenfalls durch den Fernwärmeleitungsbau bedroht war, konnte aber gerettet werden – dank unserem Mitwirken und dem großen Einsatz der Anwohner\*innen, die sich für die Bäume eingesetzt haben. Wir haben erreicht, dass der ehemalige Arzneipflanzengarten an der Hittorfstraße, der ein wertvolles Innenstadtbiotop darstellt, erhalten bleibt und mit einem ökologischem Konzept in den botanischen Garten integriert wird. Zudem konnten wir 8.000 Quadratmeter Wald an der Prinzbrücke in Hilstrup-Mitte vor der Abholzung für ein überflüssiges Straßenbauprojekt bewahren. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum haben wir durch Vorrang für die Nachverdichtung und höhere städtebauliche Dichte in Neubaugebieten den Flächenverbrauch reduziert. Wir haben uns für eine wirksame Grünordnung zur ökologischen Steuerung und Begrenzung der Bauentwicklung im Außenbereich stark gemacht. Zum ersten Mal wurde auf unser Betreiben eine landwirtschaftliche Fläche gezielt an Biobetriebe vermarktet, um den ökologischen Landbau in Münster zu fördern. Mit unseren Stimmen wurde die Investition in eine vierte Reinigungsstufe in der Haupt-

---

kläranlage beschlossen. Außerdem haben wir eine Vielzahl von Renaturierungsprojekten für Gewässer vorgebracht, zum Beispiel die ökologische Aufwertung der Aa an der Kanalstraße und Westerholtschen Wiese.

## Für eine Stadt, in der es lebt und summt

Eine naturnahe Stadt ist auch eine lebendige Stadt. Bäume, blütenreiche Freiflächen und Gärten locken nicht nur Menschen nach draußen, sondern bieten auch Lebensraum für Insekten und Vögel. Damit es in Münster wieder überall summt und singt, wollen wir uns für mehr natürliche Vielfalt in der Stadt einsetzen. Wir unterstützen und fördern die Bepflanzung von Baumscheiben in den Quartieren, die sowohl von der Stadt als auch (mit städtischer Unterstützung) von engagierten Bürger\*innen übernommen werden kann. Durch Verwendung regionaler Saatgutmischungen können so wichtige Lebensräume und die Nahrungsgrundlage für Insekten geschaffen werden, auch bei der Begrünung von Straßen- und Wegesrändern oder Kreisverkehren. Darüber hinaus setzen wir uns für öffentliche Gemüsebeete sowie die Pflanzung von Obstbäumen- und sträuchern ein und wollen so die Idee einer „Essbaren Stadt“ durch Unterstützung von Bürger\*innengärten voranbringen. Begrünte Dächer und Fassaden wollen wir aktiv fördern und städtische Grünflächen extensiv pflegen, um so die Natur in die Stadt zurückholen. Sogenannte Stein- und Schottergärten in Neubaugebieten wollen wir bei der Aufstellung von Bebauungsplänen verhindern und stattdessen die Begrünung der unbebauten Flächen festschreiben. Durch Beratungsangebote sollen die Bewohner\*innen zur Anlage naturnaher Gärten motiviert und dabei unterstützt werden. Auch im Bestand wollen wir Anreize schaffen, auf private Flächenversiegelungen zu verzichten oder solche Flächen zurückzubauen, denn durch den Verzicht auf Schottergärten leisten Grundstücksbesitzer\*innen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Lebensraum und Artenvielfalt in unserer Stadt. Die Spielräume der Landesbauordnung, für Vorgärten eine Begrünung und Bepflanzung vorzusehen, sollen von der Stadt ausgeschöpft und aktiv durchgesetzt werden.

## Artenschutz beginnt in den Köpfen

Um ein Problem angehen zu können, muss man wissen, dass es existiert. Deshalb ist es wichtig, die Menschen in Münster über das Artensterben und dessen Ursachen aufzuklären. Die Stadt soll Handlungsoptionen aufzeigen, die auf privaten und öffentlichen Flächen die Artenvielfalt aufrechterhalten und sie sogar vergrößern. Vorträge und Seminare zum Thema sind dafür ebenso erforderlich wie die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement.

Um bessere Wege für den Erhalt der Artenvielfalt zu finden, schlagen wir eine engere Zusammenarbeit der Stadt Münster mit den Hochschulen in Münster vor. Gemeinsame

---

Forschungsprojekte sollen aufgelegt werden, um herauszufinden, wie der Artenschutz besser gelingen kann. Dabei sollen auch die Naturschutzverbände einbezogen werden.

Die Stadt Münster soll zudem einen Runden Tisch für den Artenschutz einrichten, um die verschiedenen Akteur\*innen zusammenzuführen. Dort können die Initiativen aus der Bürgerschaft aufgenommen und projektorientiert ausgebaut werden. So können auch private Gärten und ungenutzte Grundstücke dem Artenschutz dienen.

## Bäume schützen und neu pflanzen

Bäume erfüllen in der Stadt wichtige ökologische und mikroklimatische Funktionen, schaffen Aufenthalts- wie Lebensqualität und prägen das Stadtbild. Durch die zunehmende Nachverdichtung und Flächenkonkurrenz steigt aber auch der Druck auf Bäume im öffentlichen Raum. Auch in privaten Gärten ist es in den letzten Jahren vermehrt zur Fällung alter gewachsener Baumbestände gekommen, wenn diese einer Nachverdichtung im Wege standen. Wir GRÜNE setzen uns für einen umsichtigen und nachhaltigen Umgang der Stadtgesellschaft mit ihren Bäumen ein. Unverhältnismäßige Fällungen wertvoller Straßenbäume, wie die der Platanen am Hansaring, dürfen sich nicht wiederholen. Besonders alte und wertvolle Bäume sollen umfangreich als Naturdenkmäler ausgewiesen und dadurch geschützt werden. Mit Baumpatenschaftsprojekten sowie dem Ausbau des Projekts „Münster bekennt Farbe“ wollen wir die Münsteraner\*innen aktiv in den Naturschutz miteinbeziehen. Für Bäume auf Privatgrundstücken führen wir eine Baumschutzsatzung ein, so dass diese nur noch nach Genehmigung und gegen Nachweis einer Ersatzpflanzung gefällt werden dürfen.

Angesichts des Klimawandels kommt Bäumen auch eine wichtige Bedeutung als CO<sub>2</sub>-Speicher zu. Neupflanzungen von Bäumen sind daher auch ein wichtiger Baustein unserer Klimaverantwortung. Mit dem Haushalt 2020 haben wir bereits 1 Mio. Euro zusätzlich für Bäume, Fassaden- und Dachbegrünung in Münster zur Verfügung gestellt. Auch in Zukunft werden wir weitere Flächen identifizieren, auf denen Neupflanzungen von Bäumen möglich sind, und die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die erste Zielmarke ist für uns die Pflanzung von einem Baum pro Einwohner\*in. Wenn alle geeigneten Flächen im Stadtgebiet und im Umland bepflanzt sind, können Aufforstungsprojekte in anderen Regionen Deutschlands sowie im Ausland unterstützt werden. Derartige Pflanzungen müssen in jedem Fall in Einklang mit den bestehenden Ökosystemen stehen, und die langfristige Pflege der Bäume muss gewährleistet sein.

## Freiräume im Innen- und Außenbereich: Vorrang für grüne Lungen und Naturschutz

Das historisch gewachsene Grünsystem in Münster ist von außergewöhnlicher Qualität. Es beginnt an der Promenade und läuft von dort aus radial in den sieben Grünzügen bis

---

in den Freiraum nach außen. Die Grünzüge dienen auch als unsere Frischluftschneisen. Zusätzlich bilden die konzentrischen Grünringe wertvolle Freiräume zur Erholung und landschaftsökologischen Vernetzung von Biotopen. Wir stellen sicher, dass Münster auch in Zeiten des Wachstums seine grünen Lungen und Naturräume behält und dass die Grünzüge sowie der erste und zweite Grünring von Bau- und Gewerbegebieten freigehalten werden. Münsters Naturschutzgebiete, wie die Emsaue, Vorbergs Hügel oder die Davert, sind für uns Taburäume für naturschädliche Planungen. Grundsätzlich soll unser Grünsystem als urbaner Biotopverbund als unantastbar gesichert und weiterentwickelt werden - denn in einer wachsenden Stadt müssen auch die Natur- und Erholungsgebiete mitwachsen. Sie sollen die naturnahen städtischen Lebensräume von Flora und Fauna mit dem Freiraum vernetzen. Das dient auch dem Artenschutz.

## Biotopverbund Münster: Ein Netz für die Artenvielfalt

Wir wollen durch den Erhalt bestehender schutzwürdiger Biotope sowie deren Verknüpfung Lebensräume für Tiere und Pflanzen in einem städtischen Biotopverbund schaffen. Darüber hinaus wollen wir durch die Schaffung neuer Biotope, wie beispielsweise Wildblumen- und Streuobstwiesen, Hecken, artenreichem Grünland oder Feuchtbiotopen zu einer Verbesserung der Artenvielfalt in Münster beitragen.

Die ökologische Ausrichtung des Grünflächenamts wollen wir durch mehr finanzielle und personelle Mittel für die naturnahe Pflege der Grünflächen weiter ausbauen. So können beispielsweise städtische Parks, Grünflächen und beispielsweise „Hotspots der städtischen Artenvielfalt“ wie der Waldfriedhof Lauheide naturnah und damit artenfreundlich bewirtschaftet werden. Münster hat schon seit 1989 den Pestizideinsatz auf allen städtischen Flächen und den Flächen der Tochtergesellschaften eingestellt. Wir arbeiten darauf hin, dass dies auch für private Flächen gilt.

Bedrohte Arten wie der Kiebitz sollen zukünftig noch engagierter geschützt werden, indem wir ihnen Lebensräume bieten. Hierbei wird die Stadt auch weiterhin auf die Unterstützung und Kompetenz der Naturschutzverbände angewiesen sein, deren Projekte zum Arten- und Insektenschutz sowie zur Umweltbildung werden wir daher weiter unterstützen und fördern. Die Rieselfelder sind als Europareservat für Watt- und Wasservögel ein Natur- und Vogelschutzgebiet besonderen Ranges. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese endlich für den motorisierten Durchfahrtsverkehr gesperrt werden. Den Berufspendler\*innen, die bisher die Coermühle und den Hessenweg als Schleichwege zur Umgehung des Schiffahrter Damms nutzen, wollen wir Alternativen bieten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Personennahverkehr im Bereich Gelmer, Sprakel und Coerde ausgebaut wird. Ebenso werden wir Initiativen, die sich für einen Bürger\*innenbus in diesem Gebiet einsetzen, unterstützen.

Viele Tiere werden zudem von nächtlichen Beleuchtungen („Lichtverschmutzung“) in ihrem natürlichen Rhythmus gestört. So beeinträchtigen künstliche Lichtquellen bei-

---

spielsweise das Orientierungsvermögen, die Nahrungssuche und das Fortpflanzungsverhalten von Tieren. Durch Maßnahmen wie selbstdimrende Straßenlaternen entlang von Radwegen wollen wir die nächtliche Beleuchtung, soweit es geht, reduzieren. An der Kanalpromenade bei Hilstrup gibt es dafür bereits ein Pilotprojekt.

## Landwirtschaft und Ausgleichsflächen

Eingriffe in den Naturhaushalt lassen sich in einer wachsenden Stadt nicht ganz vermeiden. Im Interesse von Natur und Landwirtschaft müssen sie aber so gering wie möglich gehalten und ausnahmslos durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Hierbei unterstützen wir eine Steuerung durch die Stadt im Sinne der landschaftspflegerischen Konzeption, nach der Ausgleichsflächen nicht willkürlich angelegt, sondern strategisch nach dem größten ökologischen Nutzen geplant, gebündelt und langfristig gesichert werden. Auch der Landwirtschaft kommt in Münster eine große Bedeutung in der Landschaftspflege zu. Daher wollen wir für Landwirt\*innen Anreize für mehr Naturschutz schaffen. Landwirtschaftliche Flächen der Stadt, die langfristig verfügbar sind, sollen bevorzugt an ökologisch wirtschaftende Betriebe (mindestens nach EU-Bioverordnung, idealerweise als Mitglied eines ökologischen Anbauverbands) vergeben werden, auch um die Artenvielfalt vor Ort zu stärken. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft ist auch für die Senkung des Nitratgehaltes in unseren Böden von großer Bedeutung. Für konventionell wirtschaftende Landwirt\*innen sollen Anreize zu einem naturverträglicheren Wirtschaften geschaffen werden: durch eine Bevorzugung bei der Verpachtung und eine Reduktion des Pachtzinses für zum Beispiel das Einhalten einer mehrjährigen Fruchtfolge, das Anlegen von Brachen oder ausreichend breiten Blühstreifen oder den Verzicht auf Pestizide. Ein Teil der kommunalen Flächen soll aus der Nutzung genommen werden, um als Brachfläche bedrohten (Vogel-)Arten wie dem Braunkehlchen einen Lebensraum zu bieten.

Uns ist zudem bewusst, dass Münster mit der Versorgung seiner über 300.000 Bewohner\*innen auch eine Verantwortung für die Erzeugung von Lebensmitteln in anderen Regionen trägt. Daher wollen wir insbesondere den Austausch mit der Region Münsterland stärken und sie in ihrer Ökologisierung und nachhaltigeren Gestaltung der Landwirtschaft unterstützen. Hierzu soll die öffentliche Beschaffung als größter städtischer Hebel genutzt und auf den Prüfstand gestellt werden. Münster sollte deshalb am Netzwerk der Biostädte teilnehmen und als öffentlicher Träger von Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen an bundesweiten Programmen wie „Mehr Bio in Kommunen“ sowie „BioBitte“ teilnehmen. Nicht zuletzt erhöhen wir damit die Qualität des Umlandes als Naherholungsgebiet und die Qualität von Luft und Wasser auch in Münster.

---

## Tiertransporte einschränken

Als Gesellschaft sind wir dem Tierwohl verpflichtet. Keinem Tier soll Schmerz und Leid zugefügt werden. Diese Grundsätze gelten auch in der Landwirtschaft. Leider gab es in den vergangenen Jahren wiederholte Berichte über Tiertransporte in Drittländer außerhalb der EU, die aufgrund ihrer Transportdauer oder -umstände gegen grundlegende Tierschutz-Standards verstießen und transportierten Tieren große Qualen zufügen. Derartige Internationale Tiertransporte sehen wir GRÜNE daher äußerst kritisch. Während Transporte im Inland dank strenger EU-Tierschutzstandards auf maximal acht Stunden begrenzt sind, existieren für Exporte in Drittländer keine entsprechenden Einschränkungen. So waren beispielsweise im Jahr 2017 insgesamt 725 Tiere aus Münster ca. zehn Tage bis nach Jordanien unterwegs, hierbei per LKW bis Slowenien und von dort per Schiff bis nach Jordanien. Im Jahr 2018 wurden 858 Tiere aus Münster über acht Tage per Schiff bis nach Syrien transportiert. Insgesamt wurden im Zeitraum 2014-2018 3.876 Nutztiere aus Münster mit 108 Tiertransporten in Drittländer verbracht. Derartige internationale Tiertransporte erfüllen häufig nicht die erforderlichen Schutzstandards. Tiere sind über etliche Tage großem Stress ausgesetzt, Tierschutzverbände sprechen von systematischer Tierquälerei.

Diese Praxis wollen wir verhindern. Die Stadt Münster trägt hier mit über 300 Tierzucht-Betrieben besondere Verantwortung. Im Rahmen kommunaler Möglichkeiten wollen wir die Stadtverwaltung, bei der diese Transporte anmeldepflichtig sind, anweisen, im Rahmen des Ermessensspielraums strengere Kontrollmechanismen zu etablieren. Wir wollen hier dem Beispiel anderer Kreise wie dem Landratsamt Landshut oder dem Kreis Kassel folgen, die Tiertransporte in Drittstaaten, durch die das Tierwohl gefährdet ist, möglichst untersagen. Bei Transporten, die nicht untersagt werden können, wollen wir für eine Intensivierung der Kontrollen sorgen, um das Tierleid so gering wie möglich zu halten. Über die kommunale Ebene hinaus wollen wir uns im Städtetag sowie auf Landes- und Bundesebene für einen Verbot dieser tierschutzwidrigen Praxis einsetzen.

## Gewässer als natürliche Lebensadern erhalten

Unsere Flüsse und Bäche sind ein Garant für Lebensqualität in Münster und, sofern sie in ökologisch gutem Zustand sind, auch ein Hotspot der Artenvielfalt. Aufwändige ökologische Verbesserungen von Flüssen wie der Aa an der Kanalstraße oder auf der Westerholtschen Wiese haben in den letzten Jahren zu einer deutlichen Belebung beigetragen und dienen auch dem Hochwasserschutz. Wir wollen sie daher zukünftig entsprechend den Zielvorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie mit Nachdruck angehen. Durch den Bau einer vierten Reinigungsstufe in der Hauptkläranlage werden wir unsere Gewässer und die darin lebenden Fische besser vor Mikroschadstoffen schützen. Für den Aasee soll nach dem Fischsterben im Hitzesommer 2018 ein ökologisch tragfähiges Sanierungskonzept umgesetzt werden, bei dem die Wasserqualität und Artenvielfalt an erster Stelle und vor etwaigen Freizeitnutzungen stehen muss. Dafür werden wir auch

---

auf eine kontinuierliche Verringerung der landwirtschaftlichen Einträge hinwirken, die immer noch viel zu hoch sind, sowie auf die Identifizierung und Reduzierung weiterer Quellen der Gewässerverschmutzung drängen, wie es die Europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert. Auch die Werse ist in Münster ein wichtiger Erholungsraum: die anstehende Sanierung ihrer drei Wehre muss daher zuallererst dem Schutz der ansässigen Ökologie dienen.

## Ein flächendeckendes Netz aus Wasserspendern

Durch den voranschreitenden Klimawandel werden auch bei uns die Sommer heißer und trockener, was Mensch und Natur belastet. Besonders deutlich wird uns dies an Münsters Bäumen, die in den letzten Jahren unter zunehmender Trockenheit leiden mussten. Die Bevölkerung würde gerne aktiv mithelfen, die von ihr geliebten Bäume zu bewässern, kann das aber oft nicht, weil dringend benötigte Wasserzugänge fehlen. Daher wollen wir in den Sommermonaten ein flächendeckendes Netz aus Wasserreservoirs in den Quartieren aufstellen, das von der Stadt versorgt wird und den Bürger\*innen zur eigenen Bewässerung von Bäumen zur Verfügung steht. Diese Wasserquellen können auch eine Basis für Urban-Gardening-Projekte sein.

Auch die Bereitstellung von Trinkwasser wird mit den immer heißeren Sommern umso wichtiger, besonders für ältere Menschen und Kinder. Daher setzen wir uns für ein flächendeckendes Netz von öffentlichen Wasserspendern in Münsters Innenstadt nach dem Vorbild anderer Großstädte ein. Dies soll allen Menschen jederzeit und ortsungebunden Zugang zu frischem Trinkwasser ermöglichen und so den Umstieg auf umweltfreundliche, wiederbefüllbare Flaschen erleichtern.

## Dipol - Trinkwasser für Münster

Trinkwasser ist unser kostbarstes und am strengsten kontrolliertes Lebensmittel. Jede\*r Münsteraner\*in verbraucht durchschnittlich 120 Liter Trinkwasser am Tag, Wasser, das von den Stadtwerken geliefert wird, insgesamt über 16 Millionen Kubikmeter pro Jahr. Drei Viertel dieses Wassers werden in den vier Münsteraner Wasserwerken Geist, Hohe Ward, Kinderhaus und Hornheide-Haskenau aufbereitet – zum Teil aus den Grundwasservorräten des Münsteraner Kiessandzuges, teilweise aber auch durch Anreicherung des Grundwassers mit Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal. Das restliche Viertel beziehen die Stadtwerke über die Gelsenwasser AG aus dem Halterner Wasserwerk.

Die aktuelle Infrastruktur reicht absehbar für die Versorgung einer wachsenden Stadt nicht aus. Zudem bestehen insbesondere an den kleinen Wasserwerken Kinderhaus und Geist ungelöste Risiken durch Altlasten und Nitrat-Einträge aus der Landwirtschaft. Deshalb haben die Stadtwerke das „Dipol-Konzept“ entwickelt, das der Rat bereits 2018 mit grünen Stimmen beschlossen hat. Danach werden die beiden kleineren innerstädti-

---

schen Wasserwerke Kinderhaus und Geist geschlossen, die beiden größeren Werke Hornheide und Hohe Ward, im Norden und Süden der Stadt, weiter ausgebaut. Auf diese Weise wird, neben der Verbesserung der chemischen Wasserqualität, auch der er verminderten Neubildung von Grundwasser aufgrund der zunehmend trockeneren Sommer entgegengewirkt.

Für uns GRÜNE ist wichtig, dass die Umstrukturierung der Wasserversorgung zu einer sicheren Versorgung mit Trinkwasser beiträgt, sowohl in Bezug auf die förderfähigen Wassermengen als auch die Wasserqualität. Quantität und Qualität des Trinkwassers müssen auf Dauer garantiert sein.

---

# 5. Stadtentwicklung: Münster nachhaltig und klimaneutral bis 2030

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Innenentwicklung und gegen steigenden Flächenverbrauch**
- **nachhaltiges Stadtwachstum, das Münster und die Region gemeinsam gestalten**
- **kurze Wege und umweltfreundliche Mobilität**
- **klimagerechte Stadtplanung**
- **urbane Quartiere**
- **Milieuschutz und sozialgerechte Bodennutzung, damit Münster für alle bezahlbar bleibt**

Immer mehr Menschen wollen in Münster leben, über 310.000 Einwohner\*innen zählen wir heute, bis zum Jahr 2030 sollen es 330.000 sein. Das Wachstum kurbelt die Wirtschaft an und bringt der Stadt Steuereinnahmen. Es schafft und verstärkt aber gleichzeitig Flächenknappheit und Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Es wird immer schwieriger, das Stadtwachstum, die Versorgung mit preiswertem Wohnraum und den Schutz des für die Lebensqualität unverzichtbaren Freiraums miteinander zu vereinbaren. Wir stecken in der Klemme, denn wir dürfen weder den Wunsch von Menschen, nach Münster zu ziehen, durch zu knappe Angebote und steigende Wohnkosten abwürgen, noch dürfen wir Freiraum und Landwirtschaft für Bauplätze preisgeben. Einfamilienhaussiedlungen, die mit dem Boden verschwenderisch umgehen, oder Projekte, die in die Grünordnung eingreifen wollen, wie das Vorhaben am „Moorhock“, müssen wir verhindern. Flächensparende Projekte, wie die Neubebauung des ehemaligen „Beresa“-Geländes in Mecklenbeck, müssen wir fördern.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Stadtentwicklungsprozesse erfordern einen langen Atem. Seit 2015 können wir aber trotzdem bereits einige Erfolge verzeichnen: Die beiden großen Konversionsflächen in Gremmendorf und Gievenbeck stehen für den Bau von mehreren tausend Wohnungen bereit. Sie werden den Wohnungsmangel verringern. Höhere städtebauliche Dichte in neuen Bebauungsplänen und die Festsetzung von „urbanen Gebieten“ helfen dabei, den Freiraum zu schonen, und fördern die Mischung von Wohnen, Arbeiten und Versorgen im Quartier. Durch die „Planungswerkstatt 2030“ wurde der stärkere Schutz des Frei-

---

raums bei der Auswahl von künftigen Baugebieten festgeschrieben. Die Drohung, Außenbereiche zu Baugebieten zu machen (§ 13 b Baugesetzbuch), konnten wir abwehren. Die nächste Wahlperiode wollen wir nutzen, um nachhaltige Stadtentwicklung und Klimaneutralität bis 2030 miteinander zu verbinden.

## Für Innenentwicklung und gegen Flächenverbrauch

Nachhaltige Stadtentwicklung stellt für uns GRÜNE eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik dar. Priorität hat für uns die Innenentwicklung vor allem durch Verdichtung und Wiedernutzung brachgefallener Bauflächen. Neue Quartiere sind angesichts des Stadtwachstums ebenfalls notwendig. Sie müssen sich neben ökologischen und energetischen Standards durch urbane Qualität auszeichnen.

Das Potential für Innenentwicklung ist erheblich, zum Beispiel in den zumeist locker bebauten Siedlungen der 60er und 70er Jahre wie in Coerde, Kinderhaus, Hilstrup oder in der Aaseestadt, aber auch in Innenstadtvierteln, wie zahlreiche Baulücken und nicht ausgebaute Dachgeschosse zeigen.

Der Vorrang der Innentwicklung muss auch für Gewerbe- und Industriegebiete gelten. Wir wissen, dass wir da noch ganz am Anfang stehen, denn auch neue Industrie- und Gewerbegebiete sind zumeist nur schwach und flach bebaut. Flächensparende mehrgeschossige Bauweisen, Stellplätze für Autos auf den Dächern oder in Tiefgaragen werden wir deshalb durch Grundstücksverträge und durch Festsetzungen in Bebauungsplänen fördern.

Innenentwicklung hat für uns auch Grenzen. Die Nachverdichtung bestehender Siedlungen darf die Wohnqualität der „Alteingesessenen“ nicht zerstören. Projekte, bei denen intakte und preisgünstige Altbauten zuerst beseitigt und dann durch größere und teure Neubauten ersetzt werden, lehnen wir auch aus sozialen Gründen ab. Das gleiche gilt, wenn grüne Blockinnenbereiche und ökologische Nischen in Wohngebieten wegfallen oder wenn Frischluftschneisen zugebaut werden sollen. Damit Nachverdichtung die Bewohner\*innen und die Umwelt nicht in die Enge drängt, fordern wir für alle größeren Vorhaben die Aufstellung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung.

Auch ohne Einwohner\*innenzuwachs nimmt der Flächenbedarf für Wohnen und Arbeiten beständig und schneller als die Innenentwicklung zu. Wir brauchen neue Quartiere, um diesen Zuwachs zu kompensieren. Neue Quartiere müssen urban sein. Neben sozialen, ökologischen und baulichen Qualitäten bedeutet urban für uns auch städtebauliche Qualität: Integration der Bebauung in bestehende Siedlungen, bauliche Dichte und Nutzungsmischung. Urban heißt, dass Wohnen, Arbeiten und Versorgen im Quartier und sogar unter einem Dach möglich sein sollen. Angebote der sozialen Infrastruktur müssen im Quartier sein.

---

## Münster und die Region gestalten nachhaltiges Stadtwachstum gemeinsam

Trotz aller Anstrengungen kann Münster einen Anstieg der Bevölkerung vielleicht bis auf 330.000 Einwohner\*innen nicht allein, sondern nur gemeinsam mit der Region bewältigen. Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf. Die regionale Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Landkreisen des Münsterlandes ist aber bislang über Ankündigungen nicht hinausgekommen. Es ist höchste Zeit, dass Münster zusammen mit seinen Nachbarn einen Konsens für die partnerschaftliche Entwicklung und Verteilung von Siedlungsflächen, für Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel erarbeitet. Natürlich nur auf freiwilliger Basis und zum beiderseitigen Vorteil.

Beispielhaft für die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg könnten interkommunale Gewerbegebiete sein, die Münster mit direkt angrenzenden Städten wie Telgte, Senden oder Greven gemeinsam entwickelt. Ein weiteres Beispiel wäre die aufeinander abgestimmte Planung von Stadtgrenzen überschreitenden Vorrangflächen für erneuerbare Energien (Windenergie und Photovoltaik).

Nachhaltiges Wachstum verlangt auch nachhaltige Mobilität. Solange mehr als 80 Prozent der Pendler\*innen mit dem Auto unterwegs sind, ist eine nachhaltige regionale Entwicklung nicht möglich. Neue Siedlungsflächen in Münster und in der Region müssen deshalb mit Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsmittel verknüpft werden. Neue Quartiere für Menschen und für Arbeitsplätze und die Münsterland S-Bahn, weitere Schnellbuslinien und der Bau von Velorouten zwischen Münster und den angrenzenden Gemeinden gehören deshalb zusammen.

Für Pendler\*innen wird der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr erfahrungsgemäß umso attraktiver, je näher der Haltepunkt an ihrer Wohnung liegt. Park&Ride-Anlagen am Startpunkt des Pendler\*innenverkehrs sind besonders günstig; Anlagen nahe dem Ziel dagegen besonders unbeliebt. Die Zusammenarbeit mit der Region im Verkehrssektor sollte deshalb auch darin bestehen, dass Münster den Bau von Mobilstationen an den Haltepunkten von Bahn- und Schnellbuslinien in den Nachbargemeinden finanziell unterstützt.

## Kurze Wege und umweltfreundliche Mobilität

Die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Rad- und Fußverkehrs wird umso erfolgreicher, je besser Verkehrs- und Stadtplanung miteinander verzahnt werden. Städtebauliche Verdichtung und Nutzungsmischung im Quartier erlauben Bewohner\*innen und Nutzer\*innen kurze Wege zu ihren täglichen Zielen und fördern damit die Nutzung von Fahrrad und Füßen. Neue Stadtquartiere im Nahbereich der Haltepunkte des öffentlichen und des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) stärken Bus und Bahn. Münster als Großstadt und zugleich als Stadt mit viel Fläche und vom Zent-

---

rum mehr als fünf Kilometer entfernt gelegenen Stadtteilen braucht deshalb eine sowohl auf kurze innerstädtische Wege als auch auf regionale Verbindungen zwischen Stadtzentrum und Vorort ausgerichtete Stadtplanung. Erste Ansätze dazu finden sich in der „Planungswerkstatt 2030“, bei der die Lage zum Stadtzentrum bzw. zu den Stadtteilzentren als Kriterium für die Auswahl von künftigen Baugebieten mitberücksichtigt wurde.

Die Chancen für die Verzahnung von Stadtplanung und Verkehrsentwicklung sind in Münster gut. Die Stadt verfügt über acht Eisenbahnverbindungen, künftig sogar neun Linien, die alle großen Außenstadtteile mit dem Stadtzentrum verbinden. Durch den Bau von elf Velorouten werden die Bedingungen für den stadtweiten und regionalen Fahrradverkehr merklich verbessert. Was fehlt, sind mehrere zusätzliche Haltepunkte des SPNV, zum Beispiel in Mauritz und Handorf, in Geist und in Coerde („Speicherstadt“). Dafür bietet das Konzept der Münsterland S-Bahn eine gute Grundlage. Wir unterstützen dieses Konzept nachdrücklich.

Woran es noch mangelt, ist die Nutzung von Möglichkeiten des Planungsrechts, um die Mischung von Nutzungen in Neubaugebieten zu forcieren und in bestehenden Quartieren zu erleichtern. Bebauungspläne, die mit dem Instrument der „Urbanen Gebiete“ (§ 6a Baunutzungsverordnung) arbeiten und damit Wohnen und Arbeiten sowie die tägliche Versorgung im Quartier und sogar unter einem Dach zulassen, wollen wir deshalb unterstützen.

## Mehr Raum für Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig ausreichend große und nutzbare öffentliche Räume für das Zusammenleben in der Stadt sind. Wir haben erlebt, wie schwer die Forderung „Abstand halten!“ zu befolgen ist, wenn schmale Wege, fehlende Warteflächen für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, zugeparkte oder sogar fehlende Fußwege an der Tagesordnung sind – leider auch in Münster. Nach wie vor hat der Autoverkehr Platz satt, Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen müssen sich dagegen drängeln. Geschätzt beansprucht der Autoverkehr deutlich mehr als die Hälfte der Straßenflächen, obwohl sein Anteil am Gesamtverkehr in der Fahrradstadt Münster weniger als 30 Prozent beträgt!

Als kurzfristige Maßnahme zur Entspannung der Situation verlangen wir, auf Straßen mit starkem Radverkehr und zu engen Fuß-/Radwegen die Pflicht zur Benutzung von Radwegen aufzuheben. Besonders eindrückliche Beispiele sind die Wolbecker Straße, die Hammer Straße und die Warendorfer Straße. Die Freigabe der Fahrbahnen für den Radverkehr muss mit Tempo 30 verbunden werden.

In den nächsten Jahren müssen Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen durch Umgestaltung von Straßen mehr Platz bekommen. Der Fahrradverkehrsanteil wird nur mit mehr

---

Flächen im Straßenraum auf 50 Prozent ansteigen, und nur mit neuen Busfahrspuren wird die Zahl der Busfahrgäste auf über 50 Millionen im Jahr wachsen. Zu Fuß gehen, Fahrrad- und Busfahren müssen im öffentlichen Raum der Stadt Priorität erhalten. Mehr „Grün“ an den Ampeln und mehr Platz im Straßenraum lautet für uns die Devise – sowohl für Straßen in neuen Quartieren als auch für die Erneuerung von Straßen in „alten“ Vierteln der Stadt.

## Klimagerechte Stadtplanung

Die Forderung, dass Gemeinden bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung berücksichtigen müssen, zählt seit 2013 zu den „Leitlinien der Bauleitplanung“ (§ 1 Abs. 5 Baugesetzbuch). Das heißt: Alle Bebauungspläne in Deutschland müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sich die Planung auf den Klimaschutz und auf die Klimaanpassung auswirken wird und welche Möglichkeiten bestehen, negative Auswirkungen zu verringern oder ganz zu vermeiden. Gemeinden, die sich dieser Pflicht verweigern, riskieren, dass ihre Bebauungspläne als rechtswidrig scheitern.

Die Klausel führt, wenn sie ernstgenommen wird, zu einer neuen Planungskultur. Klimaschädliche Projekte fallen bei der Abwägung der Argumente für und gegen die Planung durch, klimaneutrale oder weniger klimaschädliche Alternativen schneiden besser ab. Klima und Klimaschutz werden zu einem Leitfaktor der Stadtplanung. Als Reaktion auf die Klimaschutzklausel hat eine Reihe von Städten bereits ausführliche Regelwerke für die „Klimagerechte Bauleitplanung“ erarbeitet und für ihre Planverfahren festgelegt. Beispielhaft ist die „Checkliste für eine klimaangepasste Bauleitplanung“ der Städteregion Aachen.

Ein Antrag der grünen Ratsfraktion, auch für Münster einen Leitfaden für die klimagerechte Bauleitplanung aufzustellen, hat bislang im Rat keine Mehrheit gefunden. Angesichts der 2019 beschlossenen Erklärung des Klimanotstandes und der Verpflichtung, dass Klimaschutz und Klimaanpassung bei allen Maßnahmen der Stadt angemessen berücksichtigt werden sollen, ist das ein krasser Rückschritt. Auch und gerade für Stadtplanung muss die Verpflichtung gelten. Klimagerechte Bauleitplanung ist eine Aufgabe, die für das gesamte Planverfahren gelten soll, vom Aufstellungsbeschluss bis zur finalen abwägenden Entscheidung des Rates. Einen neuen Antrag werden wir GRÜNE unmittelbar nach der Kommunalwahl stellen.

## Beispiele urbaner Stadtentwicklung

Beispielhaft für urbane Stadtentwicklung soll das Baugebiet zwischen Steinfurter Straße und Wasserweg werden. Es soll Platz für mehrere tausend Menschen und Arbeitsplätze bieten, es soll städtebauliche Dichte und urbane Mischung miteinander verbinden und

---

es soll den Freiraum schonen. Das Motto für dieses Quartier ist: Im Erdgeschoss wird produziert, darüber werden Dienstleistungen angeboten und ganz oben wird gewohnt, alles unter einem Dach; nebenan liegen die Kita, das Café und der Laden für das, was man täglich braucht. Die Mischung der Nutzungen erspart den Nutzer\*innen und Bewohner\*innen Wege und Zeit und fördert Fuß- und Radverkehr. Urbane Nutzungsmischung kostet zudem weniger Fläche als bei der bislang üblichen Trennung der Nutzungen. Vorbild für das Quartier sind städtebaulich und wohnungspolitisch innovative und zugleich ausgewogene Quartiere wie „Vauban“ in Freiburg oder „Kalkbreite“ in Zürich: So hat es der Rat Ende 2019 auf Antrag unserer Fraktion beschlossen. Bis Mitte des Jahrzehnts sollen an der Steinfurter Straße die ersten Wohnungen, Büros, Arbeitsstätten und Dienstleistungen entstehen.

Längerfristig, aber genauso erfolversprechend ist für uns die Revitalisierung der Flächen des ehemaligen Güterbahnhofs. Zwischen den Bahngleisen, in unmittelbarer Innenstadtlage, warten mehr als zehn Hektar Flächen auf neue Nutzungen und auf neue Nutzer\*innen. Mehrere Jahrzehnte lag das Gelände brach. In den letzten Jahren gibt es jedoch einen erfreulichen Neuanfang: Kultureinrichtungen, gewerbliche Unternehmen und Startups haben sich auf dem Gelände angesiedelt, und leerstehende Gebäude finden eine neue Verwendung. Wir GRÜNE unterstützen dieses Engagement und wir wollen es unbedingt erhalten. Die städtebauliche Entwicklung des Areals muss deshalb darauf aufbauen, denn Münster braucht Freiräume! Wir werden im neuen Rat anregen, dass für das Gelände Güterbahnhof ein städtebauliches Erneuerungskonzept aufgestellt wird.

Ein weiteres Modellprojekt für eine moderne, nachhaltige und klimagerechte Stadtplanung soll die „Ökosiedlung Hiltrup-Ost“ werden: Das nördlich der Straße Osttor in Hiltrup-Ost geplante Neubaugebiet mit über 1.000 Wohneinheiten wollen wir GRÜNE konsequent nach ökologischen und klimaschonenden Aspekten entwickeln: erneuerbare Energien, ökologisch verträgliche Baumaterialien, geringe Flächenversiegelung, viel Platz für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen, verbindende Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität, Anlage von Nachbarschaftsgärten und Nisthilfen für die lokale Fauna, Anbindung an die Velorouten und an den ÖPNV, Förderung der Elektromobilität und Stellplätze für Kraftfahrzeuge nur an den Siedlungsrandern, damit die Wohnhöfe autofrei bleiben, und lokale Quartiersversorgung, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. Wir GRÜNE haben hierfür ein umfassendes Konzept erarbeitet, das Rahmenbedingungen für die bürger\*innennahe Entwicklung des Quartiers und künftige Standards setzen soll.

## Milieuschutz und sozialgerechte Bodennutzung

Steigende Ansprüche an Fläche und an materielle Ressourcen führen in wachsenden Städten zu sozialen Verteilungskonflikten. In Münster sind besonders beliebte Viertel der Innenstadt aufgrund der massiven Steigerung der Wohnkosten für wohnungssu-

---

chende Haushalte mit geringem und zunehmend auch mit normalem Einkommen kaum noch bezahlbar. Sie können sich Münsters Lebensqualität nicht mehr leisten und werden auch räumlich an den Rand gedrängt. Der Exodus weniger zahlungskräftiger Haushalte aus der zu teuren Innenstadt an den Stadtrand nimmt zu. Milieuschutz als abwehrendes und die Schaffung preisgebundener Wohnungen als kompensierendes Instrument müssen Hand in Hand gehen, um die drohende soziale und ökonomische Segregation zu verhindern (*mehr hierzu in Kapitel 8*).

## Barrierefreie Stadt- und Quartiersgestaltung

Barrierefreiheit muss Grundlage für jeden stadträumlichen Planungsansatz und Teil einer städtebaulichen Gesamtaufgabe sein, auch für Münster. Eine barrierefreie Stadt ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung und für die Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft. Der Inklusionsgedanke ist für eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, die das Wohl aller Bewohner\*innen zum Ziel hat, unerlässlich. Die Stadt, die Infrastruktur und der öffentliche Raum müssen so gestaltet werden, dass sich alle Menschen darin problemlos orientieren, ohne Schwierigkeiten bewegen und gut leben können.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung erfordert ein neues Entwicklungs- und Planungsverständnis. Stärker als bisher brauchen wir eine Planung, die alle Ebenen von der Stadt über die Quartiers- bis hin zur Planung von Gebäuden und Wohnungen miteinander verknüpft und die städtebauliche, ökologische und soziale Belange fachlich miteinander in Einklang bringt. Wir GRÜNE setzen uns für eine entsprechende ressortübergreifende Planung ein.

Defizite sind in Münster noch immer an der Tagesordnung: Es ist immer noch auffällig, dass auch neue Gebäude nicht immer umfassend barrierefrei sind. Beratung und Information über barrierefreies Bauen muss deshalb zu den Standardleistungen der Stadt für Bauherr\*innen gehören. In der Altstadt besteht eine besondere Aufgabe darin, eine barrierefreie Gestaltung mit dem Denkmalschutz und dem historischen Charakter zu vereinbaren. Die Kommission zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) hat hier die wichtige Aufgabe, die barrierefreie Gestaltung der Stadt mit zu begleiten und zu fördern. Wir GRÜNE werden dies unterstützen und politisch auf eine barrierefreie Gestaltung der Altstadt hinwirken.

Zugleich wollen wir die soziale Beteiligung an Planung und Gestaltung stärken. Hierzu gehören generationsgerechte und auch inklusive Beteiligungsformen für Menschen mit und ohne Behinderung sowie Formen der Beteiligung, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, zum Beispiel durch Stadtteilkonferenzen und moderierte Beteiligungsprozesse.

---

## 6. Verkehrswende: Sicher, schnell und umweltfreundlich in Münster unterwegs

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **eine autofreie Altstadt bis 2025 und autoarme Verkehrskonzepte für alle Stadtteile**
- **mehr Platz, Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf Fuß- und Radwegen**
- **ein Netz aus Fahrradstraßen und gut ausgebauten Fahrradwegen**
- **den Bau eines zweiten Promenadenrings**
- **den zügigen Bau der Velorouten als Fahrrad-Schnellstraßen**
- **Beschleunigung der Stadtbusse und Expressverbindungen in alle Stadtteile**
- **ein S-Bahn-Netz für das Münsterland**
- **den Erhalt der Zweispurigkeit der B51 von Münster nach Telgte**
- **keine weiteren Subventionen für den Flughafen Münster-Osnabrück**

Wir GRÜNE stehen für ein neues und modernes Verkehrskonzept für Münster. Wir wollen eine klimafreundliche Verkehrspolitik, die Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit Bus und Bahn in den Mittelpunkt stellt. Dafür ist eine konsequente Verkehrswende erforderlich, die das Prinzip der autogerechten Stadt endgültig hinter sich lässt.

Münsters Verkehrswege sind an ihren Belastungsgrenzen angekommen. Busse und Autos stehen im Stau, Fahrräder drängen sich vor Ampeln und Fußgänger\*innen auf schmalen, vollgeparkten Fußwegen. Im Moment nehmen Autos im gesamten Stadtgebiet zu viel Platz in Anspruch, sie verursachen Dauerlärm, schlechte Luft, kosten die Stadtgemeinschaft viel Geld und stehen die meiste Zeit nur herum. Für die klimafreundlichen Verkehrsträger – Fahrrad, Bus, Bahn und Fuß – fehlen demgegenüber der Platz und eine ausreichende Finanzierung. Radfahren und zu Fuß gehen müssen endlich sicher und bequem sein. Wer sich statt fürs Auto für Bus und Bahn entscheidet, muss zügig und verlässlich ans Ziel kommen. Außerdem wollen wir GRÜNE auf den Straßen Platz für die Menschen machen – zum Flanieren, zum Spielen, zum Kaffeetrinken, für Gespräche. Der Straßenraum muss endlich wieder Lebensraum für die Menschen werden, die hier leben und arbeiten oder Münster besuchen.

Täglich pendeln 180.000 Menschen nach Münster. Davon benutzen 160.000 Autos, die zwar nur ein Drittel des Stadtverkehrs ausmachen, aber fast zwei Drittel des CO<sub>2</sub> produzieren. Weil der motorisierte Pendelverkehr außerdem die Straßen verstopft, in Wohn-

---

quartieren für viel Lärm sorgt und die Luft mit Abgasen belastet, müssen wir den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr schon in der Region und den Umstieg aufs Fahrrad spätestens an den Stadtgrenzen fördern. Wir müssen die Angebote von Bus und Bahn in der Region ausbauen, Mobilstationen für den Umstieg bereitstellen und Velorouten bauen, die Münster auf direktem Weg mit seinen Nachbarstädten verbinden.

Heute werden bereits 70 Prozent aller täglichen Wege der Münsteraner\*innen in Münster mit Bus und Bahn, mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt – nicht einmal 30 Prozent mit einem Auto. Trotzdem rangiert das Auto bei Grünzeiten, bei der Aufteilung der Verkehrsflächen und bei der Verkehrsplanung in neuen Stadtquartieren noch immer an erster Stelle. Das wollen wir ändern: Bus und Bahn, Fahrrad und die eigenen Füße müssen endlich Vorrang vor Autos bekommen; der Verbund der umweltfreundlichen und stadtverträglichen Verkehrsmittel muss die Verkehrspolitik der Stadt prägen. Auch bei der Verteilung des Straßenraums und der Finanzmittel muss der Umweltverbund im Fokus stehen. Uns ist klar, dass auch in Zukunft viele Menschen immer noch ein Auto brauchen werden, um alltägliche Wege zurückzulegen. Jedoch entspricht die Vorstellung, das Verkehrssystem der Stadt müsse sich am Auto ausrichten und jeder Punkt in der Stadt müsse mit einem Auto erreichbar sein, nicht mehr einer modernen klima- und menschengerechten Verkehrspolitik. Andere europäische Städte wie Oslo oder Wien zeigen, wie es gehen kann.

Wir wollen dem Beispiel dieser Städte folgen und für Münster Schritt für Schritt eine autofreie Zukunft entwickeln – nicht nur für die Altstadt, sondern auch in den dicht bebauten Wohnvierteln in der Innenstadt, in neuen Wohnquartieren und in den Stadtteilen und ihren Zentren.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE wichtige Beschlüsse zur Verbesserung des Radverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durchgesetzt: ein Mobilitätspaket von 50 Mio. Euro im städtischen Haushalt, die Veloroutenplanung für bessere Radwegeverbindungen in Münster und der Stadtregion, neue Standards für bessere Fahrradstraßen und mehr Platz für den Radverkehr.

Auf unsere Initiative hin trat der „Runde Tisch Radverkehr“ zusammen und entwickelte Ideen und Konzepte. Außerdem wurde beschlossen, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr zu steigern und den Radverkehr stärker zu fördern. Wir haben mehr Personal in der Verwaltung für den Radverkehr eingestellt und die Verdopplung der Länge der Busspuren im Stadtgebiet von 10 auf 20 Kilometer beschlossen. Gemeinsam mit den Stadtwerken haben wir das Ticket-System überarbeitet und die Fahrkarten auf einem stabilen Preisniveau gehalten. Die in den 1980er/90er Jahren stillgelegten Bahnhaltepunkte in Roxel und Mecklenbeck haben wir reaktiviert.

---

In einem Ratsantrag haben wir ein Konzept eingefordert, das auf die Reduzierung von PKW-Transportfahrten setzt. Mit dem Förderprogramm für Lastenräder für Privatpersonen und Unternehmen haben wir bereits eine wichtige Alternative zum Auto unterstützt.

Dennoch ist die Stadtverwaltung die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen nicht so zügig und konsequent angegangen, wie es nötig gewesen wäre. Außerdem waren wir GRÜNE der kleinere Partner eines politischen Bündnisses mit der CDU und mussten im Mobilitätsbereich auch Kompromisse eingehen. Damit unsere Konzepte und Pläne Wirklichkeit werden, brauchen wir mehr Gewicht im Rat und seinen Ausschüssen.

## Eine autofreie Zukunft

### Die Altstadt: autofrei bis 2025

Der historische Stadtkern innerhalb des Promenadenrings soll bis 2025 autofrei und damit das lebendige Zentrum Münsters und des Münsterlandes werden. Wir wollen hier die Lebensqualität erhöhen, mehr Platz für die klimafreundlichen Verkehrsmittel schaffen und die freiwerdenden Flächen begrünen. Die Erhöhung der Aufenthaltsqualität wird den stationären Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel deutlich stärken.

In der Altstadt zeigen sich besonders die Folgen der verfehlten Verkehrspolitik der Regierungsmehrheiten in den letzten Jahrzehnten. Der Domplatz als Mittelpunkt unserer Stadt wird von Autos umstellt, die Pferdegasse ist zur Wartezone für Autos geworden und die Königsstraße wird durch Stau verstopft. In den Autoschlangen vor den Parkhäusern entstehen Tag für Tag viele klimaschädliche Emissionen, Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen fehlt der Platz. Wie wohltuend wirkt demgegenüber der autofreie Bereich Rothenburg/Prinzipalmarkt!

Wir GRÜNE wollen, dass bis 2025 im Dialog mit Bürger\*innen, Anwohner\*innen, Dienstleistenden und dem Einzelhandel schrittweise ein Konzept für eine Altstadt ohne Autos entwickelt und umgesetzt wird. Dafür werden wir die verkehrlichen Voraussetzungen für eine neue Erreichbarkeit der Altstadt schaffen und uns dabei an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Alle Altstadtstraßen werden autofrei, Anlieger- und Lieferverkehre sind ausgenommen.
- Die Einfahrt in die Altstadt bleibt für Anwohner\*innen, Mobilitätseingeschränkte sowie Liefer-, Handwerks- und ähnliche Dienstleistungsverkehre zulässig. Polizei und Rettungsfahrzeuge sind natürlich auch ausgenommen.
- Punktuelle Durchfahrtsperren sollen verhindern, dass die Altstadtstraßen zur Durchfahrt genutzt werden.

- 
- Alle oberirdischen, öffentlichen Stellplätze werden nach und nach umgenutzt. Parkplätze für Menschen mit Behinderung bleiben erhalten.
  - Auf den freiwerdenden Flächen entstehen in Absprache mit Anwohner\*innen Fahrradabstellanlagen, Bäume, Grünflächen und Aufenthaltsmöglichkeiten.
  - Alle Parkhäuser werden zunächst angemessen bepreist und dann nach und nach für öffentliches Parken geschlossen und zu Quartiersparkhäusern, Lieferhubs oder für andere altstadtgerechte Vorhaben umgenutzt. Mit den Eigentümer\*innen der nicht der Stadt gehörenden Parkhäuser werden entsprechende Verhandlungen geführt.
  - Der Hörsterparkplatz und das Parkhaus Georgskommende werden nach Abstimmung mit den Bürger\*innen anders genutzt, zum Beispiel für öffentliche Grünflächen mit Aufenthaltsqualität oder hochwertige Bebauung.
  - Der Schlossplatz wird ebenfalls bis 2025 autofrei und bleibt als Freifläche erhalten.
  - Anwohner\*innen und Anlieger\*innen erhalten pro Wohneinheit je einen kostenpflichtigen Parkplatz in den freiwerdenden Parkhäusern, die als vollwertige Mobilitätsstationen verschiedene Verkehrsmittel (Car-Sharing, Lastenräder) verknüpfen.

Die schrittweise Entwicklung eines Verkehrssystems (fast) ohne Autos wollen wir dann von der Altstadt auf die anderen Stadtteile übertragen. Denn die Verkehrswende soll in der ganzen Stadt Realität werden!

## Verkehr in den innerstädtischen Wohnvierteln und Stadtteilen

Unsere Stadtteile und die innerstädtischen Wohnviertel wollen wir GRÜNE verkehrspolitisch ähnlich behandeln wie die Altstadt: Wir wollen weniger Autos für mehr Aufenthaltsqualität. Deshalb setzen wir uns münsterweit für eine angemessene Bepreisung aller öffentlichen Parkplätze ein, die die realen Kosten des Autoparkens abbildet.

Die Wohnviertel und Stadtteile ist die Verkehrsbelastung aus anderen Gründen als in der Innenstadt hoch. So ächzen zum Beispiel Stadtteile wie Hilstrup und Kinderhaus unter Verkehrsbelastungen durch Pendler\*innenverkehr aus der Region. Zu Stoßzeiten nimmt dieser viel Platz ein und gefährdet das sichere Vorankommen von verletzlicheren Verkehrsteilnehmer\*innen wie Schulkindern und älteren Menschen. Wir wollen uns dafür einsetzen, Tempo-30-Zonen deutlich auszuweiten, um für mehr Sicherheit und Ruhe in den Stadtteilen zu sorgen. Parken im öffentlichen Raum darf außerdem nicht kostenlos sein. Deshalb setzen wir uns münsterweit für eine angemessene Bepreisung aller öffentlichen Parkplätze ein, die die realen Kosten des Autoparkens abbildet. Um auch für Pendler\*innen aus dem Umland die Alternativen zum eigenen Auto attraktiv zu machen, wollen wir weitere Schnellbussysteme, die Gewerbegebiete und Arbeitsplätze an-

---

steuern, prüfen. Unternehmen müssen dabei miteinbezogen werden. Die beschleunigte Umsetzung der Velorouten kann nur ein erster Schritt sein, auch der Ausbau von Fahrradschnellstraßen, die den Fahrkomfort erhöhen, müssen in Betracht gezogen werden.

Bestehen bisher hauptsächlich ÖPNV-Verbindungen von den Stadtteilen in die Innenstadt, so wollen wir gute Busverbindungen, Fahrradschnellstraßen und Bahnverbindungen auch zwischen den Stadtteilen, zum Beispiel zwischen Hilstrup und Wolbeck, zu und zwischen den Quartieren und den Gewerbegebieten aufbauen. Bei vielleicht zunächst geringer Nachfrage können dabei On-Demand-Systeme helfen, Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese langfristig eingerichtet werden. Ausgebaut werden muss auch das Nachtbussystem, um insbesondere am Wochenende öffentliche Mobilität zu gewährleisten.

Es waren vor allem die Unternehmen, die die zügige Reaktivierung der Bahnhaltepunkte Mecklenbeck und Roxel für ihre Beschäftigten gefordert haben. Diese sind nunmehr realisiert. Mehrere Bahnhaltepunkte werden durch den Umsetzungsprozess der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE) kommen. Weitere müssen folgen (siehe Münsterland S-Bahn).

Insgesamt muss mehr Geld in das System investiert werden, auch wenn Strecken zeitweise nicht wirtschaftlich sind.

## Weg frei für den Fußverkehr

### Wertschätzen statt an den Rand drängen!

Neben dem Fahrradfahren werden die meisten Wege in Münster zu Fuß zurückgelegt. Fußgänger\*innen werden bei der Verkehrsplanung aber allzu häufig vergessen. Parkende Autos und Fahrräder blockieren die ohnehin häufig schmalen Gehwege – Fußgänger\*innen müssen sich vorbeizwängen und für Rollstuhlfahrer\*innen und Menschen mit Kinderwagen, Koffern oder Rollatoren ist oft kein Durchkommen mehr. An Ampeln stehen Fußgänger\*innen häufig mehrere Minuten, Zebrastreifen sind in Münster eine Seltenheit. Das Gehen im öffentlichen Straßenraum muss endlich wieder die notwendige Wertschätzung erfahren. Wir GRÜNE wollen eine starke Stimme für den Fußverkehr sein und uns für sichere und attraktive Fußwege durch unsere Stadt einsetzen.

### Sicher zu Fuß unterwegs

Münster ist von der „Vision Zero“, einer Stadt ohne Verkehrstote, leider noch weit entfernt. Jedes Jahr werden viele Menschen auf Münsters Straßen verletzt oder sogar getötet – auch Fußgänger\*innen. Damit die Überquerung von Straßen sicher und schnell

---

möglich ist, setzen wir uns stadtweit für fußgänger\*innenfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und Tempo-30-Zonen ein. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf die Umgebung von Schulen und Kitas, damit Kinder sicher und selbstständig zu Fuß unterwegs sein können. Wir wollen Schulen bei der Erstellung von Schulwegsicherungsplänen unterstützen und vor Kitas und Schulen vermehrt Halteverbotszonen einrichten, um die Unfallgefahr zu reduzieren.

Ein Gang durch die Stadt sollte aber nicht nur der reinen Fortbewegung dienen. Zu Fuß gehen muss in Münster endlich wieder Spaß machen. Den besten Zugang zur Stadt, zu ihrer Architektur, zu ihren Veränderungen, zu ihren Informationen und Angeboten, haben wir zu Fuß. Und auch Begegnungen zwischen Menschen entstehen am einfachsten auf dem Fußweg, wenn man die Gelegenheit hat, für ein Gespräch zu verweilen. All das braucht Raum, den der Fußverkehr häufig nicht hat. Münsters Gehwege brauchen endlich eine Breite, die es erlaubt, nebeneinander zu gehen oder für einen Plausch mit der Nachbarin stehen zu bleiben. Deshalb wollen wir stadtweit eine Mindestbreite für Fußwege von 1,80 Metern oder besser noch 2,50 Metern umsetzen. Dafür müssen das Gehwegparken stärker kontrolliert und sanktioniert sowie auch verfolgt werden und mehr Abstellmöglichkeiten für parkende Fahrräder geschaffen werden. Sitzgelegenheiten, mehr Stadtgrün und Kommunikationsbereiche werten die Fußwege auf und steigern die Aufenthaltsqualität.

## Fahrradstadt Münster

### Münster (wieder) zur Fahrradhauptstadt machen

Münster galt lange als Fahrradhauptstadt Deutschlands, doch nicht erst seit dem Fahrradklimatest 2019 des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) ist klar, dass Münster diesem Anspruch bei weitem nicht mehr gerecht wird. Neben unebenen Radwegen, schlechten Ampelschaltungen und vielen weiteren Hindernissen für den Radverkehr fehlt es vor allem an einem übergeordneten, zusammenhängenden Netz von guten Fahrradverbindungen. Zwar gibt es in Münster an fast jeder Straße einen Radweg, doch an den meisten Straßen sind diese für die Vielzahl der Radler\*innen viel zu schmal. Das Fahrrad ist eins der Hauptverkehrsmittel in Münster. Das müssen die Verhältnisse auf der Straße widerspiegeln. Deshalb müssen der Ausbau und die Instandhaltung der Münsteraner Fahrradinfrastruktur oberste Priorität haben.

### Radwege: Keine Kompromisse mehr!

Das Radwegenetz der Stadt entspricht an vielen Stellen nicht mehr den technischen und räumlichen Anforderungen. Mit dem Radverkehrskonzept von 2016 haben wir die nötigen Grundlagen geschaffen, jetzt muss die Umsetzung in Angriff genommen wer-

---

den. Demnach müssen alle Hauptverkehrsachsen über ausreichend breite, intakte und komfortable Radwege für den Fahrradverkehr verfügen (hierbei wollen wir uns an den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) orientieren). Maßstab für eine ausreichende Sicherheit der Radwege sollte die Befahrbarkeit für Kinder und ältere Menschen sein. Auch hier gilt, dass dem Fuß- und Radverkehr Vorrang vor dem Autoverkehr eingeräumt werden muss.

Das bedeutet im Konkreten, dass die Ampelschaltungen an einer „grünen Welle“ für Radfahrer\*innen ausgerichtet werden sollten. Auf dem Ring müssen die Ampelschaltungen fahrradfreundlich eingestellt werden.

Sehr viele Sackgassen in Münster sind für den Rad- und Fußverkehr durchlässig. Die seit Jahren nur aus der Autofahrer\*innensicht richtige Sackgassenbeschilderung wollen wir schnellstmöglich korrigieren. Mit einer zusätzlichen Beschilderung helfen wir so dem Rad- und Fußverkehr schnell und unbürokratisch.

Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Radwegebenutzungspflicht an allen Straßen überprüft und gegebenenfalls aufgehoben wird. Schon seit 1998 darf die sogenannte Radwegebenutzungspflicht nur noch in Ausnahmefällen angeordnet werden. Ergänzend wollen wir die Aufklärung über Verkehrsregelungen, die bisher bei schulischer Verkehrserziehung und Führerschein zu kurz kommen, vorantreiben, zum Beispiel durch Kampagnen im öffentlichen Raum oder durch die Zusammenarbeit mit Betrieben, Schulen und Hochschulen.

## Abstellanlagen: 10.000 Fahrradbügel für Münster

Dem Fahrradverkehr fehlt nicht nur Platz zum Fahren, sondern auch zum Abstellen. Wir wollen deshalb mehr Abstellflächen ausweisen und mit einem 10.000-Bügel-Programm vor allem auf bisherigen Autoparkplätzen in der Innenstadt die benötigten Stellplätze schaffen, damit die Fahrräder abseits der Fußwege gut abgestellt werden können. Davon profitiert auch der Fußverkehr, dem wieder mehr Platz bleibt. Unter den Stellplätzen müssen ausreichend große Parkplätze für Lastenräder sein. Besonders in der Umgebung des Hauptbahnhofs braucht es mehr Stellplätze, auch über die neu entstehende Radstation hinaus. In den Stadtteilen wollen wir uns ebenfalls für mehr Fahrradabstellanlagen einsetzen. Je nach Ort und Nutzung sollten Überdachungen und ausreichend Beleuchtung für die Fahrradabstellanlagen gebaut werden.

## Promenade: Das Herzstück stärken

Die Promenade bleibt das Herzstück des innerstädtischen Fuß- und Radverkehrs und soll zukünftig an allen Kreuzungen vorfahrtsberechtigt sein. Allerdings darf der Busverkehr nicht übermäßig ausgebremst werden; hierfür brauchen wir Lösungen. Für die

---

Fußgänger\*innen wollen wir die Wege neben der Hauptstrecke verbessern, um ihnen ebenfalls ein gutes Vorankommen, getrennt von den Radfahrer\*innen, zu ermöglichen.

## Zweiter Promenadenring: stadtteilverbindende Stadtumfahrung

Der zweite Promenadenring soll als Stadtumfahrung für den Fuß- und Fahrradverkehr entwickelt werden. Diese zweite Promenade soll die äußeren Stadtteile verbinden und so zügige und sichere Fahrradfahrten und Spaziergänge zwischen Kinderhaus, Nienberge, Handorf und weiteren Stadtteilen möglich machen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass bis 2025 erste Bauabschnitte umgesetzt werden. Der zweite Promenadenring wird ein wesentlicher Baustein für eine nachhaltige Stadtentwicklung der wachsenden Stadt, der alle Velorouten im Außenbereich und die Stadtteile miteinander vernetzt. Entlang der Strecke wollen wir Bäume pflanzen, um auch die zweite Fahrradpromenade zu einer Allee werden zu lassen.

## Die Zukunft heißt Fahrradstraße

Für besonders komfortable, zügige Fahrrad-Verbindungen durch die Stadt wollen wir mehr Fahrradstraßen einrichten, gemäß den entwickelten Qualitätsstandards für Fahrradstraßen. Auch alle bereits bestehenden Fahrradstraßen sollen diesen Qualitätsstandards entsprechen. Denn Fahrradstraßen wirken verkehrsberuhigend und schaffen die Sicherheit, die insbesondere diejenigen brauchen, die heute in Münster noch nicht gerne Fahrrad fahren.

## Velorouten: schnelle Wege ins Münsterland

In den nächsten Jahren steht die Umsetzung der geplanten Velorouten ins Münsteraner Umland an. Diese sind ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende, um Münster besser mit dem Umland zu verbinden. Die Routen müssen dabei komfortabel und vor allem schnell sein, damit sie für Fahrrad Fahrende einen echten Mehrwert bieten. Sie sollen zügige Verbindungen mit möglichst kurzer Reisezeit sein, die sich nicht nur für Freizeitfahrten, sondern auch für alltägliches Pendeln eignen. Service-Stationen mit Luftpumpen, Ersatzteilen und Wasserspendern an der Strecke bieten hohen Komfort beim Fahren, Unterstellmöglichkeiten sollen vor Platzregen schützen. In der Stadt sollen sie auf die Promenade stoßen.

## ÖPNV ausbauen und attraktiv machen

Ein gut ausgebauter, leistungsfähiger ÖPNV gehört zum Rückgrat der Verkehrswende. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Teile der Stadt gut mit Bus und Bahn erreichbar

---

bar sind und wir so als Stadtgemeinschaft Stück für Stück unabhängig vom Auto werden. Dafür muss das ÖPNV-Netz eine verlässliche und flexible Mobilität ermöglichen. Unsere Zielvorstellung ist es, durch diese Maßnahmen eine schnelle Anbindung für alle Außenstadtteile zu schaffen. Zusammen mit engen Taktzeiten, auch in den Morgen- und Abendstunden, wird unser städtischer ÖPNV so zu einer echten Alternative zum Auto. Und auch über Münsters Stadtgrenzen hinweg soll der ÖPNV neu aufgestellt werden, um Münster mit dem Münsterland eng zu verbinden.

## Das Herzstück wieder fitmachen – Neugestaltung des Busbahnhofs

Die zentrale Anlaufstelle der Busse in Münster, der Hauptbahnhof, ist im Moment ein riesiges Verkehrschaos. Die entlang des Berliner Platzes verteilten Bussteige können die über 2.000 Busabfahrten am Tag kaum noch leisten. Wer umsteigt, muss weit laufen und häufig an der Ampel stehen. Für Radfahrer\*innen ist die Situation unübersichtlich. Der Fernbusbahnhof (Zentraler Omnibusbahnhof, ZOB) an der Hafenstraße ist abgelegen und ungemütlich.

Dieses Chaos wollen wir beenden und Münster endlich mit einem richtigen Busbahnhof ausstatten – mit überdachten, barrierefreien Bussteigen, Wartehäuschen und kurzen Wegen. Dafür muss die Bahnhofsstraße zwischen Kleiner Bahnhofsstraße und Servatiiplatz für den Autoverkehr grundsätzlich gesperrt werden. Der Berliner Platz und die Bahnhofstraße brauchen eine Komplettüberholung. Auch die Fahrräder sollen hier endlich Platz finden und mit breiten, übersichtlichen Radwegen Verbindungen in alle Richtungen bekommen. Im Zuge des Umbaus sollte auch die Einfahrt in die Radstation offener gestaltet und besser erreichbar werden.

Auch der ZOB muss neu gestaltet werden. Für Fernbusfahrer\*innen werden Räumlichkeiten für die Pausen und für Reisende Wartehäuschen sowie eine öffentliche Toilette benötigt. Sofern möglich soll der ZOB in den Busbahnhof am Hauptbahnhof integriert werden.

## Stadtbusnetz beschleunigen – Vorrang für den Busverkehr

Wer in Münster mit dem Bus in die Innenstadt möchte, benötigt häufig viel Zeit. Auf vielen Straßen stehen die Stadtbusse zusammen mit den Autos im Stau und kommen gar nicht oder langsam voran. Die Stadtbusse erreichen im Durchschnitt nur eine Geschwindigkeit von 16 Stundenkilometern. Das darf so nicht weitergehen!

Wir GRÜNE wollen Busse konsequente bevorzugen und beschleunigen. Überall, wo es möglich und notwendig ist, soll eine Fahrspur zur Busspur werden, damit der Bus zu

---

Stoßzeiten an den Autoschlangen vorbeifahren kann. Auf zweispurigen Straßen kann man Busse an Haltestellen und Ampeln bevorzugen und ihnen so einen Vorsprung vor den Autos geben. Wir wollen, dass Busse möglichst nur noch an Haltestellen halten müssen – und nicht mehr an roten Ampeln. Die Pläne dafür seitens der Stadtwerke als Träger des ÖPNV-Systems liegen vor, jetzt müssen sie umgesetzt werden.

Für die Außenstadtteile, die keinen Bahnhaltepunkt haben, braucht es Expressverbindungen, die nur selten halten und so schneller ans Ziel gelangen. Wer aus Coerde oder Handorf in die Innenstadt will, soll mit solchen Verbindungen eine schnelle ÖPNV-Verbindung angeboten bekommen.

## Innerstädtischen Verkehr auf eine neue Stufe heben mit einem Metrobussystem

Auf den Hauptverkehrsachsen wollen wir GRÜNE zusätzlich zu den klassischen Stadtbussen sogenannte Metrobusse einsetzen. Diese längeren Fahrzeuge macht vor allem ihre Qualität aus: denn mit einem engen Fünf-Minuten-Takt, eigenen, hochwertigen Haltestellen und einer konsequenten Bevorzugung sind diese mit einer Stadtbahn vergleichbar – nur ohne Schienen und somit deutlich preisgünstiger. In den Stadtteilen sollen kleine, per Handy flexibel buchbare Minibusse (On-Demand-Shuttles) die Anbindung an die Metrobusstationen ermöglichen. In Außenstadtteilen sollen die Metrobusstationen außerdem als vollwertige Mobilitätsstationen ausgestattet werden: Mit Park+Ride, Bike+Ride sowie Car- und Bike-Sharing-Stationen werden hier verschiedene Verkehrsträger verknüpft. Dies ermöglicht eine flexible Mobilität.

Wir GRÜNE wollen solche Metrobusse in Münster zu einem wichtigen Element der städtischen Mobilität ausbauen.

## Das Münsterland besser anbinden

Auch über Münsters Stadtgrenzen hinaus brauchen wir einen leistungsfähigen ÖPNV. Täglich fahren 160.000 Pendler\*innen mit dem Auto nach Münster oder aus Münster heraus. Das produziert viele klima- und gesundheitsschädliche Abgase und Lärm. Das tägliche Im-Stau-Stehen und die Parkplatzsuche sind außerdem lästig und zeitraubend. Mit unseren Ideen für den ÖPNV im Münsterland bieten wir Pendler\*innen Alternativen. Mit der S-Bahn-Münsterland soll das Münsterland im 20-Minuten-Takt auf der Schiene an Münster angebunden werden. Diese Planungen haben wir GRÜNE in der Vergangenheit stark unterstützt und freuen uns, dass mit der Reaktivierung der WLE in Richtung Sendenhorst die erste Strecke bald ihren Betrieb aufnimmt. Auch in Richtung Coesfeld, Dülmen, Hamm, Warendorf, Osnabrück, Rheine und Gronau wünschen wir GRÜNE uns eine S-Bahn-Verbindung. Die Reaktivierung von Haltepunkten wie in Gremmendorf sorgt dafür, dass die S-Bahn viele Menschen in ihrem Stadtteil abholt. Wir GRÜNE wer-

---

den uns weiter dafür einsetzen, die S-Bahn Münsterland Realität werden zu lassen. Bei langen Planungszeiträumen und einem hohen Ausbaubedarf der Infrastruktur wird dieses Projekt aber noch lange dauern. In Zeiten des Klimawandels können wir nicht so lange warten. Wir brauchen die Alternativen zum privaten Auto sobald wie möglich, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen. Gute Busverbindungen können hierbei für den Übergang einiges leisten. Die Expressbuslinie X90 nach Lüdinghausen und Olfen ist hierbei unser Vorbild. Expressbusse bieten enge Taktungen und schnelle Verbindungen aus den Umlandgemeinden in die Innenstadt. Sind die Haltestellen an wichtigen Punkten vollwertige Mobilstationen, mit sicheren Fahrradabstellanlagen, Bushaltestellen und Car-/Bike-Sharing-Angeboten, schaffen wir damit individuelle Mobilitätsangebote in einer öffentlichen, klimafreundlichen Struktur.

## Bus und Bahn für alle – stabile und niedrige Ticketpreise

Der ÖPNV muss ein Teil der alltäglichen Mobilität werden – für alle. Dafür braucht es preisgünstige Tarife in einem übersichtlichen Tarifsystem. Münster benötigt eine digitale Plattform, die alle Angebote vernetzt. Nur so wird Multimodalität, also der Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern auf einer Strecke, praktikabel. Wir GRÜNE setzen uns hierfür ein. Ticketpreiserhöhungen wird es mit uns nicht geben. Wo möglich, werden wir uns für eine Absenkung der Ticketpreise einsetzen.

## Kinder und Jugendliche unabhängig mobil - unter 18 fährt frei

Den ÖPNV benutzen zu können, ist notwendig für soziale Teilhabe. Ganz besonders wichtig ist das für Kinder und Jugendliche, denen der ÖPNV eine Möglichkeit bietet, sich auf längeren Strecken eigenständig zu bewegen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren ein kostenloses ÖPNV-Ticket erhalten.

## Verkehrswende ist Klimaschutz

### Mal was wagen: Modellversuche und autofreie Tage

Unser Verkehrsverhalten hat viel mit Erfahrungen und Gewohnheiten zu tun. Die Verkehrswende bedeutet hier umfassende Veränderungen in unseren alltäglichen Abläufen und unserer städtischen Umgebung. Modellversuche sowie kurzzeitige Änderungen in der Verkehrssituation ermöglichen es, Veränderungen auszutesten und erlebbar zu machen. Der Park(ing) Day am Hansaring am Klimaaktionstag beispielsweise hat eine ganz andere Erfahrung des Verkehrsraums möglich gemacht und ist vielen Menschen in guter Erinnerung geblieben.

---

Wir wollen in unsere Verkehrspolitik in Münster solche Modellversuche und Aktionen einbinden, um die Verkehrswende greifbarer zu machen. Außerdem wird hierdurch ein Austausch über die Veränderungen angeregt, was wir für eine verstärkte Bürger\*innenbeteiligung nutzen wollen.

## Wo motorisierter Verkehr notwendig ist: E-Mobilität

Auch in Münster verursacht der motorisierte Verkehr eine Menge Treibhausgase und ist mitverantwortlich für gesundheitsschädliche Lärm- und Feinstaubbelastungen. Generell vertreten wir GRÜNE eine Strategie hin zu weniger motorisiertem Verkehr. Dies senkt die Menge an ausgestoßenen Treibhausgasen und Lärm sowie Feinstaub in der Stadt am effektivsten und sorgt für einen Gewinn an Lebensqualität. Auf dem Weg dorthin und für längerfristig notwendigen motorisierten Verkehr wie ÖPNV, Warentransport, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe und Car-Sharing fördern wir einen konsequenten Umstieg von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche, verbrennungsfreie Antriebsalternativen. An Mobilitätsstationen, in Quartiersparkhäusern und an weiteren öffentlichen Orten wollen wir für Menschen, die ein eigenes Kraftfahrzeug brauchen, E-Ladesäulen installieren, die mit regenerativ erzeugtem Strom versorgt werden. Damit wollen wir möglich machen, dass auch Menschen, die kein Eigenheim haben, aber auf ein Auto angewiesen sind, ihr Elektroauto laden können.

Selbst bei einem gut ausgebauten ÖPNV gibt es immer wieder Gelegenheiten, bei denen ein Auto nötig wird. Dann werden Car-Sharing-Angebote nützlich, denn diese stellen für Gelegenheitsfahrten Autos für viele bereit. Das reduziert die Fahrzeuganzahl und somit den Flächenverbrauch und ermöglicht dennoch, bei Bedarf auf ein Auto zurückgreifen zu können. Mit einer großen Palette unterschiedlicher Fahrzeugtypen ermöglicht Car-Sharing außerdem, für jede Fahrt das passende Auto auszuwählen. Wir wollen Car-Sharing zu einem regulären Teil des Verkehrsangebots ausbauen. Dafür wollen wir Stadtteilauto oder anderen Anbietern Parkplätze zur Verfügung stellen und die Umstellung der Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb unterstützen und fördern.

Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass für alle Warenlieferungen innerhalb Münsters, sei es zum Geschäft oder zur Haustür, ein umweltfreundliches Lieferverkehrskonzept entwickelt und umgesetzt wird. Dieses sollte darauf abzielen, Wege einzusparen, umweltfreundliche Fahrzeuge im Lieferverkehr zu fördern und Regelungen zu entwickeln, die Konflikte zwischen Liefer-, Fahrrad- und Fußverkehr reduzieren. Auch Handwerks- oder Dienstleistungsbetriebe, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitsmaterialien mit zu ihren Auftraggeber\*innen zu nehmen, wollen wir auf dem Weg zu klimafreundlichem Transport begleiten. Für manche mag ein E-Lastenrad ausreichen, während andere auf einen größeren E-Transporter angewiesen sein können.

---

## **Straßenausbau für den Autoverkehr ablehnen**

Während viele Bürger\*innen längst auf Bus, Bahn und Fahrrad umsteigen und die Verkehrswende privat umsetzen, plant die Landesregierung immer größere Straßen für den Autoverkehr. Projekte wie der vierspurige Ausbau der B51 nach Telgte, der Bau der Nordumgehung in Roxel oder der Ausbau der Eschstraße in Wolbeck sind in Zeiten des Klimawandels verantwortungslos und im Licht moderner Verkehrspolitik rückwärtsgerichtet und sinnlos. Solchen Plänen stellen wir uns entschieden entgegen.

## **Besseren Fernverkehr bei DB, Land und Bund einfordern**

Die Fernverkehrsanziehung von Münster ist einer Stadt dieser Größe nicht angemessen. Auch wenn die Kommunalpolitik keinen direkten Einfluss auf den überregionalen Schienenverkehr hat, wollen wir uns mit Anfragen und Appellen an die Deutsche Bahn, die DB Netz AG und die Landes- und Bundesregierung für eine bessere Fernverkehrsanziehung von Münster einsetzen.

## **Flughafen Münster-Osnabrück: Einstieg in den Ausstieg**

Die Stadt Münster ist mit einem Anteil von 35 Prozent die größte Anteilseignerin am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO). Seit Jahren muss der defizitäre Flughafen mit Geld aus der Stadtkasse subventioniert werden, das für den Ausbau der umweltfreundlichen Verkehrsträger fehlt. Es ist nicht angemessen, klimaschädliche Flüge mit öffentlichen Geldern zu subventionieren. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren den Einstieg in den finanziellen Ausstieg schaffen. Dabei setzen wir uns für eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Kreisen und Städten ein. Wir wollen gemeinschaftlich eine Zukunftsperspektive für die Flächen, die Mitarbeiter\*innen und die umliegenden Gewerbe und Unternehmen des FMO entwickeln. Außerdem wollen wir uns beim Land NRW für ein Gesamtkonzept einsetzen, das die deutliche Reduzierung der Flughäfen in NRW beinhaltet und beteiligte Kommunen bei den finanziellen Folgen bei einem Ausstieg aus der Flughafenbeteiligung nicht alleine lässt.

## **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Verkehr**

Die Maßnahmen, die durch die Corona-Pandemie notwendig wurden, haben auch auf den Verkehrsbereich einen Einfluss. Der Kraftfahrzeug-Verkehr hat spürbar abgenommen, dafür sind deutlich mehr Menschen zu Fuß, mit Inlineskates und auf dem Fahrrad unterwegs. Dadurch hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs verringert, die Luftqualität verbessert und die Lärmbelastung abgenommen.

Durch die Veränderungen treten jedoch auch die Schwächen des Verkehrssystems noch deutlicher in Erscheinung. Die räumliche Beengtheit der Rad- und Fußwege ist nun offensichtlicher denn je. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass wir eine sehr starre Verkehrs-

---

infrastruktur haben. Zwar lassen sich Busfahrpläne relativ kurzfristig an eine geänderte Nachfrage anpassen. Aber die Aufteilung der Straßen, Verkehrsregelungen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen und Radwegbenutzungspflichten, selbst Ampelschaltungen können zurzeit kaum kurzfristig und flexibel an die veränderte Situation angepasst werden. Wir GRÜNE wollen im Verkehrsbereich aus den Erfahrungen während der Corona-Pandemie Konsequenzen ziehen.

---

# 7. Nachhaltige, lebendige und inklusive Quartiere für die Zukunft

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **soziales und inklusives Quartiersmanagement in bestehenden Quartieren**
- **ökologische und nachhaltige Quartiersentwicklung**
- **Angebote zur Partizipation, Kultur und Bildung in allen Quartieren**
- **nachhaltige, kinderfreundliche und inklusive Planung von neuen Quartieren**

Das Leben und der gesellschaftliche Wandel finden in den Stadtquartieren statt. Deshalb wird in der kommunalen Planung und Gestaltung der Blick auf eine ganzheitliche Planung des Lebensortes Quartier immer wichtiger.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In den letzten Jahren haben wir GRÜNE Prozesse für Stadtteilentwicklungskonzepte in Handorf, Gelmer, Mariendorf, Sudmühle und Nienberge angestoßen. Ebenfalls haben wir den „Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere“ entwickelt. Der flächendeckende Ausbau von Quartierstützpunkten als Zielperspektive für die nachhaltige Stadtentwicklung gehört genauso zu unseren Erfolgen, wie die Zukunftswerkstatt Almbachten. Es war uns auch ein besonderes Anliegen, neue Formen der Bürger\*innenbeteiligung durch Planungswerkstätten ins Leben zu rufen und ein Umgestaltungskonzept für die Gievenbecker Ortsmitte zu entwerfen. Ebenfalls dazu gehört das „Starke Quartiere – Starke Menschen“ Quartierskonzept für den Stadtteil Coerde.

Darüber hinaus konnten wir für weitere Quartiere bereits Quartierskonzepte verankern. Das Programm „Soziale Stadt“ in Kinderhaus konnte in ein dauerhaftes Projekt der sozialen und baulichen Quartiersgestaltung weiterentwickelt werden. Im Rahmen der altengerechten Quartiersentwicklung wurden in sieben Stadtteilen oder Quartieren Projekte gestartet. Bei der Stadtverwaltung haben wir eine Stelle für das Projekt in Hilstrup-Ost geschaffen, die sich langfristig auch anderen Quartieren widmen wird. Die Wohn + Stadtbau hat sich für das „Generationengerechte Wohnen im Quartier“ für die Aaseestadt zertifizieren lassen.

---

## Quartiersentwicklung und Quartiersmanagement

Der Wandel der Stadt und der Stadtgesellschaft erfordert ein neues Planungs- und Managementverständnis. Neben einer guten Fachplanung für soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte gehört hierzu eine koordinierende übergreifende Abstimmung, bei der die Menschen vor Ort und deren Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen müssen. Es geht um die Anwohner\*innen, Gewerbetreibende, Akteur\*innen aus Politik und Verwaltung, Bildung, Kultur, Nachbarschaftsinitiativen, Vereine und Kirchen sowie die sich verändernden Rahmenbedingungen der demografischen Entwicklung oder Gentrifizierung. Dies müssen wir sowohl bei der Entwicklung bestehender Quartiere als auch bei der Planung neuer Quartiere berücksichtigen.

## Quartiere aller Generationen

Wir GRÜNE wollen die Quartiere in Münster auf die Bedarfe aller Generationen ausrichten: Neben einer altersgerechten Gestaltung für Menschen, die Pflege- und Unterstützung benötigen, bedarf es auch einer familiengerechten Gestaltung von Angeboten der Betreuung und Beratung. Für Kinder muss das Wohnumfeld beispielbar sein und das nicht nur auf ausgewiesenen Spielplatzflächen. Für Jugendliche bedarf es freier Gestaltungsräume. Für alle Generationen müssen Räume der Begegnung und Aktivitäten vorhanden sein. Ein lebendiges Quartier lebt von der Vielfalt seiner Bewohner\*innen.

## Nachbarschaftszentren und Quartierstützpunkte

Soziale und inklusive Quartiere brauchen Orte der Kommunikation, wie Stadtteilzentren, Quartiersstützpunkte, Nachbarschaftstreffe sowie die Gestaltung des öffentlichen Raums. Diese Zentren sollen die Gemeinschaft positiv erlebbar machen und die Identifikation mit dem Quartier stärken. Zugleich können hierüber auch Beratung und Koordinierungsangebote zur Versorgungssicherheit angesiedelt werden. Auch in Zusammenarbeit mit Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, Initiativen und weiteren Trägern der Kinder- und Jugendarbeit können hier Angebote für und mit allen Generationen gestaltet werden. Wir setzen uns daher für einen flächendeckenden Ausbau von Quartiersstützpunkten ein.

## Altersgerechte und inklusive Quartiere

Wir GRÜNE wollen Quartiere in Münster altersgerecht und inklusiv gestalten. Die Handlungsempfehlungen der kommunalen Konferenz Alter und Pflege und der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) wollen wir dazu unterstützen, umsetzen und weiterentwickeln. Hierzu gehören eine barrierefreie Gestaltung des Wohnumfeldes, der Infrastruktur und Mobilität sowie ein deutlicher Ausbau des Angebotes an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum.

---

Die Corona-Krise hat noch einmal verdeutlicht, wie wichtig das soziale Miteinander gerade für ältere Menschen ist. Auch nachbarschaftliche Netzwerke sind hier wichtig. Ältere Menschen wollen im Pflegefall im vertrauten Umfeld bleiben können. Wir wollen mehr ambulante Wohn- und Versorgungsarrangements in den Wohnquartieren schaffen, die eine umfassende Pflege bieten.

## Wohnraummanagement im Quartier

Wenn sich Bedarfe an den Wohnraum verändern, stehen Menschen oft vor der Wahl, nicht angemessen darauf reagieren zu können oder das liebgewonnene Quartier verlassen zu müssen. Wenn die Kinder das Haus oder die große Wohnung verlassen haben, besteht häufig der Wunsch, sich räumlich zu verkleinern und doch im vertrauten Wohnumfeld bleiben zu können. Ähnliches gilt mit veränderten Vorzeichen für junge Familien, die eine größere Wohnung benötigen. Wir GRÜNE setzen uns daher für ein neues generationenbezogenes Wohnraummanagement ein, welches zum Beispiel beim Wohnungstausch unterstützt.

## Soziale Netzwerke und Nachbarschaften

Teilhabe und Mitwirkung sind ein Bedürfnis auch von älteren und auf Hilfe angewiesenen Menschen. Dafür brauchen wir Nachbarschaften, sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“. Wir wollen soziale Netzwerke und Nachbarschaften fördern („Von Mensch zu Mensch“, „Buurtzorg“) und weiter ausbauen.

## Beteiligung und Teilhabe an Planung und Gestaltung

Zur Sicherung der Lebensqualität vor Ort ist es wichtig, Menschen aller Generationen, Kulturen und Milieus aktiv an der Gestaltung des Quartiers und des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen. Hierzu gehören generationengerechte und inklusive Beteiligungsformen für Menschen mit und ohne Behinderung.

## Quartiersmanagements für die Stadtteile ausweiten

Für die oben genannten Herausforderungen brauchen wir viele Angebote in den Quartieren. Wir GRÜNE wollen die von uns geschaffenen Quartiersangebote dort verstetigen. Auch das generationengerechte Wohnen wollen wir weiter ausbauen. Wir brauchen gute Angebote für alle Quartiere.

## Ökologische und nachhaltige Quartiersentwicklung

Im Zuge dieser Quartiersentwicklung und Stadteilerneuerung sind auch ökologische Aspekte und Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung. Hierzu gehören bei der integrier-

---

ten Quartiersentwicklung auch der nachhaltige Umweltschutz vor Ort, wie die ökologische Grünflächengestaltung, Renaturierung von Gewässern, oder die energetische Gestaltung von Wohngebäuden und Infrastruktur (*mehr hierzu in Kapitel 7 und 8*).

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass es in den Quartieren sowohl eine gute Nahmobilität für Fußgänger\*innen, Rollstuhlfahrer\*innen und Radfahrer\*innen als auch eine gute Anbindung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gibt. Wir wollen dort die Konzepte unserer Verkehrspolitik quartiersgerecht umsetzen.

## Kultur und Bildung im Quartier

Darüber hinaus stellen Bildung und Kultur, die für das (Zusammen-)Leben und die Entwicklung der Menschen unerlässlich sind, grundlegende Gestaltungsfelder für eine moderne Quartiers- und Stadtteilentwicklung dar. Hierfür sind auch Entwicklungs- und Gestaltungsräume wichtig. Bildungs- und Kultureinrichtungen, freischaffende Künstler\*innen, Wohn- und Kulturprojekte und Vereine sind unverzichtbar für ein vielfältiges und lebendiges Quartier. Soziale und kulturelle Einrichtungen beteiligen Bürger\*innen aller Generationen und Kulturen an der Gestaltung ihres Quartiers. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklung und Gestaltung der Quartiere zu Bildungs- und kulturellen Orten befördern.

## Arbeiten und Leben im Quartier

Arbeiten und Leben im Quartier hat viele Facetten: So geht es in einigen Bereichen darum, die Lebensbedingungen für die Quartiersbewohnerschaft nachhaltig zu steigern und die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Zugleich ist es Ziel, die lokale Ökonomie zu fördern und hierdurch die Attraktivität des Quartiers zu verbessern. Die räumliche Nähe von Wohnen und Arbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung, auch vor dem Hintergrund von Klimaschutz und dem Einsatz neuer Vernetzungsmöglichkeiten im Arbeitsprozess. So eröffnen beispielsweise Co-Working-Büros mit gemeinschaftlichen Arbeitsräumen neue Möglichkeiten in dem eigenen Viertel zu wohnen und zu arbeiten. Wir GRÜNE wollen hierzu die Rahmenbedingungen verbessern und bereits bestehende Projekte stärken und mit den Akteur\*innen vor Ort weiterentwickeln. Dabei ist uns eine wohnortnahe Einzelhandelsversorgung sehr wichtig. Wir sind gegen Großprojekte wie das Hafencenter, die nicht den Bewohner\*innen der Quartiere dienen (*mehr zu unserer Haltung zum Einzelhandel im Kapitel 22*).

## Quartiersentwicklung als Aufgabe bei der Wohnraumentwicklung

In Münster steht neben der Entwicklung unserer vielen bestehenden Quartiere auch die Planung einiger neuer Quartiere an, zum Beispiel an der Steinfurter Straße oder in

---

Hiltrup-Ost. Neben der Umsetzung unserer oben ausgeführten Leitsätze einer an den Menschen orientierten Quartiersplanung wollen wir GRÜNE bei der Planung neuer Quartiere noch einige besondere Punkte berücksichtigen.

## Lebendige und vielfältige Quartiere

Ein lebendiges Quartier bietet viel öffentlichen Raum, der von allen genutzt werden kann. Die oben angeführten Quartierstrukturen müssen direkt mit eingeplant werden, zum Beispiel Spielplätze, Sportanlagen oder auch Repair-Cafés. So schaffen wir direkt ein familienfreundliches Umfeld.

In unseren Quartieren der kurzen Wege sollen Einkaufen, Arbeit, Freizeit und Wohnen eng verbunden sein. Damit alle Generationen zusammenkommen können, sollen viele Häuser als Mehr-Generationen-Häusern mit flexiblen Wohnungszuschnitten konzipiert und dafür entsprechende Grundstücke vergeben werden. Auch die oben beschriebenen Anforderungen für altersgerechte und inklusive Quartiere berücksichtigen wir direkt bei der Planung.

## Mehr Grün statt Grau: Neue urbane Quartiere

Um den Wohnraumbedarf zu decken, kommen wir um die Erschließung neuer Quartiere nicht herum. Doch diese dürfen keine Einfamilienhaussiedlungen sein, sondern sollen lebendige urbane Quartiere aus Mehrwohnungshäusern sein, die in ihrer Dichte zum Beispiel dem Kreuzviertel entsprechen. Wir GRÜNE wollen in der Bauplanung Mehrwohnungshäuser als Standard setzen und außerdem auch neue Wohnungskonzepte mit Gemeinschaftsräumen fördern. Bei der Planung und Vergabe von Grundstücken achten wir auf die Standards zu Photovoltaik und Energieeffizienz (*mehr hierzu im Kapitel 3*).

Auch die Mobilität wollen wir klimagerecht, barrierefrei und urban gestalten. In den neuen Quartieren sollen Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen überall Vorrang haben, nur noch auf wenigen Strecken sollen Autos fahren. Statt in den Straßen sollen die Autos nur am Rand des Viertels parken, sodass im Quartier Platz für Grün- und Gemeinschaftsflächen bleibt. Entsprechend der neuen Stellplatzsatzung sollen statt Autostellplätzen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und eine gute ÖPNV-Anbindung geschaffen werden. So ist das Quartier auch besonders kindergerecht. Zudem wollen wir eine Gestaltung und Möblierung des Wohnumfeldes, die auch auf die Bedarfe von mobilitätseingeschränkten Personen abhebt und eine barrierefreie/-arme Weggestaltung, Markierungen zur Orientierung, Bänke und Sitzmöglichkeiten sowie Ruhe- und Begegnungszonen vorsieht.

Bei der gesamten Planung der Flächen ist für uns GRÜNE eines wichtig: Wir wollen Quartiere von den Freiflächen aus planen, sodass für diese der richtige Platz da ist. Dabei geht es sowohl um Grünflächen als auch um Quartiersplätze. Darunter sollen viele

---

ökologische Grünflächen sein. Auch in der Stadt gibt es viel Natur, deshalb sollen stadtnahe Pflanzen- und Tierarten in den neuen Quartieren direkt unterstützt werden, zum Beispiel mit Nistkästen.

---

## 8. Wohnen in Münster: Bezahlbar, gemeinschaftlich und sozial

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **mehr bezahlbaren Wohnraum**
- **Wohnraum auch für Menschen, für die es auf dem freien Wohnungsmarkt schwierig ist**
- **Förderung des gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus**
- **Mieterschutz durch Einführung von Milieuschutzsatzungen**

Wir GRÜNE stehen für ein Münster, in dem alle Menschen bezahlbaren Wohnraum finden können. Vor dieser Herausforderung stehen vor allem Menschen mit weniger Geld. Mit gemeinschaftlichen Wohnformen, grünen Quartieren und ansprechenden öffentlichen Flächen für alle können wir gutes Wohnen ermöglichen, ohne dass die Wohnflächen pro Person immer größer werden. Nicht zuletzt ist für uns auch eine nachhaltige Wohnumgebung wichtig: Ökologische Bauweise, geringer Energieverbrauch und viel Vegetation sind bei der Planung von Wohnhäusern für uns wichtig.

### Erfolge der letzten Ratsperiode

Seit 2015 wird die sozialgerechte Bodennutzung in Münster angewandt. Sie sorgt dafür, dass Grundstücke nicht einfach an die Höchstbietenden gehen, sondern an diejenigen, die Mieter\*innen die niedrigsten Startmieten anbieten. Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass durch die Wohn + Stadtbau neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen wurde. Jedes Jahr wurden mindestens 300 öffentlich geförderte neuen Wohnungen geschaffen. Mit dem Ankauf von 100 Hektar neuen Flächen als potentiellern Wohnbauland sind die Voraussetzungen für neue Wohnquartiere geschaffen.

Der Rat hat auf unsere Initiative die Förderung von gemeinschaftsorientierten, genossenschaftlichen Wohnformen beschlossen. Einzelne Projekte wie der Südviertelhof auf dem Gelände der Josefschule oder die Mietshäusersyndikat-Initiative WIGWAM e.V. konnten bereits konkret unterstützt werden.

Mit der Grundstücksvergabe im Erbbaurecht haben wir ein weiteres Instrument einer nachhaltigen Bodenpolitik im Jahr 2019 auf den Weg bringen können. Damit verliert die Stadt die Grundstücke nicht für immer wie bei einem Verkauf, sondern sie fallen ir-

---

gendwann wieder an sie zurück. Die Zweckentfremdungsverordnung stellt sicher, dass Wohnraum nicht zweckentfremdet wird. Wir haben sie bis 2025 verlängern können.

## Bezahlbarer Wohnraum

Unser Ziel bleibt: Wir wollen deutlich mehr geförderten Wohnraum schaffen, als durch das Auslaufen aktuell wegfällt. Dabei sind wir in den vergangenen Jahren bereits einen guten Weg gegangen und wollen uns noch weiter steigern. Dabei ist für uns klar: Sozialer Wohnungsbau darf nicht allein dem freien Markt überlassen werden.

Die sozialgerechte Bodennutzung ist ein großes Erfolgsmodell in Münster. Wir wollen sie mit dem Ziel weiterentwickeln, den Anteil geförderten Wohnraums in neuen Baugebieten nochmals deutlich zu steigern. Um günstige Mieten sicherzustellen, wollen wir, dass weiterhin Grundstücke nach Startmiete und Konzeptvergabe und nicht nach Kaufpreis vergeben werden. Zusätzlich sollen Grundstücke verstärkt als Erbpacht angeboten werden, damit sie bezahlbar sind. Dieses Prinzip soll auch in den Außenstadtteilen angewandt werden.

Leider fehlen insbesondere in der Innenstadt noch Möglichkeiten, eine soziale Bodennutzung durchzusetzen. Wenn kein neuer Bebauungsplan benötigt wird, weil die Bebauung sich in die Umgebung einfügt, hat die Kommune keine Handlungsmöglichkeiten. Wir werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, dass durch eine Änderung des Baugesetzbuches Möglichkeiten geschaffen werden, auch im Innenstadtbereich soziale Kriterien bei der Bebauung durchzusetzen - so wie es der Deutsche Städtetag fordert.

Weiterhin wollen wir den Kauf von Belegungsbindungen durch die Stadt prüfen. Durch den Kauf der Bindungen können – wie Beispiele aus Düsseldorf oder Hannover zeigen – die Preisvorteile und die Zweckbindung von öffentlich geförderten Wohnungen auch über den Zeitraum der öffentlichen Förderung hinaus gesichert werden.

## Barrierefreier Wohnraum

Trotz der Errichtung vieler Neubauwohnungen in den letzten Jahren besteht in Münster immer noch ein erheblicher Mangel an barrierefreien Wohnungen. Viele Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen und Unterstützungsbedarf müssen noch in Wohnungen leben, die aufgrund der Barrieren völlig ungeeignet sind und ein selbstbestimmtes Leben stark beeinträchtigen. Nicht wenige sind gezwungen, in Sondereinrichtungen zu leben, obwohl sie gerne selbständig wohnen würden. Nach Schätzungen der Freien Wohlfahrtspflege fehlen NRW-weit für mindestens 20.000 Menschen geeigneter und für viele auch bezahlbarer Wohnraum beispielsweise für ambulant unterstütztes Wohnen oder Wohnen mit Assistenz.

---

Wir werden uns deshalb für einen deutlichen Ausbau an barrierefreien und rollstuhlgerichten Wohnungen einsetzen. Wir wollen erreichen, dass zukünftig die städtische Wohn + Stadtbau bei ihren neuen Bauprojekten mindestens jede achte Wohnung rollstuhlgerecht gestaltet. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass auch andere Wohnungsbauträger barrierefreie Wohnungen schaffen, die auch rollstuhlgerecht sind.

## Wohnraum für Menschen, die auf dem Markt benachteiligt sind

Neben diesen Maßnahmen, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu verbessern, wollen wir GRÜNE uns auch besonders für Menschen einsetzen, für die es auf dem freien Wohnungsmarkt schwieriger ist, eine Wohnung zu finden. Das gilt insbesondere für Wohnungslose, denen wir neben sozialen Angeboten auch einen einfachen Zugang zu Wohnraum nach dem „Housing First“-Ansatz bereitstellen wollen (*mehr zu unseren Vorstellungen von der Unterstützung Wohnungsloser im Kapitel 10*).

Für Menschen mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende ist die Suche auf einem angespannten Wohnungsmarkt oft besonders schwierig. Deshalb wollen wir GRÜNE Wohnraum für Familien schaffen, indem wir Grundstücke entsprechend der Konzeptvergabe für Konzepte bereitstellen, die sich explizit an Familien richten.

Studierende stellen in Münster fast ein Fünftel der Stadtgesellschaft. Jedes Jahr zum Wintersemester kommen wieder Tausende Erstsemester und suchen eine Wohnung oder ein WG-Zimmer. Wir wollen dafür sorgen, dass genug Wohnraum für Studierende vorhanden ist, indem wir insbesondere in Neubaugebieten Grundstücke für den Bau von Studierendenwohnungen zur Verfügung stellen, sodass das Studierendenwerk und andere Träger dort bauen können.

Für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, brauchen wir ebenfalls mehr für sie geeigneten Wohnraum, zum Beispiel für ambulantes betreutes Wohnen. Das wollen wir unterstützen und bei der Wohnraumentwicklung berücksichtigen.

## Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

Unser grünes Ziel ist es, Grund und Boden der Spekulation zu entziehen. Dazu wollen wir im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik voranbringen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft soll dabei gestärkt werden. Wir wollen, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Verbesserung der Reinvestition keine Gewinne an die Stadt abführen muss. Auch soll die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch städtische Gesellschaften ausgebaut werden, zum Beispiel über die Schaffung neuer Wohnungsbaugesellschaften.

---

Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung eines kommunalen Wohnungsfonds auf den Weg bringen, bei dem die Münsteraner\*innen in Wohnungen investieren können, um preisgünstigen Wohnbestand in Münster zu erhalten und sich vor Mieterhöhungen zu schützen. Der Fonds soll – wie zum Beispiel in München – eine Geldanlage für Bürger\*innen, aber auch für Münsteraner Unternehmen sein und gleichzeitig städtische Wohnungsankäufe sowie Wohnungsneubau durch Genossenschaften und städtische Gesellschaften finanzieren.

Der Umgang mit Flächen ist für uns zentral. Steht eine Fläche einer sozialen Bodennutzung im Weg, nutzt die Stadt Münster gemäß grüner Politik alle städtebaulichen Instrumente, die zur Verfügung stehen, um sie durchzusetzen. Münster hat zum Glück keinen großen Leerstand; wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, jeden Leerstand zu vermeiden.

## Gemeinschaftliche Wohnformen

Es gibt viele Formen, in denen Bürger\*innen selbst eine soziale Form des Wohnungsbaus organisieren. Wir wollen deshalb gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau in Münster stärken. Dazu soll die Stadt Münster ihn direkt fördern, indem sie über Konzeptvergaben Grundstücke bereitstellt. Wir wollen dieses Engagement der Bürger\*innen aber auch schon in der Vorbereitung bestärken, indem die Stadt Beratung dazu anbietet und wir Unterstützungsstrukturen beispielsweise für die Baubegleitung und die Verwaltung aufbauen.

## Mieter\*innen schützen und unterstützen

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist das zentrale Mittel, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Aber auch die Unterstützung und der Schutz von Mieter\*innen sind uns sehr wichtig. Wir wollen die Milieuschutzsatzung dort einsetzen, wo wir damit Mieter\*innen vor Verdrängung schützen können, vor allem in den begehrten und hochpreisigen Vierteln in der Innenstadt. Damit hat die Stadt ein Vorkaufsrecht und die Möglichkeit, Luxussanierungen zu verhindern. Außerdem wollen wir alle Mieter\*innen in ihren Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Wohnbedingungen unterstützen. Die Stadtverwaltung sollte alle rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, damit auch am Profit orientierte Konzerne ihre Mietshäuser pflegen und notwendige Instandhaltungsarbeiten durchführen.

Bei dem Schutz der Mieter\*innen fehlen uns aber zentrale Möglichkeiten, weil die Landesregierung dafür keine Instrumente zur Verfügung stellt oder sie wie bei der Milieuschutzsatzung sogar noch abschwächt. So hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Möglichkeit abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu ver-

---

hindern. Wir fordern die Landesregierung auf, den Kommunen mehr Möglichkeiten zur Regulierung des lokalen Wohnungsmarktes zu geben.

---

## 9. Grüne Baupolitik: Chance für eine klimafreundliche und lebenswerte Stadt

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **die Einführung des Passiv- und Plusenergiehausstandards für alle Neubauten in Münster**
- **die Förderung der Dachbegrünung in Münster für höhere Wohnqualität und ein besseres Stadtklima**
- **hohe ökologische Ansprüche an den Neubau städtischer Gebäude**

Münster wächst - und die städtischen Gebäude wachsen mit. Insgesamt stehen in den nächsten Jahren bei städtischen Bauten Bauaufgaben im Umfang von 500 Mio. Euro an. Davon entfällt, auch dank grüner Initiative, rund die Hälfte auf ein umfassendes Schulbauprogramm mit Erweiterungen und Neubauten im Umfang von 250 Mio. Euro. Auch ein Paket zum weiteren Bau von Kitas wurde aufgelegt, mit 3.180 neuen Plätzen. Legt man gute Beispiele neu errichteter Kitas zugrunde - wie die Kita Uppenberg an der Dreifaltigkeitsschule mit sechs Gruppen und rund 100 Betreuungsplätzen - folgt daraus der Bau von rund 30 Kitas bis in das Jahr 2028.

Mit der Schaffung von neuen Räumen für Schüler\*innen und Kitakinder erhöhen sich zunächst einmal die weiteren Energiebedarfe. Umso wichtiger ist es, beim Neubau auf Energie- und Ressourceneffizienz zu setzen, aber auch im Zuge eines umfassenden Programms für die Modernisierung und Sanierung von vorhandenen städtischen Gebäuden einen Ausgleich im Sinne des Klimaschutzes zu schaffen.

Betrachtet man diese Größenordnungen, so wird schnell klar, dass die städtischen Gebäude ein gewaltiges Potential auf dem Weg zur Klimaneutralität bieten und langfristig durch die sinkenden Energiekosten viel Geld gespart werden kann. Dazu lassen sich zum Beispiel Fernwärme und Energieerzeugung über Photovoltaik auf den Dächern von Schulgebäuden und Kitas nutzen. Mit dem 2019 gefassten Beschluss, jedes neue Gebäude mit Solarenergie auszustatten, haben wir bereits eine wichtige Grundlage dafür gelegt. Eine Neuausrichtung unserer städtischen Gebäudeleitlinien soll dafür sorgen, dass alle neuen Gebäude nur noch als Passivhäuser und/oder Plusenergiehäuser und nach den Kriterien der Nachhaltigkeit errichtet und zertifiziert werden.

---

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In der vergangenen Amtszeit des Rates haben wir „Münsters Energiesparhaus 55“ als ganzheitlichen energetischen Standard für alle Neubauten auf städtischen Grundstücken eingeführt. Für städtische Gebäude haben wir ein klimapolitisches Modernisierungsprogramm in Höhe von 3,5 Mio. Euro pro Jahr auf den Weg gebracht. Außerdem haben wir Dachbegrünung und Solarenergie als Standard für alle städtischen Neubauten festgeschrieben.

Für Schulen und Kitas haben wir ein umfangreiches Erweiterungs- und Neubauprogramm aufgelegt. Ein herausragendes Beispiel für eine ökologische Bauweise und zugleich ein pädagogisches Vorzeigeprojekt ist der Neubau der Mathilde-Anneke-Gesamtschule im Ostviertel, der bis Sommer 2021 fertiggestellt werden wird. Bei neuen städtischen Gebäuden wie Schulen und Kitas haben wir den sommerlichen Wärmeschutz sichergestellt.

## Chancen für Klimaschutz und Ökologie

Den Herausforderungen des Klimawandels müssen sich auch städtische Gebäude stellen. Dazu müssen wir den Energieverbrauch minimieren, regenerative Energien nutzen, Ressourcen effizient einsetzen und somit CO<sub>2</sub> Emissionen senken. Mit der Modernisierung und Sanierung von Bestandsgebäuden (Gebäudehülle und Technik) werden in der Regel Bindungen für mehrere Jahrzehnte geschaffen; daher muss die Modernisierung stets eine energetische Sanierung einschließen.

Gerade die ganzheitliche Gebäudesanierung eröffnet Einsparpotentiale des Energiebedarfs von bis zu 70 Prozent bis 2050. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in den Haushalt ab 2020 jährlich 3,5 Mio. Euro für die energetische Gebäudesanierung eingestellt und wollen dieses Engagement fortsetzen.

Darüber hinaus sind weitere ökologische Verbesserungen im Gebäudebereich zu erreichen, zum Beispiel durch mehr Dachbegrünung und, wenn technisch und architektonisch sinnvoll, durch Fassadenbegrünung. Großes Potential bietet sich dafür mit dem bereits 2018 gefassten Beschluss, bei allen Baumaßnahmen zur Erweiterung und zum Neubau von Schulgebäuden und Sporthallen alle Möglichkeiten zur extensiven Dachbegrünung zu nutzen. Diese Vorgaben müssen noch konsequenter umgesetzt werden. Begrünte Flächen sind innerstädtisch das entscheidende Mittel, um das Mikroklima im Sommer positiv zu beeinflussen. Hinzu kommen andere ökologische Aspekte: Begrünte Dächer und Fassaden sind ein Rückzugsraum für Insekten und andere Tiere und dienen daher dem Artenschutz. Außerdem verringern sie, indem sie Regenwasser aufnehmen, die Belastung der Kanalisation und Kläranlagen. Der wirtschaftliche Vorteil durch geringere Abflussgrößen bei der Berechnung des abzuleitenden Oberflächenwassers sollte nicht unterschätzt werden. Da die Effekte insbesondere durch Gründächer so positiv

---

sind, sind auch Bestandsgebäude in das Dachbegrünungsprogramm mit einzubeziehen. Bei Dachsanierungen ist die Tragfähigkeit vorhandener Dachflächen zu überprüfen und Begrünungen, wenn statisch möglich, umzusetzen.

Mit ihrem umfangreichen Bauprogramm steht die Stadt Münster in der Pflicht, ihren Vorbildcharakter wahrzunehmen und privaten Bauherr\*innen und Investor\*innen mit guten Beispielen für verantwortungsvolles Handeln im Sinne von Klimaschutz und langfristiger Wirtschaftlichkeit voranzugehen. Denn auch für private Gebäude setzen wir auf umfangreiche Sanierung (*mehr hierzu im Kapitel 3*) und wollen für Neubauten den bisherigen Münster-Standard zum Passiv- und Plusenergiehausstandard weiterentwickeln. Die Häuser, die wir heute neu bauen und die wir sanieren und modernisieren, sollen auch in zwanzig Jahren klimapolitisch noch zukunftsfähig sein.

## Chancen für die schulische Daseinsvorsorge

Umfragen wie das WN Münster-Barometer vom 08.03.2020 belegen, dass neben klimafreundlicher Verkehrspolitik und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum Investitionen in Schulgebäude das Thema sind, dem die Münsteraner\*innen die größte Bedeutung beimessen.

Bei der Bereitstellung qualitativvoller Schulgebäude kommt es auf mehr an, als nur Räume zur Verfügung zu stellen:

- Moderne Unterrichtsformen und der Einsatz digitaler Medien verlangen nach Raumkonzepten und Ausstattungen, die auch in Jahrzehnten noch den Ansprüchen sich ändernder pädagogischer Konzepte entsprechen.
- Ganztagsunterricht und Mittagsverpflegung sind bereits selbstverständlich und verlangen nach einer wertschätzenden Umgebung in den Schulgebäuden. Schüler\*innen verbringen den größten Teil ihres Tages in der Schule. Dafür müssen die Schulgebäude geeignet sein, indem sie eine hohe Aufenthaltsqualität sicherstellen.
- Inklusion, wenn sie wirklich gelebt wird, braucht Raumkonzepte, die integrieren. Auch das stellt Anforderungen an Schulgebäude. Viele Bestandsgebäude haben eine schlechte Raumakustik: Nicht die Schüler\*innen lärmen, sondern die Räume.
- Erfahrungen über den eigentlichen Unterricht hinaus prägen das Verhalten langfristig. Schulgebäude sollen nicht nur eine bauliche Hülle sein, sondern einen besonderen Wert darstellen und durch die Nutzer\*innen bewusst „bewirtschaftet“ werden. Zum Beispiel können CO<sub>2</sub>-Ampeln und Infosysteme im Gebäude, die über die Energiegewinnung und den Energieverbrauch informieren, das Verhalten der Schüler\*innen prägen.
- Dass der Klimawandel und der Temperaturanstieg längst Realität sind, wurde in den letzten Jahren in Schulen und Kitas bereits überdeutlich. Lüftungsanlagen

---

und technische Maßnahmen zum sommerlichen Wärmeschutz werden in Zukunft unverzichtbar sein und müssen mitgedacht werden. Dies gilt insbesondere für die Bestandsschulen, in denen der sommerliche Wärmeschutz in den letzten Jahrzehnten oft nicht mitbedacht wurde, schon gar nicht in der Nutzung als Ganztagschule. Hier gibt es einen großen Nachholbedarf.

Ebenso machen wir GRÜNE uns stark für den weiteren Kitabau, denn längst kann nicht jede Familie sicher sein, einen Kita-Platz zu bekommen, vor allem, wenn ein U 3-Platz in der Innenstadt benötigt wird. Innovative Baukonstruktionen müssen verfolgt werden, die Lösungen dürfen sich nicht mehr nur zwischen Massivbau oder Container bewegen.

## Die Mathilde-Anneke-Gesamtschule: grünes Bauen aus Holz

Ein beispielhaftes Schulgebäude entsteht zurzeit mit der Mathilde-Anneke-Gesamtschule im Ostviertel. Hier gehen Pädagogik, Architektur und Nachhaltigkeit Hand in Hand:

- Die Raumkonzepte wurden mit Architekt\*innen und Pädagog\*innen der Montagsstiftung erarbeitet und bildeten die Basis für den Architekt\*innenwettbewerb. Sie entsprechen modernsten Lernkonzepten und sind flexibel für spätere Anpassungen. Lerncluster mit pädagogischer Mitte bieten vielfältige Möglichkeiten für klassischen Unterricht und Selbstlernphasen.
- Berechnungen und Simulationen zum Raumklima ließen erkennen, dass sommerlicher Wärmeschutz unabhängig von der Wahl der Materialien und der Konstruktion nötig ist. Eine Lüftungsanlage ergänzt das normale Lüften durch Öffnen der Fenster. Wenn es sehr heiß wird, setzt die "adiabate Kühlung" ein - eine Verdunstungskühlung in einem geschlossenen System, das mit Wasser als Kühlmittel arbeitet. Die erforderliche Energie wird - zeitlich passend - durch die Photovoltaikanlage auf dem Dach beigesteuert. Diese Maßnahmen berücksichtigen den sommerlichen Wärmeschutz und sorgen für ein angenehmes Raumklima, wozu auch die Dachbegrünung beiträgt.
- Mit Planung und Bau der Schule wird das Ziel eines „Greenbuilding“ verfolgt. Das heißt, dass der gesamte Lebenszyklus des Gebäudes ökologisch, wirtschaftlich und energetisch optimiert wird und so zu einer klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung beiträgt. Die Nachhaltigkeitszertifizierung nach den Regeln des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen - BNB begleitet das Projekt.

Und nicht zu vergessen: die Schule wird aus Holz gebaut. Die Holzbauweise ist effizient und aufgrund der CO<sub>2</sub>-Speicherung klimafreundlich. In den Räumen sorgt das Holz für eine angenehme „warme“ Atmosphäre. Die überwiegend in Holz konstruierten Gebäude und alle Holzteile der Gebäudehülle werden industriell vorgefertigt, was Zeit und Kos-

---

ten spart. Der beispielhafte Bau der Mathilde-Anneke-Gesamtschule bietet die Chance, auch im Münsterland – traditionell geprägt durch Ziegelbauten - das Interesse für die Vorteile des Holzbaus zu wecken. Darüber hinaus ist die reduzierte Verwendung von Beton als Baustoff klimagerecht, denn bei der Produktion von Beton wird in großen Mengen CO<sub>2</sub> freigesetzt. Allein die Zementherstellung veranlasst acht Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, Sand- und Kiesverbrauch sorgen für tiefe Eingriffe in den Ökohaushalt. Ressourcensparendes Bauen und der Einsatz nachwachsender Rohstoffe wie Holz (aus nachhaltiger Forstwirtschaft) sind daher dringend angesagt.

## Nachhaltige Projektsteuerung und Baukultur

Die Umsetzung des Kita- und Schulbauprogramms erfordert die langfristige Projekt- und auch Personalplanung in der Verwaltung. Containeranlagen als Ersatz für „richtige“ Gebäude sollten soweit möglich vermieden werden, denn Container sind teuer und nicht nachhaltig. Vielmehr unterstützen wir innovative Gebäudelösungen wie beispielsweise einen vermehrten Einsatz von System-Konstruktionen im Holzbau. Die industrielle Vorfertigung von Modulbauten reduziert die Bauzeit und bietet bei der richtigen Systemauswahl große Flexibilität – auch bei späteren Anpassungen an veränderte Nutzungen.

Die Stadt Münster berücksichtigt die geltenden Vergaberichtlinien zur Vergabe von Planungsleistungen und lobt regelmäßig Architekt\*innenwettbewerbe aus. Renommiertere und erfahrene Architekt\*innen leisten einen wertvollen Beitrag, um nachhaltige, wirtschaftliche und qualitätsvolle Gebäudeentwürfe in Münster zu realisieren. Wir GRÜNE setzen aber auch auf das Know How gut ausgebildeter Architekt\*innen im Gebäudemanagement. Attraktive Arbeitsplätze - gerade für junge Architekt\*innen - bieten langfristig die Möglichkeit, Bauaufgaben flexibel und ohne längere Vergabeverfahren umzusetzen. Architekt\*innenwettbewerbe und qualifizierte Architekt\*innen im Gebäudemanagement bieten das Potential für Baukultur. Das Engagement der Hochbauverwaltung für Architektur, für unkonventionelle Lösungen und für Gestaltung muss hinzukommen.

Baukultur ist eine Kombination aus Zweckmäßigkeit, Funktionalität für die Nutzer\*innen, Gestaltqualität, ökologischer Qualität und Wirtschaftlichkeit. Baukultur ist damit ein wesentlicher Baustein für Nachhaltigkeit in der gebauten Umwelt. Wir GRÜNE engagieren uns deshalb für Baukultur. Wir widersprechen auch den Behauptungen, dass das Streben nach Baukultur stets zu teuren Lösungen und zu Mehrkosten führt. Dass Baukultur auch mit einfachen Mitteln zu erreichen ist, zeigen Beispiele aus Nachbarländern, vor allem Dänemark und die Niederlande.

Die Stadt Münster investiert jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge in Gebäude. Als Bauherrin großer Bauten, die das Stadtbild prägen und Maßstäbe für Architektur setzen, ist sie nach unserer Ansicht in der Pflicht, vorbildhaft zu bauen.

---

## Gebäudeleitlinien für die Zukunft

Der nachhaltige Bau und Betrieb von Gebäuden ist machbar. Das Wissen um die richtigen Planungskonzepte, den wirtschaftlichen Betrieb von Gebäuden sowie nutzer\*innenfreundliche Baustoffe, die zudem die Umwelt nicht belasten, ist heute vorhanden. Es wird in den städtischen Planungsabteilungen jedoch noch nicht konsequent und umfassend genug eingesetzt.

Die vorhandenen Gebäudeleitlinien der Stadt haben in der Vergangenheit einen positiven Beitrag geleistet, werden jedoch den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Moderne Leitlinien sind geprägt durch ambitionierte Zielsetzungen und Standards wie die des Bewertungssystems für nachhaltiges Bauen (BNB) und der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB). Diese Leitlinien können auch für die kommunale Gebäudeplanung und den Gebäudebetrieb als strategischer Leitfaden dienen. Mit uns werden sie das Verwaltungshandeln prägen, die Mitarbeiter\*innen in den Planungsabteilungen motivieren und eine verbindliche politische Richtschnur zwischen Politik und Verwaltung sein. Die Leitlinien sollen daher für alle von der Stadt und ihren Tochterunternehmen (wie den Stadtwerken) zu erstellenden und zu betreibenden Gebäuden dienen.

---

# 10. Soziale und inklusive Stadt: Auch in Zukunft gerecht gestalten

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **die Stärkung der sozialen Teilhabe durch Ausbau des Münster-Passes**
- **eine inklusive Stadtgesellschaft**
- **die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**
- **humane und umfassende Pflege im vertrauten Wohnumfeld**
- **selbstbestimmtes Leben im Alter**
- **den Ausbau der Hilfen für Wohnungslose**

Wir GRÜNE wollen Münster als Stadt der Vielfalt erhalten und weiter ausbauen. Eine demokratische, soziale und inklusive Stadt- und Quartiersentwicklung rückt Selbstbestimmung, Teilhabe und die Sicherung der Menschenrechte in den Fokus. Solidarität und Inklusion, Rassismuskritik und Demokratieförderung sind für uns GRÜNE auch in der Kommunalpolitik tragende Säulen.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, die soziale Teilhabe für alle Menschen sichern und nicht zuletzt die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Dies gilt unabhängig von Herkunft, Status, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Weltanschauung, Staatsangehörigkeit, Migrationsgeschichte, Hautfarbe oder Handicap. Es ist normal, verschieden zu sein.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Wir GRÜNE haben erreicht, dass das ambulant unterstützte selbstständige Wohnen ausgebaut und die barrierefreie Gestaltung von Münster mit vorangetrieben wurde. Hierzu haben wir ein Förderprogramm für Projekte zur Teilhabe und politischer Partizipation mit auf den Weg gebracht.

Wir haben den „Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere“ ins Leben gerufen und den Ausbau der Quartiersentwicklungskonzepte und des Quartiersmanagements vorangetrieben. Zudem haben wir den Ausbau von barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen und die Förderung von gemeinschaftlichen, sozialen und inklusiven Wohnformen erreicht. Des Weiteren haben wir ein Programm zur Versorgungssicherheit im

---

Quartier für Ältere und Menschen mit Unterstützungsbedarf aufgelegt und die Wohn- und Pflegeberatung ausgebaut (insgesamt 550.000 Euro).

Für die Pflege haben wir eine verbindliche Bedarfsplanung eingeführt. Den Ausbau von stationären Großeinrichtungen haben wir gebremst, um stattdessen ambulante Wohn- und Pflegeangebote im Quartier auszubauen. Wir haben ebenfalls erreicht, dass Pflege-Wohngemeinschaften kontinuierlich ausgebaut werden und zukünftig soziale und inklusive Pflegewohnprojekte bei der Vergabe von Grundstücken gefördert werden sollen. Im Rahmen der Zukunftsplanung für Münster haben wir erreicht, dass in den nächsten Jahren flächendeckend in den Stadtteilen Quartiersstützpunkte eingerichtet werden sollen, die Beratungs- und Unterstützungsangebote wie auch Nachbarschaftstreffs beinhalten.

Wir haben den Ausbau des Maßnahmenprogramms gegen Kinderarmut vorangetrieben und ein Handlungsprogramm gegen Altersarmut mit auf den Weg gebracht. Zudem ist es uns gelungen, die institutionelle Förderung der unabhängigen Sozialberatung im cuba deutlich auszuweiten und dauerhaft zu sichern.

Wir haben eine Beratungsstelle beim Jobcenter eingerichtet, die sichert, dass den Menschen ohne zeitliche Brüche die Leistungen gewährt werden, auch wenn sich mit Kinderzuschlag oder Wohngeld die Zuständigkeiten der Behörden ändern.

Für die zukünftige Gestaltung des Bremer Platzes haben wir erreicht, dass ein Runder Tisch eingerichtet wurde, an dem alle Interessengruppen eingebunden werden, und dass ein Quartiersmanger\*innen-Team eingestellt wird, das sich um die Belange der Menschen im Viertel kümmert.

Mit der Initiative zur Förderung von „Housing First“ haben wir uns für eine Erweiterung der Angebote in der Wohnungslosenhilfe eingesetzt.

## Soziale Teilhabe für alle sicherstellen

Grüne Politik steht für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Dass Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Status, ihrer Herkunft, ihren psychischen oder physischen Möglichkeiten am sozialen, kulturellen und politischen Leben, an Bildungsangeboten und an der Gestaltung unseres Zusammenlebens beteiligt sind, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Konkret bedeutet dies, unterschiedliche Lebensumstände und Rahmenbedingungen wahrzunehmen, Barrieren abzubauen und Zugänge zu schaffen. Wir wollen eine Sozialpolitik, die Menschen nicht entmündigt, indem sie sie zu Hilfeempfänger\*innen macht, sondern Selbstbestimmung ermöglicht.

## Münster-Pass weiter ausbauen

Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Wir müssen der Ausgrenzung einkommensarmer Bürger\*innen entgegenwirken. Menschen mit wenig Geld muss der

---

Münster-Pass auch weiterhin die Teilnahme an Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten und vor allem die kostengünstige Nutzung der Linienbusse in Münster ermöglichen. Deshalb werden wir den Münster-Pass weiter ausbauen und zielgruppen- und angebotsorientiert weiterentwickeln.

## **SGB II-Leistungen ohne Sanktionen und Brüche**

Wir GRÜNE setzen uns seit langem dafür ein, dass die Sanktionen bei SGB II-Leistungen abgeschafft werden. Wir wollen Armut systematisch bekämpfen durch eine unbürokratische, armutsfeste Grundsicherung, durch einen höheren, bedarfsgerechten Regelsatz, die Einführung einer Kindergrundsicherung und einer Garantierente oberhalb des Sozialhilfesatzes. Vor Ort wollen wir den gesetzlichen Gestaltungsspielraum innerhalb des Jobcenters Münster nutzen, um zu erreichen, dass die Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration den betroffenen Menschen gerecht werden. So haben wir eine Beratungsstelle beim Jobcenter eingerichtet, die beim Kinderzuschlag oder Wohngeld als Alternative zum SGB II die Zuständigkeiten bündelt, damit SGB II-Leistungen ohne zeitliche Brüche gezahlt werden. Die Ombudsstelle und die unabhängige Sozialberatung (SIC) müssen erhalten bleiben, damit die sozialen Bürger\*innenrechte nicht auf der Strecke bleiben.

## **Unterstützung in prekären Lebenssituationen**

Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit einer Migrationsbiografie, Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsrecht und chronisch Kranke sind oft von Armut betroffen. In der Corona-Krise wurde sichtbar, dass sie es sind, die zuerst und am härtesten unter Job- und Einkommensverlusten, eingeschränkten Unterstützungsangeboten und Kontaktsperrern leiden. Die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie treffen zunehmend auch Solo-Selbstständige, Kleinunternehmer\*innen und freiberuflich Tätige wie Künstler\*innen und alle Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die auch in Münster stark ansteigenden Mieten und der Mangel an öffentlich gefördertem sowie bezahlbarem Wohnraum verschärfen die prekäre Lage für diese Menschen zunehmend. Präventions- und Informationsprogramme müssen daher sehr früh ansetzen.

Kommunalpolitik kann die Folgen von Armut durch sozialpolitische Maßnahmen, wie etwa die Schaffung einer guten Infrastruktur durch ein breites Netz an sozialer Beratung, Hilfe und Unterstützung, lindern bzw. verringern.

Dabei stehen der Kommunalpolitik vor allem freie Träger und ihre Wohlfahrtsverbände mit ihren flexiblen und kompetenten Diensten zur Verfügung. Diese muss die Kommune nutzen und ein auf die Bedarfe ausgerichtetes Hilfenetz zur Verfügung stellen.

---

Auf Bundesebene setzen wir uns ein für ein soziales Sicherungsnetz, das die Menschen wirkungsvoll vor Armut schützt. Hierzu gehört auch eine Neuberechnung und deutliche Anhebung des SGB II-Regelsatzes in Verbindung mit einer Kindergrundsicherung, welche allen Kindern ein gleiches Recht an Teilhabe im Bereich Leben und Bildung gewährt.

Die staatliche finanzielle Unterstützung, die Menschen in prekären Lebensverhältnissen erhalten, reicht oft nicht aus. Besonders kurzfristige Kosten stellen sie vor massive finanzielle Probleme. Ein Hilfsfonds, vergleichbar dem städtischen Sonderfonds „Hilfen für Schwangere und junge Mütter“, könnte derartige Kosten übernehmen und in kurzfristigen finanziellen Notlagen helfen. Eine solche Leistung darf kein Ersatz für Leistungen durch den Bund sein.

Unser Ziel für die Zukunft ist der Ausbau von Beratungsstellen und Unterstützungsangeboten in den Stadtteilen insbesondere für Kinder und Jugendliche und ältere Menschen. Wir setzen uns für mehr dezentrale Beratungs- und Unterstützungsangebote in allen wichtigen Fragen des städtischen Lebens (Wohnen, Energiesparen, Mobilität, Erwerbslosigkeit, Kita- und Schulfragen) in den Quartieren ein. Wir wollen mehr aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsarbeit etablieren und eine Stärkung der Mobilität der Bewohner\*innen insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen durch eine weitere Verbesserung des ÖPNV beschließen. Um die Attraktivität von Stadtteilen zu erhöhen, wollen wir geeignete Infrastrukturmaßnahmen finden und bestehende Stadtteilinitiativen unterstützen. Des Weiteren ist die Einrichtung eines Hilfsfonds für kurzfristige Hilfen in akuten Notlagen ein wichtiger Punkt für uns GRÜNE.

## Hilfen für Wohnungslose

Die Gesamtzahl der von der Stadt Münster untergebrachten und betreuten wohnungslosen Menschen mit Sozialhilfeanspruch lag laut Zahlen des letzten Wohnungsnotfallberichtes des Landes NRW 2018 bei knapp 1300, ein Jahr zuvor noch bei 1085 Personen. Die tatsächliche Zahl der Betroffenen mag noch deutlich darüber liegen. Auch in Münster nimmt die Wohnungslosigkeit zu, Kinder und Jugendliche leben in prekären Wohnverhältnissen, alleinlebende Jugendliche und Heranwachsende sind ohne feste Unterkunft. Ein Leben auf der Straße ist für alle Personengruppen mit physischen und psychischen Begleiterkrankungen verbunden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass jeder Mensch in unserer Stadt ein Dach über dem Kopf hat. Grüne Politik steht für Solidarisierung mit den Obdach- und Wohnungslosen in Münster.

Menschen, die alkohol- bzw. drogenkrank sind, sind oft nicht in der Lage, sich an die strengen Vorschriften in den Unterkünften zu halten. Auch Menschen unter 18 Jahren sind oft von den Angeboten ausgeschlossen. Für diese Menschen wollen wir Schlafmöglichkeiten schaffen.

---

Zugewanderte Menschen aus den osteuropäischen Ländern, die auf der Suche nach Arbeit sind, sind ohne Hilfen besonders gefährdet. Ohne Anspruch auf Sozialleistungen droht ihnen ein Leben auf der Straße, in Armut und Verelendung.

## Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Frauen ausbauen

Insbesondere wohnungslose Frauen\* sind aufgrund spezifischer Problemlagen in der Wohnungslosenstatistik noch schwieriger zu erfassen, weil sie in den Unterkünften nur selten auftauchen. Sie suchen oft Unterschlupf bei Bekannten oder Freund\*innen und sind somit oft über Jahre „verdeckt“ obdachlos. Sie geraten nicht selten in für sie destruktive Abhängigkeitsverhältnisse und sind dadurch während der Zeit der Obdachlosigkeit noch stärker als Männer\* körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Sie benötigen besonderen und spezifischen Schutz in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe.

Wir wollen die Hilfen und Wohnmöglichkeiten für Wohnungslose ausbauen, zum Beispiel durch Bereitstellung von städtischen Einrichtungen und leerstehenden Wohnungen in den Wintermonaten. Ebenso wollen wir die Hilfeangebote für wohnungslose Frauen\* verbessern und ausbauen. Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für alle schaffen. Auch wollen wir Unterstützung und Hilfen für obdachlose Menschen in Form von niedrigschwelligen Angeboten, etwa durch mehr Sozialarbeit und dezentrale Anlaufstellen erreichen.

## Innovative Wohnprojekte und "Housing First" ausbauen

In den letzten Jahren sind bereits einige innovative Wohnprojekte für Menschen in prekären Lebenslagen (wie Wohnen 60+, Dreifaltigkeitskirche, Yorkhöfe) entstanden, die u.a. ein barrierefreies und selbständiges Wohnen für ältere wohnungslose Menschen mit pflege- und hauswirtschaftlichen Unterstützungsbedarf ermöglichen. Wir wollen diese Angebote sichern und setzen und für einen Ausbau weiterer unterstützter Wohnprojekte und deren Förderung ein. Der Ausbau des „Housing First“-Ansatzes als ergänzender Baustein im Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe, um obdachlosen Menschen ohne Bedingungen eine reguläre Wohnung zur Verfügung zu stellen, ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

## Humanitäre Hilfen absichern

Zugewanderte Menschen aus den osteuropäischen Ländern, die auf der Suche nach Arbeit sind und keinen Job erhalten, sind ohne Hilfen besonders gefährdet. Ohne Anspruch auf Sozialleistungen droht ihnen ein Leben auf der Straße, in Armut und Verelendung. Besonders EU-Bürger\*innen in prekären Lebenslagen sind daher auf die Unterstützung

---

einer unabhängigen Beratungsstelle wie der Europa-Brücke Münster angewiesen, um ihre Lebenslage zu verbessern und ihre Rechte durchsetzen zu können. Deshalb setzen wir uns für die dauerhafte Absicherung der humanitären Hilfen für EU-Migrant\*innen ein. Zugleich wollen wir keine Verdrängung der Obdach- und Wohnungslosen an die Stadtgrenzen bei einer Modernisierung der Innenstadt und des Bahnhofsviertels. Bei der Neugestaltung des Bremer Platzes brauchen wir eine ämter- und ressortübergreifende Quartiersplanung, die alle Aspekte erfasst. Die Nutzer\*innengruppen, die den Bremer Platz zu ihrem Treffpunkt gemacht haben, müssen im Rahmen einer Umgestaltung berücksichtigt und dürfen nicht verdrängt werden. Im Zuge dieser Neugestaltung soll auch eine an die Bedürfnisse der Platzbenutzer\*innen angepasste Sanitäreinrichtung eingerichtet werden, mit der auch die Situation wohnungsloser Menschen etwas verbessert wird. Zur Stärkung der Sozialen Arbeit im Quartier setzen wir uns für weitere Stellen zur aufsuchenden Sozialen Arbeit sowie für einen Ausbau der Drogenhilfe ein.

## Altersarmut entgegenwirken

Immer mehr Menschen in Münster sind im Alter von Armut betroffen. Wir GRÜNE kämpfen entschieden für soziale und finanzielle Sicherheit im Alter. Dafür brauchen wir neben einer gestärkten Rente ein sicheres soziales Netz (Caring Community). Angebote in den Quartieren müssen so gestaltet sein, dass sie alten Menschen Teilhabe ermöglichen, generationenübergreifend funktionieren und Isolation und Vereinsamung verhindern.

## Quartiere und Stadtteile inklusiv gestalten

Wir wollen das Zusammenleben der Generationen fördern und die Quartiere und Stadtteile auf die Bedarfe aller Generationen ausrichten: Vor allem ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen sollen hier Unterstützungs- und Beratungsangebote finden. Kinder sollen überall sicher und frei spielen können und Jugendliche Frei- und Gestaltungsräume erhalten. Im Zentrum des Quartiers stehen Orte der Kommunikation, wie Stadtteilzentren, Quartiersstützpunkte, Nachbarschaftstreffs und einladende öffentliche Plätze.

## Soziale Infrastruktur und Trägervielfalt erhalten

Die Soziale Arbeit in Münster lebt von ihrer Trägervielfalt. Diese werden wir auch weiterhin unterstützen. Die soziale Infrastruktur ist systemrelevant. Insbesondere kleine Träger müssen unterstützt und entlastet werden.

---

## Münster inklusiv:

### UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Inklusion ist ein Menschenrecht: Alle Menschen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Mit dem 2013 auf Initiative der GRÜNEN Fraktion gestarteten Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ gehört Münster zu den ersten Städten in Deutschland, die einen kommunalen Plan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufgelegt haben.

Trotz positiver Entwicklung in den letzten Jahren bleiben noch große Aufgaben bei der Umsetzung der Inklusion. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Straßenraum sind noch nicht gänzlich barrierefrei und die Fußwege durch abgestellte Autos oder Fahrräder verstellt. Es fehlt auch immer noch an ausreichend barrierefreien Wohnungen. Viele Bildungseinrichtungen und andere öffentliche Einrichtungen müssen weiterhin entsprechend umgestaltet werden. Von der Teilhabe am Arbeitsleben bis hin zur barrierefreien Kommunikation bedarf es weiterer Umsetzungsschritte. Hierfür werden wir uns auch in den kommenden Jahren mit Nachdruck einsetzen.

### Selbstbestimmtes Wohnen und Leben unterstützen

Viele Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigungen wollen selbstständig wohnen. Neben den vielen neuen Angeboten des betreuten Wohnens sind weitere Angebote im ambulant betreuten Wohnen und bezahlbare barrierefreie Wohnungen notwendig. Ebenso brauchen Familien und Angehörige Entlastung durch unterstützende Dienste und niedrigschwellige Angebote. Ein Beispiel dafür ist die Wohnidee „Wohnen im Drubbel“, eine Form des gemeinsamen nachbarschaftlichen Wohnens für Menschen mit besonderen Bedarfen.

Wir werden uns weiterhin für die Umsetzung der Inklusion einsetzen und das Angebot an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen deutlich ausbauen. Hierzu soll eine Erhebung in Zusammenarbeit mit der KIB und Sozialverbänden durchgeführt werden. Wir wollen erreichen, dass die städtische Wohn + Stadtbau bei ihren zukünftigen Bauprojekten mindestens jede achte Wohnung rollstuhlgerecht gestaltet. Wir wollen das ambulant unterstützte Wohnen und das Wohnen mit Assistenz ausbauen und jährlich gemeinsam mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und freien Trägern mindestens 100 weitere Wohnangebote schaffen. Es ist uns zudem ein Anliegen, inklusive Sozialräume zu entwickeln (gemeinsam durch Stadt und LWL). Dazu gehören inklusive Angebote für Freizeit und lebenslange Bildung. Gemeinsam mit interessierten Trägern wollen wir dazu Modellprojekte auf den Weg bringen.

---

## Teilhabe stärken und ausbauen

Viele Aufgaben des Bundesteilhabegesetzes sind der Stadt Münster übertragen worden, wie die Fahrdienste für Menschen mit Behinderung, Hilfen in Kontakt- und Beratungsstellen, zur Gesundheit (Krankenhilfe), Hilfen zur Pflege für Menschen bis 65 Jahre sowie zeitweilig auch die heilpädagogische Frühförderung. Diese Aufgaben müssen konsequent und bedarfsgerecht erfüllt werden.

Mit der „Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung“ (EUTB) gibt es zudem eine Beratungsstelle, bei der Menschen mit Behinderung durch Menschen mit Behinderung beraten werden (Peer Counseling). Wir wollen die Teilhabe und die politische Partizipation von Menschen mit Behinderung fördern und stärken. Gleiches gilt für die Teilhabe am Arbeitsleben. Die Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung liegt mit 5,2 Prozent nur knapp über der Mindestquote und ist damit völlig unzureichend. Diese wollen wir verbessern, indem wir die Beschäftigungsquote bei der Stadtverwaltung auf mindestens acht Prozent ausweiten. Zudem wollen wir Beschäftigungsmöglichkeiten in Kooperation aller beteiligten Akteure (LWL, Jobcenter, Agentur für Arbeit und Projektträger) kontinuierlich ausbauen und Inklusionsfirmen bei öffentlichen Aufträgen stärker berücksichtigen.

## Kommunaler Teilhabeplan gemeinsam umsetzen

Wir setzen uns für einen kommunalen Teilhabeplan ein. Unser Ziel ist es, ein inklusives Gemeinwesen zu schaffen. Die Stadt arbeitet dabei mit den Selbstvertretungs- und Angehörigengruppen, dem LWL, den lokalen Anbieter\*innen von Teilhabeleistungen und anderen relevanten Akteur\*innen zusammen.

Die Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung ist unzureichend und muss deutlich ausgeweitet werden. Münster liegt mit 5,2 Prozent nur knapp über der Mindestquote.

Wir werden uns weiterhin für die Umsetzung der Inklusion einsetzen und das Angebot an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen deutlich ausbauen. Für den bedarfsgerechten Ausbau des Angebotes an rollstuhlgerechten Wohnungen soll eine Erhebung in Zusammenarbeit mit der KIB und Sozialverbänden durchgeführt werden. Wir wollen erreichen, dass die städtische Wohn + Stadtbau bei ihren zukünftigen Bauprojekten mindestens jede achte Wohnung rollstuhlgerecht gestaltet. Wir wollen das ambulant unterstützte Wohnen und das Wohnen mit Assistenz ausbauen und jährlich gemeinsam mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und freien Trägern mindestens 100 weitere Wohnangebote schaffen (auch Drubbel-Wohnen). Es ist uns zudem ein Anliegen, inklusive Sozialräume zu entwickeln (gemeinsam durch Stadt und LWL). Dazu gehören inklusive Angebote für Freizeit und lebenslange Bildung. Gemeinsam mit interessierten Trägern wollen wir dazu Modellprojekte auf den Weg bringen.

---

## Öffentlichen Raum, Mobilität und Kommunikation weiter barrierefrei ausbauen (Design für Alle)

Wir wollen den öffentlichen Raum, Verkehr und Mobilität weiter barrierefrei (Design für Alle) ausbauen. Das bedeutet, dass wir uns für die weitere barrierefreie Umgestaltung des ÖPNV in Münster wie in den Nachbarkreisen einsetzen, die kontinuierliche Umgestaltung von Ampeln mit Blindensignal und taktilen und kontrastreichen Wegeleitsystemen weiter fördern und den Verkehrsraum für Fußgänger\*innen und Rollstuhlfahrer\*innen von Barrieren freihalten. Ebenso wollen wir den Fahrdienst für Menschen mit Behinderung weiter ausbauen. Wir wollen die Bildung und gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung fördern und die barrierefreie Kommunikation weiter verbessern. Hierzu gehört, dass öffentliche Informationen auch in Leichter Sprache erfolgen und bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt vermehrt Gebärdensprache oder Schriftdolmetschung eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die barrierefreie Erschließung von Schulgebäuden und anderen öffentlichen Gebäuden konsequent voranbringen.

Entsprechend der Maxime „Nicht über uns ohne uns“ müssen die Kommission zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) wie auch andere Selbsthilfeinitiativen kontinuierlich an der barrierefreien und inklusiven Gestaltung beteiligt werden.

## Selbstbestimmtes Leben im Alter

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch selbstbestimmt, bei bestmöglicher Gesundheit und in Würde alt werden kann und dabei aktiv an der Gesellschaft teilhat. Mit dem demografischen Wandel wird auch in Münster der Anteil älterer und auch unterstützungs- und pflegebedürftiger Menschen zunehmen. Gleichzeitig bleiben viele Menschen oft auch länger gesund als früher. Die heutige „Silver society“ hat dabei einen anderen Blick auf das Altern und Älterwerden als die Generationen vor ihr. Für die Generation, die in der Zeit der 68er groß geworden ist, stehen Selbstbestimmung, Teilhabe, Gesundheit und Wohlbefinden besonders im Fokus. Viele Menschen sind am Ende ihrer Berufstätigkeit noch gerne aktiv, doch oft besteht auch das Risiko, soziale Kontakte zu verlieren. Einsamkeit und Bedeutungsverlust können die Folge sein. Dabei wollen sich viele in der neuen Lebensphase auch mit einem Engagement für Nachbarschaft und Gesellschaft widmen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen.

Wir GRÜNE setzen uns für Teilhabe und selbstbestimmtes Leben ein und werden dabei auch die Maßnahmen und Angebote gegen Armut im Alter und Vereinsamung ausbauen. Schließlich wollen wir die Erwerbstätigkeit älterer Menschen in Betrieben und im öffentlichen Dienst im Sinne einer demografieorientierten Personalentwicklung gezielt unterstützen.

---

## Selbstbestimmt in der eigenen Wohnung

Eine große Mehrheit der Menschen will selbstbestimmt in der eigenen Wohnung oder einer überschaubaren Wohneinrichtung im gewohnten Stadtquartier leben, vor allem auch wenn sie auf eine umfassende Pflege und Unterstützung angewiesen sind.

Der Anteil der Single-Haushalte im Alter steigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass nachbarschaftliche Beziehungen gefördert und unterstützt werden sowie Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Als erste Kommune in Deutschland haben wir den „Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere“ auf den Weg gebracht, mit dem wir schrittweise alle Stadtteile alten- und altersgerecht gestalten. Dieses Programm setzen wir fort und bauen es aus. Wir schaffen Angebote, die ältere Menschen sowohl in ihrer Selbstständigkeit unterstützen, die Teilhabe fördern und gesundheitlich präventiv wirken. Die Vielzahl an unterschiedlichen Lebenssituationen, Lebensstilen, Behinderungen, kultureller Vielfalt und sexuellen Identitäten der Menschen erfordern differenzierte und auf die verschiedenen Bedarfslagen ausgerichtete Wohn-, Pflege- und Unterstützungsangebote. Die soziale Infrastruktur gilt es auf eine größere Vielfalt und kultursensibel auszurichten. Des Weiteren setzen wir uns für den Ausbau altersgerechter Wohnformen für ein selbstbestimmtes Wohnen ein.

## Mobil bleiben - Infrastruktur altersgerecht gestalten

Wer nicht mobil ist, kann nicht teilhaben. Wir setzen uns dafür ein, den altersgerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV voranzutreiben, alternative Verkehrsangebote zu prüfen und zu entwickeln und internetbasierte, generationengerechte Informationsportale zu fördern, die alle etablierten Mobilitäts- und Serviceangebote vor Ort beinhalten. Für den Freizeitbereich unterstützen wir in Münster ehrenamtliche Initiativen wie „Radeln ohne Alter“ und E-Rikschas für Menschen aus stationären Pflegeeinrichtungen. Schließlich unterstützen wir eine Wohnumfeldgestaltung, die in ihrer Mobilität beeinträchtigte Menschen unterstützt.

Um die Mobilität im Alter zu stärken, werden wir in der Stadtgestaltung ein Programm für „1000 Bänke“ im öffentlichen Raum, mehr Trinkbrunnen und mehr öffentliche Toiletten (Aktion „Nette Toilette“ in Kooperation mit der Gastronomie) auflegen. Zudem werden wir in den Quartieren den Ausbau von Begegnungsmöglichkeiten unterstützen und die Angebote an „Gesunden Mittagstischen“ ausbauen. Ebenfalls wollen wir die Präventionsangebote für Menschen ab 55 in den Stadtteilen erweitern und die ehrenamtlichen Netzwerke ( wie „Von Mensch zu Mensch“, „Anti-Rost“) und Beteiligungsformen stärken und ausbauen. Auch in diesem Bereich wollen wir die neuen technischen Möglichkeiten zur Unterstützung des Lebens in der eigenen Wohnung und die digitale Teilhabe mit entsprechenden Beratungsangeboten fördern. Schließlich wollen wir den Beitritt Münsters zum Globalen Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden (Age-

---

friendly Cities and Communities) voranbringen und den internationalen Austausch zur altersgerechten Gestaltung Münsters nutzen.

## Humane Pflege sichern – Selbstbestimmung erhalten

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt weiter zu, das Krankheitsspektrum und der Unterstützungsbedarf werden umfangreicher und differenzierter; zunehmend sind darunter ältere und pflegebedürftige Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete.

Auch in Münster haben wir einen Mangel an Fachkräften, dem wir begegnen müssen. Neben der Steigerung der Ausbildungsplätze, die in der Zuständigkeit des Landes liegt, müssen pflegerische Berufe attraktiver werden. Die Corona-Krise hat erneut deutlich gemacht, wie wichtig Pflege und andere Caretätigkeiten für unsere Gesellschaft sind. Gemeinsam mit den Trägern werden wir Wege suchen, um neue Modelle zu entwickeln und Ressourcen zu mobilisieren. Hierzu gehören Pflegekonzepte wie „Buurtzorg“, das professionelle Pflege mit Präventionsarbeit und einem Unterstützungsnetzwerk im Quartier verbindet.

## Ambulante Wohn- und Pflegeformen im Quartier ausbauen

Die meisten Menschen wollen zu Hause oder in ihrem angestammten Umfeld wohnen bleiben und ambulante Pflege in Anspruch nehmen. Deshalb wollen wir weg von Großeinrichtungen hin zu ambulanten Wohn- und Pflegeformen im Quartier. Wir setzen uns mit Nachdruck für den Ausbau entsprechender Wohn- und Pflegeangebote und einen Pflege- und Hilfemix aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und Nachbarschaften im Quartier ein. Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren sichern Pflege und Unterstützung rund um die Uhr. Alternativen zum klassischen Heim sind Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, Mehrgenerationenwohnen und Versorgungssicherheit in der eigenen Wohnung bis hin zu Modellen wie „Wohnen für Hilfe“.

Wir wollen die Heime für eine zeitgemäße Umgestaltung gewinnen. Dazu gehören für uns Einzelzimmer, die Öffnung zum Quartier und eine Umwandlung zur Wohnanlage für alle Generationen mit Pflegewohnungen.

Wir sehen im Ausbau einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur eine wichtige kommunale Aufgabe und wollen die Entwicklung der (Pflege)Infrastruktur nicht dem freien Markt überlassen. In Münster haben wir deshalb als erste Stadt die verbindliche Pflegebedarfsplanung eingeführt.

---

## Pflege besser finanzieren

Pflegebedarf darf nicht zum Armutsrisiko werden. Deshalb fordern wir GRÜNE auf Bundesebene eine Reform der Pflegeversicherung, damit alle Menschen die Pflege erhalten, die sie benötigen und die Kosten für sie begrenzt sind („Doppelte Pflegegarantie“). Darüber hinaus wollen wir dafür Sorge tragen, dass das selbstbestimmte Wohnen bei der Pflege nicht vom Geldbeutel abhängt. Deshalb treten wir dafür ein, dass der sogenannte Kostenvorbehalt bei Leistungen der Eingliederungshilfe wie auch bei der „Hilfe zur Pflege“ (§ 13 SGB XII) bei ambulanten Wohnformen gegenüber einer stationären Einrichtung aufgehoben wird.

Wir GRÜNE werden uns weiterhin für den Ausbau der Wohn- und Pflegeangebote unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen. Hierzu werden wir Quartiersstützpunkte (mit Beratung, Unterstützung und Treffpunkt) flächendeckend in allen Stadtteilen einrichten. Ebenso werden wir Pflege-Wohngemeinschaften weiter ausbauen und hier jährlich 100 zusätzliche Angebote für Menschen mit umfassendem Pflegebedarf schaffen. Zur Entlastung der Angehörigen und Unterstützung der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit wollen wir die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege weiter ausbauen. Wir setzen uns ein für ein gutes und umfassendes Angebot an ambulanter Pflege in den Stadtquartieren und unterstützen die Entwicklung sozialer Netzwerke und Nachbarschaftshilfen und eine Öffnung der Heime zum Quartier und deren Umgestaltung. Wir werden das Angebot der Wohn- und Wohnraumanpassungsberatung, Unterstützungsangebote und Begegnungsmöglichkeiten weiter ausbauen.

## Pflegeberufe stärken

Insbesondere wollen wir die Pflegeberufe in Münster stärken, indem wir das Netzwerk „Starke Pflege Münster“, die Träger- und Ausbildungskonferenz sowie die Entwicklung neuer Pflege- und Unterstützungsmodelle fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausbildungsplätze in der Pflege weiter ausgebaut und dass im Zuge der Umstellungen auf eine generalisierte Pflegeausbildung auch möglichst in allen Pflegebereichen eine ausreichende Zahl an praktischen Ausbildungsplätzen angeboten werden können. Zur weiteren Umsetzung soll ein kommunaler Pflegeberufebericht erstellt werden.

Darüber hinaus werden wir uns für eine deutliche Verbesserung bei den Pflegestellen und bei der Finanzierung der Pflege einsetzen.

---

# 11. Gleichstellung und Genderpolitik: Für Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **einen städtischen Aktionsplan LSBTIQ\***
- **mehr Aufstiegschancen für Frauen\* auch aus Teilzeitpositionen bei der Stadt**
- **eine Geschlechterquote für die Unternehmen der Stadt**
- **die Umsetzung des Gender Budgeting als Pflichtaufgabe aller Ämter**
- **den Ausbau der Angebote zum Schutz von Frauen\* und LSBTIQ\* vor häuslicher und sexualisierter Gewalt**
- **Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen**

Genderfragen gehören für uns GRÜNE ganz oben auf die politische Agenda – auch in der Kommune. Das können wir nicht zuletzt aus der Corona-Krise lernen. Frauen\* sind überdurchschnittlich häufig in der Pflege und in anderen Gesundheitsberufen erwerbstätig, sie arbeiten in der Erziehung und Betreuung und als Verkäuferinnen im Einzelhandel – sie arbeiten dort oft in prekären Arbeitsbedingungen, unterbezahlt, wenig anerkannt. Auch in den privaten Haushalten tragen die Frauen\* den größten Teil der Care-Arbeiten – nicht nur, wenn die Kitas und Schulen geschlossen sind.

Gleichzeitig sind Frauen\* und Kinder besonders schutzlos bei zunehmender häuslicher Gewalt in den Familien und bei sexualisierter Gewalt – auch in den Unterkünften für Geflüchtete. Marginalisierte Gruppen wie geflüchtete und wohnungslose Menschen, ungewollt Schwangere, von sexualisierter Gewalt betroffene Menschen und diskriminierte trans\* und inter\* Menschen brauchen unsere ungeteilte Aufmerksamkeit – daran haben engagierte Gruppen in den letzten Monaten immer wieder erinnert. Frauen\*- und Kinderschutzhäuser sind systemrelevant – auch das ist eine Lehre aus der Krise.

Die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen ist für viele Betroffene überlebenswichtig. Offene und sichere Räume für alle Menschen, unabhängig von ihrem Ge-

---

schlecht und ihrer sexuellen Orientierung, sind ein wichtiges gesellschaftliches Gut. Das geht uns alle an.

Geschlechtergerechtigkeit meint für uns GRÜNE mehr als „nur“ die Gleichstellung von Frauen\* und Männern\*. Wir setzen uns auch weiterhin für gleiche Rechte und Chancen, gleiche Entlohnung und Teilhabe für alle Geschlechter ein.

Menschen leben vielfältig, mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Orientierungen und mit vielfältigen Diskriminierungserfahrungen. Wir GRÜNE sehen es als Aufgabe der Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem LSBTIQ\* (lesbisch, schwul, bi, trans\*, inter\*, queer) offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema in allen kommunalen Arbeitsfeldern und Politikbereichen stärken. Wir wollen die Stadtgesellschaft sensibilisieren für Diskriminierungserfahrungen, die Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung machen. Wir wollen Strukturen schaffen, in denen sich alle Menschen entfalten können und frei, sicher sowie selbstbestimmt leben.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Durch die konzeptionelle Erweiterung des Frauenbüros zu einem Amt für Gleichstellung, haben wir GRÜNE in der auslaufenden Wahlperiode erreicht, die geschlechtliche Vielfalt der in Münster lebenden Menschen auch institutionell zu verankern. Wir haben im Amt für Gleichstellung Stellen geschaffen, die sich explizit der Männerarbeit und LSBTIQ\*-Arbeit in Münster widmen werden und 2020 ihre Arbeit aufnehmen. Ebenfalls haben wir 2020 erstmals die Förderung von Beratungsangeboten für trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen in den Haushalt der Stadt Münster aufgenommen. Dabei fördern wir insbesondere auch die Selbsthilfeinitiativen und Angebote für Jugendliche und junge Menschen – explizit auch für geflüchtete junge Menschen in den Unterkünften der Stadt und des Landes.

Wir GRÜNE haben in Münster den Neubau des Frauenhauses für den Verein Frauenhaus und Beratung e.V. stark unterstützt.

Wir wollen Zwangsprostitution und Frauenhandel wirksam bekämpfen. In der letzten Ratsperiode haben wir das Projekt Marischa gefördert, das sich insbesondere auf Streetwork auf dem Straßenstrich an der Siemensstraße konzentriert.

## Geschlechtergerechtigkeit bedeutet Vielfalt

Uns GRÜNEN ist eine Stadtgesellschaft wichtig, die in puncto Geschlechtergerechtigkeit über die zweigeschlechtliche Ordnung zwischen Frauen\* und Männern\* hinausdenkt. Für uns ist klar, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt und dass jedem Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben innerhalb der Stadtgesellschaft zukommen soll.

---

Wir wollen, dass alle Menschen sich unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gefahrlos überall in unserer Stadt frei bewegen können. Dies betrifft vor allem Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie ausdrücklich ebenfalls trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen, deren Sichtbarkeit innerhalb der Stadtgesellschaft uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen ist. Wir stehen für eine selbstbestimmte Gesellschaft, in der Menschen so lieben und leben können, wie sie es wollen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat 2012 einen „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ aufgelegt. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass die Arbeit für Vielfalt, der Kampf gegen Diskriminierung sowie die Teilhabe von LSBTIQ\* auch in Münster erst am Anfang steht und weiterer Anstrengung bedarf. Wir wollen dazu einen städtischen Aktionsplan aufstellen.

## Existenzsicherung und Teilhabe: Arbeit gerecht gestalten

Gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsarbeit sind eng miteinander verwoben. Ziel grüner Politik ist die eigenständige Existenzsicherung aller Menschen. Die Stadt Münster hat als Arbeitgeberin eine wichtige Vorbildfunktion in der Stadt, wenn es um eine diskriminierungsarme, Frauen\* und Vielfalt fördernde Personalentwicklung geht.

Die Unterschiedlichkeit der Menschen sehen wir als Ressource für Unternehmen. LSBTIQ\* sind am Arbeitsmarkt nach wie vor vielfach diskriminiert und ausgegrenzt. Dies muss die städtische Personalentwicklungsstrategie im Blick haben und Führungskräfte entsprechend sensibilisieren. Die Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ muss ein Kriterium für Kooperationsentscheidungen der Stadt mit Unternehmen und Organisationen sein.

Noch immer sind Frauen\* in Führungspositionen in der städtischen Verwaltung stark unterrepräsentiert. Sie stellen den größten Teil der Teilzeitbeschäftigten. Dies hat negative Auswirkungen auf mögliche berufliche Aufstiege und das spätere Einkommen im Alter. Hier muss die städtische Personalentwicklung konsequenter handeln. Zu den Möglichkeiten, die wir nutzen wollen, gehören Quoten für Führungspositionen und veränderte Beurteilungsverfahren für Aufstiege, auch aus Teilzeitstellen.

Berufs- und Lebensmodelle sind eng miteinander verknüpft. Beratungsangebote, die partnerschaftliche Vereinbarkeitslösungen fördern, müssen stärker entwickelt und bekannt gemacht werden. Der weiter notwendige Ausbau der Kinderbetreuung schafft wichtige strukturelle Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Care-Arbeit ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Sie muss gerechter geteilt, besser bewertet und vergütet werden. Die Aufwertung von Care-Arbeit muss ein Schwerpunkt der städtischen Arbeitspolitik sein.

---

Vor allem neu zugewanderte Migrantinnen und jene, die seit vielen Jahren unterhalb ihrer Qualifikation in der Arbeitslosigkeit, in Hilfstätigkeiten oder Minijobs feststecken, brauchen bessere Zugänge zum Arbeitsmarkt, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und ihre Kompetenzen einbringen zu können. Sie brauchen mehr gezielte Angebote und unmittelbare Unterstützung, um sich eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen zu können. Das Jobcenter hat eine wichtige Aufgabe, wenn es darum geht, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dabei ihre spezifischen Lebenslagen und -entwürfe zu berücksichtigen.

Der demografische Wandel verändert unseren Arbeitsmarkt. Neue Fähigkeiten, etwa im Bereich der Digitalisierung, erfordern gute Konzepte in der Weiterbildung. Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts bringen unterschiedliche (Lern-)Erfahrungen und unterschiedliches Wissen mit. Ältere Menschen haben einen Schatz an beruflicher Erfahrung. Diesen lohnt es zu erhalten und auszubauen. Dafür müssen geschlechtersensible Konzepte entwickelt werden.

## **Geschlechtergerecht haushalten, gestalten und kommunizieren**

Wir GRÜNE wollen eine Gesellschaft und eine Stadt, die allen Menschen Raum gibt, die Diskriminierung bekämpft und Teilhabe ermöglicht. Dafür ist eine geschlechtergerechte und barrierearme Stadtgestaltung, die alle Altersgruppen im Blick hat, eine zentrale Voraussetzung. Städtische Haushaltsentscheidungen müssen in diesem und in allen anderen Bereichen daraufhin überprüft werden, in wieweit sie geschlechtergerecht sind. Das Genderbudgeting, die FINANZfairTEILUNG muss im städtischen Haushalt endlich von allen Ämtern konsequent angewandt werden.

Sprache schafft Realität – und Zugänge. Eine Stadt der Vielfalt muss diskriminierungsfrei kommunizieren. Daher muss in Publikationen, Formularen, Mitteilungen und Bescheiden der Stadt Münster eine Sprache verwendet werden, die nicht nur geschlechtergerecht ist, sondern diskriminierungs- und barrierearm für alle Menschen verständlich ist. Sprache muss Zugänge ermöglichen, Zusammenhänge und Rechte verständlich machen, die Kommunikation erleichtern und einer diversen Stadtgesellschaft gerecht werden. Sprache soll eine Stadt erfahrbar machen und Teilhabe ermöglichen.

Alle gesellschaftlichen Gruppen sollen bestmöglich von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. Die städtische Digitalisierungsstrategie muss gendersensibel gestaltet werden. Digitale Kompetenzen müssen so vermittelt werden, dass sie allen Menschen gleiche Zugänge und Chancen bieten.

---

Damit Gleichstellungspolitik und Gendergerechtigkeit als Querschnittsthemen in alle Handlungs- und Politikfelder der Stadt wirken können, müssen das Amt für Gleichstellung und auch der Gleichstellungsausschuss entsprechend gestärkt werden.

## **Teilhabe für behinderte Mädchen\* und Frauen\* stärken**

Mädchen\* und Frauen\* mit Behinderung erleben vielfach, dass ihre Teilhabe in gesellschaftlich wichtigen Bereichen nur eingeschränkt oder gar nicht vorhanden ist. Neben Barrieren im öffentlichen Raum, die abgebaut werden müssen, erleben sie große Hürden im Arbeitsleben. Sie sind nicht nur finanziell armutsgefährdet, sondern haben auch ein hohes Risiko, in die Altersarmut zu fallen. Die Stadt Münster als Arbeitgeberin hat hier eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion.

Mädchen\* und Frauen\* mit Behinderung erleben bis zu dreimal häufiger sexualisierte Gewalt und doppelt so häufig körperliche Gewalt wie der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. Sie benötigen besondere Beratungs- und barrierefreie Hilfsangebote.

Um auf die Bedarfe behinderter Mädchen\* und Frauen\* auch zukünftig angemessen und gut reagieren zu können und entsprechende Angebote zu entwickeln, wollen wir eine enge Kooperation mit dem in Münster angesiedelten „Netzwerk für Mädchen und Frauen mit Behinderungen NRW“ und freien Trägern pflegen.

## **Nein zu Gewalt – Mehr Ressourcen für Prävention, Beratung und Schutzräume**

Gewalt gegen Mädchen\* und Frauen\* sowie Gewalt gegen LSBTIQ\* sind auch in Münster ein drängendes Problem. Sexualisierte Gewalt muss geächtet und bekämpft werden. Zugleich müssen Prävention und Angebote zum Schutz vor Gewalt weiter ausgebaut werden. Dabei muss insbesondere auch stärker für die spezifischen Formen der sexualisierten Gewalt gegen Lesben, Schwule, inter\* und trans\* sowie nicht-binäre Personen in Bildungskontexten und im öffentlichen Raum durch Kampagnen sensibilisiert werden.

Digitale Gewalt gegen Frauen\* nimmt nach Auskunft von Polizei und Beratungsstellen zu. Auch Jugendliche sind online massiv von sexueller Belästigung, Nötigung, Beleidigung und Drohungen betroffen. Über das Smartphone und über soziale Netzwerke überschreiten solche Angriffe auch die Grenzen geschützter Räume wie Frauenhäuser und Hilfgemeinschaften. Die Beratungsstellen brauchen Fortbildungen und entsprechende Ressourcen, um ihre Beratungskompetenzen und -angebote in diesem Feld zu erweitern.

Der Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern, die Frauen\* und ihren Kindern Schutz vor häuslicher Gewalt bieten, ist noch immer größer als das bestehende Angebot. Bis 2025 müssen alle Frauen\*, die einen Platz im Frauenhaus benötigen, einen solchen bekom-

---

men. Dafür machen wir uns in Münster und landesweit stark. Die bestehenden Beratungsangebote wollen wir erhalten und stärken. Geschlechtliche Vielfalt macht zudem erweiterte Konzepte bzw. Kooperationen erforderlich, damit auch von Gewalt betroffene trans\* und inter\* Personen entsprechende geschützte Räume vorfinden.

Auch Männer\* werden, wenn auch in deutlich geringerer Zahl, Opfer von Beziehungsgewalt. In Münster werden Männer\* von den Beratungsstellen bislang vor allem als Täter angesprochen. Aber auch männliche\* Opfer von häuslicher Gewalt benötigen Schutz. Dafür wollen wir in enger Abstimmung mit den Trägern der Beratungsstellen Konzepte entwickeln.

## Für ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung

Für uns GRÜNE ist das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung grundlegend. Zu sexueller Selbstbestimmung gehört auch, dass alle Menschen ihre Sexualität ausleben können, ohne dafür diskriminiert zu werden. Auch hier soll der „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ greifen. In unserem städtischen Aktionsplan gehen wir gezielt auf verschiedene Arten der Diskriminierung ein, um den Betroffenen möglichst viel Unterstützung zu bieten. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren und gegen die Kriminalisierung von Menschen ein, die sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden oder einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Die Entscheidung über das eigene Leben und die eigene Zukunft muss in der eigenen Hand bleiben.

In nur wenigen gynäkologischen Praxen und in keinem Krankenhaus in Münster können Schwangere nach einer Schwangerschaftskonfliktberatung einen Abbruch durchführen lassen. Eine Wahlfreiheit ist in dieser existenziell belastenden Situation nicht gegeben. Da keine gynäkologische Praxis verpflichtet werden kann, Abbrüche durchzuführen, ist die aktuelle Versorgung abhängig von der individuellen Bereitschaft einzelner Ärzt\*innen und damit strukturell nicht verlässlich verankert. Problematisch ist zudem, dass bei den wenigen Praxen, die Abbrüche durchführen, immer auch die Gefahr der Stigmatisierung als „Abtreibungspraxis“ besteht.

Hier Versorgungssicherheit zu schaffen, halten wir für eine kommunale Aufgabe. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Münster auf allen Ebenen darauf hinwirkt, dass ungewollt Schwangeren ein bedarfsgerechtes Angebot an Möglichkeiten für einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch vor Ort zur Verfügung steht. Die Stadt muss zugleich dafür sorgen, dass gynäkologische Praxen vor Angriffen geschützt sind. Wir müssen die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen kommunal garantieren und der Kriminalisierung von Ärzt\*innen und Betroffenen entgegenwirken. Dafür werden wir uns gemeinsam mit lokalen Akteur\*innen und Netzwerkpartner\*innen einsetzen. Darüber hinaus werden wir weiterhin darauf drängen, dass das Universitätsklinikum Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung in den Leistungskatalog aufzu-

---

nehmen. In einem Krankenhaus der Maximalversorgung darf eine solche medizinische Leistung nicht fehlen. Diese Forderungen unterstützt auch die Arbeitsgemeinschaft Münsterscher Frauenorganisationen, in der die Frauenorganisationen aller Parteien vertreten sind.

Auch trans\* und inter\* Personen erleben im bestehenden Gesundheitssystem vielfach Diskriminierung. Dagegen müssen wir in Münster alle Einrichtungen im Gesundheitssektor in Bezug auf trans\* und inter\* Personen besser schulen. Die jüngst auf grüne Initiative hin geschaffene Beratungsinfrastruktur bei freien Trägern sowie die Selbsthilfeinitiativen leisten wichtige Arbeit bei der individuellen Begleitung und Beratung. Die Kommune muss dies weiter unterstützen und einen diskriminierungsarmen Zugang ermöglichen.

Auch Sexarbeiter\*innen erleben Stigmatisierung, sie sind vielfach von Gewalt bedroht. Dies wollen wir verhindern. Darum fördern wir das Projekt „Marischa“, das wir auch in Zukunft absichern und ausbauen wollen. Sexarbeiter\*innen benötigen zudem eine verlässliche und vertrauensvolle Anlaufstelle in gesundheitlichen und medizinischen Fragen. Hier ist das Gesundheitsamt bereits im Kontakt mit der Zielgruppe.

## Männer\*arbeit: Rollenerwartungen hinterfragen

Wenn wir GRÜNE in Münster über gleichstellungspolitische Themen reden, dürfen wir über die Männer\*arbeit nicht schweigen. Uns geht es vorrangig um einen kritischen Blick auf die innerhalb der Gesellschaft vorherrschenden Klischees über Männer\*, Männlichkeit und Erwartungshaltungen, die an Männer\* gestellt werden. Jeder Mann\* muss selbst entscheiden, was Männlichkeit für ihn bedeutet. Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass jeder Einzelne selbst für sich das formuliert, was ihn als Mann\* ausmacht, sodass er eine eigene Haltung dazu entwickelt.

Wir GRÜNE wollen in allen Bereichen der Kommunalpolitik in Münster jenseits der den Männern\* zugewiesenen Rollenstereotype denken und unsere Politik danach ausrichten. Ein wichtiger Kooperationspartner ist für uns das Männernetzwerk Münster, das ebenfalls toxische Männlichkeit hinterfragt und seine Arbeit dem Aufbrechen binärer Geschlechterstereotype widmet. Wichtige Themen sind hierbei der Blick auf Arbeit und Beruf, männliche Sexualität jenseits gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, Männer\*gesundheit, Partnerschaft, Vaterrolle, Gewalt, aber auch Glaube und Spiritualität. Wir in Münster unterstützen die Arbeit des Netzwerkes hinsichtlich seines Engagements zum Aufbrechen männlicher Stereotype und Rollenerwartungen, weil eine derartige Arbeit dazu beiträgt, klassisch-binäre Rollenverständnisse in der Gesellschaft aufzubrechen. Dadurch leistet sie einen wichtigen Beitrag für emanzipatorische Entwicklungen in Münsters Stadtgesellschaft.

---

## Kinder und Jugendliche frei von Geschlechterklischees fördern

Alle Kinder und Jugendlichen sollten die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten, unabhängig von irgendwelchen Geschlechterklischees. Dazu gehört auch, die Ausbildung, den Beruf oder das Studium zu wählen, welche/r/s am besten zu ihnen passt, statt von stereotypen Berufsbildern eingeschränkt zu werden.

Deshalb muss die Stadt Initiativen fördern, die neue Ideen entwickeln, um diese Geschlechterklischees aufzubrechen – ein Girls' and Boys' Day reichen da nicht aus.

Für ein Aufbrechen überkommener Rollenmuster ist außerdem eine gleichberechtigte Erziehungsarbeit der Elternteile, unabhängig von ihrem Geschlecht, nötig. Die Politik und die Verwaltung in Münster müssen dabei eine Vorbildfunktion einnehmen, zum Beispiel durch moderne Arbeitszeitmodelle. Die gewonnenen Erfahrungen können dann durch einen Austausch mit lokalen Unternehmen auch in Münsters Privatwirtschaft Veränderungen anstoßen.

LSBTIQ\* sind in unserer Gesellschaft immer noch stark von Diskriminierung betroffen. Kinder und Jugendliche trifft dies aufgrund von mangelhafter Aufklärung in ihrer Altersgruppe und ihrem nur bedingt frei wählbaren sozialen Umfeld besonders schlimm.

Deshalb muss die Stadt Initiativen fördern, die LSBTIQ\* unterstützen, indem sie zum Beispiel Aufklärungsarbeit leisten oder Ansprechpersonen für LSBTIQ\* an die Schulen schicken. Bereits vorhandene Jugend- und Beratungsangebote im Bereich LSBTIQ\* sollen weiter bekannt gemacht werden.

Zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen sind zudem oftmals unterfinanziert und verfügen nicht über die nötigen Räumlichkeiten – dies wollen wir mit grüner Politik verändern. Aber auch die Stadt selbst muss in diesem Feld aktiver werden. Im Jugendamt und auch im Amt für Gleichstellung muss queeres Leben sichtbar werden. Dafür sind regelmäßige Schulungen und Sensibilisierungsprogramme der Mitarbeiter\*innen nötig.

---

# 12. Digitalisierung: Rückstand endlich aufholen!

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **ein\*e Digitalisierungsmanager\*in direkt unter dem\*der Oberbürgermeister\*in**
- **Freiheit und Verfügbarkeit von öffentlichen Daten**
- **benutzerfreundliche, digitale Angebote ohne Barrieren**
- **den Abbau der digitalen Kluft zwischen einkommensschwachen und -starken Haushalten**
- **einen schnellen Weg in die Gigabit-Gesellschaft**

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE erfolgreich den Breitbandausbau auf den Weg gebracht: Mit dem Kreuzviertel ist bereits der erste Stadtteil flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet über Glasfaser versorgt. Im Hansaviertel ist der Ausbau in vollem Gange und auch im Amelsbüren steht er kurz bevor. Alle Schulen wurden mit WLAN ausgestattet. Das Ziel, einen Hochgeschwindigkeitsinternetanschluss über Glasfaser für alle Schulen einzurichten, wird bis Ende 2020 erreicht.

Im September 2019 startete das von uns lange geforderte Open Data-Portal und ermöglicht seitdem den Bürger\*innen Zugriff auf frei verfügbare Daten, wie zum Beispiel aus der Verkehrszählung oder zu den Kitas in Münster. Mit der Förderung der Freifunk-Initiative haben wir den Ausbau des freien WLANs auf den Weg gebracht.

## Digitalisierung muss Chef\*innensache werden

Die Querschnittsaufgabe Digitalisierung ist in Münster erheblich unterschätzt und nicht entsprechend priorisiert worden. Es ist nicht mehr vermittelbar, warum Digitalisierung nicht vorankommt. Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen ist inzwischen digital; beim Kontakt mit Behörden wird man jedoch häufig an die Anfangszeiten des Internets erinnert oder fühlt sich in ein analoges Zeitalter zurückversetzt. Dies ist nicht weiter hinnehmbar. Der Bürger\*innenservice soll komplett digital nutzbar werden. Die dringende Notwendigkeit hat die Corona-Krise gezeigt: Für das Home Office brauchen die Bürger\*innen und Unternehmen schnelle Internetleitungen im Gigabit-Bereich. Wenn die Stadthäuser und Bürger\*innenbüros geschlossen sind, merkt man schnell, welcher geringere Anteil an Dienstleistungen für die Bürger\*innen digital verfügbar sind.

---

Wir wollen eine\*n Digitalisierungsmanager\*in einstellen, der\*die direkt bei dem\*der Oberbürgermeister\*in angesiedelt ist und eine volle Stelle umfasst.

Diese Stelle soll folgende Funktionen erfüllen:

## Zentrale Position für zentrale Aufgabe

Die\*der Digitalisierungsmanager\*in soll die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften vorantreiben. Dies ist umso dringlicher, weil durch eine digitale Kommunikation der Stadt mit den Bürger\*innen ein Partizipationsprozess - und damit auch Demokratisierungsprozess - angestoßen werden kann. Auch der Makel der ewigen Rückständigkeit von Behörden kann so abgeschüttelt werden. Die digitale Bearbeitung von Vorgängen vereinfacht deren Abwicklung sowohl für die Bürger\*innen als auch für die Verwaltung erheblich. Sie ist elementare Voraussetzung für die Beschleunigung von Verfahren und für Transparenz und Bürger\*innennähe. Da hier auch die Ämter und Betriebe sehr eng zusammenarbeiten müssen und ein reger Datenaustausch das Ziel ist, muss die geforderte Stelle bei der Verwaltungsleitung angesiedelt sein.

## Vernetzung über die Stadtgrenzen hinaus

Der\*die Digitalisierungsmanager\*in soll in ständigem Kontakt mit den anderen Kommunen NRW stehen und den Wissensaustausch fördern. Dem digitalen Wildwuchs in den Kommunen muss Einhalt geboten und dringend ein gemeinsames Vorgehen organisiert werden. Da die zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen in allen Kommunen nahezu gleich sind, ist es sinnvoll, hier eine gemeinsame Software zu entwickeln. Dies wäre nicht nur effizient und kostensparend, sondern hätte für die Bürger\*innen den Vorteil, dass alle Dienste, welche digitalisierbar sind, auch in jeder Kommune digital vorzufinden wären. Unbestreitbar sind natürlich auch die Vorteile im Hinblick auf Softwarepflege, Weiterentwicklungen, Sicherheit und Schulungskosten.

Ein\*e Digitalisierungsmanager\*in muss als Schnittstelle zur Landes-IT fungieren. Eine konsequente Digitalisierung setzt dabei voraus, dass die Datenübertragung zwischen Stadt und Land auch ausschließlich digital, vorrangig über programmseitige Schnittstellen (APIs) erfolgt.

## Digitalisierung bürger\*innenorientiert gestalten

Damit die Bürger\*innen von Digitalisierung profitieren können, müssen fünf Voraussetzungen erfüllt sein:

---

## Service verbessern

Wenn Digitalisierung den Service für Bürger\*innen verbessern soll, müssen diese mit eingebunden werden. Eine solche Softwareentwicklung muss frühzeitig durch Bürger\*innen auf Benutzbarkeit und Verständlichkeit getestet werden. Dies soll durch reale Nutzer\*innengruppen geschehen: Die Verwaltung soll anhand des Melderegisters zufällig ausgewählte Personen für die Tests von digitalen Bürger\*innendiensten heranziehen. Da viele Probleme der Digitalisierung erst wahrgenommen werden, wenn die Angebote genutzt werden, ist es wichtig, dass jederzeit nachjustiert werden kann. Deshalb muss die Stadt Feedback zu allen Digitalisierungsprojekten aktiv einholen und Beschwerden ernst nehmen.

Auch örtliche Expert\*innengruppen wie Code for Münster oder Hack- und Makerspaces sollen konsequent in die Gestaltung von kommunaler Software mit einbezogen werden. Das dort vorhandene und konzentrierte Know-How von Bürger\*innen muss durch die Verwaltung genutzt werden. Bei der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sollte die Stadt auch auf eine geschlechtergerechte Beteiligung achten.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit personenbezogenen Daten von Bürger\*innen muss selbstverständlich sein. Deswegen muss bei allen digitalen Angeboten der Stadt ein durchweg hohes Datenschutzniveau herrschen.

## Nachhaltig beschaffen: Open Source und fair

Die Digitalisierung erfordert zwingend die Anschaffung neuer und aktueller Hard- und Software. Dabei muss die Verwaltung sich von Kriterien der Nachhaltigkeit leiten lassen, die als Vergabekriterien mit einbezogen werden müssen. Deswegen gilt für eine nachhaltige Digitalisierung: Jede weitere Softwareentwicklung muss Open Source sein und gemeinfrei veröffentlicht werden, damit die Bürger\*innen nutzen können, was sie finanziert haben. Der Forderung der Initiative „Public Money Public Code“ der Free Software Foundation Europe schließen wir uns ausdrücklich an. Eine solche Entwicklung ist finanziell günstiger und reduziert die Abhängigkeiten von einzelnen Unternehmen.

Gleiches muss auch für Hardware gelten. Die Stadt muss ihre Hardwareanschaffungen so ausrichten, dass eine hohe Reparierbarkeit und Erweiterbarkeit gewährleistet ist und zugleich eine Abhängigkeit von bestimmten Herstellern verhindert wird. Auch soll vorzugsweise solche Hardware beschafft werden, die nachweislich fair, das heißt entsprechend der International Labour Standards der International Labour Organization der Vereinten Nationen, hergestellt wurden. Ebenso müssen Kriterien des Umweltschutzes, beispielsweise mit Blick auf die Recyclingfähigkeit und Transportwege, berücksichtigt werden.

---

## Geschlechtergerecht digitalisieren

Auch bei der Digitalisierung gilt es, an der Gleichberechtigung zu arbeiten. Frauen\* sind im IT-Sektor unterrepräsentiert und haben seltener Zugang zum Internet und den entsprechenden technischen Geräten. In Entscheidungsprozesse über digitale Lösungen werden sie oft systematisch kaum bis überhaupt nicht eingebunden. Frauen\* müssen von der Planung bis zur Umsetzung und während der gesamten Nutzung von digitalen Angeboten der Stadt berücksichtigt werden. Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen ist darüber hinaus auf eine diverse Belegschaft in den Unternehmen zu achten.

## Transparenz herstellen

Nach dem Grundsatz „öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“, wollen wir eine umfassende Open-Data-Kultur etablieren. Mit dem Open-Data-Portal wurde der Grundstein gelegt. Das Ziel ist, dass die Stadt Münster und die öffentlichen Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, alle Daten öffentlich zur Verfügung stellen, die nicht geheim sind oder dem Datenschutz unterliegen. Über einzelne Daten, die nicht veröffentlicht werden sollen, muss ein für alle Bürger\*innen digital einsehbares Verzeichnis geführt werden, in dem einsehbar ist, aus welchem Grund die Daten nicht veröffentlicht werden sollen. Denn kommunale Daten, die die Bürger\*innen bezahlt haben, sollten diesen auch zur Verfügung stehen. Open Data sorgt für Transparenz gegenüber den Bürger\*innen, aber auch die Verwaltung selbst profitiert stark. Bürger\*innen können aus den Daten neue Ideen entwickeln, die die Stadt voranbringen. Die Umsetzung muss den „Open Government Data Principles“ folgen, die anerkannte Grundsätze dafür festlegen, wie Daten der öffentlichen Verwaltung zugänglich gemacht werden müssen, um als offen zu gelten.

## Effizienz erhöhen

Die Umsetzung muss schnellstmöglich mit höchster Priorität erfolgen, damit sich bestehende Defizite nicht vermehren und der Datenschutz von Anfang an effektiv und effizient eingebunden werden kann. Kooperationen auch mit privatwirtschaftlichen Unternehmen sind anzustreben. Bereits Entwickeltes kann genutzt werden. Notwendige analoge Angebote sollen dabei jedoch bestehen bleiben, damit die Behördenangebote weiterhin für alle nutzbar sind. Die immense Herausforderung diese Querschnittsaufgabe ist nicht mehr zu leugnen. Nach der Wahl muss die Umsetzung angegangen werden.

## Online-Portal zur Ratsarbeit verbessern

Die Digitalisierung ermöglicht den Bürger\*innen, sich umfassend über die Politik in ihrer Stadt zu informieren. Dazu braucht es jedoch ein benutzer\*innenfreundliches, modernes und barrierefreies Online-Portal zur Ratsarbeit. Das aktuelle Ratsinformationssystem

---

erfüllt diesen Zweck nicht. Das aktuelle System muss unter Berücksichtigung von Open Data optimiert werden, um Ratsentscheidungen transparenter zu machen und Bürger\*innen eine bessere Möglichkeit zur Beteiligung zu geben. Das Open Source-Projekt „Meine Stadt Transparent“, das die Informationen aus dem Rat modern und benutzer\*innenfreundlich darstellt, zeigt, wie die Allgemeinheit durch Open Data profitieren kann und wie ein moderner zeitsparender Zugang zur Ratsarbeit aussehen könnte.

## **Schnelles Internet für Münster – Breitbandausbau jetzt!**

Uns GRÜNEN ist besonders wichtig, dass alle Bürger\*innen an der Digitalisierung teilhaben können. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Homeoffice und digitale Schule notwendig sind. Dazu braucht es unbedingt eine gute Infrastruktur. Wir wollen, dass am Ende der Wahlperiode alle Bürger\*innen und Unternehmen einen schnellen Internetanschluss haben. Dazu wurden in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen, um zunächst die besonders langsamen Internetanschlüsse aufzurüsten. In den nächsten Jahren soll Breitband flächendeckend in Münster verfügbar werden: Spätestens 2025 sollte eine Geschwindigkeit bis in den Gigabit-Bereich für Haushalte und Unternehmen möglich sein. In Gewerbegebieten sollen symmetrische Gigabit-Anschlüsse über Glasfaser einfach möglich sein. Damit das gelingt, bedarf es eines noch stärkeren Engagements der Stadtwerke beim Ausbau des Glasfasernetzes in Münster. Die Versorgung der Bürger\*innen mit schnellem und unzensiertem Internet betrachten wir als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Vor diesem Hintergrund ist der eigenverantwortliche Breitbandausbau durch die Stadtwerke grundsätzlich dem Ausbau durch Wirtschaftsunternehmen im Rahmen von Public-Private-Partnerships vorzuziehen. Einmal errichtete Glasfasernetze sollen dauerhaft im Eigentum der Stadtwerke verbleiben.

Die Zukunft sehen wir GRÜNE im Internetanschluss über Glasfaser. Andere Technologien wie Vectoring und die Versorgung über TV-Kabel können aufgrund der Einschränkungen in Bezug auf Bandbreite und Zuverlässigkeit nur Übergangslösungen sein. Langfristig sollen alle Haushalte und Unternehmen symmetrisch über Glasfaser angebunden sein. Damit steht es dann allen frei, selbst von zu Hause aus zum\*zur Anbieter\*in von Inhalten im Internet zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll in den nächsten fünf Jahren ein Ausbauplan entstehen.

## **Internetzugang für alle – ohne Barrieren**

Doch nicht nur die Hausanschlüsse wollen wir verbessern. Wir wollen auch mehr Internetverbindung im öffentlichen Raum ermöglichen, indem wir WLAN-Hotspots in allen öffentlichen Einrichtungen im Zentrum und vor allem den Stadtteilen fördern. Diese sollen dabei frei, schnell und gut funktionieren, um den Menschen ohne Einwahlproze-

---

dere unverstellten und unzensierten Zugang zum Internet zu ermöglichen. Die Änderung des Telemediengesetzes (TMG) von 2017 muss endlich beim Betrieb öffentlicher WLAN-Hotspots berücksichtigt werden: Es ist nicht mehr notwendig, auf private Unternehmen zurückzugreifen, die den Datenverkehr für die Stadt als Betreiberin filtern. Eine solche Filterung behindert den freien Zugang zum Internet, sie ist sehr kostspielig und macht einen WLAN-Hotspot für die Bürger\*innen allzu oft unbenutzbar. Entsprechende Filterungen dürfen bei der Einrichtung neuer WLAN-Hotspots nicht mehr genutzt werden und sind aus bereits bestehenden Hotspots zu entfernen.

Aber Zugang ist nicht nur eine Frage der Internetverbindung. Bei den digitalen Diensten der Stadt ist für uns GRÜNE zentral, dass sie barrierefrei zugänglich sind. Dazu gehört zum Beispiel, dass digitale Angebote der Stadt für Screenreader optimiert und dass Menüführungen und Schaltflächen eindeutig, leicht verständlich und mit ausreichendem Kontrast beschriftet sind. Die Stadt sollte ihr bisheriges digitales Angebot auf Barrierefreiheit überprüfen und auch alle neuen Dienste barrierefrei ausgestalten. So können wir allen Bürger\*innen schnellen und freien Zugang zu den Angeboten Ihrer Stadt geben.

Zugang muss auch ohne eigenes Gerät gewährleistet werden. An Orten wie der Stadtbücherei sollen neue Arbeitsplätze eingerichtet werden, diese sollen nicht durch andere Benutzer\*innen einsehbar sein. Zugänge müssen kostenlos sein und zum Beispiel keinen Ausweis der Bibliothek erfordern.

## Medienkompetenz stärken

Der Zugang zur Welt des Digitalen ist nicht allein von technischen Voraussetzungen abhängig, sondern auch von der Kompetenz Einzelner. Personen müssen nicht nur in der Lage sein, digitale Anwendungen zu bedienen, sondern auch den Umgang mit diesen kritisch zu reflektieren. Deswegen wollen wir GRÜNE die Medienkompetenz der Bürger\*innen stärken.

Die Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen muss dabei vor allem in den Schulen geschehen. Die Aufstellung der Unterrichtsinhalte ist dabei zwar Sache des Landes, aber dennoch kann die Stadt als Schulträgerin einen erheblichen Beitrag dazu leisten, erfolgreiche Medienbildung in der Schule zu ermöglichen. Deshalb wollen wir:

## Ausstattung verbessern

Die Schulen so ausstatten, dass den Schüler\*innen Hard- und Software nach dem aktuellen Stand der Technik zur Verfügung steht, denn ohne die notwendige Technik kann auch die beste Lehrperson keine erfolgreiche Medienbildung betreiben. Dabei darf die Ausstattung der Schulen nach dem aktuellen Stand der Technik keine einmalige Aktion sein. Es muss sich um einen dauerhaften Prozess der regelmäßigen Erneuerung han-

---

deln. Die freie Verfügbarkeit des Quellcodes soll dabei ausdrücklich ein Kriterium für die Beschaffung von Software werden.

## Fortbildung ermöglichen

Wir GRÜNE wollen Fortbildungen für Lehrkräfte anbieten, um diese medienpädagogisch fit zu machen, denn nur wer selbst kein Medienlaie ist, kann auch Medienkompetenz weitergeben. Hierfür streben wir eine Kooperation mit den örtlichen Hochschulen an.

Die Stärkung der Medienkompetenz von Erwachsenen muss so vielschichtig und divers sein wie die Lebensrealität erwachsener Menschen. Anders als bei Schüler\*innen fehlt hier der zentrale Ansatzpunkt für die Verbreitung von Medienbildung. VHS-Computerkurse sind ein Baustein, allerdings längst keine vollständige Strategie für eine erfolgreiche Stärkung der Medienkompetenz bei Erwachsenen. Wir begreifen es auch als kommunale Aufgabe diese Herausforderung anzugehen und eine Antwort auf die Frage zu finden, wie auch Erwachsene mehr Medienkompetenz erlangen können, sodass auch ihnen die Tür zur digitalen Welt offensteht.

Auch abseits der klassischen Bildungseinrichtungen muss Digitalisierung weitergedacht werden. Wir wollen Formate wie Hackathons und Makerspaces für ehrenamtliche und nichtehrenamtliche Softwareentwickler\*innen ermöglichen, um den Austausch und die Vernetzung zwischen Bürger\*innen, Unternehmen und der Verwaltung zu stärken. Solche Treffen erfüllen zudem eine wichtige Funktion mit Blick auf die Weiterbildung der Bevölkerung und für die Berufsorientierung junger Menschen. Häufig entstehen dort innovative Ideen, die nicht selten auch zu Unternehmensgründungen führen. Solche Formate müssen durch die Stadt unmittelbar unterstützt und beworben werden. Die Stadt sollte dabei auch aktiv die Kompetenz und Beteiligung von Frauen\* an digitalen Projekten fördern, zum Beispiel durch Preise oder geschlechtsspezifische Camps. Zur Unterstützung soll die Stadt insbesondere Hosting- und Serverkapazitäten bereitstellen und – wo sicherheitstechnisch vertretbar – den Zugang zur eigenen Infrastruktur eröffnen. So werden die Voraussetzungen für von den Bürger\*innen ausgehende digitale Stadtentwicklung geschaffen.

---

# 13. Demokratie, Partizipation, Transparenz

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **einen eigenen Ausschuss für Fragen der Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung**
- **die Einrichtung einer Stelle für eine\*n Partizipationsbeauftragte\*n**
- **Leitlinien für Bürger\*innenbeteiligungsprozesse bei städtischen Projekten**
- **die Verpflichtung auf den Kodex Kooperative Stadtentwicklung**
- **Erleichterungen für Bürger\*innen-Anträge**
- **Bürger\*innenräte als Ergänzung der gewählten Parlamente**
- **bessere Rechtsberatung und Unterstützung für Genossenschaften**

Viele Bürger\*innen wünschen sich im 21. Jahrhundert zurecht eine lebendige Stadtdemokratie. Die Menschen wollen sich einbringen und ernst genommen werden. Wir GRÜNE werden dazu beitragen, die lokale Demokratie offen und effizient zu gestalten: Alle Bürger\*innen sollen am politischen Prozess teilnehmen können. Auch Personen ohne Amt oder Mandat sollen ihre Vorstellungen von Münsters Zukunft einbringen können. Dazu gehört für uns GRÜNE, dass wir Ansprechpartner\*innen für die Menschen sind und sie über unsere Politik informieren. Aber allem voran müssen auch die Ratsarbeit und das Vorgehen der Verwaltung einsichtig und nachvollziehbar sein, damit Bürger\*innen über das Geschehen in der Stadt informiert sind und die Möglichkeit haben, sich rechtzeitig einzubringen – vor allem, wenn sie Entscheidungen ablehnen. Das betrifft auch städtische Projekte und Baumaßnahmen.

Aber auch außerhalb des Stadtrates muss es den Menschen möglich sein, sich einzubringen. Deshalb wollen wir die Stadtdemokratie als Ganze betrachten und sie nach unserem Ideal einer basisdemokratischen Partizipation stärken. Dabei wollen wir auch gewohnte Pfade verlassen und neue Formen demokratischer Beteiligung ausprobieren.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE uns für eine enge Auseinandersetzung der Politik mit den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger\*innen eingesetzt. Mit dem Mobilitätsbeirat und dem Runden Tisch Flüchtlingspolitik haben wir Gremien eingesetzt, die Bürger\*innen und Politik an einen Tisch bringen. Die Empfehlungen weiterer beratender Gremien wie dem Jugendrat oder dem Klimabeirat haben wir wahr- und ernst genommen. Das gilt ebenso für Stellungnahmen von Verbänden und Initiativen wie etwa vom

---

ADFC zu den Streckenverläufen der Velorouten. Veranstaltungen zur Bürger\*innenbeteiligung bei Planungsprozessen haben wir unterstützt.

## Transparenz und Beteiligung in Politik und Verwaltung

Eine echte Demokratie braucht mehr als nur freie, geheime und gleiche Wahlen. Bürger\*innen müssen über das Vorgehen gut informiert sein: sowohl um über das Geschehen in ihrer Stadt Bescheid zu wissen als auch, um die Möglichkeit zu haben, sich einzubringen und Kritik zu üben. Transparenz und demokratische Kontrolle bilden die Basis, um das Vertrauen der Bürger\*innen in die kommunalen Institutionen zu stärken. Dabei setzen wir uns für folgende Punkte ein:

### Grüne Politik ist transparente Politik

Wir wollen, dass Kommunalpolitik transparent ist, und fangen damit bei uns selbst an. Kontinuierlich über unsere politische Arbeit auf verschiedenen Kanälen zu informieren, ist dabei die wichtigste Grundlage. Zu besonders kontroversen Themen braucht es dabei manchmal mehr als eine kurze Pressemitteilung. Hier versprechen wir zu kritischen Themen „Aktuelle Stunden“ zu veranstalten. Außerdem wollen wir neben öffentlichen E-Mail-Adressen und den Büro-Telefonnummern auch direkte Ansprechmöglichkeiten bieten. Wir werden regelmäßige Sprechstunden in allen Stadtteilen anbieten und so einen regen Austausch gewährleisten. Für organisierte Gruppen und Initiativen wollen wir weiterhin ein offenes Ohr haben und für grüne Projekte in der Stadt Unterstützung anbieten.

### Die städtische Informationspolitik verbessern

Wissen ist Macht. Für eine lebendige städtische Demokratie sind daher leicht zugängliche Informationen unerlässlich. Das Ratsinformationssystem und das Amtsblatt, die zwei Hauptelemente städtischer Kommunikation, sind noch unübersichtlich und kompliziert dargestellt. So werden Bürger\*innen abgeschreckt, sich zu informieren – ein Übel, da diese Informationen transparent und einfach verständlich sein sollten (*mehr zu unsere Gestaltungsideen für das Ratsinformationssystem im Kapitel 12*). Beim Amtsblatt setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt dieses zentrale Element der Kommunikation besser bekannt macht. Außerdem braucht das Amtsblatt ein einführendes Deckblatt, das Bürger\*innen hilft sich in den rechtssicher formulierten, aber schwer verständlichen Informationen zurechtzufinden.

Wir GRÜNE freuen uns über Interessierte, die die Ausschuss- und Ratssitzungen besuchen, um das Geschehen zu verfolgen. Der Ratssaal ist allerdings für die Zahl der Besu-

---

cher\*innen häufig zu klein. Die Ratsprotokolle sind oft nur für Eingeweihte lesbar und verständlich. Zusätzlich macht die Corona-Krise deutlich, dass sich nicht alle Menschen jederzeit in öffentlichen Räumen aufhalten können oder sollten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Ratssitzungen in Zukunft live im Internet ausgestrahlt werden - und so von allen zu Hause verfolgt werden können.

## Demokratie braucht Power – sowohl finanziell als auch personell!

Die städtischen Beteiligungsformate können noch so gut sein – wenn Bürger\*innen sie nicht kennen, verfehlen sie ihr Ziel. Es braucht Informationskampagnen vonseiten der Stadt, die Bürger\*innen erreichen und über ihre demokratischen Rechte und Möglichkeiten aufklären. Hierfür braucht es Personal und Geld. Wir wollen dem Bürger\*innenamt ein eigenes Budget zur Verfügung stellen, um Beteiligungsformate zu bewerben und bekannter zu machen. Außerdem wünschen wir uns eine\*n städtische\*n Partizipationsbeauftragte\*n, der\*die sich des Themas schwerpunktmäßig annimmt.

## Ein Ausschuss für Demokratie, Bürger\*innenbeteiligung und Partizipation

Im politischen Geschäft des Rates und in der Stadtverwaltung geht die Bürger\*innenbeteiligung oft unter oder kommt zu kurz. Auch für eine Reflektion und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten ist häufig keine Zeit. Dem wollen wir Abhilfe schaffen, indem wir einen eigenen Ausschuss für Bürger\*innenbeteiligung und Partizipation einrichten. Dieser soll alle laufenden Beteiligungsprozesse, die die Stadtverwaltung durchführt, begleiten und kontrollieren und gleichzeitig die institutionellen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger\*innen regelmäßig evaluieren und verbessern.

## Mindeststandards für die Bürger\*innenbeteiligung

Zahlreiche Bürger\*innen haben in den vergangenen Jahren auf mehr Beteiligung gedrängt und daran teilgenommen. Um noch mehr Menschen die Teilnahme zu ermöglichen, müssen die Beteiligungsprozesse transparenter gestaltet und einfacher zugänglich sein. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNE uns für einheitliche und allgemeingültige Regeln bzw. Leitlinien für alle Formen der Bürger\*innenbeteiligung ein, an denen sich Politik und Verwaltung orientieren müssen. Dadurch soll insbesondere gewährleistet sein, dass die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen direkter Demokratie klarer kommuniziert, alle Bürger\*innen unserer Stadt aktiv angesprochen und abgeschlossene Beteiligungsverfahren konsequent evaluiert werden. Außerdem ist wichtig, dass die Leitlinien in enger Zusammenarbeit mit Bürger\*innen erstellt werden, so dass wir gemeinsam festlegen, wann welches Beteiligungsinstrument anzuwenden ist.

---

## Kooperative Stadtentwicklung und -gestaltung

Die letzten Jahre vermeintlicher Demokratieverdrossenheit waren gleichzeitig von großem Engagement vieler Bürger\*innen, sozialer Gruppen und Initiativen geprägt. Ob der Einsatz für Zivilcourage und Solidarität von Seebrücke und Unteilbar, konkrete Projekte in der Stadtentwicklung wie die B-Side oder dauerhafte Naturschutzarbeit von NABU, BUND und ihrer Jugendverbände: Bürger\*innen, die sich zusammentun, gehören ebenso zu unserer städtischen Demokratie wie der Rat. An der Schnittstelle zu den gewählten politischen Vertreter\*innen und der städtischen Verwaltung kommt es aber häufig zu Frust und Enttäuschungen. Von einer konstruktiven Zusammenarbeit sind die verschiedenen Gruppen und Institutionen manchmal weit entfernt. Wir finden, dass Initiativen und Gruppen grundsätzlich ernst genommen werden sollten. Konstruktive Vorschläge und Projekte von ihrer Seite sollten begrüßt werden und ihre Umsetzung gemeinsames Ziel von engagierten Bürger\*innen, Kommunalpolitiker\*innen und Verwaltung sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass sich Rat und Verwaltung dem Kodex Kooperative Stadtentwicklung verpflichten und diesen ihrer Zusammenarbeit mit Initiativen zugrunde legen.

## Kommunalpolitik erlebbarer machen

Auch wenn Kommunalpolitik vor der eigenen Haustür stattfindet und die Ratssitzungen öffentlich sind, haben viele Bürger\*innen noch nie oder selten Einblicke in das kommunalpolitische Geschehen bekommen. Was hinter den Kulissen von Ratssaal und Stadtverwaltung passiert, ist zudem noch viel unklarer. Da Beteiligung, sowohl parteipolitisch als auch außerhalb von Parteien, Vorwissen voraussetzt, ist es wichtig, dass Bürger\*innen sich kommunalpolitisch fit fühlen. Wir wollen dazu beitragen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln und dadurch für mehr Transparenz zu sorgen. Dazu soll die Stadt eigene Angebote machen. Wir wünschen uns kostenlose Führungen durch das Rathaus und Kurse, zum Beispiel an der Volkshochschule, die Grundlagen vermitteln und so Bürger\*innen befähigen, sich zu beteiligen, einzubringen und selbst für Mandate zu kandidieren.

## Partizipation und Bürger\*innenbeteiligung

Dass die lokale Demokratie offen und lebendig sein soll, heißt auch, dass nicht nur die Parteien und die Verwaltung den Ton angeben. Bürger\*innen sollen Raum und Gelegenheit für ihre eigenen Ideen, Initiativen und Projekte haben. Hierfür wollen wir folgende Punkte umsetzen:

---

## Direkte Demokratie stärken

Für eine direkte demokratische Beteiligung stehen den Bürger\*innen laut Gemeindeordnung NRW Anregungen und Beschwerden, der Einwohner\*innenantrag und das Bürger\*innenbegehren zur Verfügung. Diese drei Möglichkeiten sind richtig und wichtig. Die Hürde von 8000 Unterschriften, um einen Einwohner\*innenantrag einreichen zu können, finden wir aber zu hoch. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rat sich selbst verpflichtet, auch Anträge ab 4000 Unterschriften zu behandeln. Ein solcher Antrag bietet Bürger\*innen die Möglichkeit, eine kommunalpolitische Angelegenheit auf die Tagesordnung des Rates zu setzen und diesen zur Beratung und Entscheidungsfindung in der Sache aufzufordern. Wir wollen uns für ein digitales Tool für die Sammlung von Unterschriften für Einwohner\*innenanträgen einsetzen, denn dies senkt den Aufwand für die Unterschriftensammlung zusätzlich.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Politik und Rat auf Anregungen von Bürger\*innen antworten – wozu sie auch laut Gemeindeordnung verpflichtet sind. Wer sich mit einer Anregung einbringen will, hat eine Antwort verdient! Wird eine Anregung oder ein Antrag abgelehnt, sollte außerdem begründet werden, warum.

## Bürger\*innenräte

Bürger\*innenräte, das heißt Räte zufällig geloster Bürger\*innen, hat es in den letzten Jahren bereits in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Themen gegeben. Diese Räte ermöglichen politische Diskussionen ohne Parteilinie und binden mehr Bürger\*innen aktiv ein. Sie gelten außerdem als wichtiges Element, politische Konflikte auszutragen und so Spaltungen in der Stadtgesellschaft zu verhindern oder zu versöhnen. Wir halten diese Räte für eine sinnvolle Ergänzung der gewählten Parlamente und wollen beginnen, diese in Münster einzuführen. Dazu gehört für uns eine offene Debatte über mögliche Probleme und Herausforderungen und eine gute Evaluation erster Versuche. Diese ersten Versuche wollen wir in den nächsten fünf Jahren an einem ersten konkreten Projekt machen; eine Möglichkeit ist die Gestaltung des Hörsterparkplatzes. Wichtig ist uns, dass der Bürger\*innenrat repräsentativ zur Stadtgesellschaft besetzt wird und dass, durch Aufwandsentschädigung und Kinderbetreuung, allen die Teilnahme ermöglicht wird. Nach dem ersten Versuch sollen dann klare Strukturen für die Einberufung von Bürger\*innenräten entwickelt werden, sodass diese zu einem festen Bestandteil der lokalen Demokratie werden können. Wichtig ist uns dabei, dass Bürger\*innen die Möglichkeit bekommen, die Einrichtung eines Bürger\*innenrates selbst zu beantragen.

---

## Kommunalwahlrecht für alle

Wir GRÜNE setzen uns in NRW für ein Wahlrecht für alle ein: Auch Ausländer\*innen aus Nicht-EU-Ländern, die ihren Lebensmittelpunkt länger als drei Jahre in Münster haben, sollen bei der nächsten Kommunalwahl mitwählen dürfen.

## Runde Tische: Engagierte und Expert\*innen mit Politik und Verwaltung zusammenbringen

In sogenannten Runden Tischen kommen Engagierte aus der Bürgerschaft mit Politik und Verwaltung zusammen. Sie sind somit ein Expert\*innen-Gremium. Mit solchen Runden Tischen können kontinuierlich Prozesse und Themen der Stadtpolitik begleitet werden. Sie sorgen für Sammlung und Austausch von Wissen und vermitteln Informationen in alle Richtungen. Außerdem bieten sie eine Einflussmöglichkeit für Bürger\*innen und sorgen für einen Ausgleich zwischen Parteien, Interessenverbänden und Initiativen. Wichtig ist, dass die Runden Tische regelmäßig tagen, alle Mitglieder rechtzeitig und ausführlich informiert werden und die Empfehlungen im Rat beachtet werden. Dafür setzen wir uns ein.

## Jugendbeteiligung stärken

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nicht wählen gehen – und sind so von einem der wichtigsten Verfahren unserer Demokratie ausgeschlossen. Dass sie sich trotzdem äußern und beteiligen können, ist uns GRÜNEN wichtig, vor allem in Zeiten des Klimawandels. Denn auch wenn Fridays for Future längst eine Bewegung ist, die alle Generationen vereint, haben Kinder und Jugendliche auf die Klimadebatte einen besonderen Blick. Es ist ihre Zukunft, die in der Politik auf dem Spiel steht. Dazu sollten sie zu Wort kommen dürfen. Mit dem Jugendrat hat Münster hierfür bereits ein festes Organ. Trotzdem wollen wir die Jugendbeteiligung noch weiter stärken und ausweiten, damit Jugendliche auch über den Jugendrat hinaus beteiligt werden. Ideen hierfür, zum Beispiel für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Bezirksebene oder an Planungsprozessen, wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat entwickeln. Dazu wollen wir den Etat des Jugendrates erhöhen, um Jugendlichen in Münster mehr finanzielle Mittel für die Umsetzung ihrer Ideen und Projekte zu geben. Auch personell wollen wir den Jugendrat besser ausstatten, damit die Vertreter\*innen auch den Spielraum haben, größere Beteiligungsformate ermöglichen zu können. Der Jugendrat soll in allen politischen Fachausschüssen vertreten sein und das Recht haben, sich an Diskussionen zu beteiligen und Wünsche oder Anregungen vorzubringen.

Auch Kinder und Jugendliche müssen gut informiert sein, um sich einbringen zu können. Die politische Bildung findet für sie zum großen Teil an den Schulen statt. Wir wollen Schulen daher seitens der Stadt Unterstützung anbieten: mit einem Bildungsprogramm

---

zur Kommunalpolitik und den städtischen Institutionen. Außerdem wollen wir für Jugendzentren ein Finanzbudget zur Verfügung stellen, damit die vom Landesjugendring NRW koordinierten U16 bzw. U18 Wahlen in Münster flächendeckend durchgeführt werden können. Bei den U16 bzw. U18 Wahlen simulieren Kinder und Jugendliche die anstehenden Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Neben dem Ziel, Kinder und Jugendliche früh mit demokratischen Wahlen vertraut zu machen, sind politische Bildung und Debatten in Form verschiedenster Formate Ziel der U16 bzw. U18 Wahlen.

Wir GRÜNE erkennen die Forderungen des Landesjugendring NRW für ein #jungesnrw ausdrücklich an. Deswegen wollen wir die Organisation der Jugendverbände auf kommunaler Ebene stärken. Zur Vernetzung der Jugendverbände vor Ort und zur Entwicklung einer einmischenden Jugendpolitik wollen wir diese daher strukturell, mindestens mit einer hauptamtlichen Kraft fördern. Außerdem wollen wir bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses nach § 71 SGB VIII die Vertreter\*innen von Jugendverbänden bevorzugt berücksichtigen. Darüber hinaus muss Jugendpolitik auch jenseits der traditionellen Kinder- und Jugendhilfe gedacht werden: Da Kinder und Jugendliche nicht wählen dürfen, braucht es vielfältige andere Beteiligungsformen, die ihnen erlauben sich einzumischen und politisch mitzumischen.

## Nichtbeteiligung heißt nicht Desinteresse – Beteiligung proaktiv an Bürger\*innen herantragen

Dass sich Menschen nicht beteiligen, heißt nicht automatisch, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Zu hinterfragen, welche Hürden bei der Beteiligung bestehen, ist eine wichtige Aufgabe, um blinde Flecken unserer Demokratie zu ermitteln und abzuschaffen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in unserer Stadtgesellschaft alle zu Wort kommen – auch die mit leisen Stimmen. Hierfür müssen Stadtverwaltung und Politik proaktiv auf jene zugehen, die von sich aus keinen Zugang zum kommunalpolitischen Geschehen finden. Ein erster grundlegender, aber wichtiger Schritt ist hierbei die Bereitstellung städtischer Informationen in verschiedenen Sprachen und in leichter Sprache. So bauen wir sprachliche Hürden ab und legen gleichzeitig das Fundament für eine inklusivere Beteiligung aller Münsteraner\*innen.

Die Stadt Münster sollte sich außerdem weiter an dem Projekt Soziale Stadt beteiligen und die positiven Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Projekt in Kinderhaus-Brüningheide nutzen. Wir sehen in der Beteiligung an einem solchen Projekt die Möglichkeit, Stadteilerneuerung partizipativ zu betreiben. Wir verstehen es zudem auch als Stärkung des sozialen Miteinanders und als unmittelbar gelebte Demokratieerfahrung.

---

## Ehrenamt stärken und sichtbar machen

Münster wird bei weitem nicht nur durch Politik und Verwaltung gestaltet, sondern tagtäglich von Hunderten Bürger\*innen. Mit ihrem Engagement entscheiden sie, welche Aspekte des Zusammenlebens in unserer Stadt sie wichtig finden. Ob die Bepflanzung von Baumscheiben, das Veranstanen von Stadtteilstesten, Park(ing) Days oder die kontinuierliche Unterstützung für Geflüchtete bei ihrer Ankunft in Deutschland - Ehrenamt gestaltet das Gesicht unserer Stadt mit.

Fehlende Wertschätzung ist leider eine häufige Begleiterin von ehrenamtlichem Engagement. Als gewählte Vertretung der Bürger\*innen ist es an der Politik, Dank für die vielen Stunden Arbeit auszudrücken, die Ehrenamtliche leisten. Dabei darf Dank nicht nur in Form von Händeschütteln und Blumen ausgedrückt werden. Das Ehrenamt muss materiell gestärkt und unterstützt werden. Dazu zählt zum einen, ehrenamtliche Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern. Engagierte brauchen Räumlichkeiten, Infrastruktur und Material. Häuser wie das Umwelthaus sind Gold wert für das Engagement der Umweltverbände, denn hier entstehen Netzwerke, kann Material gelagert und können Plenarabgehalten werden. Wir wollen Initiativen und Verbände bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstützen und städtische Räume anbieten. Außerdem wollen wir auf der städtischen Homepage Informationen zur Verfügung stellen und so digitale Infrastruktur zur Unterstützung anbieten.

Neben der Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen für ihre Arbeit wollen wir den Ehrenamtlichen echte Dankbarkeit ausdrücken. Hierfür wollen wir die Ehrenamtskarte stärken. Diese bietet ehrenamtlich Engagierten, die mehr als 250 Stunden Ehrenamt im Jahr leisten, Vergünstigungen bei Münsteraner Kulturangeboten und Einzelhändler\*innen. Allerdings ist das Angebot bisher begrenzt, und die Ehrenamtskarte noch nicht ausreichend bekannt. Wir wollen die Freiwilligen-Agentur bei der Ausweitung des Angebots und der Bewerbung der Ehrenamtskarte unterstützen. Außerdem wollen wir einführen, dass Verbände einen Gruppen-Eintrag ihrer ehrenamtlich Engagierten vornehmen können. So wird es einfacher, die Ehrenamtskarte zu erhalten. Ausdrücklich wollen wir auch das Engagement junger Menschen fördern, Inhaber\*innen der Jugendleiter\*inkarte sollen die Ehrenamtskarte deswegen ohne zusätzliche Nachweise erhalten.

## Demokratisierung von Wohnen und Energie

Wie das Ehrenamt zeigt, wird unsere Stadt nicht nur im Parlament gestaltet, sondern tagtäglich in hunderten Entscheidungen. Basisdemokratische Entscheidungsverfahren, bei denen so viele Kompetenzen wie möglich an die Einzelnen abgegeben werden, bilden für uns GRÜNE die Idealvorstellung für eine aktive und inklusive Demokratie. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass neben dem politisch-rechtlichen Geschehen auch weitere Lebensbereiche möglichst demokratisch organisiert werden. Auf kommunaler

---

Ebene können wir dies zum Beispiel durch die Förderung von Genossenschaften ermöglichen. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Wohnungs- und Energiegenossenschaften gegründet. In ihnen bringen sich Bürger\*innen ein, die gemeinschaftlich und demokratisch an diese Themen herangehen wollen. Sowohl für Wohnungs- als auch für Energiegenossenschaften gibt es bereits Beratungsstellen bei der Stadt. Diese wollen wir stärken und stadtwweit bekannter machen, damit alle, die über eine Genossenschaftsgründung nachdenken oder im Prozess sind, hier Unterstützung suchen können. Solche Projekte wollen wir fördern und unterstützen. Mit einer Beratungsstelle in der Verwaltung wollen wir Unterstützung in rechtlichen Fragen bieten und darüber hinaus mit günstigen Flächen die notwendige Startbedingung für die Projekte liefern. Weist die Stadt Vorrangflächen für Wind- oder Solarenergie aus, wollen wir diese für Genossenschaften ausschreiben.

---

# 14. Migration und Flucht: Für eine Stadt, die Brücken baut

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Chancengleichheit für Geflüchtete in der Zentralen Unterbringungseinrichtung**
- **mehr Diversität in städtischer Verwaltung und Politik**
- **staatliche Seenotrettung und zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten**
- **Gesundheitsversorgung und Spracherwerb unabhängig von Aufenthaltstiteln**
- **gleichberechtigte politische Teilhabe für Migrant\*innen und Geflüchtete**

Münster ist eine offene Stadt! Uns GRÜNEN sind unsere vielfältige, plurale Migrationsgesellschaft und ihr Erhalt wichtig. Münster ist von Migration geprägt. Menschen, die nach Münster kommen, gestalten diese Stadt schon lange in allen kommunalen Ebenen mit: in der Zivilgesellschaft, in der Politik, im Handwerk, im Gesundheitswesen, in den Servicebereichen, in der Wissenschaft.

In der Kommune werden zwar nicht die großen Linien der Geflüchteten- und Zuwanderungspolitik gestaltet und entschieden. Wir betrachten es aber als unsere Aufgabe hier vor Ort, Zuwanderung zu gestalten und unter den Rahmenbedingungen der Gesetzgebung von Bund und Land den Bedürfnissen der Menschen, die nach Münster kommen, in allen Bereichen des täglichen Lebens Sorge zu tragen.

Unsere Verantwortung endet nicht mit der kommunalen Zuständigkeit. Wir beziehen immer wieder klare Positionen für eine offene, solidarische Gemeinschaft.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Einer der größten Erfolge für uns war die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete sowie die Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere. Dieser von uns GRÜNEN mitinitiierte Ratsbeschluss hatte deutschlandweite Beispielwirkung.

Kein Thema beschäftigte uns in den letzten Jahren migrationspolitisch so sehr, wie die öffentliche Kontroverse um Münster als „sicherer Hafen“. In diesem Zusammenhang ist die Erklärung Münsters zum „sicheren Hafen“ ein großer grüner Erfolg. Ohne den Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen, Kirchen und die Beharrlichkeit der GRÜNEN in der Rathauskoalition wäre dieser Schritt nicht möglich gewesen.

---

Auch die Entscheidung gegen eine Zentrale Ausländerbehörde (ZAB), in der konkrete Einzelschicksale zu Aktenvorgängen reduziert werden, ist für uns GRÜNE ein Erfolg. Den Widerstand gegen die bürokratische Kultur solcher ZABs betrachten wir als moralische Selbstverständlichkeit, die auch im Subsidiaritätsprinzip begründet ist.

In den Jahren 2015 und 2016, als es einen hohen Zuzug von Menschen nach Münster gab, ist es zusammen mit der Zivilgesellschaft gelungen, ein Willkommensklima zu schaffen und erhalten. Wir konnten die dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten mit maximal 50 Plätzen ausbauen und verstetigen.

Wir GRÜNE haben für Zugezogene größere Teilhabemöglichkeiten im kommunalen Bildungssystem erfolgreich mitentwickelt und beschlossen. Kinder und Jugendliche von Geflüchteten werden in Münster nicht separiert, sondern vom ersten Tag an in die hiesigen Kitas und Schulen integriert. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass im Schnittstellenbereich Familie und weiterführende Schule sogenannte Fallscouts arbeiten. Diese beraten und unterstützen neu zugewanderte Schüler\*innen und ihre Eltern mit dem Ziel, die jungen Menschen ihrem Potential entsprechend zu beschulen und zu integrieren.

Weiterhin haben wir mit städtischem Geld zusätzliche Stellen für eine bestmögliche Integration geschaffen und die Förderung des Projekts Kulturmittler\*innen auf den Weg gebracht. Insgesamt haben wir GRÜNE die Integrationsleistungen wie zum Beispiel die Sprachförderung und die Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche deutlich ausgeweitet. Außerdem haben wir sichergestellt, dass EU-Zugewanderte und Menschen ohne Papiere Zugang zur Krankenversicherung haben.

## Benachteiligungen von Geflüchteten in der Zentralen Unterbringungseinrichtung abschaffen

Wir GRÜNE verstehen Münster als Kommune, die allen Geflüchteten bestmöglich beim Ankommen helfen will. Wir halten Sammelunterkünfte wie die Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes für diesen Prozess für ungeeignet und werden uns weiter für das Konzept einer dezentralen Unterbringung aller Geflüchteten einsetzen. Vor allem für Menschen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres jungen Alters besonderen Schutz benötigen, stellen Sammelunterkünfte eine besondere Gefährdung dar. Sie brauchen möglichst von Beginn an eigene, dezentrale Wohnungen. Auch unter den aktuellen Gegebenheiten wollen wir Geflüchtete bei ihrer Ankunft unterstützen und in Münster willkommen heißen.

Eine vergünstigte Zugangsmöglichkeit zum öffentlichen Personennahverkehr ist für dieses Vorhaben essenziell. Diese ermöglicht es Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sich persönliche Netzwerke in Münster aufzubauen. Darüber hinaus ist sie wichtig, um Therapie-, Beratungs- und Bildungstermine sowie Gespräche mit An-

---

wält\*innen wahrnehmen zu können, die entscheidend für die persönliche Zukunft der Geflüchteten sind. Diese Unterstützung wollen wir, anders als bisher, auch den Geflüchteten in den Landeseinrichtungen zuteilwerden lassen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass alle Geflüchteten in Münster unabhängig von ihrer bereits erfolgten Zuweisung den Münster-Pass als Willkommensgeste erhalten und so von sozialen Vergünstigungen profitieren können.

Auch die Ausnahme von der Schulpflicht für Kinder in der ZUE, die gegen Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention (Recht auf Bildung) verstößt, wollen wir nicht weiter hinnehmen. Für die Zeit, in der die Kinder in der ZUE leben, ist kein Schulbesuch für sie vorgesehen. In der ZUE Münster bleiben die meisten Bewohner\*innen drei Monate. Wir setzen uns dafür ein, dass Möglichkeiten vom Land NRW geschaffen werden, alle Kinder - auch diejenigen in der ZUE - von der ersten Woche an in den kommunalen Schulen zu unterrichten. Dies ist ein erster wichtiger Baustein zur Integration von Kindern und Jugendlichen. Die bisherige Zweiteilung zwischen zugewiesenen und nicht zugewiesenen Geflüchteten in diesen Bereichen ist so nicht weiter tragbar.

## Vielfalt sichtbar machen

Ein Viertel der Menschen in Münster hat eine Migrationsgeschichte. Einige von ihnen, aber auch Schwarze Münsteraner\*innen und Münsteraner\*innen of Color, deren Familien seit vielen Generationen in Deutschland leben, sind von Rassismus betroffen. Die Diversität Münsters sollte sich auch in der städtischen Verwaltung sowie in politischen Institutionen und Behörden widerspiegeln. Um dies zu erreichen, fordern wir GRÜNE, bei gleicher Qualifikation bevorzugt Menschen mit internationaler Geschichte einzustellen, bis sie proportional zu ihrem Anteil in der Bevölkerung vertreten sind.

Um bei mehr Bürger\*innen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte ein Interesse an der Arbeit in der Politik zu wecken, sollen künftig am Tag des offenen Rathauses Politiker\*innen und Verwaltungsmitarbeiter\*innen, aber auch Nichtregierungsorganisationen und Migrant\*innenselbstorganisationen bzw. Initiativen wie „neue deutsche organisationen e.V.“, Einblicke in ihre Arbeit geben. Darauf aufbauend brauchen wir gerade für politisch interessierte Menschen mit internationaler Geschichte Angebote zur Qualifizierung für die Mitarbeit in der Kommunalpolitik wie Förderprogramme und Fortbildungen.

## Schutz und Vernetzung statt Ignoranz und Abschottung

Seit 2014 starben mindestens 19.996 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer oder werden vermisst. Es kann dabei von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Anstatt selbst Menschen zu retten, behindern die europäischen Staaten die zivile Seenotrettung. Dort, wo EU und Bund kläglich versagen und Menschenrechte mit Fü-

---

ßen getreten werden, wollen wir GRÜNE nicht, dass Münster tatenlos zusieht. Stattdessen muss die Stadt mit allen ihr möglichen Mitteln die zivile Seenotrettung unterstützen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Münster öffentlichkeitswirksam die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernimmt und dieses finanziell unterstützt.

Die Menschen, die die gefährliche Überfahrt überleben, müssen oft monatelang auf verschiedenen griechischen Inseln ausharren, auf denen weder hygienische noch gesundheitliche Versorgung gewährleistet sind, bevor sie das europäische Festland betreten dürfen. Auch diesen Zustand können und wollen wir GRÜNE nicht akzeptieren. Deshalb ist Münster bereits Teil des Bündnisses „Sicherer Häfen“, in dem sich Städte dazu bereit erklären, Geflüchtete zusätzlich zur Quote aufzunehmen. Damit es nicht bei einer bloßen Willenserklärung bleibt, sondern tatsächlich Menschen in Münster aufgenommen werden können, müssen sich das Land NRW, der Bund und/oder die EU bewegen. Wir GRÜNE lassen nicht locker und werden alle Ebenen kontinuierlich und im Schulterschluss mit vielen anderen europäischen Städten dazu auffordern, neue Aufnahmeprogramme zu schaffen.

Schließlich brauchen wir auch in Fragen der Integration Geflüchteter eine stärkere Vernetzung. Um diese zu erreichen, soll Münster aktiv am europäischen Projekt „Solidarity Cities“ teilnehmen und an seiner weiteren Gestaltung mitwirken. Es bietet für alle teilnehmenden Städte technische, finanzielle und ideelle Unterstützung bei der Integration von Migrant\*innen.

## Spracherwerb unabhängig vom Status fördern

Sprachkurse sind eine zentrale Möglichkeit, um sowohl in der Stadt als auch auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Diese müssen für alle Zugezogenen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zugänglich sein, um sowohl individuelle Perspektiven als auch eine Qualifizierung für wirtschaftliche Tätigkeiten zu stärken. Damit die Teilnahme aller Zugezogenen an Sprachkursen ermöglicht wird, muss darüber hinaus eine begleitende Kinderbetreuung sichergestellt werden, die derzeit noch nicht flächendeckend gewährleistet ist. Außerdem unterstützen wir GRÜNE die Forderung nach fachspezifischem Spracherwerb, um Zugezogene für den besonderen Sprachgebrauch im Beruf vorzubereiten, und wollen Initiativen zur beruflichen und sprachlichen Bildung finanziell und ideell unterstützen.

## Keine Kompromisse bei der Gesundheitsversorgung

Gesundheitsversorgung darf keine Statusfrage sein - sie ist ein Menschenrecht. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass die Gesundheitsberatung und -versorgung nicht nur für Menschen mit gesichertem Aufenthaltsstatus gewährleistet wird, sondern auch für Menschen ohne Papiere und für nicht-leistungsberechtigte EU-Bürger\*innen zugänglich ist. Mit der Einrichtung eines Notfallfonds haben wir die Gesundheitsversorgung

---

von Menschen ohne Krankenversicherung in Münster sichergestellt. Die Angst vor Abschiebung oder fehlende Sprachkenntnisse dürfen für diese Menschen nicht zum Hindernis für den Besuch bei einem\*r Ärzt\*in werden. Deshalb unterstützen und fördern wir Hilfs- und Beratungsorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Hierzu haben wir ein Handlungskonzept zur Gesundheitsversorgung von Geflüchteten in Münster mit auf den Weg gebracht. Zudem sorgt die in Münster eingerichtete Clearingstelle „Klar für Gesundheit“ dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine gute Absicherung für die Gesundheitsversorgung erhalten. Hier arbeiten Caritas, GGUA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender) und Gesundheitsamt zusammen und in Kooperation mit den Maltesern und dem Haus der Wohnungslosenhilfe. Darüber hinaus unterstützt das Projekt Europa.Brücke EU-Migrant\*innen, die in Münster leben und sich in Wohnungsnot oder anderen prekären Lebensverhältnissen befinden. Ziel ist die bestmögliche Förderung der sozialen Integration von Menschen ohne Papiere und nicht-leistungsberechtigten EU-Bürger\*innen. Deshalb wollen wir diese Arbeit weiter stärken und wo nötig weiter ausbauen.

Auch die psychische Gesundheit darf bei einer umfassenden Gesundheitsversorgung nicht vergessen werden. Laut einer Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liegt das Risiko für Geflüchtete, an einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) zu erkranken, je nach Alter und Geschlecht bei bis zu 69 Prozent. Um diese Erlebnisse auffangen und verarbeiten zu können, muss es ein bedarfsgerechtes Angebot von psychosozialer Behandlung geben. Deshalb wollen wir die vorhandenen Beratungs- und Behandlungsstellen verstetigen und ausbauen sowie die Dolmetscher\*innenkosten, die für diese Leistungen anfallen, seitens der Stadt übernehmen. Außerdem muss Münster sich in diesem Bereich viel stärker mit den umliegenden Kommunen vernetzen: Nur so kann eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden.

## Schutz für intersektional Betroffene, Kinder und Jugendliche

Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen sind für Menschen, deren sexuelle Identität oder Orientierung von der gesellschaftlichen Norm abweichen – also LSBTIQ\* – auch in Geflüchtetenunterkünften keine Seltenheit. Frauen\* und Kinder sind ebenfalls überproportional von (sexualisierter) Gewalt betroffen. Sie alle brauchen deshalb klar abgegrenzte Rückzugsräume, in denen sie sich sicherer fühlen und auf eine feste sozialpädagogische psychische Betreuung zurückgreifen können. Ein umfangreiches Schutz- und Beschwerdekonzert ist für uns in jeder Einrichtung, in der viele Menschen gemeinsam leben, unabdingbar, und darf deshalb weder in kommunalen noch in landesgeführten Geflüchtetenunterkünften fehlen.

Aber auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen unseren besonderen Schutz. Sie haben das Recht auf Inobhutnahme durch das Jugendamt und Unterbringung

---

in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe. Ihnen steht außerdem ein persönlicher Vormund zu. Viele junge Geflüchtete verfügen über eine Vielzahl von Ressourcen und Entwicklungspotentialen, die es - sollen sie nicht ungenutzt bleiben - zu identifizieren, anzuerkennen und zu fördern gilt.

## Für eine rassismuskritische Verwaltung

Wir verstehen die Ausländerbehörde analog zum Bürger\*innenamt als dienstleistende Institution, die die Besucher\*innen mit all ihren individuellen Bedürfnissen berücksichtigt. Der Geist der Willkommensbehörde ist auch bei veränderter Bundesgesetzgebung aufrechtzuerhalten und bleibt für uns GRÜNE Handlungsmaxime. Gewährleistet werden kann Offenheit und Wertschätzung von Vielfalt in der Institution vor allem durch eine entsprechende Qualifizierung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden. Wir fordern die Stadtverwaltung darüber hinaus auf, Instrumente und Ermessensspielräume der Integrationsbegleitung bestmöglich im Sinne der Menschen zu nutzen.

Oftmals ist der Gang zu Terminen auch bei weiteren Behörden wie dem Jobcenter oder dem Amt für Wohnungswesen und Quartiersentwicklung angstbesetzt. Zu einer eventuellen Traumatisierung kommt, dass viele Migrant\*innen Sorge haben, etwas falsch zu machen, ein negatives Resultat befürchten oder bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Um präventiv negative Erfahrungen zu vermeiden, wollen wir regelmäßige, verpflichtende rassismuskritische Workshops und Fortbildungsmaßnahmen für alle Verwaltungsangestellten einführen.

## Informationsangebot zeitgemäß gestalten

Im Integrationsleitbild der Stadt Münster wird eine „zentrale Steuerung“ (S. 14) der integrationsbezogenen Aktivitäten gefordert. Diese halten wir gerade auch bei der digitalen Bereitstellung von Angeboten für unerlässlich. Hierdurch erleichtern wir die Arbeit für Ehrenamtliche, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, staatliche Stellen und Unternehmen. Auch Zugezogene können von einer zentralen, mehrsprachigen Übersicht über bestehende Angebote profitieren. Wir wollen deshalb die Website des Kommunalen Integrationszentrums Münster zu einem umfassenden Informationsangebot für migrationspezifische Formate ausbauen. Diese sollte Datenbanken für Anwalt\*innen, Sprach- und Kulturmittler\*innen sowie Mediator\*innen beispielsweise für den Bildungsbereich beinhalten. Zusätzlich wollen wir auch eine Übersicht über Erklärungsbrochüren zur Asyl- und Sozialgesetzgebung und Therapieangebote zur Traumabewältigung anbieten. Ergänzend ist ein Kalender sinnvoll, in dem Initiativen ihre Veranstaltungen eintragen können und aus dem sich auch Seminarangebote zu rassismuskritischer Sensibilisierung beispielsweise für Führungskräfte, für deren Schaffung wir uns einsetzen, entnehmen lassen.

---

## Politische Beteiligung ermöglichen

Uns GRÜNEN ist eine zunehmende Ausweitung der politischen Arbeit auch in die Stadtteile, die weiter von der Innenstadt entfernt liegen oder weniger gut angebunden sind, wichtig, um mehr Partizipation zu ermöglichen. Daher rufen wir dazu auf, Bürger\*innensprechstunden auch in Quartierbüros, Aufnahmeeinrichtungen oder im kommunalen Integrationszentrum anzubieten und dabei Dolmetscher\*innen zur Verfügung zu stellen. Um garantieren zu können, dass Kommunikation mit politischen Vertreter\*innen auch unabhängig von festen Terminen stattfinden kann, sollen eine mehrsprachige Website und ein entsprechender Newsletter entwickelt werden.

Darüber ist aus unserer Sicht der Austausch durch politische Bildungsangebote besonders wertvoll. Die Stadt soll vermehrt Angebote schaffen, mit denen der Austausch über Politik in Münster und in anderen Regionen der Welt gefördert wird. Raum dafür können thematische Diskussionsabende und Workshops geben, zu denen Referent\*innen mit unterschiedlichen Hintergründen eingeladen werden sollten. Außerdem sollten Informationsangebote über politische Partizipationsmöglichkeiten für und mit Menschen mit internationaler Geschichte konzipiert werden.

## Engagement anerkennen und unterstützen

Ehrenamtliche setzen sich täglich mit großem Engagement für Zugezogene und somit auch für unsere Stadt ein. Die Vielfalt dieser Arbeit beinhaltet unter anderem die Unterstützung, Beratung und Betreuung Zugezogener sowie die Solidarisierung mit und den Einsatz für Menschen auf der Flucht und deren Aufnahme in Deutschland.

Wir finden: Ehrenamtliche verdienen mehr Anerkennung und Unterstützung. Deshalb wollen wir GRÜNE die Anforderungen für den Erhalt der Ehrenamtskarte senken und dabei ihr Angebot erweitern.

Um die wertvolle Arbeit Ehrenamtlicher darüber hinaus langfristig zu gewährleisten, braucht es verlässliche Strukturen für die Unterstützung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen - sowohl durch festangestellte, hauptamtliche Koordinator\*innen als auch mit finanziellen Fördermitteln.

## Bestehende Strukturen stärken und verstetigen

Im Zuge des erhöhten Zuzuges von geflüchteten Menschen in den Jahren 2015 und 2016 ist in Münster eine kommunale Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) eingerichtet worden. Alle kommunal zugewiesenen Menschen sollen hier die Möglichkeit erhalten, anzukommen. Die räumliche Nähe zu Beratungseinrichtungen oder auch dem Jobcenter erleichtern die ersten Schritte zum erfolgreichen Ankommen in Münster enorm. Sozialarbeiter\*innen vor Ort unterstützen bedarfsgerecht bei den ersten Schritten in der neu-

---

en Lebenswelt. Bildungsangebote für Kinder, Arbeitsmöglichkeiten und gesundheitliche Notwendigkeiten werden hier gebündelt in Angriff genommen. Es gibt eine räumlich abgetrennte Örtlichkeit für Menschen mit Gewalterfahrungen oder sexistischer Diskriminierung. Nach im Regelfall drei bis vier Wochen werden die Bewohner\*innen in das dezentrale Unterbringungskonzept integriert und stadtweit verteilt. Für uns GRÜNE ist klar, dass bestehende Strukturen und eingeübte, bewährte Abläufe an ihrem jetzigen Ort bestehen bleiben müssen. Wir wollen daher die EAE in die zukünftige Entwicklung des Quartiers kontinuierlich einbeziehen und so den Standortvorteil in der Oxford-Kaserne dauerhaft erhalten.

---

# 15. Münster zeigt Haltung gegen Rassismus und Faschismus

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **die konsequente Aufarbeitung der NS- und Kolonialgeschichte Münsters**
- **den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle und Unterstützung von Diskriminierten**
- **Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Projekten und Organisationen**
- **Prävention gegen Rassismus und Antisemitismus durch den Ausbau flächendeckender Bildungsangebote**
- **einen kritischen Umgang mit Straßenumbenennung und Denkmälern**

Eine offene Stadt, die für alle Menschen ein Zuhause ist, muss sich mit der eigenen Vergangenheit beschäftigen. Als Friedensstadt definieren wir uns häufig über den Westfälischen Frieden von 1648, der das massenhafte Morden des Dreißigjährigen Krieges beendete. Doch nicht nur ein Blick in die ältere Geschichte sollte uns mahnen. Gerade in diesem Jahr, in dem wir der Befreiung Europas von Nazi-Deutschland vor genau 75 Jahren gedenken, dringt uns dies eindrücklich ins Bewusstsein. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist geprägt durch Ambivalenzen: Einerseits bedeutete das Ende des Krieges für viele Menschen die Beendigung ihres Leids in Konzentrationslagern und anderen Einrichtungen, andererseits erlebten und erleben gerade die Opfer des Nationalsozialismus es als blanken Hohn, dass viele Täter\*innen nie bestraft wurden.

Dieses Kapitel der deutschen Geschichte ist mittlerweile an vielen Stellen aufgearbeitet worden, darf dabei jedoch nie als abgeschlossen betrachtet werden. Trotz der Aufarbeitung betrachtet ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung die dunkelste Geschichte unseres Landes als eine zu vernachlässigende Episode. Auch die Aktionen von PEGIDA, AfD, Reichsbürger\*innen und anderen rechtsextremen Gruppierungen in den letzten Jahren machen deutlich: Ein verantwortlicher Umgang mit der Vergangenheit braucht kontinuierliche Erinnerung, die sich auch den unbequemen Fakten stellt. Das gilt auch für den Völkermord an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika.

Die Pogrome in den 1990er Jahren, die NSU-Morde und die schrecklichen Attacken auf Politiker\*innen, die Menschen wie Walter Lübcke das Leben kosteten, sind keine Einzel-

---

fälle, sondern haben System. Das sollte uns alarmieren. Sie zeigen, wie wichtig eine differenzierte und konsequente rassismuskritische Arbeit und das Aufdecken faschistischer Ideologien nach wie vor sind.

Nach Chemnitz, nach Halle und nach Hanau war der Aufschrei stets groß. Dennoch kehren viele Menschen binnen weniger Tage zur Normalität zurück. Wir brauchen Formen, die deutlich erkennen lassen, dass Betroffenheit und Mitleid kurz nach einer solchen Tat zwar wichtig sind, aber nicht ausreichen; ebenso wichtig ist es, die Strukturen zu hinterfragen, die solche Taten begünstigen. Gleiches gilt auch für unsere Gedenkkultur.

In Zeiten der Corona-Krise gruppieren sich Verschwörungstheoretiker\*innen gemeinsam mit Rassist\*innen, Antisemit\*innen und Faschist\*innen zu einer Allianz, die hinter der Pandemie eine große Weltverschwörung wittert, deren Begründung sich unterschiedlicher gruppenbezogen-menschenfeindlicher Stereotypen und Feindbilder bedient. Alte Stereotype sind in breiten Teilen der Gesellschaft nie verschwunden und treten jetzt wieder offen zu Tage. Ausschlaggebend hierfür ist ein politischer Diskurs von Rechtsaußen, der die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschiebt. Nicht selten berichten Leidtragende von Diskriminierungserfahrungen, dass ihnen eine Mitschuld attestiert werde: Man müsse ja nicht gerade auf offener Straße Kippa tragen, das würde unnötig provozieren. Opfer solcher Aussagen erleben eine Täter\*innen-Opfer-Umkehrung, die die Ausgrenzung verschärft und dem tiefen Leid kein Gehör verschafft.

Für uns GRÜNE ist es selbstverständlich, dass wir klare Kante gegen Rechts und Rassismus zeigen und diese Entwicklung nicht akzeptieren. Doch dabei gilt: Rassismus und Antisemitismus sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die in unterschiedlichen Ausprägungen und Intensitäten auch außerhalb der Rechten zu finden sind. So ist israelbezogener Antisemitismus in Teilen der politischen Mitte und unter manchen Linken salonfähig. Versteckter und offener Antisemitismus sind auch in islamistischen Strömungen weit verbreitet. Dieses Problem muss von der Öffentlichkeit mehr in den Blick genommen werden. Es darf aber nicht als Vorwand genutzt werden, Muslim\*innen pauschal zu beschuldigen. Wir wollen deswegen verschiedene Möglichkeiten der Hilfe aufzeigen und fördern, um gegen Rassismus und Antisemitismus gezielt vorzugehen.

Eine Stadt für Alle fordert nicht nur Offenheit für Vielfalt, sondern setzt diese konkret um. Wir alle legen in unserem persönlichen Alltag den Grundstein für diese Vision; damit diese zu einer nachhaltigen Realität wird, brauchen wir aber auch strukturelle Veränderungen.

## Diskriminierung entgegenwirken

Wir GRÜNE wollen rassistisch und antisemitisch motivierte Diskriminierung sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene abbauen und aktiv auf ein gerechteres und

---

besseres Zusammenleben hinwirken. Das gilt insbesondere auf kommunaler Ebene, wo wir notwendige Kommunikations- und Partizipationsprozesse ausbauen wollen.

Mit dem Integrationsrat und dem Netzwerk Rassismuskritik gibt es in Münster neben den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen bereits städtische bzw. städtisch geförderte Stellen, die auf ein gleichberechtigtes und partizipatives Zusammenleben hinarbeiten und Wege suchen und aufzeigen, gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen.

Wir wollen eine niedrigschwellige und leicht erreichbare Anlaufstelle für Beschwerden über individuelle und strukturelle Diskriminierung einrichten, die die Betroffenen unterstützt, ihre Anliegen verantwortlich weiterleitet, sich für sie einsetzt und die gemeldeten Fälle dokumentiert und bündelt. Zudem soll eine solche Anlaufstelle Informationsangebote erarbeiten, ortsnahe Unterstützungsangebote (zum Beispiel in der Opferberatung) vermitteln und Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Antidiskriminierung betreiben.

Struktureller Diskriminierung soll konsequent entgegengewirkt werden, indem wir uns dafür stark machen, gerade die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen stärker zu vernetzen und einzubinden. Entsprechende Projekte und Organisationen sollen konsequent und angemessen gefördert werden. Dazu gehört insbesondere die Förderung und Weiterentwicklung von politischer Bildung und rassismuskritischer Arbeit an Schulen. Die städtischen „Münsteraner Wochen gegen Rassismus“ sind ein Beispiel für den Erfolg solcher Projekte. Das unterstützen wir auch weiterhin, wollen aber auch Veranstaltungen von freien Trägern ermöglichen. Rassismuskritische Arbeit ist keine Symbolpolitik!

Von Diskriminierung Betroffene dürfen nicht allein gelassen werden. Deshalb wollen wir uns für bessere Möglichkeiten der Opferhilfe in Münster einsetzen. Für uns GRÜNE gehören dazu insbesondere Zufluchtsorte für Betroffene. Es hilft den Opfern nicht, wenn sie die vorhandenen Informations- und Beratungsstellen nicht kennen, deshalb wollen wir diese sichtbarer machen. Auch innerhalb der städtischen Verwaltung müssen rassismuskritische Bildung und Sensibilisierung gefördert und verstetigt werden.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus darf kein Tabu-Thema sein. Rechte Gewalt und Rassismus müssen konsequent verfolgt werden, und das darf auch im Netz nicht enden. Wir wollen, dass rassistisch oder rechtsextrem motivierte Angriffe auch von den städtischen Stellen konsequent dokumentiert werden. Die Verfolgung dieser Gewalt kann nur der letzte Schritt sein – sie sollte schon vor dem eigentlichen Ausbruch verhindert werden. Wer aus der rechten Szene oder anderen menschenfeindlichen, verschwörungstheoretischen oder antidemokratischen Gruppen aussteigen will, braucht Anlaufstellen und Beratung und darf nicht allein gelassen werden. Das ist auch in der radikal-islamistischen Szene notwendig. Mit dem Imam-Mahdi-Zentrum hat sie einen Stützpunkt in Münster-Hiltrup. Diese Gemeinde steht der mittlerweile in Deutschland verbo-

---

tenen antisemitischen Terror-Organisation Hisbollah nahe und wird vom Verfassungsschutz beobachtet.

Sprüche mit rassistischem, antisemitischem und faschistischem Hintergrund, haben in Münster keinen Platz. Im Rahmen öffentlicher Aktionen sollte die Stadt Münster regelmäßig auf ebendiese aufmerksam machen und klare Kante zeigen.

## Bildung gegen Rechts

Der Holocaust darf nicht in Vergessenheit geraten. Gerade der Einzug einer nationalistischen und rechtsextremen Partei in den Bundestag mahnt Politik und Gesellschaft, sich dafür einzusetzen, dass junge Menschen über die Geschichte und Gefahren von nationalistischem Denken aufgeklärt werden. Workshops in Einrichtungen wie der Villa ten Hompel, mobim oder Gedenkstättenfahrten in ehemalige Konzentrationslager sind wichtige Erfahrungen, um Schüler\*innen eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und Faschismus zu ermöglichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass jede\*r Jugendliche die Gelegenheit hat, an einer pädagogisch vor- und nachbereiteten Gedenk- oder Erinnerungsfahrt teilzunehmen. Außerdem wollen wir erreichen, dass historische Orte, die Münsters NS-Vergangenheit beleuchten, pädagogisch aufgewertet werden, damit diese auch für Schulklassen zur Verfügung stehen. Ein Beispiel hierfür ist das ehemalige Zwangsarbeiter\*innenlager "Waldfrieden" in Münster-Hiltrup. Zudem wollen wir Angebote für Schulen fördern wie beispielsweise Workshops zu Münsters NS-Vergangenheit, die diese in ihren Unterricht einbinden können. Wir begrüßen die Partizipation von Schulen am bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Um die selbstständige Auseinandersetzung von Heranwachsenden mit den Verbrechen der NS-Zeit und dem Thema Antifaschismus anzuregen, wollen wir in Zusammenarbeit der Stadt mit Schulen und Jugendzentren eine jährliche Multi-Media-Ausstellung veranstalten. Dabei soll die Stadt die Räume und die Öffentlichkeit für Projekte der Jugendlichen zur Verfügung stellen, und so für die gesamte Stadtgesellschaft eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ermöglichen. Darüber hinaus sollten Jugendzentren in ihrer antifaschistischen Arbeit unterstützt werden.

## Förderung einer kritischen Gedenkkultur

Wir GRÜNE wollen ein verantwortungsbewusstes Münster mit einer aktiven, sich beständig hinterfragenden und vollumfänglichen Erinnerungspolitik, dessen Gedenkkultur sich fortwährend weiterentwickelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt weiterhin aktiv mit ihrer nationalsozialistischen und kolonialen Vergangenheit auseinandersetzt. Dazu gehören die wissenschaftliche und öffentliche Aufarbeitung ebendieser, beispielsweise in Form von Veranstal-

---

tungen und Ausstellungen. Das Projekt „Stolpersteine“ ist ein gutes Beispiel für Wege, die Erinnerung wach zu halten und Aufklärung im Alltag zu leisten.

Veranstaltungen von Vereinen, Migrant\*innenselbstorganisationen und neuen deutschen Organisationen e.V., Kirchen und anderen Glaubens- sowie Weltanschauungsgemeinschaften, Schulen und anderen Einrichtungen, die sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen, betrachten wir als wichtigen Beitrag zur demokratischen Aufklärungsarbeit.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil für gelungene städtische Erinnerungspolitik ist für uns GRÜNE der bewusste Umgang mit Straßennamen und Denkmälern aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Kolonialismus.

In den 1930er Jahren wurden auf Anordnung des nationalsozialistischen Regimes rund 40 Straßen in Münster nach führenden NS-Politiker\*innen, Teilnehmer\*innen des Ersten Weltkrieges, Orten im sogenannten „Lebensraum im Osten“ oder mit Verweis auf die Annektierung Österreichs umbenannt. Auch wenn einige Straßenbenennungen bereits 1945, oder in den darauffolgenden Jahren, rückgängig gemacht wurden, zeugen auch heute noch Straßennamen wie „Manfred-von-Richtofen-Straße“, „Tannenbergsstraße“ oder „Sudetenweg“ – aufgrund ihrer Benennungsgeschichte – von der faschistischen Ideologie der Nationalsozialisten. Aus diesem Grund setzen wir uns in den Bezirksvertretungen für die Umbenennung solcher Straßen ein. Wir schlagen vor, diese Straßen nach Widerstandskämpfer\*innen gegen das NS-Regime und Friedensaktivist\*innen neu zu benennen. Besonders wichtig ist uns, bei der Umbenennung der Straßen vor allem Frauen\*, inter\* und trans\* Personen zu berücksichtigen, um das männlich dominierte Straßenbild Münsters diverser zu gestalten. Nur so können wir eine aktive, hinterfragende und umfassende Gedenkkultur in unserer Stadt fördern und die Spuren des Nationalsozialismus durch die Ehrung von Friedensaktivist\*innen positiv umdeuten.

Immer wieder wird aus verschiedenen Kreisen angeregt, die „Westfälische Wilhelms-Universität“ umzubenennen. Wir GRÜNE teilen diese Auffassung: Die Politik des namensgebenden letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. war einer der Auslöser des Ersten Weltkrieges und die deutsche Kolonialherrschaft unter seiner Regierung war nicht weniger grausam und mörderisch als die der anderen europäischen Kolonialstaaten. Sie fand ihren traurigen Höhepunkt im ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Herero und Nama im heutigen Namibia. Wilhelm II. war ebenfalls überzeugter Antisemit, dessen Aussagen über Jüd\*innen sich kaum von denen führender Nationalsozialist\*innen unterscheiden lassen. Selbstverständlich ist die Umbenennung eine unabhängige Entscheidung der Universität, und wir GRÜNE begrüßen, dass sich der Senat der Universität dank des Einsatzes der Studierendenschaft aktuell kritisch mit dem Namensgeber auseinandersetzt. Von der Stadt Münster sollte ein deutliches Signal ausgehen, dass diese Debatte wichtig ist und weitergeführt werden muss.

---

Wir GRÜNE begrüßen, dass – auch auf unsere Anregung hin – ein Diskussionsprozess initiiert wurde, der sich mit Kriegerdenkmälern im Stadtgebiet beschäftigt. Problematische Denkmäler wollen wir nicht aus dem Stadtgebiet entfernen, da dies eine sich ständig aktualisierende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erschwert und das Vergessen befördert. Wir wollen basierend auf den Round-Table-Gesprächen des Stadtarchivs konkrete Vorschläge entwickeln, solche Ehrenmäler verantwortungsbewusst zu dekonstruieren und Kritik daran sehr deutlich darzustellen. Methoden können beispielsweise „Gegenskulpturen“, künstlerische Verhüllungen, das Umdrehen der Denkmäler oder Einordnungstafeln sein.

Verstärkt sollte sich beispielsweise mit dem „Dreizehnerdenkmal“ und dem „Traindenkmal“ auseinandergesetzt und weitreichendere Konzepte erarbeitet werden. Ersteres ist dem Infanterieregiment Nr. 13 gewidmet und verherrlicht mit der Aufschrift „Treue um Treue“ noch heute den „ehrvollen Soldatentod“. Zweiteres erinnert an Soldaten, die beim Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia bzw. beim Boxeraufstand in China zu Tode gekommen sind. In demselben Rahmen sollte außerdem ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Erhalt und die inhaltliche Weiterentwicklung der bereits bestehenden Gedenkorte im Münsteraner Stadtgebiet erarbeitet werden.

Auch in Münster gab es während der nationalsozialistischen Herrschaft einige wenige Bürger\*innen, die sich der Terrorherrschaft entgegenstellten. Wir sind davon überzeugt, dass die Erinnerung an Menschen, die sich trotz der Gefahr für ihr Leben gegen den Nationalsozialismus auflehnten, auch heute noch aufrechterhalten werden sollte. Deshalb soll in Münster ein Ort entstehen, an dem Münsteraner\*innen, die Jüd\*innen gerettet haben, und auch anderer Formen des Widerstandes in Münster gedacht wird. Wir möchten an prominenter Stelle in Münster auch Orte der Erinnerung für die Opfer jüngerer Gewalttaten aus menschenfeindlichen Motiven schaffen, zum Beispiel für die Opfer des NSU.

---

# 16. Internationales und Städtepartnerschaften

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **eine noch stärkere internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnerstädten weltweit**
- **Aufbau einer Partnerschaft mit einer namibischen Stadt**  
**stärkere Mitarbeit der Stadt Münster in den Gremien der EUREGIO und im Netzwerk Eurocities**
- **ein Programm der Stadt für Bildungsfahrten ins Ausland für Schüler\*innen aus weniger privilegierten Haushalten**

## Münster als weltoffene und europäische Stadt

Der in Europa herrschende Frieden und die damit einhergehende Sicherheit und Freiheit gehören zu den größten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Doch auch wenn wir uns an diesen Zustand gewöhnt haben, ist er keineswegs selbstverständlich.

Die Corona-Krise als größte wirtschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs stellt die zentrale Errungenschaft der europäischen Einigung in Frage – die offenen Grenzen innerhalb der Europäischen Union. So waren die ersten Reaktionen auf die Pandemie von nationalstaatlichen Alleingängen und fehlender europäischer Zusammenarbeit geprägt. Auch die deutsche Bundesregierung gab mit ihrem Exportstopp für medizinische Güter kein gutes Bild ab.

Gerade in Zeiten der Krise müssen wir die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Freund\*innen weiter ausbauen. Europa muss sozialer und solidarischer werden! Das fängt auf der kommunalen Ebene an, zum Beispiel, wenn im Universitätsklinikum Münster an Covid-19 erkrankte Patient\*innen aus den Niederlanden behandelt werden.

Zudem darf europäische Solidarität nicht an den Außengrenzen der Union enden. Sie muss auch jene einschließen, die auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und Diskriminierung Schutz bei uns suchen. Wir lehnen Abschottung und nationalstaatlichen Egoismus ab. Kaum bekannt ist, dass ab 1939 aus dem rheinisch-westfälischen Wehrkreis VI, dessen Befehlshaber in Münster lagen, 14 Wehrmachtsdivisionen und 16 Polizei-Bataillone in den Angriffskrieg gegen die europäischen Nachbar\*innen und den Vernichtungskrieg im Osten geschickt wurden. Vor diesem Hintergrund ist Münster als „Stadt des Westfälischen Friedens“ besonders gefordert, vielfältig und praktisch Frieden durch Dialog zu

---

fördern. Weltoffenheit und ein klares Bekenntnis zu antifaschistischer Politik sollten in der Stadt des Westfälischen Friedens selbstverständlich sein.

Solidarität basiert auf Dialog und gegenseitigem Verständnis. Der Einsatz dafür beginnt für uns GRÜNE direkt in Münster. So wollen wir die Partnerschaften zu anderen Städten in Europa und der Welt vertiefen und ausbauen. Im Besonderen gilt das für unsere niederländischen Nachbar\*innen, mit denen wir im Rahmen der EUREGIO-Kooperation mehr als nur die gemeinsame Grenze teilen.

Dialog können wir dadurch ermöglichen, dass wir jungen Münsteraner\*innen die Chance geben, unsere Partnerstädte zu bereisen. Denn erst ein gegenseitiges Verständnis hilft dabei, zu begreifen, welche historische Verantwortung Deutschland mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg, aber auch die Kolonialzeit trägt.

Auch aus Münsteraner\*innen arbeiten in Krisen- und Konfliktländern für Gewaltverhütung, Friedensförderung und Entwicklung. Ihr Einsatz verdient öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung nicht nur bei der Feierstunde zum Tag des UN-Peacekeepers (29. Mai) in Berlin, sondern auch in Münster.

Auch in Zeiten der Corona-Pandemie und notwendigen Sparmaßnahmen gilt: Wir GRÜNE kämpfen dafür, dass die internationale Zusammenarbeit nicht unter Budgetkürzungen leidet, denn europäische und internationale Kooperationen sind die einzig plausible Antwort auf eine weltweite Pandemie.

## Städtepartnerschaften: Wir verbinden Menschen über Grenzen hinweg

Wir GRÜNE streben ein freundschaftliches Verhältnis zu Münsters Partnerstädten auf der ganzen Welt an. Dabei ist uns besonders wichtig, die guten Beziehungen zum britischen York auch nach dem Brexit aufrechtzuerhalten und weiter zu intensivieren. Die finanzielle Unterstützung der Partnerschaft soll auch bei ausbleibender EU-Förderung mithilfe von kommunalen Geldern gewährleistet werden.

Auch die Finanzierung der Zusammenarbeit mit unserer israelischen Partnerstadt Rischon LeZion hat für uns GRÜNE Priorität.

In enger Absprache mit dem hiesigen Partnerschaftsverein, dem Jugendrat und dem Senioren-Beirat wollen wir gemeinsam prüfen, ob Münster zusätzlich zur weiteren Intensivierung seiner internationalen Beziehungen ein Programm für Städtebotschafter\*innen ins Leben rufen kann.

Darüber hinaus erkennen wir Deutschlands Verantwortung für den grausamen Völkermord an den Herero und Nama im Gebiet des heutigen Namibia zwischen 1904 und 1908 an. Das bedeutet: Uns ist bewusst, dass wir die Geschichte nicht rückgängig ma-

---

chen können, und wir bekennen uns aktiv zu der deutschen Verantwortung. Daher wollen wir unseren Beitrag an einer guten Deutsch-Namibischen Freundschaft in der Zukunft leisten, indem wir enge Beziehungen zu einer Stadt in Namibia aufbauen.

Eine besondere Art von Städtepartnerschaft ist das „Deutsche Riga-Komitee“, zu dessen Gründungsmitgliedern Münster seit 2000 gehört. Das einzigartige, vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge unterstützte Netzwerk von über 50 Städten pflegt die lebendige Erinnerung an die früheren jüdischen Nachbar\*innen, die ab Dezember 1941 in das „Reichsjudenghetto“ Riga deportiert und dort zum großen Teil ermordet worden sind.

## Vernetzung mit den Niederlanden: nicht nur Nachbarschaft, sondern Freundschaft

Die Partnerschaft mit Enschede geht auf grüne Forderungen nach einer engeren deutsch-niederländischen Zusammenarbeit zurück. Wir haben die Grenznähe zu den Niederlanden nie als Barriere, sondern stets als Möglichkeit für gemeinsamen Austausch und Ideenfindung betrachtet. Diese Zusammenarbeit gilt es sowohl bilateral mit den Städten im Münsterland, als auch multilateral mit den internationalen Partnerstädten, zu fördern. So können wir voneinander lernen und neue Denkanstöße gewinnen. Nicht nur wegen der innovativen Radverkehrskonzepte in den Niederlanden lohnt sich das Engagement.

Weiterhin soll der Austausch von Verwaltungsmitarbeiter\*innen, Politiker\*innen und Schüler\*innen durch das Münsteraner Büro für Internationales und Städtepartnerschaften begleitet und durch eigene Projektideen ergänzt und aufgewertet werden. Auch in Zeiten knapper Kassen darf an dieser Stelle nicht gespart werden.

Ein Netzwerk aus Wirtschaft, Verwaltung, Vereinen und Initiativen muss unter Einbeziehung der lokalen Bezirksregierung ein weiteres Ziel der nächsten Jahre sein, so dass neben dem theoretischen Austausch ein praktischer Nutzen für das Handelsgewerbe, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie soziokulturelle Aktionen entsteht.

Auch mit einer gestärkten grünen Fraktion im EUREGIO-Rat, dessen Initiativfunktion für das deutsch-niederländische Grenzgebiet besser ausgeschöpft werden muss, wollen wir Ökologie und Klimaschutz mehr Gewicht verleihen. Zudem sollen unsere Mitglieder im EUREGIO-Rat permanente Ansprechpartner\*innen für EUREGIO- und Europafragen sein und als Vermittler\*innen für kreative Projekte fungieren.

In den 1980er Jahren war das Gebäude des I. Korps der Bundeswehr am heutigen Schlossplatz ein zentraler Ort für Proteste der Friedensbewegung gegen das atomare Wettrüsten. Mit dem Deutsch-Niederländischen Korps entstand hier 1995 ein militärisches multinationales Hauptquartier, wo Militärs ehemaliger Kriegsgegner\*innen so integriert wie nirgendwo sonst auf der Welt zusammenarbeiten und dabei auf die UNO-

---

Charta verpflichtet sind. Einsätze des Korps können selbstverständlich umstritten sein. Unabhängig davon gehören seine Angehörigen zur Stadtgesellschaft.

## Vernetzung mit Kommunen in Europa

Eine ebenso wichtige Rolle für die internationale Vernetzung Münsters spielt der europäische Städteverband Eurocities. Neben dem regelmäßigen Austausch mit anderen Großstädten können wir mithilfe dieses Netzwerks unsere kommunalen Interessen gegenüber der europäischen Politik vertreten und auf Veränderungen in unserem Sinne hinwirken. Uns GRÜNEN ist wichtig, dass sich Münster in Zukunft noch stärker für städtische Kooperationen auf europäischer Ebene einsetzt.

Da unsere Stadt aktuell ausschließlich Mitglied der Arbeitsgruppe „Luftqualität, Klimawandel und Energieeffizienz“ ist, setzen wir uns dafür ein, einer zweiten Arbeitsgruppe des Eurocities-Netzwerk beizutreten. Mit dem Modell der sozialgerechten Bodennutzung (*mehr hierzu im Kapitel 9*) nimmt Münster zurzeit eine Vorreiterrolle unter von Wohnungsnot geplagten Großstädten in Europa ein. Damit wir unsere Erfahrungen in diesem Bereich weitergeben und noch bessere Lösungen auf europäischer Ebene finden können, schlagen wir eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Wohnen“ vor.

## Europäische Bildungsarbeit

Mittelfristig soll die Stadt Münster ein außerschulisches Programm für Münsteraner Jugendliche in Kooperation mit freien Trägern anbieten. Dadurch sollen jedes Jahr jungen Menschen, insbesondere Schüler\*innen aus weniger privilegierten Haushalten, internationale Begegnungen ermöglicht werden. Durch eine pädagogische Begleitung werden nicht nur Empathie und das eigene Reflexionsvermögen gestärkt, sondern es wird auch gesellschaftlichen Problemen wie Ressentiments gegenüber Unbekanntem und Rassismus entgegengewirkt. Zudem werden die Partnerstädte so noch stärker in das Bewusstsein aller Münsteraner\*innen gerückt und die Verbundenheit mit unseren Partnerstädten auf ein breites Fundament gestellt. Münster soll dazu dem Netzwerk „Kommune goes international“ der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. beitreten.

Als europafreundliche Stadt wollen wir auch über die Bildungsarbeit an Schulen hinaus ein breites Angebot an Veranstaltungen zu europäischen Themen ermöglichen. Dabei soll das Büro für Internationales und Städtepartnerschaften zur zentralen Anlaufstelle für Fragen rund um Europa sowie die Vernetzung lokaler Initiativen und Unternehmen werden. Im Besonderen wollen wir das Büro dabei unterstützen, in Zukunft Podiumsdiskussionen oder Bildungsveranstaltungen zu aktueller europäischer Politik oder historischen Ereignissen in Eigenregie durchzuführen.

---

# 17. Bildung und Schule: Selbstbestimmt lernen und leben im 21. Jahrhundert

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Schaffung weiterer Gesamtschulplätze**
- **ein Sanierungsprogramm für die Sanitäreinrichtungen in den Schulen und die Schulhöfe**
- **Mensen mit regionalen, saisonalen Bio-Angeboten**
- **eine ganzheitlich gedachte Digitalisierung der Schulen**
- **Verteilung von Ressourcen anhand eines schulscharfen Sozialindex**
- **Stärkung der Weiterbildung in Münster**

Bildung hat immer die Aufgabe, Menschen ein freies, erfolgreiches, erfülltes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Dieser Bildungsauftrag gilt auch bei sich verändernden Rahmenbedingungen. Dazu gehören in der heutigen Zeit vor allem die Digitalisierung, die Idee des lebenslangen Lernens sowie der Ruf nach einem gerechteren und inklusiven Bildungssystem.

Als Stadt der Wissenschaft und Bildung muss Münster auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen reagieren und eine Schul- und Bildungslandschaft vorhalten, die dem Bildungsauftrag jetzt und in Zukunft gerecht wird.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Die Bedürfnisse und Wünsche der Schüler\*innen und Eltern, aber auch der Schulen selbst, haben in den letzten Jahren grüne Schul- und Bildungspolitik bestimmt. Am deutlichsten wird dies beim Bau der Mathilde-Anneke-Gesamtschule: Einer sechszügigen Schule des längeren gemeinsamen Lernens, die komplett in nachhaltiger Holzbauweise errichtet wird. Damit konnte das Angebot an Gesamtschulplätzen mehr als verdoppelt und der Blick auf eine weitere Gesamtschule fokussiert werden. Denn der Elternwille zeigt, dass es hier ein noch deutlich größeres Angebot braucht. Früh haben wir GRÜNE dafür den Standort Roxel ins Auge gefasst und uns auf verschiedenen Ebenen für eine Errichtung eingesetzt. Heute ist Münster einer dritten städtischen Gesamtschule so nah wie noch nie.

---

Insgesamt hat und wird Münster über 200 Mio. Euro in Umbaumaßnahmen und die Sanierung der Schulen investieren. Grundlage dafür sind die von uns GRÜNEN mitverantworteten Haushalte der letzten Jahre, mit denen wir deutlich gemacht haben, dass die Stadt Münster ihrer Verantwortung als Schulträgerin gerecht wird. Neben der baulichen Ausstattung haben wir auch dafür gesorgt, dass der Medienentwicklungsplan stetig weiterverfolgt wurde – Stichwort WLAN – und Schulen bzw. Schüler\*innen durch die Schaffung weiterer Stellen in der Schulsozialarbeit zusätzliche Unterstützung in den Schulen erfahren können.

Mit dem Beschluss zur Sanierung und zum Umbau der Volkshochschule am Standort Aegidiimarkt haben wir GRÜNE eine jahrelange Frage in der Münsteraner Bildungslandschaft geklärt. Nicht nur die Besucher\*innen der VHS dürfen sich auf eine moderne, einladende Bildungseinrichtung freuen, auch die Angestellten und Dozent\*innen der VHS profitieren von verbesserten Arbeitsbedingungen in Sachen räumlicher und materieller Ausstattung.

## Zeitgemäße Schulen für alle

Die Schullandschaft hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt – auch in Münster. Trotz der Rückkehr zu G9 an den Gymnasien, ist die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen ungebrochen hoch und übersteigt Jahr für Jahr das vorhandene Angebot. Gleichzeitig sind die Anmeldezahlen an Haupt- und Förderschulen zurückgegangen. Wir GRÜNE erkennen darin einen klaren Trend: Eltern und Kinder wünschen sich mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens in Münster. Die Schaffung weiterer Gesamtschulen hat für uns daher oberste Priorität – sei es durch die Umwandlung bestehender Schulen oder den Bau neuer Gesamtschulen. Die Schaffung weiterer Gesamtschulen hat für uns daher oberste Priorität – sei es durch die Umwandlung bestehender Schulen oder den Bau neuer Gesamtschulen. Der Standort der Sekundarschule Roxel bietet sich schon heute für eine Umwandlung zu einer weiteren Gesamtschule an. Wir befürworten die dortige Einrichtung einer dritten städtischen Gesamtschule, legen uns aber nicht ausschließlich auf diesen Ort fest. Langfristiges Ziel grüner Schulpolitik ist es, dass in jedem Stadtbezirk eine Gesamtschule für Kinder und Jugendliche wohnortnah erreichbar ist. Das heißt in letzter Konsequenz auch, dass wir GRÜNE vorrangig den Bau neuer Gesamtschulen und nicht von Gymnasien unterstützen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der PRIMUS Schule als Standort des längeren gemeinsamen Lernens ein.

Seit der Einführung des Ganztages verbringen Schüler\*innen deutlich mehr Zeit in den Schulen. Damit sind Schulen nicht mehr nur Lernorte, sondern auch Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Eine Mensa mit Aufenthaltsqualität, in der es Schüler\*innen möglich ist entspannt zu essen und Räume, in denen sie in Ruhe arbeiten und lernen können, gehören genauso zur Grundausrüstung einer Schule des 21. Jahrhunderts wie attraktive Freizeitmöglichkeiten. In den Mensen sollen regionale, saisonale Bio-

---

Lebensmittel angeboten werden. Eine Schule muss ihren Schüler\*innen auch das Spielen, Erholen und Sporttreiben im Grünen oder eine Pause mit Freund\*innen in der Schulcafeteria ermöglichen (*mehr zum Ganzttag im Kapitel 17*).

Bei Bau- oder Umbaumaßnahmen in Schulen sollen zukünftig die Interessen der Schulen und der dort Arbeitenden mehr Gehör finden. Dazu gehört neben einer Beteiligung von Beginn an auch eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Schule auf Augenhöhe. Die Vorteile eines solchen Planungsprozesses sind eine bessere Kalkulation der Kosten und somit auch eine Vermeidung von sonst anfallenden Kostenerhöhungen. Außerdem kann auf diese Weise sichergestellt werden, dass die Gebäude den Ansprüchen und Wünschen der Schulen und ihren Schulkonzepten entsprechen. Das Konzept der „Phase Null“, welches von anderen Kommunen erfolgreich umgesetzt wurde, soll auch in Münster Schulbaumaßnahmen nachhaltiger, transparenter und unterm Strich kostensparender gestalten.

Gute Schule bereitet junge Menschen auf Leben und Arbeiten in der modernen Welt vor. Diese Aufgabe wird nicht durch den bloßen Kauf von digitalen Geräten zu bewältigen sein. Paradigmen haben sich gegenüber den letzten Jahrzehnten geändert. Schüler\*innen kommen nicht mehr nur in die Schule, um Wissen zu erlangen, sondern um Kompetenzen zu erwerben, die es ihnen ermöglichen, Wissen filtern und einordnen zu können. Viele einfache Tätigkeiten werden künftig automatisiert. Die Welt ist insgesamt komplexer, vernetzter und globaler geworden. Das alles bedeutet, dass auch Unterricht in Form und Inhalt einen Wandel erleben wird. Wir GRÜNE in Münster sehen unsere Aufgabe darin, einen Rahmen für diesen Wandel zu gestalten, um Lehrende und Lernende optimal zu unterstützen. Unerlässlich für diesen Rahmen sind eine angemessene digitale Ausstattung der Schulen und die Versorgung der in Schulen Arbeitenden und Lernenden mit digitalen Endgeräten. Lehrkräfte sollen nicht allein gelassen werden mit dem Wandel, den neue Lehrmethoden, neue Inhalte und neue Paradigmen mit sich bringen. Es braucht Fachkräfte, die für die Wartung und Pflege der EDV Ausstattung zuständig sind, Fortbildungsmöglichkeiten und Unterstützung für Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams, Orte der Vernetzung und des Austauschs. Des Weiteren sollen Schulen selbst entscheiden, wie sie Medienkompetenzen bestmöglich vermitteln können. Wir GRÜNE werden die Schulen in Münster bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Medienkonzepte unterstützen.

## Gerechte und demokratische Bildung

Schulen müssen auf konkrete Lern- und Lebensbedingungen der Kinder eingehen, unterschiedliche Bildungschancen ausgleichen und die Potentiale jedes einzelnen Kindes fördern. Damit das gelingen kann, müssen Ressourcen zielgenauer dort ankommen, wo sie besonders gebraucht werden. Ein schulscharfer Sozialindex, basierend auf einem Sozial- und Bildungsmonitoring, garantiert genau das. Weil jedes Kind und jede Schule

---

anders sind, richtet Münster seine Schul- und Bildungspolitik nach dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ aus und schafft damit echte Bildungsgerechtigkeit.

Qualifizierte Fachkräfte und klar zugeschnittene Zuständigkeiten sind Erfolgsgaranten für ein gerechteres Bildungssystem. Multiprofessionelle Teams – von der Hausaufgabenbetreuung über Schulsozialarbeit bis hin zur schulpsychologischen Beratung – gehören in jede Schule. Gestützt durch Kooperations- und Netzwerkstrukturen aus verschiedenen Akteur\*innen im Sozialraum der Schule sind die Ziele zu gewährleisten, dass Benachteiligungen in den Schulen abgebaut werden, aber auch besondere Fähigkeiten erkannt und gefördert werden. Dabei werden auch Bildungsstrukturen für Kinder und Jugendliche unterstützt, die sich in besonders herausfordernden Lebensphasen befinden.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Schulformen wie die Hauptschule oder die Sekundarschule kaum noch angewählt werden. Auch in Münster hat diese Entwicklung zu einigen Schulschließungen geführt, und wir sehen in der Schulform Hauptschule keine Zukunft. Die Schüler\*innen der verbliebenen Hauptschulen haben deshalb jedoch nicht weniger Unterstützung verdient, sondern mehr, damit auch sie die Schule nicht ohne Perspektive verlassen. Dauerhaft erstrebenswert ist die aktuelle Situation für Hauptschulen und die jetzigen und künftigen Schüler\*innen dieser Schulform allerdings nicht. Denn zum einen werden dadurch Probleme auf die Schultern einiger weniger Schulen verteilt und zum anderen widerspricht es dem Gedanken eines gerechten Bildungssystems, in dem jedes Kind die gleichen Chancen hat.

Schulen übernehmen mehr Verantwortung für ihre Arbeit, wenn ihnen größere Entscheidungsspielräume zugestanden werden. Als Schulträgerin kann die Stadt den Schulen insbesondere finanzielle Spielräume gewähren. Voraussetzung dafür ist, dass an den Schulen nicht einzelne Akteur\*innen Entscheidungen treffen, sondern Entscheidungen gemeinschaftlich und in demokratischen Prozessen getroffen werden. Das stärkt die Identifikation aller mit ihrer Schule und fördert ein Verständnis von Demokratie. Angesichts der politischen Weltlage und wachsender Menschenfeindlichkeit ist politische Bildung und Demokratiebildung besonders wichtig. Daher erfahren Schulen auch in diesem Bereich Unterstützung, und Projekte wie der Schüler\*innenhaushalt, in dem Schüler\*innen über ein von der Schule festgelegtes Budget selbst entscheiden, werden ausgebaut.

## Weiterbildung: lebensbegleitend und angesehen

Neben der frühkindlichen Bildung und Schule, der Ausbildung oder dem Studium, stellt die Weiterbildung eine weitere Säule in unserem Bildungssystem dar. Erst das lebensbegleitende Lernen ermöglicht es, die eigenen Potentiale voll zu entfalten und zu entwickeln. Außerdem bietet Weiterbildung die Chance, Bildungszugänge für Menschen zu erschließen, die in den klassischen Bildungseinrichtungen bislang keinen Anschluss fin-

---

den konnten. Die VHS und das Weiterbildungskolleg leisten gemeinsam mit den Familienbildungsstätten und Bildungswerken verschiedener Träger einen immensen Beitrag, dem Selbstverständnis einer Stadt der Wissenschaft und Bildung gerecht zu werden. Damit auch die Stadt Münster diesem Selbstverständnis gerecht wird, soll ein Bildungs-Budgeting eingeführt werden. Es soll aufzeigen, in welche Bereiche die finanziellen Mittel für Bildung fließen und die Weiterbildung damit stärker in den Fokus rücken und ggf. Handlungsbedarfe aufzeigen.

Damit die VHS ihren Beitrag auch in Zukunft leisten kann, hat sie eine zeitgemäße Ausstattung und moderne, barrierefreie Räumlichkeiten mit Aufenthaltsqualität verdient. Mit der Sanierung und den Umbaumaßnahmen am jetzigen Standort, dem Aegidiimarkt, wird die VHS den Ansprüchen einer zeitgemäßen Bildungseinrichtung gerecht. Um die VHS in der Stadtgesellschaft noch stärker zu verankern und politische Bildung sowie Demokratiebildung zu fördern, braucht es einen angemessenen Ort in Münster, der dies ermöglicht. Ein „Forum der Demokratie“, wo Veranstaltungen, Ausstellungen und Begegnungen stattfinden können, bietet Münsteraner\*innen die Möglichkeit, sich auszutauschen, zu diskutieren und weiterzubilden. Weiterbildung findet in Münster aber nicht nur an der VHS statt. Viele freie Träger wie zum Beispiel das „Haus der Familie“ oder das „Bennohaus“ stellen wichtige Bestandteile einer ganzheitlichen Weiterbildungslandschaft dar. Wir GRÜNE stehen für eine weitere Verzahnung der Angebotsstrukturen.

Die Stadtbücherei ist schon lange mehr als ein Bücherregal oder bloßer Medienverleih. Längst hat sie ihr klassisches Angebot um digitale Angebote, um verschiedenste Services und um Veranstaltungen unterschiedlichster Formate erweitert. Sie bietet allen Bürger\*innen einen individuellen Zugang zu Medien und Informationen und eröffnet zusätzliche Bildungschancen. Gleichzeitig schafft sie Möglichkeiten der Begegnung und des sozialen Austausches und leistet so einen Beitrag zur aktiven Lebens- und Freizeitgestaltung.

Wir wollen die Stadtbücherei bei dem von ihr eingeleiteten Zukunftsprozess unterstützen und ihr helfen, die innovativen Ideen und Konzepte auf dem Weg zu einem „Dritten Ort“ zu realisieren. So soll sie sich auch in Zukunft als Lernort und Informationszentrum an der Suche nach Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen beteiligen können. Gleichzeitig soll sie auch als einer der wenigen kostenlosen Orte des Aufenthaltes mit einer hohen Aufenthaltsqualität und ohne Konsumzwang für alle Menschen in der Stadt wahrgenommen werden.

---

# 18. Die Kleinsten in den Fokus rücken: Ein kinder- und familienfreundliches Münster

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Ausbau des Angebots der Kindertagesbetreuung und Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz im Primarbereich**
- **Umsetzung des Konzepts „grüne Kita“: nachhaltig und klimaneutral in Bau, Ausstattung und Betrieb**
- **nachhaltige und am Sozialraum orientierte Förderung von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und Familien**
- **Weiterentwicklung der Kooperation verschiedener Systeme wie Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen, Frauenhilfeeinfrastruktur, Polizei und Justiz**
- **Sichtbarkeit und Gleichstellung von queeren Familien, Kindern und Jugendlichen mit einem städtischen Aktionsplan LSBTIQ\***

Münster ist eine junge, schnell wachsende Stadt. Das schnelle Wachstum stellt sie auch vor große Herausforderungen: Sei es der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Prävention und wirksame Bekämpfung der Armut bei Kindern und Jugendlichen, der Abbau von Benachteiligungen und die Förderung von Teilhabe oder die Inklusion im umfassenden Sinne. Alle Maßnahmen sind an der Inklusionsperspektive auszurichten. Das gilt vor allem für Kinder mit behinderungsbedingten Handlungseinschränkungen, für Kinder, die in Armut aufwachsen, sowie für Heranwachsende mit Migrationshintergrund.

Die Aufgabe für die nächsten Jahre ist daher klar: Wir wollen eine mitwachsende Infrastruktur für Familien schaffen, damit alle Kinder und Jugendlichen in Münster gesund aufwachsen, wohlbehalten leben, gut lernen und ihre Persönlichkeit entfalten können. Handlungsleitend bei allen Aktivitäten ist für uns die Kinderrechtskonvention der UN, die in Deutschland seit 1992 geltendes Recht ist. In ihr sind grundlegende Rechte von Kindern benannt worden wie zum Beispiel der Vorrang des Kindeswohls bei allen Entscheidungen, die sie betreffen.

Dazu bedarf es einer starken Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. In Krisenzeiten hat sich gezeigt, wie engagiert, kreativ und leistungsstark die öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Münster in den unterschiedlichen Handlungsfeldern ist, um junge

---

Menschen und Familien bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen: angefangen bei den Frühen Hilfen über die Kindertagesbetreuung in Kita und offener Ganztagschule, die erzieherischen Hilfen, die Schwangeren-, Erziehungs- und Familienberatung, die offene Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bis hin zum Schutz von Kindern vor Misshandlung, Vernachlässigung, sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt. Dazu bedarf es neben der intensiven Kooperation der unterschiedlichen Systeme zu jeder Zeit einer guten personellen, finanziellen und sächlichen Ausstattung der öffentlichen und der freien Kinder- und Jugendhilfe – denn eine funktionsfähige Kinder- und Jugendhilfe ist systemrelevant.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Wir haben in den letzten Jahren die Kindertagesbetreuung in Kitas und Kindertagespflege, insbesondere in der Großtagespflege ausgebaut und mittlerweile im ü3-Bereich eine Versorgungsquote von über 104 Prozent erreicht. Für die kommenden Jahre haben wir 3.180 weitere Kita-Plätze auf den Weg gebracht. Im Bereich offener Ganztags haben wir Koordinationsfachkräfte freigestellt, mehr Gruppenleitungen eingestellt, Förderinseln ausgebaut und Qualitätsstandards verabschiedet.

Um Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen, haben wir ein Maßnahmenprogramm auf den Weg gebracht, das unter anderem die Stadtteilkoordination umfasst, damit Kinder, Jugendliche und Familien in prekären Lebensverhältnissen frühzeitig und niedrigschwellig von den vielfältigen Unterstützungsangeboten (etwa zur Förderung von Bildung und Teilhabe) erreicht werden. Zu nennen sind hier beispielhaft Sure Start, Familienhebammen, Kulturmittler\*innen, Familienpat\*innen, Bildungspilot\*innen und die Schuldenprävention für Jugendliche und junge Erwachsene.

Wir haben erreicht, dass ein Kinder- und Jugendgesundheitszentrums in Coerde eingerichtet wird, um die gesundheitliche Lebenslage armer Kinder und Jugendlicher zu verbessern. Auch die geplante Jugendberufsagentur geht auf unsere Anregung zurück.

## Kinderbetreuung: bedarfsgerecht und grün

Die Gründe, warum eine Stadt ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot vorhalten sollte, sind vielfältig: Ein Platz in der Kindertagesbetreuung erleichtert berufstätigen Eltern den Alltag, ermöglicht Alleinerziehenden – häufig Frauen\* – ein unabhängigeres Leben, und für Kinder aus bildungsfernen Familien bedeutet er den Abbau von Benachteiligungen. Wir GRÜNE sind uns dessen bewusst und werden das Angebot deshalb ausbauen. Unser Ziel ist, die Versorgungsquote im u3-Bereich auf mindestens 60 Prozent und im ü3- Bereich auf 108 Prozent zu steigern. Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Primarbereich zeitnah umsetzen. Ein besseres Angebot für die Randzeiten und die Ferienbetreuung von Kindern muss ergänzend hinzukommen.

---

Neben dem quantitativen Ausbau ist aber auch die Qualität des Angebots wichtig. Egal ob Kita, Tageseltern, der offene Ganzttag oder andere Formen der Betreuung von Kindern: Stetig und überall wird an einer qualitativen Weiterentwicklung gearbeitet. Grundvoraussetzung dafür sind gut aus- und fortgebildete Fachkräfte in den Einrichtungen, die ihrer anspruchsvollen Arbeit entsprechend bezahlt werden – sowohl bei der Stadt als auch bei freien Trägern. Dabei dürfen angemessene Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte im Hinblick auf personelle und materielle Ausstattung der Einrichtungen nicht aus den Augen gelassen werden.

Wir werden die Umsetzung und Einhaltung der von uns GRÜNEN verabschiedeten Qualitätsstandards im offenen Ganzttag vorantreiben und gemeinsam mit den Schulen, Vertreter\*innen und Akteur\*innen aus dem Bereich der offenen Ganzttagsschule sowie der Verwaltung stetig weiterentwickeln. Neben angemessenen Raumressourcen für den offenen Ganzttag, einer Verzahnung zwischen Schule und Ganzttag oder der individuelle Förderung zählt auch fachlich qualifiziertes Personal zu den 13 Qualitätsstandards im offenen Ganzttag. Hier reicht es allerdings nicht aus, einzig auf fachlich qualifiziertes Personal zu setzen: Auch die Arbeitsbedingung müssen in den Blick genommen werden, um letztlich ein in Gänze qualitativ hochwertiges Angebot gewährleisten zu können und der verantwortungsvollen Arbeit der dort Beschäftigten gerecht zu werden. Darüber hinaus wollen wir in den offenen Ganzttagsschulen die Gruppengröße reduzieren und bedarfsgerechte Mensen einrichten, um allen Kindern ein entspanntes Essen zu ermöglichen.

In der heutigen Zeit lässt sich Qualität aber auch an Aspekten wie Nachhaltigkeit und Klimaneutralität festmachen. Seit über einem Jahr gehen Kinder und Jugendliche freitags auf die Straße und streiken für mehr Umwelt- und Klimaschutz. Wir GRÜNE wollen den Forderungen der Streikenden nachkommen – auch in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung werden daher beim Bau, der Ausstattung, der konzeptionellen Ausgestaltung und dem Betrieb neuer Kitas zum obersten Gebot. Ebenso wird auf eine umweltschonende Einbettung in den jeweiligen Sozialraum geachtet und in allen Einrichtungen, von der Kita bis zur offenen Ganzttagsschule, wird die Versorgung auf regionale, saisonale und Bio-Lebensmittel umgestellt.

Wir wollen die Trägervielfalt in der Kindertagesbetreuung beibehalten, damit es Eltern möglich ist, die ihren pädagogischen und inhaltlichen Vorstellungen entsprechende Einrichtung für ihr Kind zu finden. Im Bereich der offenen Ganzttagsschule im Primarbereich wollen wir, dass die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe den Ganzttag gestalten, indem wir das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden. Finanziell abgesichert werden die freien Träger, indem wir die Dynamisierung der Trägerförderung beibehalten und bisher befristete Zuschüsse verstetigen.

---

## Selbstbestimmt und gerecht leben und lernen

Lebenswert und wohlhabend: So wird Münster oftmals beschrieben. Doch auch hier gibt es Familien, die mit Nöten und Sorgen zu kämpfen haben, und Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen. In einigen Stadtteilen sind Armut und die damit einhergehenden Folgen besonders konzentriert. Sozialraumorientierte Unterstützungsangebote, die Kinder, Jugendliche und Familien in den Vordergrund stellen, sind der beste Weg, die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern. Wille und Eigenverantwortung der Hilfesuchenden gehören dabei genauso zu den Gelingensbedingungen wie gut im Sozialraum vernetzte Fachkräfte öffentlicher und freier Träger und Ämter, die um die vorhandenen Ressourcen wissen. Da zu den Ressourcen auch die Finanzen gehören, sollen die Akteur\*innen vor Ort über feste Sozialraumbudgets verfügen, die bei Bedarf angepasst werden können. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe bzw. Hilfen zur Erziehung eines einzugrenzenden Sozialraums verfügen damit über die finanziellen Mittel, um präventive, sozialraumorientierte und flexible Hilfen anbieten zu können, statt einzig und allein auf ein System zu setzen, das erst dann aktiv wird, wenn ein Problem bereits aufgetreten ist.

Nach dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ müssen auf besondere Herausforderungen besondere Antworten gefunden werden. Während für die Einen ein Familienbesuch zur Geburt eines Kindes vielleicht ausreichend ist, brauchen andere Menschen mehr Hilfe und Unterstützung. Für Münster bedeutet das, dass für die Vielzahl verschiedener Stadtteile und ihrer Bewohner\*innen unterschiedliche Angebote vorhanden sein müssen, damit Familien überall gut leben und Kinder stets wohlbehalten aufwachsen können. Benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien wollen wir durch niedrigschwellige Infrastrukturangebote und Bildungsförderung begleiten. Für Coerde haben wir die Einrichtung eines Kinder- und Jugendgesundheitszentrums auf den Weg gebracht; das Konzept wollen wir jetzt auf andere Stadtteile übertragen.

Schon lange nicht mehr nur als reiner Lernort verstanden, findet für Kinder und Jugendliche insbesondere in den Schulen ein Großteil ihres Lebens statt. Umso wichtiger ist es, dass sie sich dort wohlfühlen. Bei Streit oder Mobbing, für Unterstützung im Schulalltag oder wenn Probleme und Sorgen von Zuhause mit in die Schule gebracht werden, braucht es entsprechende Fachkräfte, die sich mit verschiedenen Akteur\*innen unkompliziert austauschen können. Wir setzen uns deshalb für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen an den Schulen als multiprofessionelle Teams ein. In solchen Teams werden pädagogische Kompetenzen und räumliche Ressourcen zusammengedacht, um schulspezifische, an den Entwicklungsaufgaben und -bedürfnissen der Schüler\*innen sowie am Sozialraum orientierte ganzheitliche Konzeptionen zu entwickeln. Nur so kann den betroffenen Kindern und ihren Familien schnell und vollumfänglich geholfen werden. Ein solches Unterstützungsnetzwerk – von direkter Hilfe vor Ort bis zu höheren Ebenen – haben auch die Kitas in Münster verdient, denn dort werden die

---

Grundsteine für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt. Wir wollen deshalb ein Konzept zur Kitasozialarbeit entwickeln und umsetzen.

Mit einer Jugendberufsagentur garantiert Münster, dass auch ein weiterer Schritt in den Bildungsbiografien erfolgreich gemeistert wird: Der Übergang von der Schule in den Beruf. Alle für diesen Lebensabschnitt relevanten Akteur\*innen und Angebote finden in der Jugendberufsagentur zusammen und schaffen damit einen niedrigschwelligen Ort, der für junge Erwachsene Unterstützung bietet.

Ob Kita, Schule, offene Kinder- und Jugendarbeit oder Jugendverbandsarbeit: In allen mit Kindern und Jugendlichen arbeitenden Einrichtungen, Institutionen und Vereinen soll politische Bildung großgeschrieben werden. Wenn rassistische Anschläge, Populismus und Demokratiefeindlichkeit zunehmen, ist es mehr denn je Aufgabe aller – auch der Stadt Münster – sich dem entgegenzustellen.

## Vielfältig und willkommen: Kinder, Jugendliche und Familien

Familie ist da, wo Kinder leben – egal ob mit oder ohne Trauschein, gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchworkfamilie oder Alleinerziehende. Münster als vielfältige Stadt ist offen für alle Familien und unterstützt sie in ihren ganz individuellen Anliegen. Gleiches gilt für die Kinder und Jugendlichen. Ob Mädchen\* oder Junge\*, queer\* oder nicht: Die Stadt versteht sich als vertrauenswürdige Anlaufstelle, die in allen Lebenslagen hilft. Zu diesem Selbstverständnis gehört, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie einen zeitgemäßen Internetauftritt erhält, der Eltern und Erziehungsberechtigten sowie Kindern und Jugendlichen eine schnelle und unkomplizierte Kontaktaufnahme und Informationsübersicht für und in allen Lebenssituationen bietet. Mit einem städtischen Aktionsplan LSBTIQ\* in Münster wollen wir die Sichtbarkeit und Gleichstellung von queeren Familien, Kindern und Jugendlichen fördern.

Ein unerlässlicher Partner, wenn es um Kinderschutz und Beratung, Hilfe und Unterstützung geht, sind die freien Träger. Sie leisten wichtige Aufgaben für die Stadt und nicht zuletzt auch für die Kinder, Jugendlichen und Familien in Münster. Diese anspruchsvolle, oft auch herausfordernde Arbeit hat nicht nur Anerkennung, sondern auch die langfristige, verlässliche und ausreichende Unterstützung der Stadt Münster verdient. Dazu gehört auch ein stetiger Austausch auf Augenhöhe zwischen Verwaltung, Politik und den freien Trägern.

Freiflächen und Räume für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen einer wachsenden Stadt nicht zum Opfer fallen – im Gegenteil. Schulhöfe sollen mehr Aufenthaltsqualität gewinnen und den Münsteraner\*innen auch an den Wochenenden offenstehen. Mehr naturnahe, inklusive Spielplätze und attraktive Grünflächen sollen zum Bewegen, Spie-

---

len und Verweilen einladen, und Jugendliche sollen in Münster ausreichend Räume finden, wo sie ihren Interessen und Hobbys ungestört nachgehen können.

Als wachsender Stadt stellen sich Münster Fragen: Wie wird sich die Stadt entwickeln, wie soll sie zukünftig aussehen? Die Antworten auf diese Fragen sind für Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung, weil es ihre Zukunft betrifft. In politischen Entscheidungsprozessen sollen daher ihre Stimmen schon heute Gehör finden. Wir GRÜNE hören aber nicht nur zu. Wir wollen Kinder und Jugendliche mitdiskutieren und mitbestimmen lassen (*mehr hierzu im Kapitel 13*). Außerdem soll zukünftig stets darauf geachtet werden, dass die UN-Kinderrechte in allen Beschlüssen und Politikbereichen – von der Kinder- und Jugendpolitik über die Sportpolitik bis hin zur Stadtplanung – vorrangig berücksichtigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir eine Kinderrechtekommission beschlossen, die sich zeitnah konstituieren soll und ein Bewusstsein für die UN-Kinderrechte in der Münsteraner Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik schaffen soll. Kinder sollen verstärkt als Träger\*innen von eigenen, unveräußerlichen Rechten wahrgenommen und junge Menschen darin unterstützt werden, ihre Rechte zu verwirklichen. Neben der Beteiligung von Kommissionsmitgliedern aus verschiedenen Verbänden und Vereinen sowie dem Jugendrat und der Bezirksschüler\*innenvertretung legen wir daher großen Wert darauf, dass eine dem Alter und Entwicklungsstand von Kindern entsprechende Beteiligung gegeben ist. Echte politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedeutet für uns GRÜNE nämlich nicht, über sie zu sprechen, sondern Formate zu finden, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

---

# 19. Gesunde Stadt:

## Gute Gesundheit für alle präventiv und ortsnah

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes**
- **Gesundheitsversorgung ohne Barriere – geschlechtergerecht und inklusiv**
- **Ausbau der Gesundheitsprävention und gesunden Ernährung – sozialraum- und lebenslagenorientiert**
- **gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit psychischen Erkrankungen**
- **Drogen- und Suchthilfe ausbauen – Gesundheitsschutz stärken**

Wir GRÜNE engagieren uns dafür, dass Menschen in einer gesunden Umwelt aufwachsen und leben können. Eine gesunde Stadt bietet Zugang zu sauberem Wasser, frische Luft zum Atmen, gesunde Lebensmittel, Bewegungsräume im Freien, ein gutes Klima in den städtischen Quartieren, gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse und sichere Wege auch für die Kleinen oder für bewegungseingeschränkte Menschen. Zugleich brauchen wir Rahmenbedingungen, die für alle Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Lage Zugang zu Gesundheitsförderung, Prävention, Behandlung, Pflege und Rehabilitation sicherstellen.

### Erfolge der letzten Ratsperiode

Mit der Einführung der Gesundheitskarte haben wir erreicht, dass sich die gesundheitliche Versorgung der nach Münster geflüchteten Menschen deutlich verbessert. Zur Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung steht in Münster darüber hinaus ein Notfallfonds von jährlich 30.000 Euro bereit. Für eine bessere Gesundheitsversorgung für Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen ohne Papiere wurde zudem mit Landesmitteln die Clearingstelle „Klar für Gesundheit“ und eine KOMM IN Anlaufstelle eingerichtet. Mit kommunaler Unterstützung konnten bei freien Trägern Projekte zur Qualifizierung von Gesundheitsmittler\*innen mit Migrationsgeschichte auf den Weg gebracht werden.

Zur Förderung einer barrierefreien Gestaltung von Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsangeboten konnten wir erreichen, dass ein kommunaler Fördertopf über 20.000 Euro jährlich aufgelegt wurde.

---

Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitszentrum in Coerde haben wir ein wichtiges Angebot auf den Weg gebracht, um die gesundheitliche Lebenslage von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien zu verbessern.

Für einen umfassenden Ausbau der Transgender-Beratungs- und Unterstützungsangebote konnte unter Einbeziehung verschiedener Träger (TIMs, Aids-Hilfe, ProFamilia, VSE, Livas, KCM) eine kontinuierliche und umfängliche städtische Förderung fest im Haushalt der Stadt verankert werden.

Die Arbeit der Aids-Hilfe Münster zur Prävention bei HIV und bei sexuell übertragbaren Krankheiten haben wir unterstützt und finanziell abgesichert, ebenso die Arbeit vieler freier Träger im Bereich der psychosozialen Arbeit und der Krisenhilfe.

Wir haben die finanzielle Unterstützung freier Drogen- und Suchthilfeträger mit gesichert und einen Ausbau der Beratungsangebote bei INDRO unterstützt.

Schließlich haben wir einen Antrag auf ein Modellprojekt für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis mitinitiiert und einen entsprechenden Ratsbeschluss herbeigeführt. Die Stadt Münster war damit eine der ersten Städte, die einen entsprechenden Antrag an das zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gerichtet hat, der aber – wie die Anträge anderer Kommunen auch – bislang noch negativ beschieden wurde.

## Gute Gesundheitsversorgung für alle sichern

Eine gute Gesundheitsversorgung muss bedarfsgerecht und ohne Hürden zugänglich sein, sie muss auch für Menschen in prekären Lebenssituationen gesichert werden. Deshalb wird die zielgruppenspezifische und insbesondere die aufsuchende medizinische und gesundheitliche Hilfe weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Koordination und Vernetzung von Gesundheits- und Pflegenetzwerken in Stadtteilen und Quartieren wird gerade für Ältere und Menschen mit Unterstützungsbedarf immer wichtiger. Für Menschen mit Behinderung, wie auch für Menschen, die Gesundheitsangebote aufgrund von sprachlichen oder kulturellen Barrieren nicht in Anspruch nehmen können, muss der Zugang deutlich verbessert werden.

Auch diejenigen müssen uneingeschränkten Zugang zu unserem Gesundheitswesen erhalten, die keine gesetzliche Krankenversicherung haben oder von der medizinischen Regelversorgung nur schwer erreicht werden, wie Wohnungslose, Drogenabhängige, Menschen ohne Papiere oder Geflüchtete. Darüber hinaus muss ihnen Zugang zu regelmäßiger Körperhygiene ermöglicht werden.

---

## Kommunale Gesundheitspolitik und die Corona-Krise

Wir müssen aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie lernen. Dazu gehören für uns die Auswertung der Abstimmung innerhalb der örtlichen Krisensysteme unter Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenhäuser sowie anderer wichtiger Versorgungseinrichtungen und die Weiterentwicklung des örtlichen Pandemieplanes. Hierbei sollten Erfahrungen und Hinweise des Pflegerates NRW sowie der Krankenhausgesellschaft NRW einbezogen werden. Die Erarbeitung von risikoangepassten Schutzkonzepten für besonders schutzbedürftige Gruppen, die auch deren Lebensqualität weitestgehend im Blick behalten, ist ein wichtiger Baustein, um in ähnlichen Situationen in Zukunft besser vorbereitet zu sein. Die Planungen für die Beschaffung und Bevorratung von Schutzausrüstung, lebensnotwendigen Medikamenten und anderen medizinischen Gütern muss überarbeitet werden. Zudem sind regelmäßige Berichterstattungen zum Stand in den kommunalen Gremien einzuführen. Zur Stärkung des kommunalen Gesundheitsdienstes in seiner Aufgabenerfüllung sowie im Hinblick auf den Infektionsschutzbereich bedarf es mehr finanzieller Mittel.

## Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft ausbauen

Gesundheitspolitik ist keineswegs nur Aufgabe des Bundes und der Länder. Wir wollen in Münster den WHO-Grundsatz des „Health in all Policies“ ausbauen. Wir wollen ein übergreifendes Handlungskonzept, das systematisch die Auswirkungen von Entscheidungen auf Gesundheit und das Gesundheitssystem vor Ort berücksichtigt, um Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist als öffentliche Daseinsvorsorge in Zeiten der Pandemie, aber auch angesichts gesundheitlicher Auswirkungen des Klimawandels von besonderer Bedeutung. Wir wollen den ÖGD stärken sowie eine systematische Berichterstattung und die weitere Vernetzung – insbesondere mit den anderen Politikfeldern – ausbauen.

Neben den klassischen Feldern des ÖGD wollen wir in den kommenden fünf Jahren folgende Schwerpunkte setzen und Kapazitäten des öffentlichen Gesundheitsdienstes entsprechend ausbauen: Wir wollen die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung von Wohnungslosen, Menschen ohne Papiere sowie von Menschen im Asylverfahren erreichen. Der Ausbau der Prävention bei Infektionskrankheiten ist angesichts der Corona-Krise aktueller denn je. Dazu gehören auch die Weiterentwicklung des kommunalen Pandemieplanes und eine regelmäßige Fortschreibung sowie Einübung unter Einbeziehung sämtlicher Akteur\*innen. Zudem wollen wir den Ausbau der Psychiatriekoordination vorantreiben. Gleiches gilt für die digitale Datenbereitstellung und interaktive Informationsbereitstellung. Die lokale Kooperation und Vernetzung in der Gesund-

---

heitskonferenz und Konferenz Alter und Pflege wollen wir ebenfalls verfestigen. Zuletzt ist uns die Erhöhung der Attraktivität des ÖGD in Münster zur Gewinnung des Fachkräftenachwuchses und zum Verbleib im Beruf ein besonderes Anliegen.

## Gesundheitskonferenz und Gesundheitsberichterstattung

Die Kommunale Gesundheitskonferenz, in der sich lokale Akteur\*innen zu Gesundheitsthemen und zur Versorgung in Münster austauschen, soll wieder zwei Mal im Jahr öffentlich tagen und ihre Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem veröffentlichen. Das Themenspektrum Gesundheitsförderung und Prävention soll um umweltrelevante Aspekte erweitert werden. Außerdem wollen wir wieder eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung einführen. Diese ist Grundlage für die zielgruppenspezifische Gestaltung kommunaler Gesundheitspolitik.

## Lebenslagenspezifische Gesundheitsversorgung

### Gute Gesundheit von Anfang an

Wir wollen, dass alle Kinder gesund aufwachsen können. Wichtige Bedingungen dafür sind ausreichende Bewegung, eine gesunde Ernährung sowie gesundheitliche Informationen – wie frühzeitige Informations- und Schulungsangebote durch Familienhebammen in Kitas und Familienzentren. Für entsprechende Angebote haben wir gesorgt und wollen diese auch in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ein ausreichendes Bewegungsangebot und gesundes Essen in Kitas und Schulen erhalten, zusätzlich sollen bei vorhandenen Flächen Naschgärten zur Verfügung stehen.

### Schwangerschaft und Geburt

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Eltern vor, während und nach der Geburt gut betreut sind und sich in Münster keine schwangere Person allein gelassen fühlen muss. Mit einem „Runden Tisch Geburtshilfe“ wollen wir Versorgungslücken aufdecken und beheben. Wir wollen dabei insbesondere auch die Bedarfe von Familien mit besonderen Herausforderungen in den Blick nehmen: alleinerziehende Familien, Familien mit Fluchterfahrung, Familien mit Sprachbarrieren sowie Familien mit einem Elternteil mit Behinderung oder wenn ein Kind mit einer Behinderung erwartet wird. Dazu gehört auch der Ausbau der Haushaltshilfen und familienunterstützenden Hilfen in der Stadt Münster. Wir wollen zudem die Situation der Hebammen in der Stadt Münster stärken,

---

indem wir ihre regionale Vernetzung sowie die Vernetzung mit den Geburtshilfekliniken unterstützen.

## Gesundheitsversorgung inklusiv gestalten

In der nächsten Ratsperiode wollen wir den Ausbau und die Verstetigung des Förderprogramms „Inklusive Gesundheitsprojekte“ zum barrierefreien Ausbau der Gesundheitsangebote in Münster beschließen. Unser Ziel ist es, dass alle Einrichtungen und Dienste des Gesundheitssystems in Münster für alle Menschen zugänglich sind. Wer Unterstützung im Alltag oder Pflege benötigt, braucht kurze Wege und eine abgestimmte Gesundheitsförderung und -versorgung „aus einem Guss“, in dem alle Präventions- und Gesundheitsdienstleistungen barrierefrei im Quartier und Stadtteil zu erreichen sind. Wir GRÜNE wollen daher die Zusammenarbeit von Ärzt\*innenpraxen, Pflegediensten und -einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheits- und Unterstützungsdiensten sowie Krankenhäusern im Quartier stärken und ausbauen. Das Förderprogramm für die barrierefreie Gestaltung von Gesundheitseinrichtungen wollen wir auch in der kommenden Ratsperiode weiterführen.

## Gesundheitsversorgung geschlechtergerecht gestalten

Bei vielen gesundheitsbezogenen Aspekten zeigen sich geschlechterspezifische Unterschiede: Menschen unterschiedlichen Geschlechts werden unterschiedlich krank, sie nutzen auch Präventionsangebote unterschiedlich. Mit diesen Unterschieden und ihren Auswirkungen auf Forschung, Diagnose und Therapie beschäftigt sich die Gendermedizin.

Die Stadt Münster hat durch die Arbeit freier Träger wie Beratung und Therapie für Frauen\*, das KCM Schwulenzentrum, die Aids-Hilfe oder in Kooperation mit dem Männernetzwerk früh den Fokus auf eine geschlechterspezifische Betrachtung von physischer und psychischer Gesundheit gelegt. Insbesondere durch die jetzt institutionell geförderte Trans\*- und Inter\*-Beratung werden Gesundheitsbegleitung und -beratung weiter geschlechtergerecht ausgerichtet. Wir wollen geschlechtersensible Zugänge und Angebote der Prävention und Gesundheitsversorgung erhalten und stärken.

Eine große Versorgungslücke gibt es bei Schwangerschaftsabbrüchen. In der Stadt Münster gibt es zwar Schwangerschaftskonfliktberatungen unterschiedlicher Träger, aber kaum Praxen, in denen Abbrüche vorgenommen werden und keine einzige Klinik, die Abtreibungen durchführt. Hier Versorgungssicherheit zu schaffen, ist eine kommunale Aufgabe. Wir wollen daher ein entsprechendes Angebot schaffen, um gynäkologische Praxen vor Angriffen zu schützen und Schwangeren eine Behandlung vor Ort zu ermöglichen. Diese Einrichtung muss auch trans\* und inter\* Personen eine umfassende und diskriminierungsarme Beratung und Begleitung bieten.

---

## Gesundheitsversorgung für Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen ohne Papiere

Eine angemessene Absicherung im Krankheitsfall gehört zu den elementaren Menschenrechten. Im Leitbild Migration und Integration Münster ist festgehalten, dass die Stadt Münster für alle Zugewanderten einen gleichwertigen Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen erreichen und entsprechende Vorsorge-, Beratungs- und Betreuungsangebote im Gesundheitsbereich ermöglichen will. Wir wollen die Gesundheitsversorgung für geflüchtete Menschen, Asylsuchende und Menschen ohne Papiere sowie für EU-Zugewanderte sichern und bedarfsgerecht erweitern. Außerdem wollen wir den Einsatz von Gesundheits- und Kulturmittler\*innen ausweiten.

## Gesundheitsprävention stärken

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Prävention, Gesundheitsbildung, Bewegung, gesunde Ernährung und Patient\*innen-Empowerment gezielt ausgebaut werden.

## Gesunde Ernährung

Ernährungsbedingte Krankheiten wie Übergewicht, Diabetes und Bluthochdruck nehmen zu. Übergewicht ist heute insbesondere für Kinder eines der größten Krankheitsrisiken. Wo vegetarische und vegane Angebote verbessert und die positiven Wirkungen einer ausgewogenen und überwiegend pflanzlich basierten Ernährung auf Gesundheit und Klima aktiv kommuniziert werden, können sich Menschen bewusst für eine gesunde und klimaschonende Ernährung entscheiden.

Wir GRÜNE wollen eine Ernährungswende für Münster erreichen: Wir machen uns für eine verbesserte Ernährungsprävention stark und setzen uns dafür ein, dass Beratung und Informationsangebote in Kitas, Schulen und Heimen aufrechterhalten und möglichst intensiviert werden.

Wir wollen regionales, gesundes und bezahlbares Essen in der Gemeinschaftsverpflegung forcieren. Wir wollen Bio-Kost aus regionaler Herkunft in die Kitas und Schulen bringen und erreichen, dass auch in Kantinen und Mensen, in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Heimen täglich auch vegane und vegetarische Mahlzeiten angeboten werden. Wir werden dafür sorgen, dass in allen städtischen Kantinen Informationen bzw. Kennzeichen zur Tierhaltung, zu den verwendeten Eiern, zu den Nährwerten und zur Gentechnik jederzeit transparent sind. Über die Ausschreibung und das Leistungsverzeichnis werden wir Caterer verpflichten, unsere Ziele zur Einleitung der Ernährungswende zu beachten.

---

Wir unterstützen jegliche Initiative für höchste Hygienestandards in Gaststätten, Imbissen oder bei Lebensmittelproduzent\*innen. Hierzu gehört für uns auch eine angemessene Personalausstattung und Qualität für die Lebensmittelüberwachung.

Wir GRÜNE begrüßen die Initiative zur Gründung eines Ernährungsrates in Münster. Nur mit einer hohen Partizipation aller Interessengruppen kann eine Ernährungswende gelingen.

## Bewegung und Prävention 55+ fördern

In der dritten Lebensphase sind Ernährungsberatung, Stressbewältigung, Bewegungs- und Sportangebote und die Stärkung der sozialen Kompetenzen und sozialen Kontakte für Prävention und aktives Altern bedeutend.

Im Rahmen der Quartiersentwicklungsprojekte werden hierzu bereits Aktivitäten ergriffen. Auch im Rahmen der Stadtteilarbeitskreise „Älter werden in Münster“ werden zunehmend präventive Angebote entwickelt. Der Stadtsportbund setzt mit Unterstützung vieler Akteur\*innen das Programm „Gesund und bewegt älter werden“ um. Wir wollen Angebote wie Bewegungsparcours im öffentlichen Raum weiter ausbauen und setzen uns zum einen für Präventionsangebote im Lebensraum der Menschen insbesondere für Ältere und Menschen mit Beeinträchtigung ein (beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern, Wohngruppen, Werkstätten und Inklusionsunternehmen). Zum anderen ist uns eine bewegungsanregende Gestaltung von öffentlichen Freiräumen wichtig, die von allen Generationen für Spiel, Aktivitäten und Begegnung genutzt wird.

## Prävention Hitzeschutz

Aufgrund des Klimawandels muss auch in Münster mit häufigeren und längeren Hitzeperioden gerechnet werden. Besonders ältere Menschen sind von hitzebedingten Gesundheitsproblemen und einer erhöhten Sterblichkeit betroffen. Zur Prävention benötigen wir ein Register für Hitzerrisikopatient\*innen, um diese identifizieren und in enger Kooperation mit den Hausärzt\*innen beraten zu können. Wir GRÜNE werden uns für ein Projekt zur Erstellung eines Registers für Hitzerrisikopatient\*innen in Münster und für eine entsprechende Weiterentwicklung des kommunalen Hitzeaktionsplans einsetzen.

## Prävention bei HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten

Nach einem Rückgang steigt die Anzahl sexuell übertragener Erkrankungen in der letzten Zeit wieder leicht an. Die Aids-Hilfe macht hier eine kreative Aufklärungsarbeit und unterstützt wirkungsvoll das städtische Gesundheitsamt. Für die nächsten Jahre müssen zur Prävention neue Zugangswege zu Jugendlichen und Risikogruppen unter Einbezug

---

moderner Kommunikationsmedien entwickelt werden. In Europa nehmen die sexuell übertragbaren Krankheiten in den letzten Jahren wieder zu. Auch in Deutschland wird vor einer Zunahme von Erkrankungen gewarnt, die viele schon überwunden glaubten, wie Syphilis und Tripper. Hier setzen wir auf eine verstärkte Prävention und Aufklärung durch das Gesundheitsamt und auch in Schulen und durch entsprechende Beratungsstellen.

## **Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

Immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer schweren psychischen Störung Hilfe und Therapie. Damit verbunden besteht oft ein hohes Armutsrisiko für psychisch erkrankte Menschen aufgrund von betrieblichen Fehlzeiten oder dem Bezug von geringen Erwerbsminderungsrenten. Hier ist eine gute Beratung über die individuellen Rechte und Hilfen in dieser Lebenssituation wichtig. Dem Erhalt psychischer Gesundheit muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt, psychische Erkrankungen müssen enttabuisiert und die Prävention bei psychischen Erkrankungen muss ausgebaut werden.

Für akute Krisen sind Kriseninterventionen, wie telefonische Beratung und aufsuchende Hilfen rund um die Uhr, aber auch Krisenwohnungen und -pensionen oder Rückzugsräume als Alternative zur Klinik notwendig. Wir wollen erreichen, dass die Möglichkeit des Home Treatment, bei dem sich psychisch Erkrankte, statt in einem Krankenhaus zu Hause in der vertrauten Umgebung behandeln lassen können, ausgeweitet wird.

In Münster haben wir hier bereits eine Vielzahl von Trägern und Angeboten. Dies wollen wir bedarfsgerecht ausbauen, damit Menschen in akuten Krankheitsphasen und Krisen frühzeitig aufgefangen und Klinikaufenthalte gar nicht erst nötig werden.

Wir unterstützen die engagierte Arbeit der Selbsthilfe und setzen uns für einen Dialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ein. Zur Stärkung der Patient\*innen wollen wir Peer-to-Peer-Ansätze („Betroffene beraten Betroffene“) weiter ausbauen und stärken.

Wir wollen eine gute Prävention, Versorgung und Nachsorge für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen sowie Familien mit psychisch kranken Eltern oder traumatisierten Kindern sicherstellen. Hierzu gehören Kinder- und Jugendpsychiater\*innen sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeut\*innen, Erwachsenenpsychotherapeut\*innen und -psychiater\*innen, Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Kitas. Es ist wichtig, dass jede\*r mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise die jeweils individuell passende Hilfe und Therapie so schnell wie möglich erhält. So können oftmals chronische Verläufe vermieden werden. Gemeinsam mit den zuständigen Akteur\*innen

---

wollen wir daher erreichen, dass das Vor-Ort-Angebot entsprechend bedarfsgerecht ausgestaltet wird.

Wir wollen die Angebote des betreuten Wohnens für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen deutlich ausweiten und die Arbeit der Träger in der Krisenhilfe stärker unterstützen, damit die Angebote weiter ausgebaut werden können. Home Treatment als Alternative zur stationären Krankenhausversorgung gilt es auszuweiten. Die Psychiatriekoordination wollen wir erweitern. Zudem wollen wir die finanzielle und räumliche Unterstützung von Selbsthilfegruppen ausweiten. Wir wollen auch eine Website für mehr Transparenz über alle Angebote zur psychischen Gesundheit in Münster einrichten.

Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, dass die Angebote zur Aufklärung über und Prävention vor psychischen Erkrankungen an Schulen, Hochschulen, VHS oder freien Trägern beispielsweise im Gesundheitshaus erweitert werden, in der Beratung der Peer-to-Peer-Ansatz (erfahrene Betroffene beraten Betroffene) ausgeweitet und eine dialogische Grundhaltung in der psychosozialen Versorgung verankert wird.

## Leben am Lebensende

Die meisten Menschen haben den Wunsch, in ihrer gewohnten Umgebung und nicht allein zu sterben. Münster verfügt bereits über ein differenziertes Angebot von hospizlichen und palliativen Versorgungsstrukturen. Hierzu gehören die ehrenamtlichen und ambulanten Hospizdienste, Pflegedienste, mit dem „Lebenshaus“ und dem Johannes-Hospiz zwei stationäre Hospize, Hospizarbeit in Pflegeheimen und auch die Palliativstationen in Krankenhäusern. Kultursensible Hospizarbeit, seelsorgliche Begleitung und Trauerbegleitung und grundsätzlich eine hospizliche Haltung kommen unverzichtbar hinzu. Netzwerkstrukturen sind ein wichtiger Baustein in der multiprofessionellen Zusammenarbeit aller an der Versorgung Beteiligten. Hierzu arbeitet bereits das „Palliativnetz Münster“, das eine größtmögliche Zusammenarbeit der medizinischen und sozialen Einrichtungen in Münster gewährleistet.

Dennoch gibt es Herausforderungen und Anforderungen, um die Versorgung und Begleitung von schwerkranken und sterbenden Menschen wie ihren An- und Zugehörigen noch stärker als bisher zu ermöglichen. Ziel und Anspruch ist ein barrierefreier Zugang zu den Angeboten. Dies betrifft zum Beispiel Menschen aus einkommensschwachen Familien, viele Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Demenz oder junge Menschen mit einer tödlich verlaufenden Krankheit.

Wir wollen Informationsmaterialien und Angebote für die Zielgruppen bedarfsgerecht ausbauen und das Hospiz- und Palliativnetzwerk stärken und weiterentwickeln. Auch wollen wir die ambulanten Dienste und Hospizarbeit bei der Umsetzung der Aufgaben

---

und Anforderungen durch eine bessere Refinanzierung (Überarbeitung der Rahmenvereinbarung zu § 39a Abs. 2 SGB V im Land) stärken.

## **Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen**

Wir GRÜNE stehen dafür, dass Drogen nicht verharmlost, aber auch nicht ideologisch verteufelt werden. Wir setzen auf wirksame Prävention und Jugendschutz, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Abhängige sollen die Hilfen bekommen, die sie brauchen. Suchterkrankungen führen meistens dazu, dass für die betroffenen Menschen ein normales Leben kaum noch möglich ist. Im fortgeschrittenen Stadium führen sie oft zu Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Folgeerkrankungen und sozialer Isolation. Meist ist hiervon auch das soziale Umfeld wie Familie und Freund\*innen betroffen. Wir GRÜNE wollen die Hilfe- und Beratungsangebote für suchtkranke Menschen verstetigen und weiter ausbauen.

Münster besitzt durch freie Träger, Selbsthilfe und Stadt bereits ein breites Angebot an Beratung und Hilfen für Menschen mit Suchterkrankungen. Hierzu gehören Angebote des freien Trägers INDRO e.V. mit der drogentherapeutischen Ambulanz und dem Drogenkonsumraum für opioidabhängige Menschen, sowie die niedrigschwelligen Angebote der medizinischen Akutversorgung durch die mobile Spritzenentsorgung und -vergabe. Diese Angebote bilden die Grundlage einer gesundheitspolitischen Versorgung, die das Überleben vieler betroffener Menschen sichert, sie müssen weiter gefördert werden.

Um auf die Heterogenität von Abhängigkeiten, beispielsweise Alkohol-, Glücksspiel- oder Onlinesucht und andere nicht stoffgebundene Suchterkrankungen adäquat reagieren zu können, braucht es ein vielfältiges Hilfsangebot. Dieses wollen wir weiter vorantreiben. Zielgruppenspezifische und aufsuchende Hilfen werden auch in Zukunft in der Sucht- und Drogenhilfe eine große Rolle spielen. Geschlechterspezifische Unterstützungsangebote sind notwendig. Dies gilt für alle Formen der Suchterkrankung. Für die Suchthilfeplanung unserer Stadt brauchen wir eine entsprechende Berichterstattung und Koordination.

Wir wollen, dass die Arbeit des Kontaktladens und die drogentherapeutische Ambulanz mit dem Drogenkonsumraum weiter ausgebaut und hierzu auch die Räumlichkeiten von INDRO e.V. deutlich erweitert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass niedrigschwellige, aufsuchende und proaktive Unterstützung auch außerhalb der Räumlichkeiten gefördert wird, sowie dass niedrigschwellige Angebote zur Schadensminderung, wie die Ausgabe sauberer Spritzen, ausgeweitet und auch die Möglichkeit zum Überprüfen der Inhaltsstoffe von Drogen (Drugchecking) eröffnet wird. Hierzu wollen wir ein Modellprojekt auf den Weg bringen. Zudem wollen wir erreichen, dass erneut ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis

---

unter gesundheitlichen und sozialen Aspekten bei Einhaltung des Jugendschutzes und des Verbraucherschutzes beim Bundesinstitut beantragt wird. Schließlich wollen wir erreichen, dass eine Suchtkoordination geschaffen wird.

Im Bund setzen wir uns für einen grundlegenden Wandel in der Drogenpolitik und gesetzliche Änderungen zum Umgang mit Cannabis ein, die eine kontrollierte Abgabe ermöglichen.

## Kooperation und Vernetzung

### Gesundheitsregion Münsterland

Münster ist durch eine Vielzahl von Krankenhäusern, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, durch die Universitätsklinik sowie einige Forschungseinrichtungen eine Gesundheitsstadt von regionaler und überregionaler Bedeutung. Hier finden sich Angebote der Grundversorgung, aber auch hochspezialisierte Versorgungen für Menschen mit chronischen oder seltenen Erkrankungen oder für Menschen mit mehrfacher Behinderung. Viele Einrichtungen in Münster übernehmen Versorgungsfunktionen für die Menschen im gesamten Münsterland und darüber hinaus in die Niederlande und nach Niedersachsen.

Wir wollen die Gesundheitsregion Münsterland stärken. Hierzu wollen wir die Kooperation und Vernetzung systematisch ausbauen, um Versorgungsbrüche für Patient\*innen mit komplexen oder chronischen Erkrankungen zu vermeiden und koordinierte Leistungen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir den Ausbau telemedizinisch gestützter Versorgung weiter vorantreiben und für Münster und das Münsterland zugänglich machen, um Menschen mit komplexem Hilfebedarf eine qualitativ hochentwickelte und berufsgruppenübergreifende Versorgung zu ermöglichen.

### Gesundheitswirtschaft Münsterland – neue Aufgaben nach der Corona-Krise

Die Gesundheitswirtschaft trägt zu einem Großteil der Wertschöpfung in unserer Stadt bei. Jeder sechste Arbeitsplatz ist dem Gesundheitsbereich zuzuordnen. Wir wollen das Potential in unserer Stadt für Forschung und Entwicklung bei der Bekämpfung von Erkrankungen noch stärker nutzen, aber auch die Ansiedlung von Unternehmen der Gesundheitswirtschaft befördern. Dem Netzwerk Gesundheitswirtschaft Münsterland e.V. kommt auch bei der Bewältigung der Corona-Pandemie, bei der Sicherung wichtiger medizinischer Güter sowie der Innovation und dem Forschungstransfer besondere Bedeutung zu.

---

Der Fachkräftemangel in den Kranken- und Pflegeeinrichtungen ist auch in Münster spürbar, insbesondere die ambulanten Pflegedienste haben große Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden. Die Corona-Krise hat diese strukturelle Problematik noch einmal sehr deutlich werden lassen. Die wichtige Arbeit der Pflegekräfte für unsere Gesellschaft muss sich in entsprechenden Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten widerspiegeln. Die Pflegeberufe, in denen überwiegend Frauen\* arbeiten, müssen attraktiver werden. Auf Bundesebene wollen wir uns für bessere tarifliche Eingruppierungen des Kranken- und Pflegepersonals einsetzen.

## Austausch im Gesunde-Städte-Netzwerk

Münster ist seit vielen Jahren Mitglied im Gesunde-Städte Netzwerk, das Teil der „Gesunde Städte“-Bewegung der WHO ist. Das Netzwerk will Gesundheitsförderung als gesellschaftspolitische Aufgabe im öffentlichen Bewusstsein verankern. Daher arbeiten hier Fachleute aus dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen und aus den Bereichen Umwelt, Wohnen und Stadtentwicklung gemeinsam mit Initiativen und Projekten sowie der Selbsthilfebewegung. Als Gesunde Stadt muss die Gesundheitsförderung in Münster breiter aufgestellt und stärker in alle Planungsprozesse integriert werden, sei es in Stadtteilentwicklungsprozesse, Quartiersprojekte und bei weiteren Planungsprozessen. Deshalb wollen wir die Mitgliedschaft im „Gesunde Städte“-Netzwerk weiter beleben und bei der Entwicklung von Präventionsstrategien in Bezug auf die großen Volkskrankheiten, besonderen Zielgruppen und den Strukturen vor Ort den Austausch intensivieren.

---

# 20.Sport: Bewegtes Münster

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **vereinsungebundenen Sport für alle und überall**
- **Vereine mit Vorbildfunktion bei Fairness, Gesundheit und Nachhaltigkeit**
- **. eine dezentrale Bäderlandschaft mit kurzen Wegen für Kitas und Schulen**
- **Aufwertung der Sportinfrastruktur in allen Quartieren**
- **die Weiterentwicklung des Sportparks Berg Fidel mit Stadion- und Hallensanierung**

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In der vergangenen Amtszeit des Rates haben wir GRÜNE mit der Aufwertung der Sportflächeninfrastruktur und dem Baubeginn bei den Sporthallen am Pascalgymnasium und an der Erich-Klausener-Realschule schon große Schritte nach vorne machen können. Auch die Umsiedlungen der Großvereine Westfalia Kinderhaus und TSV Handorf zählen dazu. Im Schwimmsport konnten wir mit der Sanierung des Hallenbades Kinderhaus die Infrastruktur verbessern und durch die Spatenstiche für das Südbad sowie das Bürger\*innenbad Handorf wichtige Wegmarken überqueren, um die Möglichkeiten für Schwimmer\*innen in Zukunft zu erweitern. Mit der deutlichen Verbesserung der Bäderöffnungszeiten und Wassertemperaturen ist auch für die Gegenwart viel erreicht worden.

An der zweiten städtischen Gesamtschule haben wir uns für den Bau einer Vierfach-Sporthalle erfolgreich eingesetzt.

Darüber hinaus haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es zu einer Erhöhung der finanziellen Vereinsunterstützung über den Stadtsportbund gekommen ist. Ebenfalls wurden im Haushalt finanzielle Mittel zur Sanierung des Preußenstadions bereitgestellt.

## Bewegte Kommune

Wir GRÜNE erkennen die besonderen Aufgaben, die der Münsteraner Sport in vielerlei Hinsicht erfüllen kann. Gesundheits-, Klima-, und Umweltförderung, Bildung, Integration, demografischer Wandel und Inklusion finden sich im kommunalen Sport wieder und helfen Alt und Jung bei der persönlichen Entwicklung.

Wir wollen jede\*n einzelne\*n dieser Stadtgesellschaft zusammen mit dem Stadtsportbund als Vertreter der Münsteraner Sportvereine und der Sportverwaltung im Rathaus unterstützen. Wir sehen uns darüber hinaus in der Pflicht, Strukturen für den vereinsungebundenen Sport zu erhalten und auszubauen - am Skatepark Berg Fidel, an den Lauf-

---

wegen der Sentruper Höhe, den Freiflächen am Aasee und in jeder Quartiersplanung im Stadtgebiet.

## Gemeinsam für eine nachhaltige Sportförderung

Die öffentliche Sportförderung wird zu einem großen Teil von den Kommunen getragen, d.h. die Stadt Münster ist trotz der Zuschüsse aus Bund und Land der Anker des organisierten und vereinsungebundenen Sportes. In der Trias Stadtsportbund, Sportverwaltung und Sportpolitik werden jährlich die städtischen Gelder - auch in Zeiten knapper Kassen - in Absprache verteilt.

Hierbei braucht Münster eine klare und transparente Prioritätensetzung durch eine kommunale Sportentwicklungsplanung, die den Bedarf und die Bedürfnisse unter Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen abbildet.

Dies gilt sowohl für Großprojekte und -veranstaltungen wie für die alltägliche Unterstützung der Vereine gemäß Sportförderrichtlinien. Diese Richtlinien gilt es unserer Ansicht nach anzupassen, um das besondere soziale Engagement der Vereine wertzuschätzen.

## Jugend in Bewegung

Für Kinder und Jugendliche in Münster haben Sport und Bewegung eine herausragende Bedeutung für ihre körperliche und emotionale Entwicklung.

Unseres Erachtens werden wertvolle gesellschaftliche Werte wie Toleranz, Empathie und Gemeinschaftsgefühl bei Sieg und Niederlage während der sportlichen Aktivitäten geschult. Der organisierte Sport, die freien Sporttreffs oder die begleitete Fankultur des SC Preußen sind wegen der außerschulischen Jugendarbeit wertvolle Partner der Stadt Münster. Wir wollen Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche erhalten und erweitern sowie die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen im offenen/ gebundenen Ganztage unterstützen. Sport und Bewegung müssen für Kinder und Jugendliche wohnortnah möglich und Bäder dezentral vorhanden sein.

## Ehrenamtliches Engagement

Der organisierte Sport mit über 90.000 Mitgliedern in den Münsteraner Sportvereinen ist der größte Träger bürgerschaftlichen Engagements.

Wir GRÜNE sehen neben den Vereinen auch die Freiwilligenagentur Münster weiter als Anlaufstelle für engagierte Ehrenamtler\*innen. Wir gewähren Unterstützung bei der Akquirierung bisher unterrepräsentierter Gruppen, wie beispielsweise Frauen\*, Menschen mit Handicaps, Migrant\*innen oder junge Alte der Altersgruppe 60+.

---

## Sportstättenentwicklung

Für uns GRÜNE müssen bei der Sportstättenentwicklung Umwelt- und Klimaschutzaspekte von Beginn an genauso mitgedacht werden, wie eine Sportstätteninfrastruktur, die barrierearm und für alle zugänglich ist. Wir wollen einen Sport für alle fördern und unsere Sportstätteninfrastruktur so weiterentwickeln, dass Menschen mit Einschränkungen gleichberechtigt an Sport und Bewegung teilhaben können. Dies gilt für eine neu zu erstellende Rad- und Rollbahn, eine Beachvolleyballhalle oder eine Sportanlage für den „american sport“ genauso wie für die zu sanierenden Bolzplätze des vereinsungebundenen Sports. Wir wollen neue Konzepte wie Mehrgenerationenspielplätze oder inklusive Bewegungsgelegenheiten fördern und bestehende Sporträume wie Schulhöfe, Spielplätze und Grünanlagen öffnen. Wir GRÜNE lehnen die Schließung von Bolz- und Spielplätzen ab - wollen neue Flächen für Sporttrends und das „active design“ im öffentlichen Raum mit Fitnessideen ebenso wie mit Ruheräumen aufwerten. Hierbei muss selbstredend auf die Barrierefreiheit geachtet werden.

Die Hallen- und Freibäder haben eine Aufwertung bei der täglichen Nutzungsdauer, aber auch der Verlängerung der Saison erlebt. Die Coburg hat mit dem Anschluss an das Fernwärmenetz eine Verbesserung in den Wassertemperaturen erfahren, die wir uns auch für die übrigen Freibäder wünschen. Eine ausgelagerte Bäderverwaltung in Verbindung mit erneuerten Marketingkonzepten kann ebenfalls zu einer Aufwertung beitragen. Dies soll schon das neu errichtete Südbad und das mit ehrenamtlichem Engagement erbaute Bürger\*innenbad in Handorf betreffen. Der Schwimmsport braucht zudem eine 50m-Bahn, um den Trainings- und Wettkampferfordernissen ganzjährig gerecht werden zu können.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung der inklusiven Tanzgruppen wie funky e.V., die geeignete Räumlichkeiten benötigen.

## Profi- und Leistungssport in der Stadt

Münster ist auf dem Weg zu einer Sportstadt, was sich auch in der Förderung des Leistungssports zeigt, der bei den vielen Veranstaltungen im Rad-, Reit- und Beachvolleyballsport in Kombination mit dem Breitensport stattfindet. Wir stehen hinter unseren Athlet\*innen, unterstützen den Leistungssport im Rahmen der kommunalpolitischen Verantwortung, sagen aber auch deutlich, dass wir in erster Linie ein Augenmerk auf den Breitensport haben. Der Sportpark Berg Fidel wird mit dem städtischen Stadion an der Hammerstraße nachhaltig, d.h. mit zukunftsfähigem Energiekonzept saniert, um den Anforderungen des Profisportes bei Basketball, Volleyball und Fußball - hier inklusive eines Nachwuchsleistungszentrums - zu entsprechen. Wir GRÜNE betonen, dass eine kommunale Finanzierung des Profisports nicht die Aufgabe der Stadt Münster darstellt.

---

# 21. Münster: Eine Kulturstadt für alle

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **eine vielfältige, krisenfeste Kulturlandschaft**
- **den weiteren Ausbau des Anteils der freien Szene an der Kulturförderung**
- **Prüfung aller kulturpolitischen, konzeptionellen, stadtplanerischen und finanziellen Implikationen für einen Musikcampus, bevor eine Entscheidung fällt**
- **die Stärkung der Kultur in den Stadtteilen**
- **eine verstärkte Förderung von Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche**

Kunst und Kultur sind demokratierelevant. Sie prägen den weltoffenen Charakter unserer Stadt. Sie sind von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, ermöglichen selbstbestimmte Lebensentwürfe, fördern die Bildung und den Dialog über gesellschaftlich relevante Themen.

Wie wichtig Kunst und Kultur als Erlebnis-, Begegnungs- und Diskussionsraum für unsere Stadt sind, hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Sie hat aber auch deutlich gemacht, wie krisenanfällig die Förderstrukturen vor allem für freie Kunst- und Kulturschaffende sind – und das, obwohl wir dort in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen erzielen konnten.

Münster braucht diese vielfältige Kunst und Kultur. Eine lebendige Kulturszene in der Breite wie auch in der Spitze ist für Münster eine Zukunftsfrage und entscheidend für die Attraktivität von Stadt und Universität. Sie ist elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die individuelle Entfaltung, für den interkulturellen Austausch und die Bewahrung von kulturellem Erbe. Angesichts der boomenden Kreativwirtschaft vor Ort ist Kultur auch ein wachsender ökonomischer Faktor.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Die Förderung der freien Szene bildete in den letzten Jahren den Schwerpunkt unserer Kulturpolitik. So haben wir im Rat beschlossen, dass die Stadt für die Renovierung und Erweiterung der Probenmöglichkeiten, Ateliers und Büros im ehemaligen Heerde-Kolleg am Hoppengarten Geld bereitstellt. Das Projekt B-Side am Hafen haben wir von Anfang an konzeptionell unterstützt und finanziell gefördert. Die städtischen Projektmittel für die freie Szene haben wir über verschiedene Fördertöpfe massiv erhöht und mit einer Dynamisierung der Betriebskostenzuschüsse erstmals auch für eine regelmäßig Anpassung der Unterstützung für Teile der nicht-städtischen Kultureinrichtungen gesorgt. Wir

---

haben die Anschubfinanzierung für eine Kindertheaterkonzeption ermöglicht und das Straßentheaterfestival Flurstücke durch finanzielle Absicherung verstetigt. Für das Cuba die Stadt auf unsere Initiative hin einen Zuschuss zur feuerschutzrechtlichen Ertüchtigung gezahlt.

Im Jahr 2017 fanden zum fünften Mal die Skulptur Projekte statt, die wir wieder finanziell unterstützt haben. Die Ausstellung ist auf so große Resonanz gestoßen wie keine ihrer Vorgängerinnen. Das wachsende Interesse an der bildenden Kunst haben wir aufgegriffen und uns konzeptionell und finanziell dafür eingesetzt, dass Münster als Ort zeitgenössischer Kunst auch zwischen den Skulptur-Projekte-Jahren stärker wahrgenommen werden kann.

Wer dauerhaft im Kulturbereich arbeitet, braucht verlässliche Arbeitsstrukturen. Deshalb haben wir bei der Westfälischen Schule für Musik reguläre Stellen anstelle von Honorarverträgen geschaffen. Außerdem haben wir die Arbeit der Villa ten Hompel und die der Stadtteilkultur durch zusätzliche Stellen unterstützt.

## Kultur braucht Infrastruktur – auch und gerade nach der Pandemie

Kunst und Kultur brauchen Raum für Fantasie und spielerisches Ausprobieren, für Begegnung und demokratischen Diskurs, für kulturelle Integration und Bildung. Grüne Kulturpolitik verfolgt deshalb das Ziel, die finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen, in denen sich die Kulturschaffenden frei entfalten können, systematisch weiterzuentwickeln. Dazu braucht es ein abgestimmtes Förderinstrumentarium, welches einerseits das Erproben von Kreativität und die sinnliche Erfahrung von Kunst für alle ermöglicht, andererseits die logistischen und finanziellen Voraussetzungen für professionelle und semiprofessionelle Kunstproduktion sichert. Ein solches Fördersystem muss flexibel, transparent und auch mutig sein.

Die Sicherung und weitere Ausgestaltung einer vielfältigen kulturellen Infrastruktur ist uns angesichts der Corona-Pandemie besonders wichtig. So wollen wir größere Flurschäden im Kulturbereich verhindern und für die Zukunft krisenfeste Strukturen schaffen. Wir wollen kreative Freiräume wie Proberäume, Ateliers und soziokulturelle Zentren bereitstellen und erhalten und ihre Nutzungsmöglichkeiten durch Strukturinvestitionen verbessern und erweitern.

Die B-Side braucht ein verlässliches und attraktives Modell, eventuell analog zum Selbstverwaltungs-Modell am Hawerkamp. Für den Erhalt des Hawerkamps und das Selbstverwaltungsprojekt Kulturszene Hawerkamp haben wir GRÜNE uns stets eingesetzt und unterstützen den Trägerverein bei seinen Erweiterungsplänen. Das Proben- und Atelierzentrum im ehemaligen Heerdekolleg am Hoppengarten wollen wir sanieren und konzeptionell weiterentwickeln. Aktuell wegfallende Proben- und Produktionsräu-

---

me speziell für freie (Kinder-)Theatergruppen wollen wir bedarfsgerecht ersetzen und zusammen mit den Kindertheaterinitiativen ein Konzept für die zukünftige Präsentation kindgerechter Angebote entwickeln. Leerstehende, nicht vermietete Räumlichkeiten wollen wir anmieten und für die temporäre Nutzung kultureller Initiativen zur Verfügung stellen.

Zur Krisenprävention und zur Weiterentwicklung kultureller Formate gehört auch eine spartenübergreifende digitale Infrastruktur. Wir wollen vorhandene Ansätze zur Entwicklung digitaler Kulturangebote unterstützen und ein Konzept zur Produktion und Präsentation qualitativ hochwertiger digitaler Kultur in Münster fördern, das den Kontakt zum Publikum erleichtert und Künstler\*innen eine adäquate Bezahlung sichert.

## Kultur braucht Kooperation

Wir streben ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Angeboten der institutionalisierten Kulturträger und der freien Szene an und wollen die Kooperation stärken. Dazu ist eine beständige Infrastruktur mit Raum für neue Ansätze und spartenübergreifende Projekte notwendig.

Nach unseren Vorstellungen soll auch der Musikcampus institutionalisierte Kultur und freie Szene verbinden und das ganze Spektrum von musikalischen Spitzenleistungen bis zu Proberäumen für Bands und kleine Ensembles und Produktionsräume mit entsprechender Infrastruktur umfassen. Ein solches Projekt könnte ein großer Gewinn für Münster sein - es muss aber auch seriös finanziert werden. Wir werden alle kulturpolitischen, konzeptionellen, stadtplanerischen und finanziellen Implikationen für einen Musikcampus – vor dem Hintergrund der Folgen der Corona-Krise, aber auch angesichts der Arbeitsbedingungen im Musikbereich – prüfen, bevor wir eine entsprechende Planungs- und Investitionsentscheidung treffen.

Das Kulturredamt soll nach unserer Vorstellung auch in der Zukunft als kompetente Anlaufstelle zur Unterstützung Kulturschaffender bei der Realisierung ihrer Projekte fungieren – wie es das zuletzt auch in der Corona-Krise mit Erfolg getan hat. Dies reicht von der Beratung über Fördermöglichkeiten und Antragsstellung über die Vermittlung von Kontakten und Arbeitsräumen bis zur Moderation zwischen den Ämtern und externen Institutionen.

Münster muss eine entscheidende Rolle einnehmen, wenn es um die Förderung des Kulturgutes Spiel geht. Die verschiedenen Formen von Spielen wie die klassischen Karten- und Brettspiele, aber auch modernere Formen wie Rollen- oder Videospiele bringen Menschen zusammen. Sie sollen ihren festen Platz in der Kulturszene bekommen und für die Stadtgesellschaft Bänder des Zusammenhalts knüpfen. Insbesondere die Wichtigkeit für junge Menschen ist nicht zu unterschätzen. Den einerseits ist Spielen selbst eine kreative Angelegenheit, aber mit der Erfindung neuer Spiele und der Umsetzung

---

von neuen Ideen bei alten Spielen gibt es einen oft übersehenen Punkt. Spieletreffs, Ideenwettbewerbe und Moddingevents müssen angestoßen und mit Infrastruktur unterstützt werden.

## Kultur ist für alle

Unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund und ihren Lebensumständen wollen wir allen Menschen eine für sie attraktive kulturelle Teilhabe ermöglichen. Das schließt interkulturelle Projekte wie das Afrikafestival und Veranstaltungen mit niedrigschwelligem Zugang wie die Grünflächenunterhaltung ein. Transkulturelle Projekte und den interkulturellen Austausch wollen wir gezielt fördern, unter anderem dadurch, dass sich auch städtische Einrichtungen für entsprechende Veranstaltungen vermehrt öffnen.

Kulturelle Teilhabe muss bezahlbar sein. Wir sprechen uns dafür aus, für mehr Menschen Ermäßigungen anzubieten, zum Beispiel im Rahmen des Münster-Passes und für Auszubildende.

Kultur gehört nicht nur in Münsters Zentrum, sondern auch in die Stadtteile. Wir wollen kulturelle Angebote in den Stadtteilen stärken und an die Besonderheiten der Stadtteile anpassen. Dadurch schaffen wir Orte der Begegnung, des gemeinsamen Erlebens und der Diskussion. Kulturelle Teilhabe soll auch für die weniger mobilen Gruppen der Bevölkerung selbstverständlich möglich sein.

Kinder brauchen kulturelle Bildung und kreative Entfaltungsmöglichkeiten. Deshalb legen wir Wert auf die Vernetzung von Kultur und Schule, beispielsweise im offenen Ganztage, im fächerübergreifenden Unterricht, in Projekten des interkulturellen Lernens und mit Angeboten des Stadtarchivs, des Stadtmuseums, der Villa ten Hompel und der Musikschulen. Darüber hinaus wollen wir spezielle Kulturprojekte und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche fördern und die Entwicklung von Konzepten für die Profilierung von Kinderkulturarbeit unterstützen.

Im Angebot von Musikunterricht außerhalb von allgemeinbildenden Schulen (zum Beispiel in Musikschulen, offenem Ganztage, Ferienprogrammen) liegt der Fokus ganz klar auf der Förderung von Gesang und dem Erlernen von Instrumenten. Diese sind die Kernbereiche der Musik, und ohne sie würde die Musik nicht funktionieren. Zur Musik gehören aber auch viele Aspekte, die man sich fast nur selbst beibringen kann, weil es keine entsprechenden Angebote in ausreichender Anzahl gibt. Bereiche wie das Komponieren, Dirigieren, Mixen und Mastern sowie andere Aspekte der Musikproduktion bleiben so vielen musikalischen Menschen verschlossen. Deshalb soll es in Zukunft Angebote geben, die auch diese Bereiche einschließen. Wir müssen musikalische Talente und Ideen umfassend fördern.

Münster braucht auch die Präsentation von Kunst mit internationalem Format. Angebote wie die Skulptur Projekte, das Lyrikertreffen, das Jazz-Festival, die Flurstücke oder Gast-

---

aufführungen im Pumpenhaus sind Publikumsmagneten und impulsgebend für das kommunale Kulturleben. Um sich weiter entfalten zu können, benötigt die lokale Szene Begegnungen mit internationalen Kunstakteur\*innen und Kunstproduktionen, an deren Standards sie sich messen kann.

## Kultur ist ein Standortfaktor

Münster ist eine kulturbegeisterte Stadt. Sie gleicht einem künstlerischen Forschungslabor, in dem auch die aktuellen Tendenzen junger Kunst zu bestaunen sind. Diese Besonderheit verdankt die Stadt den vielen jungen Menschen, die sich an der Kunstakademie, der Musikhochschule, den Literaturseminaren oder der FH für Grafik und Design im Rahmen ihrer Ausbildung professionell mit Kultur- und Kunstproduktion beschäftigen. Eine systematische Förderstruktur soll dafür sorgen, dass den Talentiertesten auch nach dem Studium professionelle Arbeitsbedingungen und Entwicklungschancen in Münster offenstehen.

Ob es gelingt, das überdurchschnittliche Potential Münsters an Kultur-Schaffenden zu fördern und zu nutzen, ist eine der Schlüsselfragen zur Zukunftsfähigkeit der Stadt in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die Entwicklungschancen der Kreativwirtschaft müssen genutzt werden, so wie dies beispielsweise am Hafen zu beobachten ist. Dort leben mittlerweile sehr viele Menschen von und für die Kultur und geben sich in einer spannenden Mischung gegenseitig Impulse: Architekt\*innen, Schauspieler\*innen, bildende Künstler\*innen, Musiker\*innen, Verlagsmitarbeiter\*innen, Gastronom\*innen und andere.

Eine lebendige Kulturszene spielt eine wichtige Rolle im Wettbewerb der Städte um Aufmerksamkeit, Menschen und Investitionen. Münsters Chancen sind gut – wir wollen sie nutzen! Zugleich ist für uns aber auch klar, dass Kultur ihre Berechtigung aus sich selbst heraus hat und nicht auf einen Standortfaktor reduziert werden darf.

---

# 22. Münsters Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- **mehr Arbeitsplätze durch ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften**
- **angewandte Gemeinwohlökonomie in Münster**
- **wohnortnahe Versorgungsstrukturen**
- **die Förderung nachhaltiger Gründungen**

Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaft, die die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen sichert und Wohlstand für alle schafft. Unser Wirtschaften muss mit der Umwelt und den Ressourcen, die sie uns zur Verfügung stellt, achtsam umgehen. Wir gestalten eine generationengerechte Ökonomie, in der niemand zurückgelassen wird. Denn wir tragen alle Verantwortung: für uns selbst, die Menschen in unserer Stadt und Region, für unsere Umwelt und auch dafür, dass die Generationen, die nach uns kommen, eine faire Chance haben. Der Klimawandel zwingt uns zum Handeln. Und zwar jetzt.

Wir streiten für eine sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft und somit für ein zukunftsfähiges Münster. In diesem Sinn stehen wir für einen Green New Deal. Denn ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften schafft Arbeitsplätze!

## Erfolge der letzten Ratsperiode

Wir GRÜNE haben uns in den vergangenen Jahren erfolgreich für die Neuausrichtung bei der Vergabe von Gewerbeflächen eingesetzt. Durch die Hinzunahme von Kriterien wie einen möglichst geringen Flächenverbrauch, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Bereitschaft zur Beschäftigung von SGB-II Empfänger\*innen oder Anzahl von Ausbildungsplätzen haben wir neue Maßstäbe gesetzt. Zudem haben wir mit einem finanziellen Zuschuss der Stadt in Höhe von 5 Mio. Euro zur Ansiedlung des Batterieforschungszentrums beitragen können.

## Gemeinwohlökonomie: ganzheitlich wirtschaften

Wir GRÜNE wollen, dass die Münsteraner Wirtschaft die Stadt für alle lebenswerter macht und einen möglichst positiven Gesamteinfluss auch auf globale Zusammenhänge hat. Dieses Bestreben findet sich in allen unseren Forderungen wieder. Einen ersten Schritt haben wir bereits gemacht: mit der „Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030“ und dem Handlungsprogramm Klimaschutz 2030, dem die Stadt Münster verpflichtet ist. Über die einzelnen Forderungen hinaus wollen wir ein ganzheitliches Wirtschaften zur

---

Leitlinie der öffentlichen Einrichtungen in Münster machen, indem wir diese dabei unterstützen, unternehmerisch ganzheitlich zu denken und zu entscheiden. Wir wollen damit als Stadt vorangehen und der Forderung der Bundes-GRÜNEN nach einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft nachkommen.

Für dieses Vorhaben bietet sich in unserer Stadt die Bilanzierung der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) an. Die GWÖ ist ein Diskussionsanstoß, der Werte in den Vordergrund unternehmerischen bzw. organisatorischen Handelns stellt. Anhand von Kriterien wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Standards, Transparenz und Mitentscheidung können Unternehmen bzw. Organisationen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen. Es geht dabei nicht darum, eines der von verschiedenen Autor\*innen vorgeschlagenen Systeme einer Gemeinwohlökonomie komplett zu übernehmen, sondern konkrete Ideen zu entwickeln und sie auf kommunaler Ebene umzusetzen. Von uns GRÜNEN angestoßen, hat es bereits 2018 einen Ratsbeschluss zur Förderung der GWÖ gegeben. Auf diesem bauen wir auf:

1. GWÖ-Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen beachten
2. Unter Einhaltung der Bundes- und Landesvergabegesetze wollen wir Organisationen mit einer GWÖ-Bilanzierung (oder Vergleichbarem) gesondert beachten und bei einer hinreichend positiven Bilanz bevorzugen.
3. GWÖ-Bilanzierungen von Münsters Unternehmen erleichtern
4. Wir wollen ein Förderprogramm ins Leben rufen, das Unternehmen in Münster bei einer GWÖ-Bilanzierung unterstützt. Es soll angeschlossen sein an eine Wirtschaftsförderung, die den Unternehmen einen Wandel hin zu ganzheitlich wirtschaftenden Unternehmen erleichtert.
5. Wirtschaftsförderung an GWÖ-Kriterien koppeln
6. Wir wollen die Gewerbeflächenvergabe an GWÖ-Kriterien koppeln. Wenn keine GWÖ-Bilanzierung vorliegt, soll eine Kurzbilanzierung angefertigt werden, nach den bereits erwähnten Kriterien für die Gewerbeflächenvergabe. Auch bei der Förderung von Startups sollen nach GWÖ-Kriterien besonders sozial und nachhaltig agierende Unternehmensideen bevorzugt werden.
7. Die Stadtverwaltung und ihre öffentlichen Unternehmen GWÖ-bilanzieren
8. Auch die öffentlichen Unternehmen der Stadt Münster sollen eine GWÖ-Bilanzierung erstellen und ihren Erfolg an dieser messen. Bis 2024 sollten alle GWÖ-Bilanzen für die Münsteraner\*innen einfach im Internet abrufbar sein. Die Entwicklungen sollen in festen Intervallen überprüft werden.
9. Schaffung einer öffentlichen Stelle zur Förderung der GWÖ

Ergänzend wollen wir eine öffentliche Stelle schaffen, die federführend für die Umsetzung dieser Schritte verantwortlich ist und die Bilanzierung der öffentlichen Unternehmen begleitet.

---

## Gewerbegebiete umweltfreundlicher nutzen

Wir GRÜNE werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass für Gewerbegebiete möglichst wenig Fläche versiegelt wird. Wo es möglich ist, ist Flächenrecycling zu bevorzugen. Wir werden über entsprechende Bebauungspläne entsprechende Vorgaben machen, die die Bebauung mit eingeschossigen Bauten sowie den Bau oberirdischer Parkplätze einschränken und von ansiedlungswilligen Unternehmen ein Mobilitätskonzept erwarten. Neue Gewerbegebiete sollen über eine optimale Anbindung an den ÖPNV, an Bahnhaltepunkte, (Schnell)Busverbindungen, Velorouten und Radwegeverbindungen verfügen. Auch bereits bestehende Gewerbegebiete wollen wir einer ökologischen Transformation unterziehen und sie somit umweltfreundlicher und klimaschonend gestalten.

Die Flächen für Technologieförderung sind auf große Nachfrage gestoßen und inzwischen ausgereizt. In den vergangenen Jahren haben wir durch die Erweiterung des Biotechnologiezentrums zusätzliche Kapazitäten geschaffen, die zusätzlichen Raum für Arbeitsplätze sowie Forschung und Entwicklung bieten. Hier ist insbesondere die Kooperation mit der Universität Münster ein voller Erfolg. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wollen wir mit einer zusätzlichen Erweiterung des Technologiebereiches an der Steinfurter Straße/Austermannstraße fortführen.

Bei diesem und weiteren neu entstehenden Quartieren wollen wir Wohnen und Arbeiten in enger Nachbarschaft möglich machen, indem im Erdgeschoss Gewerbe-, Labor- und Büroflächen geschaffen werden und darüber Wohnungen. So soll die Fläche besser und sparsamer genutzt werden. Es führt auch zur Belebung des Viertels. Diese Struktur erleichtert auch den Spagat zwischen Familie und Beruf. Wir GRÜNE fordern zudem symmetrische Gigabit-Glasfaser-Anschlüsse für alle Unternehmen in Münster (*mehr hierzu im Kapitel 12*).

## Grundstücksvergabe nach gemeinnützigen Kriterien

Wir GRÜNE wollen Grundstücke bevorzugt an Unternehmen vergeben, die den folgenden Kriterienkatalog am besten erfüllen: An erster Stelle stehen Unternehmen mit einer GWÖ-Bilanzierung (oder Vergleichbarem). Sie werden gesondert beachtet und bei einer hinreichend positiven Bilanz bevorzugt behandelt. Erwartet wird ein eigenes umweltfreundliches Mobilitätskonzept oder/und ein eigenes Klimaschutzkonzept (Energieeffizienzbauweise, Passivhausstandard, Photovoltaik auf den Dächern). Wer Langzeiterwerbslose einstellt, um diesen eine neue Arbeitsplatzperspektive zu bieten, profitiert ebenso bei der Vergabe. Gleiches gilt bei der Beschäftigung und Neueinstellung von Auszubildenden. Unternehmen, die die öffentlichen Vorgaben für Menschen mit Behinderung erfüllen, werden bevorzugt. Ebenfalls relevant sind eine faire und soziale Entlohnung sowie eine sich der Gleichberechtigung verpflichtende Gehaltsstruktur.

---

Insbesondere soll es zu keinen weiteren Autohäusern in Gewerbegebieten kommen. Im Besonderen im Hansa-BusinessPark hat die Ansiedlung von Autohäusern überhandgenommen. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Es gibt in Münster ausreichend Autohäuser – wir wollen die wertvollen Flächen für nachhaltigere Unternehmen vorhalten!

## Einzelhandel:

### Wohnortnahe Versorgung sichern – kein Hafencenter!

Das Einzelhandelskonzept hat sich grundsätzlich bewährt und soll weiterentwickelt werden: Wir GRÜNE stehen für die Stärkung und Neuansiedlung von kleinteiligem, wohnortnahem Einzelhandel. Die nachhaltige Entwicklung eines Quartiers muss sich an den Bedürfnissen und Bedarfen seiner Bewohner\*innen orientieren und nicht an den Bestrebungen von einzelnen Unternehmen. Der großflächige Einzelhandel droht dabei, kleinteilige Angebote und eine vielfältige Struktur zu verdrängen. Daher lehnen wir das vollkommen überdimensionierte Großprojekt Hafencenter weiterhin ab, egal, ob es als „Markthalle“ oder „E-Center“ am Hansaring betitelt wird. Stattdessen setzen wir uns für soziale Einrichtungen für das Quartier und für dringend benötigten Wohnraum ein. Anwohner\*innen und lokale Gewerbetreibende kämpfen bisher mit großer Unterstützung der Öffentlichkeit erfolgreich gegen das „Hafencenter“. Wir werden sie dabei auch in Zukunft unterstützen. Der neue Rat muss deshalb die Beschlüsse zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das Hafencenter kippen und einen Plan für ein urbanes Quartier ohne großflächigen Einzelhandel aufstellen.

Auch der großflächige Einzelhandel „auf der grünen Wiese“ ist für uns keine Option. Wir setzen uns ein für eine qualitative Stärkung der vorhandenen Zentren. Dies gilt auch für die einzelnen Stadtteile, um dort wohnortnahe Einkäufe zu ermöglichen. Dies spart insbesondere überflüssige Autofahrten.

### Nachhaltige Gründungen fördern

Wir GRÜNE setzen auf eine neue Gründungsoffensive und wollen insbesondere den Aufbau nachhaltiger Unternehmen fördern. Gründer\*innen, deren Ziel es ist, sich mit unternehmerischen Mitteln für mehr soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz einzusetzen (sogenannte social entrepreneurs), finden in Münster derzeit noch wenig gezielte Unterstützung, wie sie in anderen Städten zum Beispiel die Social Impact Labs leisten.

Wir wollen, dass Menschen, die sich beruflich selbstständig machen wollen, die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote mehr nutzen. Noch immer starten zu viele Selbstständige ohne Beratung und Begleitung. Diese Angebote müssen für die so-

---

genannte Vorgründungsphase präserter und aktiver beworben werden. Von der Wirtschaftsförderung und den Partnern des Gründungsnetzwerks erwarten wir entsprechende Initiativen und Konzepte.

Die „Gründergarage“ war eine wichtige Initiative, die Gründungsteams Beratung, Begleitung, Netzwerke und günstige Räume für den Start bieten konnte. Wir werden weitere dieser Projekte mit einer dezidiert nachhaltigen Ausrichtung unterstützen und gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und weiteren Partner\*innen des Gründungsnetzwerks dem Social Business auch in Münster mehr Raum geben, damit neue Ideen und Innovationen wachsen können.

Bei den Gründungen aus der Hochschule sind digitale und technologieorientierte Geschäftsmodelle besonders stark, allerdings mit einer oftmals rein männlichen Besetzung der Teams. Auch im vom Land NRW geförderten Digital Hub, an dem auch die Wirtschaftsförderung über den Verein münster.LANDdigital e.V. beteiligt ist, sind Frauen\* deutlich in der Minderheit. Wir wollen im Bereich dieser Zukunftstechnologien mehr Geschlechtergerechtigkeit. Vor allem bei den innovativen und digitalen Startups braucht es gendersensible und entsprechend steuernde Strategien. Ein Beispiel dafür ist die Vergabe von Förderungen insbesondere an diverse Teams.

## **Batterieforschungsfabrik in Amelsbüren: Verbindung von Forschung, Entwicklung und Umsetzung**

Mit dem Zuschlag für das Batterieforschungszentrum in Amelsbüren hat die Stadt Münster einen wichtigen infrastrukturellen Baustein erhalten, um nachhaltige Antriebs- und Speichertechniken zu fördern. Durch die Verbindung von Forschung, Entwicklung und Umsetzung wollen wir E-Mobilität in großem Umfang voranbringen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, das Batterieforschungszentrum zu unterstützen. Durch die Verbindung von Forschung, Entwicklung und Umsetzung entstehen neue Arbeitsplätze und wir leisten hier in Münster einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung und eine Elektrifizierung des Verkehrs.

## **Ökoprofit weiter fördern und das Angebot ausbauen**

Münster hat sich seit rund 20 Jahren an dem Landesprojekt „Ökoprofit“ beteiligt und 120 Unternehmen aus Münster und der Region geholfen, ressourcenschonender zu wirtschaften, nachhaltiger zu investieren und Energie und Wasser einzusparen. So sparen die Unternehmen jährlich 4 Mio. Euro und 17.800 Tonnen CO<sub>2</sub>. Dieses Förder- und Beratungsprojekt wollen wir weiterhin fördern und neuen Unternehmen zugänglich machen. Ganz nach dem Motto: Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben!

---

## Münsters Allianz für Klimaschutz

Münsters Allianz für Klimaschutz ist ein Zusammenschluss von über 100 Münsteraner Unternehmen, Verwaltung und Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen, um den Klimaschutz in Münster voranzubringen. Die Wirtschaft will ihren Beitrag zum Klimaschutz und für die Klimaziele Münsters leisten. Diese Initiative sorgt für Investitionen und Arbeitsplätze! Wir wollen diese Kooperation ausweiten und dafür sorgen, dass sich möglichst viele Unternehmen und Selbstständige beteiligen (*Informationen zu unserem Konzept für den Flughafen Münster-Osnabrück im Kapitel 6*).

## Nachhaltige Industrie

Wir GRÜNE schätzen die Präsenz von Industrieunternehmen in der Stadt. Viele dieser Unternehmen haben eine große Zahl an Beschäftigten und Ausbildungsplätzen. Wir wollen diese Unternehmen bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützen: Einsparung und Speicherung von Betriebs- und Arbeitsstoffen, Nutzung erneuerbarer Energien- und Speichertechniken, um nachhaltig wirtschaften zu können und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

---

## 23. Der Arbeitsmarkt in Münster – fair, sozial, geschlechtergerecht und inklusiv

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **neue Arbeitsplätze durch Energiewende und Klimaschutz**
- **Geschlechtergerechtigkeit und Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf**
- **die Vermeidung prekärer Arbeitsverhältnisse**
- **den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und Arbeit**
- **einen inklusiven Arbeitsmarkt**
- **einen guten Berufseinstieg für Jugendliche**
- **verbesserte berufliche Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte**

Ziel grüner Politik ist die eigenständige Existenzsicherung und Teilhabe durch Arbeit. Wir stehen für faire Löhne und einen sozialen Arbeitsmarkt, der geschlechtergerecht und inklusiv ist und allen Menschen Teilhabe durch Arbeit ermöglicht. Erwerbsarbeit und Sorgearbeit müssen so organisiert sein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft ihre Verwirklichungschancen ergreifen können. Die Aufwertung von Care-Arbeit muss ein Schwerpunkt der städtischen Arbeitspolitik sein.

Die Stadt Münster hat dabei als Arbeitgeberin eine wichtige Gestaltungs- und Vorbildfunktion beim Aufbrechen geschlechterstereotyper Arbeitsteilungen sowie bei der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes. Zugleich hat sie die Aufgabe, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Fachkräfte bezahlbaren Wohnraum, eine gute Kinderbetreuung und attraktive Bildungs- und Freizeitangebote finden. Sie sollen in unserer Stadt gut leben und arbeiten können. Wir betrachten abhängige Beschäftigung und selbstständige Arbeit als gleichwertige berufliche Optionen, die wir entsprechend unterstützen.

Die Corona-Krise hat enorme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. In der Gastronomie, im Tourismus, in Kunst, Kultur und Weiterbildung haben viele Menschen ihre Arbeit verloren. Freiberufler\*innen haben keine Aufträge mehr, Studierende verlieren Jobs zur Studienfinanzierung, wer im Niedriglohnsektor arbeitete, steht ohne Absicherung da.

Kleine Beschäftigungsträger haben keine Einnahmen mehr, wodurch auch mittel- und langfristig Strukturen wegzubrechen drohen. Beratungen zur beruflichen Entwicklung

---

sind ausgesetzt mit z.T. dramatischen Folgen für Ratsuchende und freiberufliche Berater\*innen.

Wir wollen den Handlungsdruck, der durch die Krise entsteht, durch geeignete Maßnahmen abfedern. Wir müssen in den Branchen, die durch die Krise wachsen, vor allem die nachhaltigen Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften unterstützen.

## Erfolge der letzten Ratsperiode

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE uns für den Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen bei der Stadt Münster, beispielsweise an der Musikschule, erfolgreich eingesetzt. Wir haben ein Programm initiiert, in dem es um gezielte Förderung von besonders Benachteiligten, z.B. älteren SGB II Empfänger\*innen geht. Unser Einsatz für diese Maßnahmenangebote hat dazu geführt, dass in Münster ein sozialer Arbeitsmarkt aufgebaut wurde, in dem jährlich 20 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für SGB II Empfänger\*innen (insgesamt fast 200 öffentlich geförderte Stellen) ausgeschrieben werden. Insbesondere auch die Teilzeitmöglichkeit ist für viele Alleinerziehende von großer Bedeutung. Beispielhaft ist zudem die Förderung des Kooperationsprojektes der Fachstelle für gemeinnützige Arbeit (FAGA) mit dem Emshof zwecks Ertüchtigung einer Scheune, die Langzeitleistungsbeziehenden eine berufliche Perspektive eröffnet und zudem eine gute Infrastruktur für die nachhaltige und ökologische Bildung von Kindern und Jugendlichen schafft. Mit der Umgestaltung der städtischen Kantine im Stadthaus I (Café 1648) und der neuen Organisation als Inklusionsunternehmen mit Beschäftigten mit und ohne Behinderung, haben wir einen weiteren Baustein für die Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes in Münster gelegt.

## Neue Arbeitsplätze schaffen

Wir müssen die Branchen stärken, in denen Innovationen und neue Arbeitsplätze entstehen.

## Energiewende und Klimaschutz schaffen Arbeitsplätze und stärken die regionale Wirtschaft

Durch Investitionen in Energiewende und Klimaschutz und gute Rahmenbedingungen für nachhaltige Unternehmen stärken wir die lokale Wirtschaft und schaffen neue Arbeitsplätze.

Durch planerische Vorgaben bei Neubauten, Anreize zur Sanierung von Altbauten und eine Verkehrswende hin zu mehr Umweltverbundverkehr schaffen wir Zukunftsarbeitsplätze. Auch eine dezentrale Energieproduktion wie auch regionale biologische Produktionsweisen schaffen Arbeitsplätze, etwa durch lokale Fernwärmeprojekte, die Entwick-

---

lung hin zur solaren Stadt und ökologische Landwirtschaft. Damit dies gelingt, brauchen wir nicht nur entsprechende Vorgaben, sondern auch eine Fortbildung von Planer\*innen, Handwerksbetrieben und Verbraucher\*innen. Dann kann die lokale Wirtschaft profitieren, ein Win-Win für Klimaschutz und lokale Wirtschaft (*mehr hierzu im Kapitel 3*).

## Gesundheitswirtschaft stärken

Der demografische Wandel, medizinisch-technische Entwicklungen und ein gestiegenes Gesundheitsbewusstsein lassen die Nachfrage nach Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung steigen. Die Gesundheitswirtschaft bietet große Chancen für Wachstum und Beschäftigung.

Die Gesundheitswirtschaft ist nicht nur eine High-Tech-Branche mit einem entsprechenden Arbeitskräftepotential, sondern auch eine Branche, in der innovative Dienstleistungskonzepte für Quartiere, wie Quartiersbringdienste, entstehen, die wir aktiv unterstützen wollen.

Gesundheit und Demografie sind Zukunftsthemen. Um den demografischen Wandel zu gestalten, müssen wir die Gesundheitswirtschaft stärken. Und das angesichts eines schon jetzt enormen Fachkräftemangels in der Gesundheits- und Pflegebranche. (*mehr hierzu im Kapitel 19*). Hier sind eine bessere tarifliche Entlohnung, mehr Kapazitäten für die Ausbildung, aber auch eine attraktive Infrastruktur gefordert, um Fachkräfte anzuziehen.

In der Gesundheitswirtschaft sind es vor allem die pflegerischen Berufe, die überwiegend von Frauen\* ausgeübt werden. In den Berufen der erwerbsförmigen Sorgearbeit sind mehrheitlich Frauen\* tätig. In Pflegediensten sind etwa 87 Prozent, in Pflegeheimen 85 Prozent der Beschäftigten Frauen\*. Ähnlich sieht es in der Kindererziehung und -betreuung aus. Die Care-Arbeit in Krankenhäusern, Pflegeheimen und privaten Haushalten wie auch die Assistenz für Menschen mit Unterstützungsbedarf muss neu bewertet werden. Wir machen uns auch weiterhin für die Weiterentwicklung und qualitative Steigerung der Pflegeleistungen in der kommunalen Daseinsvorsorge stark.

## Startups als Jobmotor

Laut dem jüngsten Startup-Monitor schaffen Startups durchschnittlich 18 Arbeitsplätze. Startups setzen auf Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Aufgabe der Wirtschaftsförderung in Kooperation mit Hochschulen und Wirtschaft (zum Beispiel Digital Hub) muss es sein, gute Rahmenbedingungen für Startups zu schaffen. Dazu gehören insbesondere Räume für innovative und kreative Gründungen, vor allem im Bereich des Social und Green Business (*mehr zu unseren Konzepten zu Gründungen im Kapitel 22*).

---

## **Geschlechtergerechtigkeit und Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf**

Das Geschlecht spielt in der Arbeitswelt eine zentrale Rolle. Wir haben einen geschlechterdifferenzierten Arbeitsmarkt mit einer geschlechterspezifischen Berufswahl, wenigen Frauen\* in Führungspositionen, überwiegend Frauen\* in Minijobs und Teilzeit, mit einer schlechten Entlohnung der sogenannten SAHGE-Berufe (Soziale Arbeit, Haushaltnahe Dienstleistungen, Gesundheit, Erziehung), einem Gender Pay Gap und einer Diskriminierung von inter\* und trans\* Personen.

Damit Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und eine existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle Geschlechter möglich werden, sind flexiblere Arbeitsformen sowie eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern erforderlich. Die Vereinbarung von Privatleben, Familie und Beruf braucht flexible Rahmenbedingungen in Unternehmen, Verwaltungen bzw. Organisationen, stabile Kinderbetreuungsangebote und Entlastung bei der Pflege von Angehörigen. Vor allem Alleinerziehende brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine gute Kinderbetreuung, auch in den Randzeiten, um beruflich erfolgreich sein zu können.

Neben flexiblen und mobilen Arbeitsformen ist Teilzeitarbeit eine Möglichkeit, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu organisieren. Noch wird Teilzeit überwiegend von Eltern mit kleinen Kindern genutzt, darunter sind in der Mehrheit die Mütter. Die Folge sind geringere Einkommen, eingeschränkte Aufstiegschancen und damit spürbare Brüche in der Berufsbiografie. Um Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu stärken, muss Teilzeit für alle gefördert und intensiviert werden. Teilzeit darf nicht zum Karrierehindernis werden.

21 Prozent beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen\* und Männern\*. Die Ursachen sind vielfältig und längst bekannt: Berufe, die überwiegend von Frauen\* ausgeübt werden (soziale und Gesundheitsberufe) sind tariflich unterbewertet. Durch Brüche in der Berufsbiografie durch Teilzeit und Familienarbeit haben Frauen\* geringere Aufstiegschancen. Die faktische Schlechterbezahlung von Frauen\* bei gleicher Tätigkeit wird verstärkt durch eine fehlende Lohntransparenz.

Um den Anteil von Frauen\* in Führungspositionen bei der Stadt Münster zu erhöhen und auch Aufstiege aus Teilzeittätigkeiten zu ermöglichen, wollen wir veränderte Beurteilungskriterien einführen, die Teilzeittätigkeit, Telearbeit, Eltern- und Pflegezeiten stärker positiv werten.

## **Prekäre Arbeitsverhältnisse vermeiden**

Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit, Teilzeitbeschäftigung und befristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen nur bedingt eine

---

eigenständige Existenzsicherung. Auch wenn diese Beschäftigungsverhältnisse innerhalb individueller Erwerbsverläufe und Lebensplanungen erwünscht sein können, bergen sie langfristig die Gefahr einer prekären Erwerbssituation. So können geringfügige Beschäftigungen für Studierende, Rentner\*innen oder als kurzfristiger Zuverdienst eine sinnvolle Möglichkeit sein, als Brücke in den Arbeitsmarkt sind die 450-Euro-Jobs dagegen ungeeignet. Mit der Umwandlung der geringfügigen Beschäftigungen (Minijobs) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse an den Offenen Ganztagschulen und an der Westfälischen Schule für Musik haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich Menschen mit qualifizierter Arbeit beruflich weiterentwickeln können.

Mit Leiharbeit werden aber prekäre Arbeitsverhältnisse in bestimmten Branchen unterstützt und innerhalb von Betrieben ein Zwei-Klassensystem von Beschäftigten geschaffen. Für viele Beschäftigte ist Leiharbeit keine Brücke in den „ersten Arbeitsmarkt“, sondern eine dauerhaft prekäre Beschäftigungssituation. Wir GRÜNE stehen für sichere, tariflich entlohnte und unbefristete Arbeitsverhältnisse.

## Faire Löhne für Erzieher\*innen und Pflegekräfte

Die Arbeit in pflegenden und erzieherischen Berufen ist häufig geprägt von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit geringen Löhnen und ungewollter Teilzeit. Sie geht zudem oft einher mit gesundheitlichen Belastungen, es fehlen Um- und Aufstiegsmöglichkeiten. Der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung fordert, dass die SAHGE-Tätigkeiten statt zu „Sackgassenberufen“ zu echten „Lebensberufen“ werden müssen, in denen die Beschäftigten dauerhaft gut arbeiten und sich entwickeln können.

Wir GRÜNE setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen besonders in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein und engagieren uns für eine gerechte Entlohnung von Erzieher\*innen und Pflegekräften.

Zugleich setzen wir uns für einen Wandel der Pflegeinfrastruktur ein: weg von Großeinrichtungen hin zu kleinen Pflegeeinheiten mit individuellem Wohnen. Auch neue Pflegekonzepte wie „Buurtzorg“, die professionelle Pflege mit Präventionsarbeit und dem Aufbau eines Unterstützungsnetzwerkes im Quartier verbinden, fördern diesen Wandel.

## Die Erwerbssituation älterer Arbeitnehmer\*innen verbessern

In Münster ist die Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen in den letzten Jahren zwar gestiegen, gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen bei den älteren Arbeitnehmer\*innen deutlich gewachsen. Dabei sind in vielen Bereichen Frauen\* besonders betroffen, oft aufgrund unsteter oder prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Um die

---

Beschäftigungsförderung älterer Menschen in der Stadt Münster weiter zu verbessern, haben wir uns für ein kommunales Bündnis zur Beschäftigungsförderung älterer Arbeitnehmer\*innen eingesetzt.

Wir wollen Altersarmut und deren Ursachen entgegenwirken. Ursächlich sind hierfür oft prekäre Erwerbsbiografien und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten wollen wir hier gegensteuern. Dabei sind eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung und entsprechende Angebote und Förderungen notwendig.

## **Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen – Perspektiven für alle SGB II-Empfänger\*innen schaffen**

Wir GRÜNE verfolgen das Ziel, Langzeitarbeitslosen und Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II-Bezug wieder eine berufliche Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Das von der Bundesregierung verabschiedete Teilhabechancengesetz hat aus unserer Sicht zu enge Kriterien (z.B. Förderung erst nach vier Jahren SGB II-Bezug), deshalb werden wir die von uns initiierte kommunale Förderung fortsetzen. In den letzten fünf Jahren konnten wir die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten ausbauen, um Menschen im SGB-Bezug eine Perspektive zu eröffnen.

Wir haben 120 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei freien Trägern und 40 bei der Stadt Münster geschaffen. Dazu kommen weitere vom Bund geförderte Arbeitsplätze. Vor allem für ältere Arbeitnehmer\*innen ab 55 geht es darum, berufliche Perspektiven zu schaffen. Fair entlohnte Beschäftigung verhindert Altersarmut.

Unser Ziel ist es, diese Entwicklung weiter voranzutreiben. Bei 4.000 bis 5.000 Langzeitleistungsbezieher\*innen muss der soziale Arbeitsmarkt weiter ausgebaut werden.

Arbeitslosenzentren und -beratungen (MALTA, Beratung im Cuba und in Münster Nord) leisten eine unverzichtbare Arbeit für den betroffenen Personenkreis. Wir werden uns für eine Fortführung und bedarfsgerechte Erweiterung der kommunalen Unterstützung einsetzen und uns auch für eine Weiterführung der Landesförderung für Arbeitslosenzentren und unabhängige Erwerbslosenberatungen stark machen.

## **Teilhabe am Arbeitsleben verbessern**

Laut UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 27) haben alle Menschen das Recht, ihren Lebensunterhalt mit eigenständiger Arbeit selbst zu verdienen. Dies schließt die Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen ein und verbietet eine Benachteiligung aufgrund einer Beeinträchtigung in allen Beschäftigungsbereichen.

---

Die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung und hier insbesondere der Frauen\* und Mädchen\* mit Behinderung ist jedoch nach wie vor für viele schwierig. Das „Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung / chronischer Erkrankung NRW“ berät und informiert insbesondere zu sozialen, institutionellen, individuellen und rechtlichen Aspekten und Belangen von Frauen\* und Mädchen\* mit Behinderung und chronischer Erkrankung auch im Bereich der beruflichen Teilhabe.

Wir setzen uns ein für ein differenziertes Angebot an Arbeit und Beschäftigung, das die unterschiedlichen Beeinträchtigungen und Unterstützungserfordernisse der Menschen berücksichtigt. Auch für die steigende Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen wir passgenaue Angebote.

Deshalb fordern wir eine möglichst abgestimmte Arbeitsmarktplanung der zuständigen Träger (Regionalagentur, LWL und Stadt) und wollen auch eine integrierte Arbeitsmarktberichterstattung voranbringen. Zugleich sehen wir es als notwendig an, Arbeitgeber\*innen in Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt noch stärker zu beraten und die Zusammenarbeit mit den Kammern diesbezüglich zu intensivieren.

## Inklusiver Arbeitsmarkt

Nach wie vor ist ein großer Teil der Menschen mit Behinderung in Werkstätten beschäftigt. Wir wollen, dass der Wechsel in den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich erleichtert wird und die Werkstätten dabei unterstützt werden, sich inklusiv auszurichten und sich für den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter zu öffnen. Die Schaffung von „Außenarbeitsplätzen“, wie auch in Münster geschehen, ist hier ein erster Schritt. Zudem wollen wir auch alternative Modelle zu Werkstätten - wie z.B. qualifizierte andere Leistungsanbieter\*innen - stärker fördern.

## Inklusionsbetriebe und „Budget für Arbeit“

Um weitere Arbeitsplätze außerhalb einer Werkstatt zu schaffen, unterstützen wir die Gründung weiterer Inklusionsbetriebe in der Stadt Münster. Inklusionsbetriebe sind Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarkts und müssen sich ebenso behaupten wie andere Betriebe auch. Zur Abfederung der zusätzlichen Aufgaben können Inklusionsbetriebe finanzielle Zuwendungen vom Bund oder aus Mitteln der Ausgleichsabgabe (LWL) erhalten. Wir haben erfolgreich die Lounge „1648“ als Betriebsrestaurant und Inklusionsbetrieb beantragt. Sieben der 17 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze werden von Menschen mit Handicap ausgefüllt. Wir wollen Inklusionsbetriebe ausbauen und stärken und so neue Arbeitsplätze schaffen.

Ebenso wie die Werkstätten für Menschen mit Behinderung können mittlerweile auch Inklusionsbetriebe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden. Wir

---

werden deshalb verstärkt darauf achten, dass entsprechende Aufträge an Inklusionsbetriebe vergeben werden.

Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass das „Budget für Arbeit“ über die bestehenden Angebote hinaus ausgebaut wird, um Menschen mit Behinderung mehr Möglichkeiten im allgemeinen Arbeitsmarkt zu eröffnen.

## Die Stadt Münster als Arbeitgeberin

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt kann nur gelingen, wenn insbesondere auch im Konzern der Stadt Münster darauf geachtet wird, alle denkbaren Einsatzmöglichkeiten für SGB II Empfänger\*innen auszuschöpfen. Wir werden verstärkt darauf achten, dass die Quote zur Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Münster selbst sowie bei allen Beteiligungen mindestens acht Prozent beträgt. Zugleich wollen wir Praktikummöglichkeiten bei der Stadt Münster und den städtischen Beteiligungen verbessern. Wir werden jede Chance nutzen, um allen eine Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen.

## Wirtschaft an der Arbeitsmarktförderung beteiligen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken die Unternehmen bevorzugt werden, die Langzeitarbeitslosen und Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II-Bezug wieder eine berufliche Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Wir begrüßen die Bereitschaft der Münsteraner Unternehmen, die Einsatzmöglichkeiten für langjährige, erwerbsfähige, leistungsberechtigte SGB-Beziehende auszuweiten. Dabei sollen auch Unternehmen, die die öffentlichen Vorgaben für Menschen mit Behinderung erfüllen, bevorzugt werden.

Münsteraner Unternehmen, die Menschen mit Behinderung beschäftigen, berichten mehrheitlich von positiven Effekten auf die soziale Kompetenz, die Arbeitsmotivation und die Kreativität der Mitarbeitenden sowie die Attraktivität des Arbeitsumfelds in einem verantwortungsbewussten Unternehmen. Diese positiven Erfahrungen wollen wir stärken um noch mehr Unternehmen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu gewinnen.

## Allen Jugendlichen einen guten Einstieg ins Berufsleben sichern

Mit dem Beschluss zum Aufbau einer trägerübergreifenden Jugendberufsagentur haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um allen Jugendlichen einen guten Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen. Jugendliche sollen ohne Umwege und entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten und Zielen ihre beruflichen Wege gehen können.

---

Gemäß dem Motto des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden wir alle Jugendlichen bestmöglich beim Einstieg in das Arbeitsleben unterstützen.

Beim Übergang von der Schule zum Beruf wollen wir mit guten Fördermöglichkeiten möglichst vielen jungen Menschen - mit und ohne Beeinträchtigung - von vornherein einen Weg in den regulären Arbeitsmarkt ermöglichen.

Wir werben für mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Münsteraner Betrieben. Wir werden Beratungsstrukturen unterstützen, damit jede\*r Jugendliche einen angemessenen Ausbildungsplatz finden kann. Wir unterstützen das Programm „Budget für Ausbildung“ (§ 61a SGB IX), weil Schüler\*innen mit Beeinträchtigung hier eine gute Alternative zur Werkstatt eröffnet wird. Das Instrument eröffnet zudem einen guten Einstieg ins Berufsleben über den Weg einer Berufsausbildung. Wir unterstützen das Aktionsbündnis „Girls' Day“ und „Boys' Day“ und wollen zugleich weiterführende Strategien entwickeln, um die geschlechertypische Berufswahl aufzubrechen und zu überwinden.

## Ganzheitliche Beratung und Qualifizierung

Mit unserer Entscheidung für die Optionskommune wurde es für die Stadt Münster möglich, stärker in die Gestaltung des kommunalen Arbeitsmarktes einzugreifen. Dies wollen wir auch zukünftig vor allem in Bezug auf Beratungs- und Qualifizierungsangebote als steuerndes Instrument nutzen.

Wir wollen eine arbeitsmarktbedingte Weiterbildung für alle ermöglichen. Dazu zählt auch, Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und beispielsweise digitale Kompetenzen älterer Beschäftigter auszubauen. Wir unterstützen den Aufbau einer Bildungsagentur. Sie soll als zentrale Anlaufstelle dienen, um beim Thema Weiterbildung in Kooperation mit Jobcenter und Agentur für Arbeit zu beraten.

## Jobcenter auf die Lebenssituation der Menschen ausrichten

SGB II-Empfänger\*innen erleben vielfach eine Stigmatisierung, gegen die wir uns ausdrücklich wenden. Wir befürworten eine ganzheitliche Beratung, die nicht vom Prinzip „Hauptsache Arbeit“ geleitet ist, sondern die (Weiter-)Entwicklung beruflicher und persönlicher Perspektiven und Fähigkeiten in den Fokus rückt. Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration müssen den betroffenen Menschen gerecht werden. So haben wir eine Beratungsstelle beim Jobcenter eingerichtet, die Zuständigkeiten bündelt und dafür sorgt, dass existenzsichernde Leistungen ohne zeitliche Brüche gezahlt werden.

Wir fördern eine zielgruppenspezifische und ganzheitliche Beratung. Insbesondere Menschen mit Behinderung, Studierende, Migrant\*innen oder ältere Menschen brauchen

---

individuelle Beratungsangebote, die sie in ihrer beruflichen Entwicklung unterstützen und begleiten. Die durch das Land geförderten Angebote wie die Beratung zur beruflichen Entwicklung (BBE) müssen deutlich stärker kommuniziert und bekannt gemacht werden.

## **Berufliche Teilhabe von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte**

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird noch immer von bürokratischen Hürden und fehlenden Qualifizierungsangeboten behindert. So versäumt es die Bundesregierung, eine sichere Aufenthaltserlaubnis für die Zeit der Ausbildung einzuführen. Wir GRÜNE setzen uns für mehr Rechtssicherheit und bessere Qualifizierungsangebote ein, die allen Asylbewerber\*innen und Geflüchteten offenstehen.

Die Abschlüsse Zugewanderter anzuerkennen ist eine wichtige Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt. Auch hier müssen Beratungsangebote wie die BBE, welche die jeweils individuellen Prozesse und Verfahren unterstützen, stärker bekannt gemacht werden. In Münster setzen wir uns für eine verbesserte Teilhabe am Arbeitsleben ein.

Im Rahmen der Landesinitiativen „Gemeinsam klappt’s“ und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ werden wir die Bildungs- und Teilhabechancen junger geflüchteter Erwachsener im Alter von bis zu 27 Jahren erhöhen und haben hierzu politische Initiativen ergriffen. Zugleich wollen wir die Partizipation der jungen geflüchteten Menschen an Bildung, Ausbildung und Arbeit verbessern und haben hierfür einen ganzheitlichen Integrationsförderplan aufgelegt. Neben der Integration in Arbeit gehören hierzu auch Wohnen, Gesundheit und die Integration in Vereine.

---

# 24. Kommunale Finanzen:

## Verlässlich haushalten

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- **Investitionen in menschengerechte Anlagemöglichkeiten**
- **keine Mehrbelastung von Mieter\*innen durch Grundsteuer B**
- **keine Wiedereinführung der Tanzsteuer**
- **klimaneutrale und nachhaltige Investitionen**
- **Förderung der Bürger\*innengenossenschaften zur Finanzierung der Energiewende**

### Erfolge der letzten Ratsperiode

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE uns für viele wegweisende finanzpolitische Projekte eingesetzt und diese zum Abschluss gebracht. So haben wir die städtischen Anlagerichtlinien modifiziert, damit bei jeder Finanzanlage der Stadt Münster ethische und ökologische Aspekte berücksichtigt werden („Divestment“). Das heißt, dass keine Anteile an Fonds mit Beteiligung an Kohlekraftwerken, Atomindustrie, Kinderarbeit, Rüstung oder Ähnlichem durch die Stadt erworben werden.

Nachhaltigkeit rechnet sich bei den Finanzen. Das beweist die Rendite im Jahr 2019, die bei über acht Prozent lag. Zudem hat die Stadt Münster in den Jahren 2014 bis 2019 dank der guten Konjunktur mit positiven Jahresergebnissen abgeschlossen und konnte so schwerpunktmäßig in die großen Herausforderungen wie Wohnungsbau, Schule, Kita, Klimaschutz und Verkehrswende investieren.

### Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie abfedern

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen von einer schweren Rezession, die durch die Corona-Krise ausgelöst worden ist. Höhe, Art und Umfang von Mindererträgen und Mehraufwendungen, die im städtischen Haushalt infolge der Corona-Pandemie entstehen werden, lassen sich nach Aussage der Kämmerin der Stadt Münster noch nicht seriös berechnen. Klar ist: Der städtische Haushalt wird infolge der Corona-Pandemie vor erheblichen Belastungen stehen. Das vom Land in Aussicht gestellte Instrument der „bilanziellen Aktivierungshilfe“ verlagert die finanzielle Belastung der Corona-Pandemie nur auf die nächsten 50 Jahre. Wir GRÜNE fordern deshalb von Bund und Land eine echte zeitnahe Entlastung des kommunalen Haushalts. Erhöhte Neuverschuldung zu ver-

---

meiden hat für uns hohe Priorität, um beispielsweise bei Zinssteigerungen nicht gezwungen zu werden, ein Haushalts sicherungskonzept zu erstellen, das den Handlungsspielraum der Politik für Münster stark einschränken würde. Unser Ziel bleibt es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Politik für Münster aufrechtzuerhalten.

Das bedeutet für uns auch, falls zwingend erforderlich, während und nach der Corona-Krise geplante Großprojekte, die langfristige Zusatzkosten verursachen, erneut auf den Prüfstand zu stellen und ihre Relevanz sowie ihre Nachhaltigkeit gegen die Finanzierung städtischer Kernaufgaben und die kommunale Daseinsvorsorge in Münster abzuwägen. Die Handlungsfähigkeit der Stadt Münster zugunsten aller Menschen hat für uns höchste Priorität.

## Fortsetzung des Divestments

An unserem Beschluss, städtische Finanzanlagen im gesamten Wirkungsbereich der Stadt Münster nur noch in ökologische, soziale und menschengerechte Anlagemöglichkeiten zu investieren, halten wir fest. Nur so stellen wir sicher, dass mit städtischem Geld keine Kohlekraftwerke, keine Atomkraftwerke, keine Kinderarbeit, keine Gentechnik, keine Waffenproduktion, kein Fracking oder andere umweltschädliche Technologien unterstützt werden.

## FINANZfairTEILUNG herstellen

Unser Ziel ist es, alle finanziellen Ressourcen geschlechtergerecht einzusetzen. Nur so können wir dauerhaft Diskriminierung verhindern und die Gleichstellung aller Geschlechter aktiv fördern. Denn Finanzentscheidungen der Stadt haben konkrete Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Menschen. Grundlage unseres Handelns ist dabei der Aktionsplan zur Europäischen Charta vom 19.10.2011. Seit 2015 wurde das Gender Budgeting in der Stadt Münster punktuell erprobt, eine Gebrauchsanleitung für die Beschäftigten der städtischen Ämter formuliert entsprechende Empfehlungen. Auf dieser Grundlage werden wir die Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung weiter forcieren. Die FINANZfairTEILUNG – das heißt der geschlechtergerechte, zielorientierte und damit nachhaltige Einsatz öffentlicher Mittel – muss endlich konsequent in der gesamten Haushaltsplanung Anwendung finden. Da es mehr als zwei Geschlechter gibt, setzen wir uns dafür ein, dass in den Berichten zur FINANZfairTEILUNG die finanziellen Auswirkungen nicht nur auf Frauen\* und Männer\* aufgezeigt werden.

---

## Gestaltungsspielraum und Belastung bei den Steuern ausbalancieren

Die Gewerbesteuer liegt seit dem Jahr 2011 unverändert bei 460 Punkten. Zeitgleich ist der Preisindex für Lieferungen und Leistungen – insbesondere im Bausektor – in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Neben einer aufgabenkritischen Auseinandersetzung, die erforderlich werden wird, um den Haushalt nachhaltig auf ein stabiles Fundament zu stellen, ist auch das Gewerbesteueraufkommen zu betrachten.

Auf eine Erhöhung der Grundsteuer B, die im Falle von Mietwohnungen von den Mieter\*innen getragen wird, wollen wir verzichten, um Wohnen in Münster bezahlbar zu machen. Gleichzeitig muss aber sichergestellt sein, dass die vorgesehene Reform der Grundsteuer nicht zu finanziellen Einbußen in den Kommunen führt.

Damit Münster bis zum Jahr 2030 klimaneutral wird, wollen wir die Nutzung von Heizpilzen reduzieren. Wir werden deshalb eine Einführung einer kommunalen Heizpilzsteuer prüfen. Um sinnlose Verpackungen (wie bei Coffee to go und Fast Food) zu reduzieren, werden wir die Möglichkeit der Einführung einer Verpackungssteuer prüfen lassen.

Um eine Doppelbesteuerung von Jugend- und Musikclubs dauerhaft zu vermeiden, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, die Tanzsteuer als Teil der Vergnügungssteuer abzuschaffen. An der erreichten Abschaffung im Rahmen der Corona-Pandemie halten wir fest.

## Gemeinwohl-Bericht

Wir GRÜNE befürworten den Ansatz der Gemeinwohlökonomie (*mehr hierzu im Kapitel 22*). Für die städtischen Finanzen wollen wir einen Gemeinwohl-Bericht für alle städtischen Organisationseinheiten einführen. Mit dem Gemeinwohl-Bericht soll das Handeln der Stadt Münster und dessen Wertschöpfung umfassend und transparent dargestellt werden. Dabei werden die Themen Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Standards sowie Transparenz und Mitentscheidung mithilfe eines umfangreichen Indikatorenkatalogs betrachtet.

Im Gemeinwohl-Bericht erklären die Stadt Münster sowie ihre Tochterunternehmen die Umsetzung der Gemeinwohlwerte sowie ihr Entwicklungspotential und nehmen eine Bewertung vor. Der Bericht und die Konzernbilanz sollen mit Unterstützung von einschlägigen Initiativen extern überprüft und veröffentlicht werden. Damit werden die Leistungen für das Gemeinwohl bekannt gemacht.

---

## Klimaneutrale und nachhaltige Investitionen

Die wachsende Stadt benötigt vielfältige Investitionen in Kitas, Schulen und die öffentliche Infrastruktur. Das erarbeitete Investitionsprogramm in den Jahren 2020 bis 2024 umfasst annähernd 900 Mio. Euro. Wichtig bleibt bei diesem enormen Volumen, die Steuerbarkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Jede Planung muss auch eine realistische Chance auf Umsetzung haben.

Ferner sind für die Umsetzung der „Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030“ vielfältige Investitionen notwendig. Wir werden eine Zieldiskussion über das bisherige Investitionsprogramm führen und dieses auf die Nachhaltigkeitsziele ausrichten.

Alle neuen städtischen Investitionen werden wir hinsichtlich ihrer CO<sup>2</sup>-Belastung betrachten. Wir werden stets die nachhaltigste Alternative bei sämtlichen zukünftigen Investitionen favorisieren. Diese Erwartung haben wir auch an Partner\*innen, die uns etwa durch den Neubau von Kitas unterstützen, um den dringenden Bedarf an Kita-Plätzen zu decken.

## Generationengerechtigkeit und Verschuldung

Durch notwendige Investitionen ist die Verschuldung der Stadt Münster in den letzten Jahren auf 830 Mio. Euro angestiegen. Wir erwarten von Land und Bund echte finanzielle Entlastungen, zum Beispiel bei Sozialleistungen durch die Übernahme eines höheren Kostenanteils bei der Unterkunft und Verpflegung, bei der Integration von Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II Bezug und bei der bestmöglichen Integration von Geflüchteten. Dadurch würden die Jahresergebnisse der Stadt Münster und auch die finanzielle Eigenständigkeit gestärkt. Diese zusätzliche Liquidität sichert die Finanzierung der Investitionen.

## Nachhaltige Vergaben

Mit jedem Euro, den die Stadt Münster ausgibt, kann Einfluss auf die globale nachhaltige Entwicklung genommen werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Standards des ehemaligen Tariftreuegesetzes NRW für Münster eine Grundlage für die Vergaben bilden. Bei Vergaben mit einem wesentlichen Finanzvolumen sollen soziale, ökologische und ethische Kriterien einen bedeutenden Einfluss haben (60 Prozent gegenüber dem Kriterium „Preis“, welcher zu 40 Prozent Berücksichtigung finden soll). Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass auch Bund und Land ein solches auf Nachhaltigkeit zielendes Vergaberecht als notwendig erachten und es politisch und finanziell unterstützen. Partner\*innen, die die Stadt Münster bei der Aufgabenerfüllung nach dem Subsidiaritätsprinzip unterstützen, sollen bei ihren Vergaben ebenfalls die Nachhaltigkeitsziele beachten.

---

## Mehr Transparenz und Beteiligung bei Finanzentscheidungen

Wir GRÜNE wünschen uns eine möglichst große Partizipation der Bürger\*innen auch bei den städtischen Finanzen. Wir machen uns deshalb dafür stark, dass Informationen zu allen Finanzentscheidungen von den Bürger\*innen jederzeit nachvollzogen werden können. Insbesondere die Digitalisierungspotentiale werden wir nutzen, beispielsweise durch Open Data, um die Beteiligung der Bürger\*innen bei Finanzentscheidungen zu erhöhen. Wir werden die Digitalisierungsmöglichkeiten der Arbeitsprozesse nutzen, um die Effektivität und Effizienz der Stadtgesellschaft zu erhöhen (*mehr hierzu im Kapitel 12*).

## Bürger\*innengenossenschaften zur Finanzierung der Energiewende

Ziel grüner Finanzpolitik ist es, privates Kapital in ökologisch-soziales, ethisches Investment umzulenken. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Gründung neuer Bürger\*innengenossenschaften aktiv unterstützen und dabei insbesondere die städtischen Tochterunternehmen wie die Stadtwerke GmbH, KonvOY, Westfälische Bauindustrie (WBI) oder die Wohn + Stadtbau GmbH einbeziehen (*mehr zu Green Bonds und der Windenergie Genossenschaft im Kapitel 3*).

## Green Bonds und Sozialbonds für bezahlbaren Wohnraum und für den Klimaschutz

Mit ihrem Bestand an Gebäuden, Fahrzeugen und technischen Anlagen hat die Stadt Münster eine zentrale Rolle bei der klimafreundlichen Transformation. Betrachtet man den immensen kommunalen Investitionsrückstand allein im Bereich Klimaschutz/Klimaanpassung und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird deutlich, dass eine Herkulesaufgabe wie der Klimaschutz für die kommunale Ebene nicht nebenbei erfüllt werden kann.

Der überwiegende Teil des Kapitalbedarfs der Stadt Münster wird gegenwärtig durch klassische Bankkredite gedeckt. Anleihen und Schuldscheine machen deutschlandweit gerade mal einen Anteil von rund vier Prozent aus. Internationale Erfahrungen und auch solche in ersten deutschen Städten (wie Hannover) zeigen aber, dass sich Green Bonds sinnvoll für (großvolumige) Projekte einsetzen und dadurch Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung intensivieren lassen.

Für die vielen notwendigen Investitionen ziehen wir daher den Einsatz von Green Bonds und Sozialbonds zur Finanzierung in Betracht. Ein Beispiel dafür lässt sich in München

---

finden: Hier wurde ein Fonds von 140 Mio. Euro zur Finanzierung von neuen bezahlbaren Wohnungen aufgelegt.

## Städtische Beteiligungen

Wir wollen die städtischen Beteiligungen (zum Beispiel Stadtwerke, Halle Münsterland) strategisch so ausrichten, dass die von uns beschlossene „Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030“ bei der Aufgabenwahrnehmung stets berücksichtigt wird.

Sofern andere Gesellschafter\*innen (wie das Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH) mit prozentualen Anteilen an der städtischen Gesellschaft beteiligt sind, sollen auch diese die strategischen Nachhaltigkeitsziele unterstützen. Zudem wollen wir, dass alle Gesellschafter\*innen sich entsprechend ihrer Anteile an gegebenenfalls zu tragenden Verlusten beteiligen.

---

## Stichwortverzeichnis

- Altersarmut **63, 67, 158**  
altersgerecht **47, 50, 71**  
Antifaschismus **109**  
Antisemitismus **106, 107**  
Arbeitsplätze **5, 14, 27, 29, 35, 60, 87, 147, 149, 151, 152, 153, 154, 155, 158, 159**  
Artenschutz **18, 19, 20, 57**  
Atomtransporte **16**  
Aufenthaltsqualität **4, 30, 32, 34, 35, 37, 58, 117, 120, 125**  
autofreie Altstadt **3, 32**  
B51 **32, 44**  
Barrierefreier Wohnraum **53**  
Barrierefreiheit **31, 70, 87, 141**  
Batterieforschungsfabrik **151**  
Baumschutzsatzung **17, 19**  
Beratung zur beruflichen Entwicklung **162**  
betreutes Wohnen **54, 135**  
bezahlbaren Wohnraum **3, 52, 153, 167**  
Bildungsgerechtigkeit **119**  
Biotopverbund Münster **20**  
Breitbandausbau **86**  
B-Side **92, 142, 143**  
Bürger\*innenbeteiligung **90, 91**  
Bürger\*innengenossenschaften **163, 167**  
Bürger\*innenräte **93**  
Busbahnhof **40**  
Corona-Krise **3, 5, 64, 129, 137, 163**  
Dachbegrünung **17, 19, 56, 57, 59**  
Digitalisierungsmanager\*in **82, 83**  
Direkte Demokratie **93**  
Diskriminierung **76, 77, 79, 80, 81, 105, 107, 108, 112, 156, 164**  
Doppelte Pflegegarantie **73**  
Drogen- und Suchthilfe **136**  
Ehrenamt stärken **96**  
E-Mobilität **43, 151**  
Energiegenossenschaften **9, 13, 97**  
Erwerbssituation älterer Arbeitnehmer\*innen **157**  
EUREGIO-Kooperation **113**  
Europäische Bildungsarbeit **115**  
Expert\*innen-Gremien **94**  
Fachkräfte **118, 119, 123, 124, 138, 153, 155**  
Fahrradstraßen **32, 33, 39**  
FINANZfairTEILUNG **77, 164**  
Fischsterben **22**  
Flächenverbrauch **17, 25, 26, 43, 147**  
Flughafen Münster-Osnabrück **32, 44, 152**  
freien Szene **142, 144**  
Gas- und Dampfturbinenkraftwerk **11**  
Gebäudeleitlinien **56, 61**  
Gedenkkultur **109**  
Gemeinwohlökonomie **147, 148, 165**  
Generationengerechtigkeit **166**  
Geschlechtergerechtigkeit **74, 75, 151, 153, 156**  
Gesunde Ernährung **130, 132**  
Gesundheitswirtschaft Münsterland **137**  
Gewerbegebiete **12, 13, 20, 26, 27, 35, 86, 149**  
Green Bonds **167**  
Grundsteuer B **165**  
Grundstücksvergabe **149**  
Gute Schule **118**  
Hafencenter **49, 150**  
Hawerkamp **143**  
Hilfen für Wohnungslose **65**  
Holzbauweise **59, 116**  
Humanitäre Hilfen **66**  
inklusiv **47, 67, 68, 127, 131, 153, 159**  
Innenentwicklung **25, 26**  
Internetzugang für alle **86**  
Jugendberufsagentur **122, 125, 160**  
Jugendbeteiligung stärken **94**  
Kaiser Wilhelm II. **110**  
Kinderrechtekommission **126**  
Kindertagesbetreuung **121, 122, 123**  
Klimagerechte Bauleitplanung **29**  
Klimaschutz **3, 9, 10, 13, 14, 15, 29, 42, 49, 58, 114, 123, 147, 150, 152, 153, 154, 163, 167**  
Kolonialzeit **113**

---

Kultur **4, 5, 46, 47, 48, 49, 142, 143, 144, 145, 146, 153**

Kunst **4, 5, 142, 143, 145, 146, 153**

Landwirtschaft **3, 17, 21, 22, 23, 25, 155**

Leben am Lebensende **135**

LSBTIQ\* **74, 75, 76, 78, 81, 102, 121, 125**

Mangel an Fachkräften **72**

Milieuschutz **25, 30, 31**

Milieuschutzsatzung **55**

Münster-Pass **63, 64, 100**

Musikcampus **142, 144**

Nachhaltige Gründungen **150**

nachhaltige Sportförderung **140**

Nachhaltige Vergabe **166**

Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 **166**

Naturschutz **10, 12, 13, 17, 19, 21**

Öffentlichen Gesundheitsdienst **129**

Ökoprofit **151**

Open Data **82, 85, 86, 167**

Open Source **84, 86**

ÖPNV **27, 30, 33, 36, 39, 41, 42, 43, 49, 50, 65, 68, 70, 71, 149**

Optionskommune **161**

Pflegeberufe stärken **73**

Pflegekräfte **138, 157**

Photovoltaik **13, 27, 50, 56, 149**

Planungswerkstatt 2030 **25, 28**

Prävention 55+ **133**

Prävention Hitzeschutz **133**

psychischen Erkrankungen **127, 134, 135, 159**

Quartiersentwicklung **4, 31, 46, 47, 48, 49, 62, 103**

Quartiersmanagement **46, 47, 48, 62**

Rassismus **100, 106, 107, 108, 109, 115**

rassismuskritische Verwaltung **103**

SC Preußen **140**

Schwangerschaftsabbrüche **74, 79, 131**

Selbstbestimmtes Leben im Alter **70**

Selbstbestimmtes Wohnen und Leben **68**

sexuell übertragbare Krankheiten **133**

sexuelle Selbstbestimmung **74, 79**

SGB II-Empfänger\*innen **158**

SGB II-Leistungen **64**

Solarenergie **11, 13, 56, 57, 97**

Sozialbonds **167**

Sportstättenentwicklung **141**

Städtepartnerschaften **112, 113, 114, 115**

Städteverband Eurocities **115**

Startups **151, 155**

Tanzsteuer **165**

Tiertransporte **22**

Transparente Politik **90**

Trinkwasser **23**

UN-Behindertenrechtskonvention **62, 68, 73, 158**

UN-Kinderrechte **126**

Velorouten **27, 28, 30, 32, 33, 36, 39, 90, 149**

Vielfalt **18, 47, 62, 71, 75, 76, 77, 79, 100, 103, 104, 107**

Vision Zero **36**

**Weiterbildung** **77, 88, 116, 119, 120, 153, 161**

Windenergie **10, 11, 12, 13, 27, 167**

Zeitgemäße Schulen **117**

Zentrale Ausländerbehörde **99**

Zentrale Unterbringungseinrichtung **99, 100**

Zweiter Promenadenring **39**

---

---

# MÜNSTER WIRD GRÜN

---

Am 13.09.  
Grün wählen!

Bündnis 90 / Die Grünen  
Kreisverband Münster  
Windthorststraße 7  
48143 Münster  
0251 8 99 58 - 20  
[info@münster-machen.de](mailto:info@münster-machen.de)  
[münster-machen.de](http://münster-machen.de)



Unsere Themen:  
[münster-machen.de](http://münster-machen.de)